

JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

September 2004

III

NDZ-GmbH

<i>Günter Benser / Jürgen Hofmann:</i> Die langen Wellen der Globalisierung und die Arbeiterbewegung 4
<i>Hartmut Rüdiger Peter:</i> "Hallenser" Sozialrevolutionäre. Eine gruppenbiographische Studie über rußländische Studenten in Deutschland 1901-1905 17
<i>August Lešnik:</i> Die sozialdemokratische Bewegung am Kreuzweg zwischen 1914 und 1923 31
<i>Aleksander Kan:</i> Die Skandinavische Kommission der Komintern 1919-1921 51
<i>Reiner Tosstorff:</i> Leuschner gegen Ley. Die Abfuhr für die Nazis auf der Internationalen Arbeitskonferenz 1933 in Genf 70

Biographisches

<i>Gisela Notz:</i> "Ganz im Dienst für andere aufgegangen" - Clara Sahlberg (1890-1977) 91
<i>Gerhard Kaiser:</i> "Laßt nicht locker." Antifaschistischer Widerstand im Thüringer Wald (II) 105
<i>Ulla Plener:</i> Karl Hauser: von der SPD zur SED/KPD – und zurück (1945-1948) 112

Erinnerungen

<i>Jürgen Stroeck:</i> Otto Franke – Arbeiterfunktionär und Bibliothekar 126
<i>Arno Gräf:</i> Freunde Otto Frankes 138

Leserzuschriften

- Jörg Roesler*: Marx, Keynes und der Realsozialismus oder:
Um die reine Lehre ging es sowieso nicht 149
- Erika Sophie Schwarz*: Einige Bemerkungen zu Mario Niemanns Beitrag zu
den polnischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern 155

Information

- Bernd Hüttner/Bernd Vennebusch*: Fünf Jahre Archiv der sozialen Bewegungen
Bremen 157

Rezensionen

- Heinrich August Winkler (Hrsg.): Griff nach der Deutungsmacht.
Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland (*Helmut Meier*) 160
- Herbert Borghoff: Die Bürde des Menschen ist antastbar. Ein Arbeits-
und Lesebuch über 200 Jahre Geschichte der deutschen Arbeiter-
und Gewerkschaftsbewegung.
- Dorothea Müller/Holger Menzel/Jörg Wollenberg (Hrsg.): Das Wunder
von Hörste (*Wolfgang Heyn*) 162
- Judenfeindschaft als Paradigma. Studien zur Vorurteilsforschung.
Hrsg. von Wolfgang Benz und Angelika Königseder (*Stefan Bollinger*) 163
- Eva Weissweiler: Tussy Marx (*Wolfgang Schröder*) 166
- John Conelly/Michael Grüttner (Hrsg.): Zwischen Autonomie
und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts
(*Herbert Hörz*) 168
- Eric Hobsbawm: Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert
(*Werner Berthold*) 170
- Elke Reuter u.a. (Hrsg.): Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928.
Die KPD am Scheideweg (*Horst Klein*) 172
- Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen
Europa 1944-1949, Hrsg.: Stefan Creuzberger, Manfred Görtemaker
(*Ernstgert Kalbe*) 174
- Peter Joachim Lapp: General bei Hitler und Ulbricht. Vincenz Müller
(*Paul Heider*) 179
- Rainer Karlsch/Jochen Laufer (Hrsg.): Sowjetische Demontagen in
Deutschland 1944-1949 (*Jörg Roesler*) 181
- Klaus von Schilling: Scheitern an der Vergangenheit. Das deutsche
Selbstverständnis zwischen Re-Education und Berliner Republik
(*Denis Heyn*) 182
- Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer 1946 bis 1963.
Sitzungsprotokolle der Spitzengremien, hrsg. und bearb. von Willy Albrecht.
Bd. 1; Bd. 2 (*Horst Klein*) 185

Gilbert Achcar (Hrsg.): Gerechtigkeit und Solidarität. Ernest Mandels Beitrag zum Marxismus (<i>Mario Keßler</i>)	187
Genosse General! Die Militärelite der DDR in biographischen Skizzen, hrsg. von Hans Ehlert und Armin Wagner (<i>Gerd Kaiser</i>)	191

Annotationen

Harald Weber: Burgstädt. Aus alter und neuer Zeit. 1454 – 1993 (<i>Fritz Zimmermann</i>)	194
Christian Demuth: Ein schwieriger Beginn. Die frühe Arbeiterbewegung in Augsburg 1848 – 1875 (<i>Heinrich Gemkow</i>)	195
Mareike König (Hrsg.): Deutsche Handwerker, Arbeiter und Dienstmädchen in Paris. Eine vergessene Migration im 19. Jahrhundert (<i>Wolfgang Büttner</i>)	196
Robert Arsenschek: Der Kampf um die Wahlfreiheit im Kaiserreich. Guido Gerstgarbe: Reichstagswahlen und Parteien im Wahlkreis Kassel 4 (<i>Gerd Fesser</i>)	197
Johanna Gehmacher/Maria Mesner (Hrsg.): Frauen- und Geschlechtergeschichte (<i>Irene Dölling</i>)	198
Daniela Rüther: Der Widerstand des 20. Juli auf dem Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der bürgerlichen Opposition gegen Hitler (<i>Jörg Roesler</i>)	199
Jürgen Elvert / Friederike Krüger (Hrsg.): Deutschland 1949-1989 (<i>Günter Benser</i>)	200
Helmut Bock: Wir haben erst den Anfang gesehen. Selbstdokumentation eines DDR-Historikers 1983 bis 2000 (<i>Georgi Z. Maier</i>)	201
NachSatz	204
Autorenverzeichnis	205
Jahresinhaltsverzeichnis 2004	206
Impressum	212

Die langen Wellen der Globalisierung und die Arbeiterbewegung

Günter Benser/Jürgen Hofmann

Die Debatte um die meist als Globalisierung bezeichneten Entwicklungstendenzen der heutigen Weltwirtschaft und um deren soziale, ökologische, politische und kulturelle Folgen schließt die Frage ein, ob und inwieweit wir es mit einer völlig neuartigen Erscheinung zu tun haben oder ob und inwieweit es sich um den bisherigen Gipfelpunkt eines längerwirkenden geschichtlichen Trends handelt. Auf der letzten Linzer Konferenz der ITH (International Conference of Labour and Social History) tat sich hierzu eine erhebliche Spannbreite der Ansichten auf.¹ Wurde der Begriff Globalisierung überwiegend zur Benennung der gegenwärtig weltweit um sich greifenden, durch erwiesene Tatsachen belegten Charakterzüge des heutigen Kapitalismus benutzt, so fehlte es doch auch nicht an Stimmen, die davor warnten, neoliberalistischen Interpretationen und interessengeleiteten Losungen aufzusitzen. Hingegen waren sich alle Redner grundsätzlich einig, daß die heute zu beobachtende Globalisierung ihre Geschichte hat, wobei meist auf die mit dem Industriekapitalismus einsetzenden Umbrüche verwiesen wurde.

Es kann wohl kaum Zweifel bestehen, daß die Suche nach den historischen Wurzeln und das Nachdenken über die geschichtliche Dimension des Globalisierungsprozesses für dessen Verständnis wie für die Erarbeitung und Umsetzung von Strategien und Gegenstrategien unverzichtbar ist. Ein Rückgriff lediglich auf die Entfaltung des Industriekapitalismus reicht hier nicht aus. Wenn sich aber erweisen sollte, daß Globalisierung zwar viel mit der Entstehung und Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise zu tun hat, es sich aber nicht um zwei Begriffe für dieselbe Sache handelt, so stellt sich auch die Frage nach den agierenden gesellschaftlichen Kräften etwas anders. Dann haben wir es nicht nur mit den Antipoden Kapital und Proletariat, Kapitaleigner und Manager auf der einen und Arbeiterbewegung auf der anderen Seite zu tun. Dann ist ein weitaus breiteres Spektrum sozialer, nationaler beziehungsweise ethnischer, antikolonialer, kultureller, religiöser, antipatriarchalischer und weiterer Bewegungen und Bestrebungen im Spiele. Dann tritt deutlicher hervor, daß es immer auch gegenläufige Entwicklungen zum Globalisierungsprozeß gab, gibt und geben wird, weil große Menschenmassen in den Widerspruch zwischen der Schaffung neuer Strukturen und der Zerstörung alter Verhältnisse geraten, wobei nicht simpel neu mit *gut* und alt mit *schlecht* gleichsetzbar ist. Nicht zuletzt bestätigt ein Blick in die Geschichte, daß es sich längerfristig um ungleichmäßige Entwicklungen handelt, die stets ihre vergänglichen ökonomischen, politischen und militärischen Zentren besaßen und besitzen. Weder die Portugiesen noch die Spanier, weder die Briten noch die Deutschen oder die

1 Siehe den Bericht im JahrBuch 2004/I.

Russen vermochten ihre hegemoniale Stellung auf Dauer zu behaupten. Und es spricht nichts dafür, daß es den US-Amerikanern anders ergehen wird.

Gehen wir vom Begriff Globalisierung aus. Er erhielt seinen ursprünglichen Sinn und Inhalt dadurch, daß die Menschen vor einem halben Jahrtausend begonnen haben, ihren Lebensraum Erde als Globus zu begreifen und zu erfahren. Als erster Schub im Globalisierungsprozeß wäre demzufolge das Zeitalter der Entdeckungen anzusetzen, das ja mit dem oft als Frühkapitalismus bezeichneten Entwicklungsstadium zusammenfällt.

Die gegenwärtige Globalisierung wird meist charakterisiert durch Entwicklungsprozesse wie die Revolution in den Informationstechnologien und die so möglich gewordene zeitgleiche Kommunikation, die Einbindung neuer Regionen in den Weltmarkt, die Standortverlagerung von Produktionen in sogenannte Billiglohnländer, das Agieren transnationaler Konzerne, das Ausweichen von Kapitaleignern in die internationalen Finanzmärkte, um die sinkende Profitrate zu kompensieren, das Abheben der aufgeblähten Finanzwirtschaft von der realen Produktion und Konsumtion, das Herauslösen von Produktion und Handel aus staatlicher Kontrolle, eine der standardisierten Warenproduktion entsprechende Nivellierung der Kultur und weitere weltweit wirkende Erscheinungen. Dabei wird meist auf die enorme Dimension und das hohe Tempo dieser Entwicklungen verwiesen.

Das Tempo der Entwicklung hat sich fortschreitend tatsächlich beschleunigt. Aber sage niemand, daß das Ausmaß heutiger Umbrüche, der Grad der Herausforderungen und der Folgen für die Menschen mit den Belastungen aus früheren Schüben im Globalisierungsprozeß nicht vergleichbar wären. Die Wirkungen waren zu unterschiedlichen Zeiten verschieden, aber sie erwiesen sich stets als tief und nachhaltig. Und manche Ähnlichkeiten sind bei genauerem Hinschauen viel stärker, als es auf den ersten Blick scheinen mag.

Durch den im ersten Schub der Globalisierung ausgelösten Umbruch kam es zu einer für damalige Verhältnisse kolossalen Ausweitung der miteinander kommunizierenden Regionen der Erde, zu einer beträchtlichen Ausdehnung der Verkehrsverbindungen - vor allem auf dem Seewege - und zu einem bis dahin nicht gekannten Anwachsen der Warenströme beziehungsweise der als Beute nach Europa fließenden Schätze und Produkte. Die Terroristen jener Jahre hießen Raubritter oder Piraten (die ihre Piraterie nicht selten im Staatsauftrag betrieben). Edelmetalleinfuhren bewirkten riesige Preisteigerungen und fortschreitende soziale Differenzierungen. Die Arbeitswelt veränderte sich grundlegend. Nicht nur, weil in den von Europäern eroberten Regionen die neuzeitliche Sklaverei Einzug hielt, sondern auch, weil in Europa selbst die neue Geldwirtschaft eine zweite Welle der Leibeigenschaft auslöste. Auch damals schon erwiesen sich bestimmte innovative Produktionen - wie zum Beispiel der Schiffsbau - als Schrittmacher des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Weite, zur Holzgewinnung für den Schiffsbau entwaldete Gebiete zeugen noch heute davon, daß im Zuge der Globalisierung nicht erst in der Jetztzeit irreversible Beschädigungen der Natur angerichtet wurden. Selbst Standortprobleme taten sich frühzeitig auf, denn mit dem entstehenden

Verlagssystem - zunächst vor allem in der Textilherstellung - erfolgte die Verlagerung von Produktionen aus den Städten ins flache Land, zum Zwecke der Senkung von Lohnkosten.² Auch die sich über Jahrhunderte hinweg selbstgenügende landwirtschaftliche Produktion blieb nicht verschont. Veränderten sich in der „Alten Welt“ zum Beispiel durch Anbau von Kartoffeln und Mais nicht nur Feldbau und Viehwirtschaft, sondern auch Ernährungsgewohnheiten der Menschen, so geschah Entsprechendes in der „Neuen Welt“ durch Einführung europäischer Getreide- und Gemüsearten. Es begannen sich Weltreligionen, Weltsprachen und schließlich auch eine Weltliteratur herauszubilden. Sogar ihre Krankheiten tauschten die nun miteinander verbundenen Kontinente aus. Brachten die Europäer die Pocken und den Typhus nach Amerika, so holten sie sich im Gegenzug die Syphilis. Nicht zuletzt schlugen sich die technische Entwicklung und die hegemonialen Ansprüche einzelner Staaten im Militärwesen nieder. Kriege begannen, ganze Kontinente zu erfassen, um schließlich zu Weltkriegen zu werden. Der Umschlag vom vorwiegend regionalen und zeitlich eng begrenzten militärischen Konflikt zum Weltkrieg ist aber dem zweiten Globalisierungsschub zuzuordnen. Die Revolutionierung der Massenverkehrsmittel und der Waffentechnik sowie tiefgreifende soziale Veränderungen waren die unabdingbaren Voraussetzungen. Der erste Weltkrieg mit seinen im Stellungskrieg festgefahrenen Fronten ist ein Ausdruck für den Widerspruch zwischen veralteten militärischen Strategien und den neuen Möglichkeiten, die Technik und Armeen boten.

Und auch die gewaltsam ausgefochtenen sozialen Auseinandersetzungen erreichten neue Dimensionen.³ Die schlimmste Folge des ersten Schubes der Globalisierung waren der durch Kolonialisierung in der außereuropäischen Welt verursachte gewaltsame Abbruch beziehungsweise die Deformation autochthoner Entwicklungen, ja die Ausrottung ganzer Völker und Kulturen, vor allem in Afrika, Amerika und Australien. Im „Kommunistischen Manifest“ finden wir diesen ersten Schub der Globalisierung einprägsam beschrieben: „Die Entdeckung Amerikas, die Umschiffung Afrikas schufen der aufkommenden Bourgeoisie ein neues Terrain. Der ostindische und chinesische Markt, die Kolonisierung von Amerika, der Austausch mit den Kolonien, die Vermehrung der Tauschmittel und Waren überhaupt gaben dem Handel, der Schifffahrt, der Industrie einen nie gekannten Aufschwung und damit dem revolutionären Element in der zerfallenden feudalen Gesellschaft eine rasche Entwicklung.“⁴

Der zweite Schub der Globalisierung setzte mit dem Umsichgreifen des Industriekapitalismus ein, von dem sich das imperialistische Stadium mit einigen Besonderheiten abheben ließe. Aber so weit soll diese knappe historische Rückschau hier nicht getrieben werden. Auch diese Stufe der Globalisierung wird im

2 Eine fortgeschrittenere Stufe der Standortproblematik analysierend, zitierte Karl Marx im „Kapital“ eine Äußerung des Parlamentsmitgliedes Stapleton aus dem Jahre 1873: „Wenn China ein großes Industrieland wird, so sehe ich nicht ein, wie die europäische Arbeiterbevölkerung den Kampf aushalten könnte, ohne auf das Niveau ihrer Konkurrenten herabzusteigen.“ (Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, [im folgenden MEW], Bd. 23, S.627, Anm. 53).

3 Siehe den Beitrag von Beverly Silver im Jahrbuch 2004/I.

4 MEW, Bd. 4, S.463.

„Kommunistischen Manifest“ trefflich charakterisiert: „Aber immer mehr wuchsen die Märkte, immer stieg der Bedarf. Auch die Manufaktur reichte nicht mehr aus. Da revolutionierte der Dampf und die Maschinerie die industrielle Produktion... Die große Industrie hat den Weltmarkt hergestellt, den die Entdeckung Amerikas vorbereitete. Der Weltmarkt hat dem Handel, der Schifffahrt, den Landkommunikationen eine unermessliche Entwicklung gegeben. Diese hat wieder auf die Ausdehnung der Industrie zurückgewirkt... Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen... Sie werden verdrängt durch neue Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden... An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. Und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produktion.“⁵ Marx und Engels haben diese Entwicklung als einen Triumph der Bourgeoisie beschrieben, die sich „eine Welt nach ihrem eigenen Bilde“ schafft.⁶

Alle Klassen der Gesellschaft waren von diesem Globalisierungsschub betroffen, die untergehenden wie die aufstrebenden. Die Verunsicherung der Existenz löste eine Welle von Auswanderung und Einwanderung aus, die zu einer Bevölkerungsbewegung und einer gegenseitigen Durchdringung von Ethnien führte, wie es sie seit der Völkerwanderung nicht mehr gegeben hatte.

Weltweit setzte sich anstelle feudaler Abhängigkeiten die „freie“ Lohnarbeit als vorherrschende Form der Arbeit durch, wenngleich - übrigens bis heute - auch andere Formen der Arbeit fortexistierten, manche sogar neu auflebten: Sklaverei, Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft, Halbpacht, Verlagswesen, Kinderarbeit, Familienarbeit, prekäre Arbeitsverhältnisse.

Es waren vor allem die sozialen und politischen Folgen dieser Entwicklung, mit denen sich Marx, Engels und andere sozialistische Denker und Praktiker auseinandersetzten und denen sie die Vision einer befreiten Menschheit, einer gerechten Gesellschaft gegenüberstellten. Mit dem Postulat, daß die Theorie zur materiellen Gewalt wird, wenn sie die Massen ergreift⁷, widmeten sie sich energisch der Herausbildung einer auf dieses Ziel orientierten Bewegung.

Das Industrieproletariat, die Trägerschaft der klassischen Arbeiterbewegung, ist soziales Produkt dieses zweiten Schubes der Globalisierung. Die frühe Arbeiterbewegung, die in der Regel nicht in nationaler oder regionaler Abgeschlossenheit entstand, war sich der internationalen Dimension ihrer Situation und ihres Handelns mehr oder weniger bewußt. Ihre Theoretiker begründeten die Mission der Arbeiterklasse aus den internationalen Gemeinsamkeiten der Arbeitenden. Die frühen politischen Arbeiterorganisationen kannten keine nationale

5 Ebenda.

6 Ebenda, S.466.

7 Siehe Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, S.385.

Abgeschiedenheit, waren sich der Abhängigkeit von internationalen Entwicklungen bewußt und drängten auch schon bald auf internationale Zusammenschlüsse. Das Kommunistische Manifest und die Dokumente der Internationalen Arbeiterassoziation sprechen hier eine deutliche Sprache.

Dies wird auch vom internationalen Sprecher von Attac Frankreich Christophe Aguiton ähnlich gesehen. In einem Interview wurde ihm die Frage gestellt: „Sehen Sie Parallelen zur Gründung der Ersten Internationale 1864?“ Seine Antwort lautete: „Es gibt mindestens eine Gemeinsamkeit. Der Wirtschaftswissenschaftler Karl Polanyi bezeichnete die Zeit von 1850 bis 1880 als eine erste Phase der Globalisierung. Die Erste Internationale war die Antwort der Arbeiterklasse darauf, sozusagen die Globalisierung der Arbeiterklasse gegen die des Kapitalismus. Heute sind es ebenfalls die Arbeiter, aber auch die Landwirte, die Frauen, die Jugend usw., die sich gegen die neue Phase kapitalistischer Globalisierung zur Wehr setzen. Aber im Unterschied zum ausgehenden 19. Jahrhundert hatten wir in der Zwischenzeit viele Gelegenheiten, Erfahrungen im Umgang mit dem Kapitalismus zu sammeln. Es gab die Russische und die Chinesische Revolution, zwei Weltkriege und viele andere Ereignisse. Ein weiterer Unterschied: die erste ‚Globalisierung‘ der Bewegung, die Gründung der Ersten Internationale, war de facto eine europäische. Es gab nur wenige US-Amerikaner, die sich daran beteiligten. Heute finden die großen internationalen Treffen nicht in Europa, sondern im brasilianischen Porto Alegre statt. Wir befinden uns im Gegensatz zu damals in einem wirklich globalen Prozeß, an dem sich Lateinamerikaner, Nordamerikaner, Afrikaner und Asiaten beteiligen. Aber die Situation ist komplexer geworden, denn wir befinden uns nicht am Anfang eines Prozesses, sondern bereits mittendrin.“⁸

Die Dialektik der Geschichte (und damit eine schwer zu bewältigende Konfliktsituation der Arbeiterbewegung) bestand und besteht indes darin, daß Globalisierung beziehungsweise Internationalisierung nicht der alleinige große Strom der Geschichte war und ist. Gegenläufig vollzogen und vollziehen sich Prozesse der Nationwerdung, der Bildung von Nationalstaaten, der Aufschwung nationaler Bestrebungen und Bewegungen. Auch diese Entwicklung hält bis heute an. Die Nation - das gilt zumindest für die fortgeschrittensten Industrienationen - ist in die Konfliktzone zwischen den gegenwärtigen Prozessen der Globalisierung beziehungsweise Europäisierung einerseits und der Regionalisierung andererseits geraten. Der neoliberalistische Trend zur Deregulierung zielt wesentlich auf den Abbau der Kompetenzen souveräner Staaten, die sich in der Regel als Nationalstaaten verstehen. Der allseits beklagte Werteverfall schließt die zunehmende Geringschätzung nationaler Kulturgüter ein. Sprachen werden in nie gekanntem Ausmaß von Anglizismen unterwandert. Viele Sprachen sind schon ausgestorben, weiteren droht ein solches Geschick.

Die Besetzung der Begriffe Nation und Volk durch die rechtsextreme, neonazistische Szene und durch sogenannte wertkonservative Politiker wird von vielen linken Intellektuellen mit multikulturellen Konzepten beantwortet, kaum jedoch mit

8 Neues Deutschland vom 7. November 2002.

eigenen Ansprüchen auf Heimat, Vaterland, Nation. Aber wo die nationale Frage unterschätzt wird, meldet sie sich erfahrungsgemäß immer wieder zurück, nicht selten mit Brachialgewalt. Man sollte bedenken: Ende des 19. Jahrhunderts gab es – Rußland und die Türkei, wie auch die Stadt- und Zwergstaaten eingeschlossen – in Europa 24 Staaten. Im Jahre 2000 waren es 38. Bei der Hälfte der in jüngster Zeit geführten Kriege handelt es sich um Sezessionskriege. Norbert Elias dürfte recht haben, wenn er den Nationalismus als „eines der mächtigsten, wenn nicht das mächtigste soziale Glaubenssystem des 19. und 20. Jahrhunderts“ bezeichnet.⁹

So sollte sich neben der Problematik der politischen Macht das Spannungsverhältnis zwischen Nationalem und Internationalem als die zweite unüberbrückbare Scheidelinie zwischen den beiden Hauptrichtungen der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts erweisen, zwischen der marxistisch-orientierten und der anarchistischen. Neu war damals, wie die Arbeiterbewegung die Globalisierungsprozesse aufnahm und dem Proletariat das Bewußtsein vermittelte, eine internationale, zu internationaler Solidarität fähige und verpflichtete Klasse zu sein. Im Verständnis der Marxisten bestand die Mission des Proletariats darin, mit der eigenen Befreiung zugleich die gesamte Menschheit zu befreien und damit gleichzeitig jede nationale Zwietracht zu überwinden. „In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben. Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.“¹⁰ Folgerichtig lag in der frühen Arbeiterbewegung das Primat beim Internationalen, und ihre große mobilisierende Idee war der Internationalismus: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Es ist wichtig, daran zu erinnern, daß dieser Appell die frühere Losung „Alle Menschen sind Brüder“ ersetzte. Das hatte eine doppelte Bedeutung. Zum einem trat nun an die Stelle des allgemeinen Menschen der klassengeprägte Proletarier. Zum anderen lenkte die Forderung nach Vereinigung der Proletarier aller Länder die Aufmerksamkeit auch darauf, daß die Proletarier in getrennten und sie trennenden Ländern lebten und verschiedenen Nationen und ethnischen Gemeinschaften angehörten. „Vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder, ist [für das Proletariat] eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung.“¹¹ Ist es nicht aufschlußreich, daß 1864, als die Internationale Arbeiterassoziation gegründet wurde, die St. Martins Hall mit den Fahnen verschiedener Nationen geschmückt war?

Hingegen tritt uns im Anarchismus der Internationalismus weitaus radikaler entgegen, und er geht bis zur Negierung des Nationalen. Man könnte sagen, daß die Anarchisten auf ihre Weise am entschiedensten auf die Schübe der Globalisierung reagiert haben. Allerdings stellt sich die Frage, ob dies noch ein Inter-Nationalismus ist, da doch Inter-Nationalismus – im Unterschied zum Kosmopolitismus – die Existenz des Nationalen und dessen Anerkennung und Beachtung zur Voraussetzung

9 Norbert Elias: Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1990, S.194-197.

10 MEW, Bd. 4, S.479.

11 Ebenda.

hat. Der Anarchismus hat einen ganz anderen Ansatzpunkt als der Marxismus. Anarchie bedeutete zeitgenössisch „Organisation der ökonomischen Ordnung und Negierung der politischen Autorität“.¹² Die politische Autorität aber wurde durch den Nationalstaat oder den Vielvölkerstaat repräsentiert. Die von den Anarchisten angestrebten Föderativpakte kannten dagegen nur die Ebenen „kommunal, regional, international“.¹³ Proudhon schrieb am 23. März 1856 an Michelet: „Ich behaupte die Orthodoxie der Gerechtigkeit, und ich verleugne das Vaterland, wenn ich es die Tyrannen begünstigen, dem Meineid und Mord Beifall zollen, die Besten ächten und Unwissenheit, Knechtschaft und Aberglaube zum Gesetz erheben sehe... Wo die Gerechtigkeit ist, da ist das Vaterland“.¹⁴

Aus ähnlicher Geisteshaltung heraus forderte Bakunin die universelle Revolution: „Von jetzt ab muß die Erhebung jedes Volkes nicht in Hinblick auf sich selbst, sondern in Hinblick auf die ganze Welt geschehen.“¹⁵ Ein internationaler Bruder dürfe „das Heil für sein Land und die ganze Welt nur in der sozialen Revolution sehen“, und er müsse verstehen, daß „die soziale Revolution notwendigerweise eine europäische und eine Weltrevolution werden wird“.¹⁶ Hier gibt es also nicht die im Kommunistischen Manifest betonte Dialektik von sozialem Inhalt und nationaler Form des Kampfes.¹⁷

So sehr die in der I. und II. Internationale vereinigten Arbeiterparteien internationalistische Überzeugungen und Haltungen auch auszeichneten, so sehr war man doch mit vielfältigen nationalen Konflikten und Bewegungen konfrontiert. Der Internationalismus wurde auf den Prüfstand der Praxis gelegt, und nicht immer, sogar fortschreitend weniger bestand er diese Prüfung. Mehr noch - auch die Arbeiterbewegung selbst erfuhr nationale Ausprägungen.¹⁸ Im Verlauf des 20. Jahrhunderts hat sich die nationalstaatliche Prägung der Arbeiterbewegung so verfestigt, daß bis heute noch keine hinreichenden organisatorischen und intellektuellen Voraussetzungen für eine adäquate Reaktion auf den gegenwärtigen Schub der Globalisierung gegeben sind.

In der Ära der bürgerlich-demokratischen Revolutionen hatten sich die am Gedankengebäude von Marx und Engels orientierten Parteien durchaus bemüht, der Dialektik von sozialem und nationalem Kampf zu entsprechen - gemäß dem von Engels formulierten Grundmotiv, daß eine Nation, die eine andere unterdrückt,

12 So García José Viñas. Zit. nach: Max Nettlau: Der Anarchismus von Proudhon zu Kropotkin. Seine historische Entwicklung in den Jahren 1859-1880, Berlin 1927, S.212.

13 Siehe ebenda, S.217f.

14 Zit. nach: Ebenda, S.8.

15 Zit. nach: Ebenda, S.42.

16 Prinzipien und Organisation der Internationalen Revolutionären Gesellschaft, in: Michael Bakunin: Gesammelte Werke, Bd. III, Berlin 1924, S.33f.

17 „Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muß natürlich zunächst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden.“ (MEW, Bd. 4, S.473.)

18 Werner Sombart zum Beispiel leitete daraus drei Typen der Arbeiterbewegung ab: den englischen, den französischen und den deutschen Typus. Siehe Werner Sombart: Sozialismus und Soziale Bewegung, Jena 1919.

selbst nicht frei sein kann.¹⁹ Was nicht heißt, daß diese Parteien auch in jedem Falle das Wesen konkreter nationaler Bestrebungen und Bewegungen treffend zu beurteilen und entsprechend zu handeln vermochten. Nur jene Parteien, die mit den komplizierten nationalen und ethnischen Problemen von Vielvölkerstaaten konfrontiert waren, haben die nationalen Fragen in ihrer tatsächlichen Dimension thematisiert, nämlich die Austromarxisten und die russischen Sozialdemokraten.

Demgegenüber war die deutsche Sozialdemokratie - statt sich mit konkreten nationalen Konflikten und Lösungsvorschlägen zu befassen - „in einen abstrakten Internationalismus“ ausgewichen, „der der Sogwirkung nationalistischer Massenbegeisterung im August 1914 letztlich nicht standhielt“. So formulierte es Peter Brandt.²⁰ Von der Abstraktheit dieses Internationalismus kann man sich an Hand der Schriften von Bebel²¹ und Kautsky²² überzeugen. Es taten sich jedoch auch für die deutsche Sozialdemokratie Probleme auf - zunehmend bei Eintritt in das imperialistische Stadium und dem stärkeren Durchschlagen globaler Entwicklungen, denen mit solch abstraktem Internationalismus nicht beizukommen war. Dies betraf vor allem

- die Frage von Krieg und Frieden und in diesem Zusammenhang die konkreten internationalen Konflikte, den Rüstungswettlauf und den Antimilitarismus,
- die koloniale Frage und die Stellung der Arbeiterbewegung zur Kolonialpolitik,
- Emigration und Migration, Standortprobleme und Konkurrenz durch billige Arbeitskräfte.

Es würde zu weit führen, dies im einzelnen nachzuweisen und zu beschreiben. Festzuhalten ist indes, daß sich bei jedem dieser Probleme Differenzierungen ergaben, und die reformistische und die linke Strömung hatten unterschiedliche Antworten parat. Oder genauer gesagt, die unterschiedliche Beantwortung der aus dem Spannungsverhältnis von Globalisierungsprozessen und nationalen Interessen erwachsenen Probleme trug wesentlich dazu bei, daß sich zwei neue Strömungen in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung herausbildeten.

19 Siehe Rede über Polen, in: MEW, Bd. 4, S.417.

20 Peter Brandt: Schwieriges Vaterland. Deutsche Einheit. Nationales Selbstverständnis. Soziale Emanzipation. Texte von 1980 bis heute, Berlin 2001, S.35.

21 Für Bebel war die Sache recht einfach: „Obwohl die nationale Idee noch vielfach die Köpfe beherrscht und das Mittel zur Aufrechterhaltung politischer und sozialer Herrschaft dient, denn dies ist nur innerhalb nationaler Schranken möglich, stecken wir bereits tief im Internationalismus... Die neue Gesellschaft wird sich dann auch auf internationaler Basis aufbauen. Die Völker werden sich verbrüdern, sie werden sich gegenseitig die Hände reichen und danach trachten, den neuen Zustand allmählich über alle Völker der Erde auszudehnen.“ (August Bebel: Die Frau und der Sozialismus, Berlin 1946, S.595, 597).

22 Kautsky hatte in seinem Kommentar zum Erfurter Programm zwar widersprüchliche Tendenzen ausgemacht, aber das Proletariat sei letztlich keinen nationalistischen Anfechtungen ausgesetzt: „Das Proletariat nimmt nicht Anteil an der widerspruchsvollen Haltung, die sich daraus für die übrigen Klassen der heutigen Gesellschaft ergibt... Im Proletariat hört die zweite Tendenz auf zu wirken“, so daß „zusehends immer mehr auch bloß die Tendenz nach innigem internationalen Zusammenschluß die Proletariat der verschiedenen Kulturländer beeinflusst, und daß die Tendenz nach nationaler Abschließung und nationalem Kampf in ihren Reihen jede Wirkung verliert.“ (Das Erfurter Programm. In seinem grundsätzlichen Teil erläutert von Karl Kautsky, Stuttgart 1919, S.235.)

Als sich im Gefolge der Oktoberrevolution von 1917 schließlich zwei Weltlager formierten, führte dies zu einer eigenartigen Vermischung übergreifender Prozesse der Globalisierung. Diese resultierten wiederum aus der allgemeinen Entwicklung der Produktivkräfte. Diesmal waren sie mit politischen und militärischen Integrationsprozessen verbunden, die sich in zwei einander befehdenden Lagern vollzogen. Dies lief auf eine globale Polarisierung hinaus und gipfelte in einer die Existenz der gesamten Menschheit bedrohenden Konfrontation. Auch die verschiedenen Abteilungen der Arbeiterbewegung waren nicht nur dem einen oder dem anderen dieser Lager zugehörig, sie bekämpften einander auch erbittert. Länder und politische Bewegungen außerhalb der übermächtigen Pole mußten sich den bestehenden Fronten zuordnen oder zwischen ihnen lavieren. Für die Staaten der „dritten Welt“ entstand das Paradoxon, einesteils Verfügungsmasse des jeweiligen Lagers zu sein und andererseits als „Zünglein an der Waage“ Einfluß auf globale Entscheidungen nehmen zu können.

Zeitpunkt und Umstände ihrer Entstehung stellten die Arbeiterbewegung von Beginn an vor die Aufgabe, Globalisierungsprozesse theoretisch und programmatisch zu verarbeiten. Auf das „Manifest der Kommunistischen Partei“ aus dem Jahre 1848 ist bereits verwiesen worden. Anzumerken wäre noch, daß Marx und Engels damals erwarteten, die soziale Polarisierung würde den Prozeß der Formierung von Nationen überlagern. Daraus resultierte in ihren frühen Schriften die eher fragmentarische Behandlung der nationalen Frage. Im Lehrgebäude des Marxismus-Leninismus verfestigte sich die tendenzielle Unterschätzung der nationalen Problematik in der Aussage vom „Primat“ der sozialen vor der nationalen Frage. Verabsolutiert erwies sich dieser Lehrsatz mehrfach als Quelle von Fehlentscheidungen.

Bis weit in das 20. Jahrhundert hinein gehörte die Erwartung der „Weltrevolution“ zu den selbstverständlichen Annahmen, auf die Teile der Arbeiterbewegung aufbauten. Angesichts der globalen Wirkungen des Aufstiegs des Industriekapitalismus war dies keine von vornherein abwegige strategische Orientierung. Der kapitalistischen Globalisierung wurde ein globales Revolutionskonzept entgegengestellt. Die Revolutionäre in Rußland verstanden ihre Revolution deshalb als Auftakt und Impuls einer Weltrevolution, die zunächst Europa erfassen und dann weiter ausstrahlen sollte. Sie blieb jedoch peripher, da die Revolutionen in den anderen Ländern meist in ihrer Anfangsphase verharrten und sich nicht zu einer europäischen Revolution verbanden. Stalins Konzept des Aufbaus des Sozialismus in einem Land war die Reaktion auf das Ausbleiben erfolgreicher Folgerevolutionen und zunächst umstritten. Aus ihm entwickelte sich fast zwangsläufig eine Politik, in der sich isolationistische mit hegemonialen Tendenzen mischten. In der Definition der historischen Epoche als der des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus artikulierte sich die Hoffnung, die Oktoberrevolution würde als Zäsur setzendes Ereignis langfristig doch noch ihre globalen Wirkungen entfalten. Die Leistung der Sowjetunion bei der Niederschlagung des Faschismus, verschiedene Nachkriegsentwicklungen und die Entstehung und zeitweilige Stabilisierung weiterer sozialistischer Länder gaben solchen Erwartungen neue Nahrung. Mit den

Ereignissen am Ausgang des letzten Jahrhunderts erwies sich dieses Verständnis der Epoche als Fehleinschätzung. Dennoch können der Oktoberrevolution nicht nachhaltige globale Wirkungen abgesprochen werden. Zahlreiche emanzipatorische Bewegungen und Prozesse sind ohne die Oktoberrevolution nicht zu verstehen. Daran ändert auch der zwiespältige Charakter der russischen Revolution und der sowjetischen Politik nichts. Obendrein wirkte der Systemwettbewerb als Herausforderung und Ferment beschleunigend auf die Anpassungen und Innovationen des gegenwärtig siegreichen Systems.

Bei den mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) verbündeten Parteien und Bewegungen setzte sich in den sechziger Jahren zunächst die Auffassung durch, die Annahmen zu Charakter, Inhalt und Haupttendenzen der Epoche hätten sich bestätigt. Nach dieser Lesart prägte der siegreiche Übergang zum Sozialismus das Bild der Epoche. Die Ausweitung sozialistischer Systeme²³ auf ein Drittel der Erde, das militärstrategische Gleichgewicht, die Leistungen der Sowjetunion in der Weltraumforschung und die Erfolge der nationalen Befreiungsbewegungen schienen dafür zu sprechen. Globalisierung wurde in dieser Phase vorrangig unter dem Aspekt der sich zuspitzenden Systemauseinandersetzung reflektiert. „Schauplatz dieser Auseinandersetzung ist die ganze Welt, sind die wichtigsten Bereiche des gesellschaftlichen Lebens: die Wirtschaft, die Politik, die Ideologie und die Kultur“, hieß es im Hauptdokument der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien vom Juni 1969, das in Moskau verabschiedet wurde.²⁴ Das genannte Dokument fixierte ebenfalls die These von den drei revolutionären Hauptströmen: dem sozialistischen Weltsystem, der internationalen Arbeiterklasse und den nationalen Befreiungsbewegungen, deren Aktionseinheit wachsende „Möglichkeiten für den weiteren Vormarsch der revolutionären und fortschrittlichen Kräfte“²⁵ böten. Mit dieser These versuchte die kommunistische Bewegung, verschiedenste Akteure mit jeweils unterschiedlichen Bedingungen und Aufgaben in einen globalen Prozeß einzubinden, dessen Hauptinhalt vom eigenen Verständnis der Epoche unter den Bedingungen der Systemauseinandersetzung abgeleitet war.

Die wissenschaftlich-technische Revolution wurde zwar „zu einem entscheidenden Kampffeld des historischen Wettbewerbs zwischen dem Kapitalismus und Sozialismus“²⁶ erklärt, ihre Inhalte jedoch nicht näher bestimmt und ihre Folgen für den Produktions- und Reproduktionsprozeß noch nicht überschaut. Die Bindung an traditionelle Fortschrittsvorstellungen, ökonomische Wachstumsstrategien und einen vor allem quantitativ orientierten Wettbewerb verstellte den Blick für die einschneidende und tiefgreifende Umbruchsituation, die bereits eingeläutet war. So setzte die KPdSU noch Ausgang der 80er Jahre auf traditionelle Produktionsziffern,

23 Hier soll nicht erörtert werden, inwieweit sich diese Länder berechtigt als sozialistische bezeichneten oder wie sie sonst zu charakterisieren wären. Als Antipoden zum kapitalistischen System wurden sie ohne Zweifel von Freund und Feind wahrgenommen.

24 Zit. nach Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, hrsg. von Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler, Berlin 1997, S.706f.

25 Ebenda, S.706.

26 Ebenda, S.709.

die im Wettbewerb der Systeme in kurzen Fristen überboten werden sollten. Der vielfach verwandte Begriff des „wissenschaftlich-technischen Fortschritts“ blieb eher diffus. So mußte Walter Ulbricht in einer Besprechung zwischen den Führungskräften der KPdSU und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) im August 1970 einräumen: „Die wissenschaftlich-technische Revolution hat tiefere, gefährlichere Wirkungen, als wir anfangs einschätzten.“²⁷ Sein Insistieren auf die wissenschaftlich-technische Revolution trug ihm den Vorwurf ein, „technokratische Theorien“ und irrealer Ziele zu vertreten, und gehörte schließlich zu den Gründen, die zu seiner Ablösung führten.

Für die westeuropäische Sozialdemokratie bildeten die Lagerbildung und die Systemkonfrontation ebenfalls lange Zeit die entscheidende Folie programmatischer Überlegungen zu globalen Prozessen. Erst in den 70er Jahren fanden Themen des Nord-Süd-Konfliktes und globale Umweltprobleme stärkere Beachtung. Das Einschwenken auf die westeuropäische Integration und auf das atlantische Bündnis erfolgte je nach Interessenlage zu unterschiedlichen Zeiten. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) verweigerte sich aus Opposition gegen Konrad Adenauer lange Zeit dem Kurs der Westintegration, den sie in den 50er Jahren mit Blick auf die deutsche Teilung für kontraproduktiv hielt. Erst im Nachgang zum Godesberger Parteiprogramm von 1959 setzte sich ein grundlegender Paradigmenwechsel in dieser Frage durch. Herbert Wehner gab mit seiner Rede im Deutschen Bundestag im Juni 1960 das entscheidende öffentliche Signal. „Die deutsche Sozialdemokratie konnte sich nach 1960 mit Erfolg als Partei des Atlantizismus und ständige Mahnerin zur Einheit des Westens profilieren, wobei die gegenüber der Dritten Welt imperialistischen und gegenüber Westeuropa hegemonialen Aspekte der Weltpolitik jetzt nahezu vollständig ausgeblendet wurden.“²⁸

Die SPD erfaßte die Folgen der gravierend veränderten Produktions- und Reproduktionsprozesse erst in ihrem Berliner Programm von 1989 mit größerer Klarheit. Darin wird eindringlich auf den Zusammenhang von wissenschaftlich-technischen Innovationen und neuen Gefahren für Mensch und Natur aufmerksam gemacht, die an nationalen Grenzen nicht haltmachen. Auch die zwiespältige Wirkung der Informationstechnologien als Gefahr für Arbeitsplätze und demokratische Willensbildung einerseits sowie als Chance für eine humanere Arbeitswelt und für mehr Transparenz andererseits sind skizziert. Zur weltwirtschaftlichen und sozialökonomischen Dimension der Globalisierung heißt es dort: „Die Konzentration wirtschaftlicher Macht in immer weniger Händen scheint unaufhaltsam, der weltweite Wettlauf um Märkte und knappe Hilfsquellen unvermeidlich zu sein. In immer kürzerer Zeit bewegen sich Kapitalströme um den Erdball. Gigantische multinationale Konzerne planen ihre Gewinne weltweit, unterlaufen demokratische Kontrollen und erzwingen politische Entscheidungen.

27 Vermerk über die gemeinsame Besprechung der Delegation des ZK der KPdSU mit der Delegation des ZK der SED am 21.8.1970 in Moskau, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30/3295, Bl. 53.

28 Zit. Nach Dieter Groh/Peter Brandt: „Vaterlandslose Gesellen“. Sozialdemokratie und Nation 1860-1990, München 1992, S.275f.

Expansionsmacht und Gewinnstreben schaffen gewaltigen Reichtum, erniedrigen aber gleichzeitig unzählige Menschen und ganze Nationen. Sie begrenzen unseren nationalen Handlungsspielraum. Globale Konjunktur- und Strukturkrisen lassen Wirtschaftsregionen zusammenbrechen.“²⁹ Im regionalen Zusammenschluß von Staaten und in der Überwindung nationaler Grenzen durch die Gewerkschaften sah die SPD zu diesem Zeitpunkt wirksame Gegenstrategien.

Unmittelbarer als die Arbeiterparteien mußten sich die Gewerkschaften in Westeuropa auf die Veränderungen in der Arbeits- und Lebenswelt einstellen. Bereits auf seinem Gründungskongreß 1949 hatte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) ein Bekenntnis zu einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft abgegeben. Die vor allem auf Europa fixierte Forderung nach Überwindung des engen Rahmens der Nationalwirtschaften und einer konstruktiven solidarischen Zusammenarbeit der Menschen, Völker und Staaten bekräftigte er in den Grundsatzprogrammen von 1963 und 1981.³⁰ Mit dem Aktionsprogramm von 1988 reagierte der DGB auf den tiefgreifenden technologischen Wandel der noch als „Industriegesellschaft“ definierten Arbeits- und Lebenswelt. Durch „eine international abgestimmte solidarische beschäftigungspolitische Initiative, insbesondere auf europäischer Ebene“, und durch „gezielte strukturpolitische Maßnahmen“ sollte „der Wandel der Wirtschaftsstrukturen sozial verträglich gestaltet werden“.³¹ Obwohl verschiedene Erscheinungsformen und Probleme der Globalisierung bereits angesprochen wurden, waren deren Wirkungsmacht und Komplexität nur unzureichend erfaßt. Dementsprechend waren die Gegenstrategien nicht ausgereift. Die Verknüpfung von historischen Erfahrungen mit neuen Erfordernissen erwies sich als komplizierter und länger andauernder Diskussions- und Erkenntnisprozeß. Dabei hatte Walter Dirks 1961 in seiner Grundsatzrede zur „geschichtlichen Aufgabe der Gewerkschaften in unserer Zeit“ drei grundsätzliche Gesichtspunkte festgehalten: Kampf gegen die Übermacht ökonomischer Mächte, Eintreten für die soziale Ausgestaltung des technischen Fortschritts und Kampf gegen alle Herrschaftsformen, die Mitbestimmung und demokratische Kontrolle einschränken oder ausschließen.³²

Angesichts der fortdauernden Systemkonfrontation und Existenzbedrohung durch eine neue Runde der Hochrüstung in den 80er Jahren blieb die Frage des Friedens die dominierende Überlegung in der Betrachtung globaler Prozesse. Diese Schwerpunktsetzung läßt sich in Politik und Programmatik nahezu aller Strömungen der Arbeiterbewegung in West und Ost ausmachen. Sie führte auch zu einer begrenzten Kooperation über tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten hinweg. In der Einsicht, daß unter den gegebenen Bedingungen Krieg kein Mittel der Politik mehr sein kann, manifestierte sich eine neue Qualität globalen Bewußtseins. Auch nach dem Wegfall der Systemkonfrontation ist kein plausibler Grund zu erkennen,

29 Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, hrsg. und eingel. von Dieter Dowe und Kurt Klotzbach, Bonn 1990, S.381f.

30 Siehe Michael Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 1989, S.468, 472.

31 Ebenda, S.475-477.

32 Siehe Walter Dirks: Die geschichtlichen Aufgaben der Gewerkschaften in unserer Zeit. Referat vor dem 4. Gewerkschaftstag der ÖTV am 28. Juni 1961 in Berlin, hrsg. vom Hauptvorstand der ÖTV.

warum von diesem Erkenntnisfortschritt abgerückt werden sollte. Ein weiterer Aspekt globalen Bewußtseins, der sich um die Jahrtausendwende durchsetzte, ist die Sensibilisierung für die Gefährdung der natürlichen Lebensräume der Menschheit und die weltweite Wirkung von Umweltzerstörungen.

Mit dem Kollaps des sozialistischen Weltsystems und den nachfolgenden Transformationsprozessen in Mittel- und Osteuropa entstanden - unabhängig davon, wie dieser Vorgang im einzelnen bewertet wird - Voraussetzungen für einen neuen und in den Grundzügen einheitlichen Kampfboden der Arbeiterbewegung. Die Folgen sind jedoch zunächst durchaus ambivalent. Den neuen Möglichkeiten der politischen und sozialen Interessenvertretung stehen die Nachteile gegenüber, die der Wegfall der Systemkonkurrenz für die Durchsetzung und Bewahrung sozialstaatlicher Sicherungen mit sich brachte. Außerdem erschweren die unterschiedlichen historischen Erfahrungshorizonte und Sozialisierungen, die offensichtlich länger nachwirken, gemeinsame Handlungsoptionen.³³ Es wird sicherlich noch einiger Zeit bedürfen, ehe die Arbeiterbewegung bzw. ihre Nachfolgeorganisationen den gemeinsamen Kampfboden konzeptionell und organisatorisch ausfüllen können. Die gemeinsame europäische Währung und der europäische Binnenmarkt ist Tatsache geworden, bevor eine europäische Sozialcharta verabschiedet werden konnte. Erfolgreiche Strategien gegen die Negativwirkungen der Globalisierung sind aber kaum zu erwarten, wenn der neue Rahmen nicht mit einem eigenen durchsetzungsfähigen Programm politischer und sozialer Eckwerte ausgefüllt werden kann.

Die tiefgreifenden Veränderungen in der Sozialstruktur, die mit der Globalisierung einhergehen und zu einem erheblichen Teil durch sie bedingt sind, relativieren in Europa und Nordamerika die Rolle der Arbeiterbewegung in ihren klassischen Formen und Methoden. Zudem sind von der Globalisierung Lebensverhältnisse breiter Schichten und zivilisatorische Interessen berührt, die von der Arbeiterbewegung nicht allein und auch nicht mehr stellvertretend wahrgenommen werden können. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit und zugleich die Möglichkeit, sich in Bündnisse globalisierungskritischer Bewegungen einzubringen. Wie bereits in anderen Phasen ihrer historischen Entwicklung hat die Arbeiterbewegung eine Perspektive, wenn sie sich als gewichtige zivilisatorische Kraft im Strom der Zeit versteht. Ob der tradierte Begriff der Arbeiterbewegung auf Dauer Bestand haben kann, muß der künftigen Entwicklung überlassen bleiben. Sicherlich werden ihre Zentren und Schwerpunkte nicht statisch dort verbleiben, wo sie aus historischer Gewohnheit bislang verortet werden. Aus globaler Sicht ist ein kurz- oder mittelfristiges Ende der Arbeiterbewegung und der sozialen Gruppen, die sie tragen, jedenfalls nicht auszumachen.

33 Die Komplikationen beim Zusammenwachsen der ehemaligen deutschen Teilstaaten stehen exemplarisch für diesen, inzwischen auch empirisch nachgewiesenen, Sachverhalt.

„Hallenser“ Sozialrevolutionäre. Eine gruppenbiographische Studie über rußländische Studenten in Deutschland 1901-1905

Hartmut Rüdiger Peter

Neben politischen Emigranten, Geschäftsleuten und Künstlern prägte um 1900 eine rasch anwachsende Zahl von Studentinnen und Studenten das Bild der russischen Kolonien in den großen politischen und akademischen Zentren Westeuropas wie Berlin, Genf, Leipzig, München, Paris oder Zürich. Die historische Forschung betrachtete sie lange Zeit nicht als ein eigenständiges Phänomen, sondern vor allem als ein Milieu, in dem die revolutionären Exilorganisationen um Nachwuchs und Unterstützung konkurrierten. Während die Arbeit der sozialdemokratischen Auslandsgruppen unter den Studenten relativ gut erforscht wurde,¹ blieb weniger beachtet, daß gerade um die Jahrhundertwende die Sozialrevolutionäre mit ihren an die Tradition der Narodniki (Volkstümpler) anknüpfenden agrarsozialistischen Utopien und ihrem Bekenntnis zum individuellen Terror als Mittel des revolutionären Kampfes auf radikal gestimmte junge Intellektuelle eine große Anziehungskraft ausübten.²

Diese Studie zeichnet das Porträt einer Gruppe von Studenten aus Rußland, die zwischen 1901 und 1904/1905 an den Universitäten Halle und Heidelberg studierten und von Zeitgenossen den Beinamen „Hallenser“ oder „Halle-Heidelberg“ Sozialrevolutionäre erhielten.³ Manfred Hildermeier bezeichnet sie zu Recht als „Nachwuchsrige“ der Partei der Sozialrevolutionäre (Partija Socialistov-Revoljucionerov - PSR): Einige von ihnen nahmen bereits nach der Revolution 1905 verantwortliche Positionen in der Partei ein. Mindestens drei „Hallenser“ gehörten vorübergehend der terroristischen „Kampforganisation“ an und waren an Anschlägen auf zaristische Würdenträger beteiligt. Später rekrutierte die PSR aus ihrer Mitte quasi ihre zweite Führergeneration. Die meisten standen auf dem rechten Parteiflügel, schlossen sich im Weltkrieg den „Vaterlandsverteidigern“ und nach der

1 Exemplarisch Botho Brachmann: Russische Sozialdemokraten in Berlin 1895-1914. Mit Berücksichtigung der Studentenbewegung in Preußen und Sachsen, Berlin 1962; Karl Brundig: Die Weimar - Jenaer „Iskra“-Tradition. Russische revolutionäre Studenten in Jena 1898-1914, Jena 1977; Ludwig Schneider: Die russische Studentenkolonie und das Echo des revolutionären Rußlands in München vor 1914, in: Karl Bosl u.a. (Hrsg.): Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, München-Wien 1969, S.75-96; Lenin in München. Dokumentation und Bericht von Friedrich Hitzer, hrsg. von der Bayerischen Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion e.V., München 1977.

2 Ausgenommen Dittmar Dahlmann: Bildung, Wissenschaft und Revolution. Die russische Intelligencija im Deutschen Reich um die Jahrhundertwende, in: Gangolf Hübinger/Wolfgang Mommsen (Hrsg.), Intellektuelle im Deutschen Kaiserreich, Frankfurt am Main 1993, S.140-157.

3 Siehe Viktor Černov: Pered burej, New York 1953, S.196f.; Manfred Hildermeier: Die Sozialrevolutionäre Partei Rußlands. Agrarsozialismus und Modernisierung im Zarenreich (1900-1914), Köln-Wien 1978, insbesondere S.252f.

Machtergreifung der Bolschewiki der Gegenrevolution an. Ihre weiteren Karrieren sollen hier nur in einem kurzen Ausblick angedeutet werden. Vielmehr gibt die reiche Erinnerungsliteratur⁴ zusammen mit universitären Quellen die Möglichkeit, an ihrem Beispiel charakteristische Umstände der Konstituierung revolutionärer Gruppen innerhalb der rußländischen Studentenschaft im Ausland und Grundzüge ihres akademischen, sozialen und persönlichen Lebens in der Fremde, auch jenseits des „politischen Reifeprozesses“, zu skizzieren.

„Nihilisten“ und Adepten der Wissenschaft: Russische Studenten in Deutschland um 1900

Um 1900 wuchs die Zahl der Studenten aus dem Russischen Reich an den Universitäten und Hochschulen Westeuropas sprunghaft an. Gleichzeitig wandelten sich ihre soziale, ethnische und konfessionelle Zusammensetzung sowie die vorherrschenden Studienmotive. Der Anteil von Sprößlingen wohlhabender Adels- oder Kaufmannsfamilien, die in ihrem Habitus oft noch an Bildungsreisende in der Tradition der klassischen „peregrinatio academica“ erinnerten, nahm deutlich ab. Dagegen wuchs die Zahl der „Brotstudenten“ aus sozial niedrigeren Schichten, die zielstrebig auf den Erwerb eines Diploms hinarbeiteten, der ihnen den Einstieg in privilegierte Berufe und damit den Weg zum gesellschaftlichen Aufstieg ebnen sollte. Verursacht wurde diese Entwicklung zunächst durch den wachsenden Bedarf von Staat und Gesellschaft an Fachkräften. Weder die Kapazität noch die Qualität der höheren Schulen Rußlands reichten aus, um diesen zu befriedigen und die steigende Zahl von Abiturienten aufzunehmen. Hinzu kamen die Auswirkungen der innenpolitischen Krisensituation: Eine zunehmende Unzufriedenheit unter Abiturienten und Studenten mit der Hochschulpolitik des Zarismus verschmolz schon Ende des 19. Jahrhunderts immer mehr mit dem allgemeinen politischen Kampf gegen die Selbstherrschaft. Der Staat antwortete auf Hochschulunruhen mit Reglementierungen und Polizeiterror. Verdächtige Elemente wurden vom Studium ausgeschlossen, ganze Fakultäten und Hochschulen vorübergehend geschlossen. Den gemäßregelten Studenten blieb, wollten sie weiter studieren, oft nur der Weg ins Ausland.

Aber auch solche Kommilitonen, die eher unpolitisch und an einem raschen Studienabschluß interessiert waren, gingen nach Westeuropa, weil ihnen ein störungsfreies und effektives Studium in Rußland unmöglich erschien. Ethnische und konfessionelle Minderheiten wurden von dem Mangel an Studienplätzen und der restriktiven zaristischen Hochschulpolitik besonders betroffen. Für Juden bestand seit 1887 ein Numerus clausus an Gymnasien und höheren staatlichen Lehranstalten. Dieser lag in den Hauptstädten St. Petersburg und Moskau bei drei, im übrigen Reich bei fünf und nur in den vom Staat bestimmten jüdischen

4 Neben Černov besonders Vladimir Zenzinov: *Perežitoe*, New York 1953; Mark Višnjak: *Dan' prošlomu*, New York 1954; Fedor Stepun: *Vergangenes und Unvergängliches. Aus meinem Leben*. Erster Teil. 1884-1914, München 1947; Boris Savinkov: *Erinnerungen eines Terroristen*, Berlin 1929.

Ansiedlungsgebieten („čerta osedlosti“) bei zehn Prozent.⁵ Damit waren dem Bildungshunger der jüdischen Jugend und ihrer Hoffnung, sich in Rußland über akademische Abschlüsse Chancen zum sozialen Aufstieg zu erschließen, enge Grenzen gesetzt, und ihr Anteil an der studierenden Jugend aus Rußland an den ausländischen Universitäten war hoch. Polen oder Deutsche sahen sich dagegen einer zunehmenden Russifizierung ausgesetzt, die ihnen ihre begrenzten autonomen Rechte in Fragen der Bildung und des Unterrichts streitig machte. Für sie waren die deutschen Hochschulen sowohl kulturell als auch aufgrund ihrer Nähe eine logische Alternative. Auch die Zahl der russischen Studentinnen im Ausland war beträchtlich, da Frauen in ihrer Heimat vom regulären Hochschulstudium – abgesehen von besonderen Lehranstalten für Mädchen – ausgeschlossen blieben. Sie bevorzugten besonders die Schweiz mit ihrer liberalen Haltung gegenüber dem Frauenstudium, waren nach dessen schrittweiser Einführung im Deutschen Reich aber auch hier immer häufiger zu finden.

Die russischen Behörden und die konservative Öffentlichkeit sahen in den Studentenkolonien im Westen vor allem Sammelpunkte von politisch unzuverlässigen Elementen. Auch in Deutschland wurden sie aus Furcht vor einem Import revolutionären „Ungeistes“ mißtrauisch beobachtet. Beim geringsten Verdacht politischer Betätigung waren sie der Willkür von Polizei und Justiz ausgesetzt und mußten mit Ausweisung rechnen. Im Reichstag prägte Kanzler Bülow 1904 persönlich das Bild von den „slavischen Studenten“ als „Schnorrer und Verschwörer“⁶, das in den folgenden Jahren von konservativ-nationalistischen und antisemitischen Kreisen immer wieder zu ihrer Stigmatisierung genutzt wurde. Tatsächlich war in Metropolen wie Berlin oder an Großuniversitäten wie Leipzig und München der Typus des jungen Revolutionärs unter den Studenten aus Rußland verbreitet anzutreffen. Da aber gerade hier auch besonders viele ernsthafte Adepten der Wissenschaft bei den an den Zentren des deutschen Geisteslebens versammelten Gelehrten studieren wollten, repräsentierten sie bei weitem nicht die Mehrheit in den Studentenkolonien. In mittleren und kleineren Hochschulstädten gab es kaum Emigranten, so daß die Verbindungen zum politischen Exil weniger eng waren. In den überschaubaren Provinzstädten war es zudem schwerer, revolutionäre Aktivitäten vor den Augen der Öffentlichkeit zu verbergen. Hier studierten oft Kinder aus privilegierten Gesellschaftskreisen oder junge Leute mit konkreten wissenschaftlichen Zielen. Zwar verfolgten auch sie die politischen Vorgänge in Rußland aufmerksam und waren in ihrer großen Mehrheit gegen den Zarismus eingestellt, konkrete politische Arbeit reduzierte sich aber meist auf die Organisation von Vorträgen und die Selbstbildung.

5 Siehe u.a. Guido Hausmann: Der Numerus clausus für jüdische Studenten im Zarenreich, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, 41 (1993), S.508-531.

6 Siehe ausführlich die einführenden Kommentare von Kurt Eisner in: *Der Geheimbund des Zaren. Der Königsberger Prozeß wegen Geheimbündelei, Hochverrat gegen Rußland und Zarenbeleidigung vom 12. bis 25. Juli 1904. Nach den Akten und stenographischen Aufzeichnungen* hrsg. von Kurt Eisner, Berlin 1904, S.101-129.

Den Raum für politische Arbeit und Bildung boten die Strukturen eines eigenständigen gesellschaftlichen Lebens in den russischen Studentenkolonien,⁷ die in Deutschland wie überall im Ausland einem ähnlichen Muster folgten: Es gab akademische Lesehallen, Mittagstische, Kassen der gegenseitigen Hilfe. Eine zentrale Rolle spielten akademische Vereine, die sich um die Jahrhundertwende an den größeren Hochschulen bildeten. Der „Russische akademische Verein“ in Halle, der als exemplarisch für solche Organisationen gelten kann, wurde im Wintersemester 1900/01 ins Leben gerufen. Er unterstand der Aufsicht des Universitätsrichters und hatte seine Aktivitäten auf die „allgemeine Geselligkeit und Bildung seiner Mitglieder“ zu beschränken. Dazu unterhielt er eine Bibliothek und ein Lesezimmer mit russischen wie deutschen Büchern und Zeitschriften. Ein Vereinslokal wurde für Vortragsabende und die Gesamtversammlungen der Kolonie am Beginn und Ende des Semesters genutzt. Der Verein organisierte Bälle und gesellige Abende, wobei die Einnahmen für gemeinnützige Zwecke genutzt wurden. Ein Teil der hier gesammelten Gelder wurde auch zur Unterstützung von Opfern der politisch Verfolgten in Rußland gespendet oder den Exilparteien zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus verhielt sich der Verein, folgt man den Akten der Universitätsbehörden und der Polizei, politisch unauffällig. Allerdings war die Überwachung durch die ungenügende Vorbereitung der Beamten - u.a. aufgrund fehlender Sprachkenntnisse - gerade in der Provinz wenig effizient.⁸

Der „Halle-Heidelberger Kreis“. Eine Übersicht

Ein Indiz dafür, daß die russische Studentenschaft in Halle nicht unpolitisch war, ist die mehrjährige Existenz eines den Sozialrevolutionären nahestehenden Zirkels. Folgt man Viktor Černov, dem Mitbegründer und Theoretiker der PSR, dann bildeten Nikolaj Avksen'tev (1878-1943), Abram Goc (1882-1940) und Vladimir Zenzinov (1880-1953) sein „avantgardistisches Trio“. Berücksichtigt man die Entstehung der Gruppe und ihre internen Hierarchien, dann müssen mit Il'ja Fondaminskij (1881-1942) und Jakov Gavronskij (geb. 1878) zwei weitere Personen zu seinem Kern gerechnet werden, wobei Fondaminskij nie in Halle studierte. Die Erinnerungsliteratur und die Quellen in den Hochschularchiven weisen auf mehr als ein Dutzend weiterer Studenten hin, die nicht nur zufällig zeitgleich in Halle studierten, sondern ebenfalls den Ansichten der Sozialrevolutionäre nahestanden und sich am politischen Leben des Studentenzirkels beteiligten.

Die Konstituierung der Gruppe begann bereits im Wintersemester 1899/1900 in Berlin. Dabei spielten verwandtschaftliche Beziehungen und Freundschaften eine wichtige Rolle. Avksen'tev, der Älteste des „avantgardistischen Trios“, hatte bereits an der Moskauer Universität studiert und war als Mitorganisator der Studentenstreiks von 1899 mit anderen politischen Aktivisten relegiert worden. Eine

7 Siehe ausführlicher Hartmut Rüdiger Peter (Hrsg.): „Schnorrer, Verschwörer, Bombenwerfer“? Studenten aus dem Russischen Reich an deutschen Hochschulen vor dem 1. Weltkrieg, Frankfurt am Main 2001; Claudie Weill: Etudiants russes en Allemagne 1900-1914. Quand la Russie frappe aux portes de l'Europe, Paris 1996.

8 Siehe Zenzinov, Perezitoe, S.72.

ganze Gruppe von ihnen, darunter Avksen'tev und sein Freund Gavronskij, setzte ihr Studium an der Berliner Universität fort. Zenzinov dagegen hatte sich nach dem Abitur ohne Not dazu entschieden, „nach Europa, zu den Quellen der Wissenschaft, des Sozialismus und der Revolution“ zu gehen.⁹ Er traf Avksen'tev in den Vorlesungen bei Georg Simmel und Gustav Schmoller sowie auf den Veranstaltungen der Studentenkolonie. Der Jüngste im Trio, Goc, war ein Cousin Gavronskijs. Er kam im Wintersemester 1900/1901 mit seinem Jugendfreund Fondaminskij nach Berlin und studierte zunächst Chemie. Neben Vadim Rudnev gehörten schon zu diesem Zeitpunkt auch zwei junge Frauen dem Freundeskreis an - Gavronskijs Schwester Amalija und Marija Tumarkina (1882-1976).¹⁰ Beide hatten in Moskau in einem Selbstbildungszirkel von Gymnasiasten mit Fondaminskij, Goc und Michail Cetlin¹¹ verkehrt. Tumarkina wurde während des Studiums die Lebensgefährtin und Frau von Nikolaj Avksen'tev. Später trennte sie sich von ihm, und 1910 heiratete sie Michail Cetlin. Amalija Gavronskaja wurde 1903 die Frau von Il'ja Fondaminskij.

Im Sommersemester 1901 verließ der Freundeskreis die Reichshauptstadt. Während Zenzinov zusammen mit Fondaminskij und Goc sowie den Geschwistern Gavronskij nach Heidelberg ging, wechselten Avksen'tev nach Leipzig und Tumarkina an die Universität Halle. Ein solcher Wechsel war im Grunde nicht ungewöhnlich. Viele Studenten aus Rußland schätzten die Möglichkeit, ohne Nachteile für ihren Abschluß bei hervorragenden Gelehrten an verschiedenen deutschen Universitäten zu studieren oder wenigstens die Sommersemester in landschaftlich und klimatisch reizvoller Umgebung zu verbringen. In unserem Fall gaben allerdings politische Gründe den Anstoß: In Berlin hatte der Freundeskreis mit dem Studenten Petr Karpovič verkehrt, der im Februar 1901 ein Attentat auf den russischen Bildungsminister Bogolepov verübt hatte. Die preußische Polizei ging daraufhin energisch gegen „anarchistische Tendenzen“ unter den russischen Studenten vor. Avksen'tev, Fondaminskij und Zenzinov wurden in den Akten des Berliner Polizeipräsidiums bereits als politische Verdächtige geführt.¹² Mit der Übersiedlung entzogen sie sich der Gefahr, als mißliebige Ausländer aus Preußen ausgewiesen zu werden. Heidelberg blieb jedoch zunächst eine Zwischenstation, die allerdings zur Erweiterung des Kreises beitrug: Hier lebten zwei Schwestern Fondaminskijs - Raja, die den Auffassungen ihres Bruders nahestand, als Studentin, und Roza als Gattin eines Arztes. Offenbar traf man in Heidelberg auch mit den Šabads zusammen, einem ganzen Clan von Geschwistern und Cousins, die laut Mark Višnjak alle

9 Ebenda, S.64.

10 Marija Samojlovna Tumarkina - in Erinnerungen meist Manja genannt - schrieb sich in den Martikeln der Universität Halle als Emilie ein.

11 Michail Osipovič Cetlin war ein Cousin von Goc und Gavronskij. Er stand der Gruppe politisch nahe und weilte gleichfalls in Süddeutschland, allerdings um seine Tbc auszukurieren. Später machte er sich als Kritiker, Verleger (u.a. von Il'ja Ehrenburg) und Mäzen einen Namen. Černov zählt ihn zu den Mitgliedern des Zirkels (Černov, *Pered burej*, S.194).

12 Amtliches Verzeichnis des Personals und der Studierenden der Kgl. Friedrichs-Universität Berlin, 1898-1902, Landesarchiv Berlin, A.Pr.Br. Rep. 030, Titel 94, Nr. 13863, Bl. 15, 16, 20.

sozialrevolutionär gesinnt waren.¹³ Im Wintersemester 1901 kehrten Goc und Fondaminskij nach Berlin zurück, wo sie prompt wieder in die Listen der politisch verdächtigen Russen aufgenommen wurden.¹⁴ Eine größere Gruppe wechselte nach Halle. Zenzinov schrieb sich dort an der philosophischen Fakultät ein, wo Marija Tumarkina bereits studierte und wohin auch Avksen'tev aus Leipzig nachfolgte. Mit Zenzinov kamen Gavronskij, dessen künftige Frau Roza Šabad mit drei weiteren Angehörigen ihrer Familie - Cecilie, Tovba und Zemach - nach Halle, um hier Medizin zu studieren. Auch Kalman Rabinovič verließ Heidelberg, wo er sich erst im September an der Universität eingeschrieben hatte, und ging nach Halle, wo seine Schwester Zara als Hörerin an der Medizinischen Fakultät zugelassen worden war.¹⁵ Schließlich schloß sich ein weiteres Geschwisterpaar dem Zirkel an: Marija von Benevsky hörte in Halle seit dem Wintersemester 1899 naturwissenschaftliche Vorlesungen, später wechselte sie an die Medizinische Fakultät. Sie hatte sich mit Marija Tumarkina angefreundet und gehörte zu den Tischgenossen von Zenzinov und Avksen'tev. Ihr Bruder Ivan studierte Landwirtschaft. Er war einer der Mitbegründer und Vorstandsmitglied des „Russischen akademischen Vereins“ und gehörte zu den politischen Aktivisten in der russischen Kolonie. Auch Édouard Šmidt, der nach dem Abitur in Voronež zum Medizinstudium nach Deutschland kam, muß dem „Halle-Heidelberger Kreis“ zugerechnet werden. Im Wintersemester 1901/1902 können damit dreizehn und im folgenden Sommersemester noch neun junge Leute aus dem Russischen Reich, die durch familiäre oder persönliche Bindungen und gemeinsame politische Anschauungen eng verbunden waren, zum sozialrevolutionären Zirkel in Halle gerechnet werden. Aus dem Berliner Kreis fehlten nur Goc, Fondaminskij, Amalija Gavronskaja und Rudnev. Da aber die Entfernung nach Berlin mit dem Zug in kaum mehr als zwei Stunden zu bewältigen war, blieb auch der Kontakt zu ihnen eng. Goc kam im Herbst 1902 für zwei Semester nach Halle, Rudnev nach einer Haft in Rußland im Wintersemester 1903. Beide zählten also auch zu den „Hallensern“.

Das soziale Profil und der Lebensstil der Gruppe

Die erwähnten verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen sowie die aus der Erinnerungsliteratur und den Angaben in den Universitätsmatrikeln rekonstruierbaren Bildungswege bis zum Studium deuten darauf hin, daß die „Nachwuchsrige“ der PSR und der Kreis von Sympathisanten um sie herum aus relativ ähnlichen sozialen Verhältnissen stammten. Die Gavronskijs, Goc und Cetlin waren Enkel des jüdischen Teegroßhändlers Vysockij, Fondaminskij und Tumarkina Kinder wohlhabender jüdischer Kaufleute. Sie wuchsen nicht unter den bedrückenden Bedingungen der Ansiedlungsgebiete auf und erhielten eine gute Schulbildung. Während ihre Eltern noch ganz nach den jüdischen Traditionen lebten, hatten sie selbst, wie Zenzinov es beschreibt, mit dieser Welt gebrochen und

13 Erlaubnisscheine für Personen reiferen Alters I (1883/4–1902), Universitätsarchiv Heidelberg (UAHei), RA 4729; siehe Višnjak, Dan', S.82f.

14 Amtliches Verzeichnis des Personals und der Studierenden, Bl. 38.

15 Zara Rabinovič heiratete 1907 in einem Moskauer Gefängnis Michail Goc (Višnjak, Dan', S.144).

pfl egten den Lebensstil und das Ideengut der fortschrittlichen russischen Intelligencija.¹⁶ Ihre politischen Anschauungen formierten sich unter dem Einfluß älterer Geschwister oder Verwandter, die bereits in sozialrevolutionären Gruppen aktiv waren: Matvej Fondaminskij und Michail Goc gehörten zur Gründergeneration der PSR. Während der Erstgenannte 1896 in der Verbannung gestorben war, stand Michail Goc von seinem Exil in Genf aus mit dem jüngeren Bruder und dessen Freundeskreis in engem Kontakt. Aus ähnlichen soziokulturellen Verhältnissen dürften die Geschwister Rabinovič hervorgegangen sein. Sie wurden in einer jüdischen Kaufmannsfamilie im zentralrussischen Pensa, also auch außerhalb der „čerta“ geboren. Kalman Rabinovič konnte dort das klassische Gymnasium besuchen, angesichts des Numerus clausus ein seltenes Privileg für einen Juden. Über die Herkunft der Šabads ist weniger bekannt. Cecilie und Roza wurden in Minsk bzw. Vilna, also innerhalb des Ansiedlungsgebietes für Juden geboren und absolvierten dort Mädchengymnasien.¹⁷ Die Geschwister Tovba und Zemach gaben Moskau als Geburtsort an. Auch ihr Vater war Kaufmann.

Von den Russen in der Gruppe entstammten vier - Avksen'tev, die Geschwister Benevskij und Rudnev - dem Adel. Avksen'tevs Vater war Anwalt in Pensa. Sein Sohn absolvierte dort dasselbe Gymnasium wie Kalman Rabinovič. Rudnev war Sohn eines Gutsbesitzers aus dem Gebiet Voroneš. Der Vater der Benevskijs hatte den Rang eines Generalleutnants und war in seiner Dienstzeit u.a. Militärgouverneur des Amurgebietes. Die Vorfahren von Zenzinov hatten es als Kaufleute im sibirischen Nerčinsk zu Vermögen gebracht. Ein Großvater war als Autodidakt für seine Verdienste bei der Erforschung Sibiriens zum Korrespondierenden Mitglied der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften ernannt worden. Seine Eltern siedelten in den 1870er Jahren nach Moskau um, wo er behütet aufwuchs und ein klassisches Knabengymnasium besuchte. Nur Eduard Šmidt war als Sohn eines evangelischen deutschstämmigen Bauern aus der Siedlung Novouspenskaja aufgrund seiner Herkunft ein Außenseiter.

Darüber, wie die Studenten in Halle lebten, geben die Quellen nur indirekt Auskunft. Wir wissen zumindest, daß sie sich ein standesgemäßes Leben ohne Zwang zum Broterwerb leisten konnten und auch nicht darauf bedacht sein mußten, aus finanziellen Gründen so rasch als möglich einen Abschluß zu erwerben. Diese Unabhängigkeit gab ihnen den Spielraum, um wissenschaftlichen Neigungen und anderen Interessen selbstbestimmt nachzugehen, nach eigenem Gutdünken die Hochschule zu wechseln und zwischen den Semestern durch Europa oder in die Heimat zu reisen. Die Mitgliederverzeichnisse und Matrikel der Universitäten lassen einige weitere Schlüsse zu. So zeigen die Wohnadressen, daß sie wie ihre deutschen Kommilitonen bei privaten Quartierwirten in der Nähe ihrer Universitätsinstitute abstiegen. In Heidelberg wohnte der Freundeskreis (Gavronskij und seine Schwester, Goc, Fondaminskij und bei seinem zweiten Aufenthalt auch Zenzinov) trotz der diversen Unterbrechungen immer wieder im Haus der Familie Schilling in der

16 Siehe Zenzinov, Perežitoe, S.75f.

17 In der „Rossijskaja Evrejskaja Ėnciklopedija“ gibt es Hinweise auf Ärzte gleichen Namens in diesen Städten. Siehe ebenda, Bd.3, Moskau 1997, S.348.

Schiffgasse. In Halle bevorzugten sie nahe beieinander liegende Wohnungen in typischen Studentenvierteln unweit der Universitätskliniken, wo sich auch das Stammlokal und das Lesezimmer des „Russischen akademischen Vereins“ befanden. Allerdings wechselten sie nach den Semesterferien meist das Quartier. Für Heidelberg beschreibt die Erinnerungsliteratur einen bohemenhaften Lebensstil, der im bescheideneren Halle wohl kaum beibehalten werden konnte, zumal sie hier bereits ernsthafter studierten. Avksen'tev und Marija Tumarkina lebten schon vor ihrer Eheschließung unter einem Dach, was Vorurteilen gegenüber der angeblichen Sittenlosigkeit russischer Studentinnen Vorschub geleistet haben mag.

Warum Halle? Akademische Gründe und die Gruppendynamik

Natürlich stellt sich die Frage, was eine solche Zahl sozialrevolutionär gesinnter Studenten im Wintersemester 1901/1902 in das politisch ruhige, eher provinzielle Halle verschlug. Politische Motive im engeren Sinne dürften kaum maßgebend gewesen sein, denn eine größere russische Kolonie und politische Emigranten waren erst im benachbarten Leipzig anzutreffen. Ausschlaggebend scheinen akademische Gründe gewesen zu sein. Tatsächlich war Halle für Landwirte wie auch für sozial- und geisteswissenschaftlich interessierte Studenten und Mediziner eine gute Adresse. Seit dem Wirken Gustav Schmollers besaß die Universität als Zentrum der Nationalökonomie über die Grenzen Deutschlands hinaus einen guten Ruf.¹⁸ Nach Schmollers Weggang leitete mit Johannes Conrad, dem Herausgeber der „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“, ein international renommierter Gelehrter das staatswissenschaftliche Seminar. Bei ihm studierten Hörer aus Japan, den USA, Rußland und anderen europäischen Ländern. Mit dem Neokantianer Alois Riehl, der über Graz, Freiburg und Kiel 1898 nach Halle gekommenen war, lehrte auch an der philosophischen Fakultät ein Wissenschaftler von europäischem Rang. Riehl hielt Kurse zur Geschichte der Philosophie vom Altertum bis zu Kant, Schopenhauer und Nietzsche, bot aber auch Psychologie an. Die Erinnerungsliteratur und die Akten im Universitätsarchiv belegen, daß sowohl Avksen'tev als auch Zenzinov, Tumarkina und Goc gerade seine Vorlesungen hören wollten.

Für ein Studium an der medizinischen Fakultät in Halle sprach gleichfalls die renommierte Professorenschaft: So waren Josef v. Mering durch die Entdeckung der Bedeutung der Bauchspeicheldrüse für den Stoffwechsel und der Heckelschüler Wilhelm Roux als Begründer der Entwicklungsmechanik berühmt geworden.¹⁹ Außerdem verfügte die Universität über vorzügliche räumliche Bedingungen. Ihre neu erbauten Laboratorien und Hörsäle waren nicht wie andernorts überfüllt. Professoren wie der Anatom Roux oder der Physiologe Julius Bernstein traten zudem ausländischen Studierenden und Frauen weniger ablehnend gegenüber als andere Hochschullehrer. Roux ließ im Wintersemester 1901 sogar Frauen zu seinen

18 Siehe Peter Hertner: Staatswissenschaft – wirtschaftliche Staatswissenschaft – Wirtschaftswissenschaft. Die Entwicklung an der Universität Halle-Wittenberg von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum 2. Weltkrieg, in: Hermann-Josef Rupieper (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte der Martin-Luther-Universität 1502-2002, Halle 2002, S.81-106.

19 Siehe das Onlinelexikon hallischer Gelehrter unter www.catalogus-professorum-halensis.de

anatomischen Veranstaltungen zu, die nicht den bisher geforderten Bildungszensus mit obligatorischen Lateinkenntnissen erfüllten.²⁰ Mehr als 30 russische Mädchen nutzten diese Chance, darunter auch die Šabads und Zara Rabinovič. Proteste deutscher Kommilitonen bewogen die Universität und das Kultusministerium allerdings bereits im Sommersemester 1902, dieser Praxis ein Ende zu setzen. Dies erklärt, warum ein Teil unserer Gruppe Halle bald wieder den Rücken kehrte.

Für den Zeitpunkt des Wechsels nach Halle waren aber auch ganz profane Gründe von Bedeutung: In Heidelberg hatten Goc, Fondaminskij, Zenzinov und Amalija Gavronskaia ein unzertrennliches Quartett gebildet. Ihren akademischen Studien gingen sie zunächst nicht allzu intensiv nach: Goc und Zenzinov belegten nur zwei Vorlesungen, und Fondaminskij war mit vier Veranstaltungen gleichfalls kaum ausgelastet.²¹ In der reich bemessenen freien Zeit frequentierten sie Cafés und Bierstuben, wanderten in der Umgebung Heidelbergs, besuchten die geselligen Abende und Bälle der russischen Kolonie. Im Sommer 1901 sprengte ein Beziehungsdrama diese Idylle: Zenzinov wie Fondaminskij waren in Amalija Gavronskaia verliebt. Als jene sich stärker zu Fondaminskij hingezogen fühlte und ihm im Wintersemester 1901 nach Berlin folgte, trennte sich Zenzinov von den Freunden und ging nach Halle. Das Interesse an Riehl und die Perspektive, hier Avksent'ev und Tumarkina zu treffen, dürften diese Entscheidung erleichtert, aber nicht allein verursacht haben. Auch Gavronskaia führten private Gründe nach Halle, wo seine künftige Frau Roza Šabad die Chance nutzte, als Hörerin Medizin zu studieren. Auch für ihn war die Freundschaft mit Avksent'ev, in den er laut Zenzinov „ganz verliebt“²² war, ein zusätzliches Argument für den Wechsel an die Universität in der Saalestadt.

Wie die weiteren Studienkarrieren belegen, verfolgten die „Hallenser“ ihre wissenschaftlichen Interessen nun sehr ernst. Zenzinov schrieb sich jetzt zu wesentlich mehr Veranstaltungen als zuvor in Heidelberg ein. Gemeinsam mit Avksent'ev besuchte er fast alle Vorlesungen und Seminare von Riehl, aber auch das Staatswissenschaftliche Seminar von Conrad oder Vorlesungen des Historikers Gustav Droysen zur neueren Geschichte. Über den Fleiß und die Begabung der Studentinnen aus Rußland finden sich eine ganze Reihe positiver Urteile akademischer Lehrer. Riehl bestätigte dem Fräulein Tumarkina in einem Kurzgutachten, daß sie ihm „aus den Vorlesungen und Übungen des vergangenen Wintersemesters als fleißige und hinlänglich für das Verständnis der Vorlesungen vorbereitete Hörerin bekannt“ sei.²³ Ähnlich lobten die Mediziner Roux und Bernstein ihre russischen Studentinnen: „Ich habe Ev. Magnifizenz mitzuteilen“ - schrieb Roux dem Rektor, „daß sich diese 7 Damen tadellos betragen, und daß sie

20 Er veranstaltete mit Kenntnis des Kultusministeriums quasi ein Experiment, um zu prüfen, ob Frauen auch ohne oder mit geringen Lateinkenntnissen dem Unterricht folgen konnten. Siehe u.a. das Schreiben von Roux an den Geheimen Oberregierungsrat Dr. Schmidt vom 29.11.1901, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, I. HA, Rep.76 Va, Sektion 1, Titel VIII, Nr. 8, Bd. IX, Bl. 116-118.

21 Siehe Zenzinov, Perežitoe, S.87-97; Großherzogliche Badische Universität Heidelberg. Studien und Sittenzeugnis, UAHei, Studentenakten (1900-1910).

22 Zenzinov, Perežitoe, S.86.

23 Stellungnahme von Riehl vom 29.4.1902, Universitätsarchiv Halle [UAH], Rep. 4, Nr. 1119.

mit großem Fleiß und gutem, zum Teil ausgezeichnetem Erfolge studiert haben. Sie verfügen somit über eine zu erfolgreichem medizinischen Studium ausreichende Vorbildung [...] Am begabtesten von ihnen sind No. 1 [Roza Šabad] und 2 [Cecilie Šabad].“²⁴ Ein solches Zeugnis war zu einer Zeit, als Frauen in Preußen noch nicht gleichberechtigt zum Studium zugelassen waren, gerade Ausländerinnen gegenüber eine hohe Anerkennung.

Drei Mitglieder des sozialrevolutionären Zirkels erwarben in Halle die Doktorwürde: Gavronskij und Šmidt legten im Wintersemester 1904/1905 die medizinischen Abschlußprüfungen ab, Gavronskij immerhin mit „cum laude“. Mit der gleichen Note wurde auch seine Dissertation „Über Schornsteinfeger- und Paraffinkrebs“ bewertet. Šmidt, der mit „rite“ abschloß, untersuchte „50 Fälle von Diabetes mellitus“.²⁵ Avksen'tev promovierte im Februar 1905 bei Riehl mit einer Arbeit über Nietzsche. Sein Lehrer empfahl die Schrift der philosophischen Fakultät als „besonders lobenswert“. Das Abschlußprädikat war „magna cum laude“.²⁶ Marija Tumarkina arbeitete über den russischen Religionsphilosophen Vladimir Solov'ev, reichte ihre Promotionsschrift allerdings in Bern ein.²⁷

Studium und politische Arbeit

Zenzinov hielt im Februar und März 1903 im staatswissenschaftlichen Seminar von Conrad einen zweiteiligen Vortrag „Über den Einfluß der Rechtsverhältnisse des russischen Dorfes auf seine ökonomische Entwicklung“.²⁸ Die Wahl dieses Themas war nicht zufällig, schließt vielmehr den Bogen zwischen den rein akademischen und den politischen Interessen des Studentenzirkels, denn die Lösung der Landfrage und die Hebung des sozialen und kulturellen Niveaus der russischen Bauernschaft waren zentrale Themen der PSR. In einem ähnlichen Kontext ist auch das auffallende Interesse für den deutschen Neukantianismus, ob nun in Halle bei Riehl, in Heidelberg bei Windelband oder in Marburg bei Hermann Cohen zu sehen.²⁹ Dahinter stand die Suche nach einem philosophisch-weltanschaulichen Fundament für die sozialrevolutionäre Programmatik, das in Abgrenzung zur marxistischen Sozialdemokratie „nicht mit Lavrov und Michajlovskij, sondern Kant und Riehl“

24 Schreiben von Roux an den Rektor der Universität Halle vom 21.7.1902, ebenda.

25 Siehe die Promotionsunterlagen in den Akten der Medizinischen und der Philosophischen Fakultät, UAH, Rep. 29, Nr. 240 II, Bl. 19 und Nr. 240 I, Bl. 136ff.

26 Nikolaus Awxentjef: Kultur-Ethisches Ideal Nietzsches. Darstellung und Kritik. Inauguraldissertation zur Erlangung der Philosophischen Doktorwürde der Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg, Halle 1905; siehe auch das Zirkular des Dekans der Philosophischen Fakultät vom 1.12.1904, UAH, Rep. 21-III, Nr. 27 und Nr. 119.

27 Siehe Emilie Tumarkin: Wladimir Ssolowjew als Philosoph. Inauguraldissertation zur Erlangung der Doktorwürde der philosophischen Fakultät der Universität Bern, Halle 1905.

28 Siehe Protokollbuch des staatswissenschaftlichen Seminars in Halle vom 25.2. und 4.3.1903, UAH, Rep. 23, Nr. 230 (1901/02-1905/06).

29 Hier studierte mit David Gavronskij ein weiteres Mitglied des Vysockij-Cetlin-Gavronskij-Clans, der ebenfalls zu unserem sozialrevolutionären Zirkel zu rechnen ist (Černov, Pered burej, S.194). Nach dem Weltkrieg nahm er die akademische Laufbahn wieder auf und wurde Professor für Philosophie in Bern (Hildermeier, Sozialrevolutionäre, S.252).

argumentieren sollte.³⁰ Damit wird deutlich, daß die „Hallenser“ sinnvolle politische Arbeit unter den Bedingungen des Studiums nicht unbedingt in der Teilnahme an konkreten Aktionen sahen. Für sie stand die systematische, auf eine langfristige Perspektive ausgerichtete Bildungsarbeit im Vordergrund. Wie konsequent dies gemeint war, bekamen Michail Goc und Ossip Minor zu spüren, als sie nach Halle reisten, um die „Deutsch-Sozialrevolutionäre“ zur Übernahme von Parteifunktionen zu gewinnen. Nach langen Debatten lehnte Avksen'tev im Namen seiner Kommilitonen die Bitte mit dem Hinweis ab: „Man sollte nichts nur halb erledigen; wir alle werden der Partei von größerem Nutzen sein, wenn wir unsere akademische Ausbildung zu Ende gebracht haben.“³¹

Ob und in welcher Form der sozialrevolutionäre Zirkel, in dem Avksen'tev nach dem Urteil von Černov „die erste Geige“ spielte, in Halle auch praktische politische Arbeit leistete, kann nur vermutet werden. Für eine solche Annahme spricht das starke Engagement der Gruppe in der russischen Kolonie. Wie die Mitgliederlisten des „Russischen akademischen Vereins“ zeigen, traten Avksent'ev, Gavronskij und Zenzinov und später auch Goc und Rudnev diesem gleich nach ihrer Ankunft in Halle bei und besetzten während ihrer gesamten Anwesenheit die Schlüssel-funktionen.³² Gavronskij stand viermal an der Spitze des in jedem Semester neu gewählten Vorstandes. Offensichtlich war er in der Kolonie eine Integrationsfigur und besaß großes Ansehen. Als er für zwei Semester nach Freiburg ging, übernahm Zenzinov und Avksen'tev im Sommer 1903 und im Winter 1903/04 vorübergehend das Amt. Auch in Freiburg standen Gavronskij und seine Frau Roza im Mittelpunkt einer sozialrevolutionären Gruppe, die Diskussionen und Vortragsabende zu politischen und philosophischen Themen organisierte.³³ Es ist anzunehmen, daß in ähnlicher Weise auch in Halle über die gesellschaftlichen Zustände in Rußland und die Perspektiven ihrer Veränderung debattiert wurde. Auch andere „Hallenser“ pflegten den Kontakt zu Gleichgesinnten und leisteten Netzwerkarbeit: So fuhr Zenzinov häufig nach Berlin, als Goc und Fondaminskij dort studierten. Verbindungen bestanden weiterhin nach Heidelberg, zu Gavronskijs Bruder nach Marburg und vermutlich auch in das benachbarte Leipzig mit seiner großen russischen Studentenkolonie. Mehrfach waren Mitglieder des „avant-gardistischen Trios“ in Paris und Genf, den Zentren des sozialrevolutionären Exils. Dort trafen sie u.a. mit Michail Goc sowie mit Evgenij Azev und Boris Savinkov, den führenden Köpfen der terroristischen „Kampforganisation“ der Sozialrevolutionäre, zusammen. Auf ihren Reisen durch Europa und nach Rußland waren die Studenten als Kurier tätig. Fondaminskij wurde bei einer solchen Gelegenheit im März 1902 an der Grenze festgenommen und für mehrere Monate inhaftiert.³⁴

30 Černov, *Pered burej*, S.195.

31 Ebenda, S.197f.

32 Siehe Mitgliederverzeichnisse des Russischen akademischen Vereins, UAH, Rep.4, Nr.1874, Bl. 1-10.

33 Siehe Višnjak, *Dan'*, S.82-85.

34 Siehe Zenzinov, *Perežitoe*, S.98-99.

Ein weiteres Indiz dafür, daß die „Hallenser“ Sozialrevolutionäre ihre politische Arbeit durchaus nicht auf das Studium theorie- und politikrelevanter Fächer beschränkten, sondern unter dem Deckmantel des Vereins auch revolutionäre Bildungsarbeit leisteten, liefert eine Episode aus dem Sommer 1902, als die Polizei die Bibliothek und das Lesezimmer der russischen Kolonie gezielt nach „anarchistischen Schriften“ durchsuchte.³⁵ Weil sie der russischen Sprache nicht mächtig waren, beschlagnahmten die Beamten kurzerhand den gesamten Buch- und Zeitschriftenbestand. Die Aktion endete jedoch mit einer Blamage: Außer Werken von Lev Tolstoj und Schriften von August Bebel und anderen deutschen Sozialdemokraten konnte keine revolutionäre Literatur gefunden werden. Die Bücher, meist Fachliteratur und Belletristik, mußten nach wenigen Tagen zurückgegeben werden, und der Verein konnte unbehelligt weiterarbeiten.

Karrieren nach dem Studium

Zu Weihnachten 1903 brach Vladimir Zenzinov sein Studium überraschend ab, ohne sein Promotionsvorhaben, eine Studie über Spinoza und Fichte, abgeschlossen zu haben. In seinen Erinnerungen ist zu lesen, daß er sich nun für ausreichend vorbereitet hielt, um nach Rußland zu fahren und sich dort ganz dem revolutionären Kampf zu widmen.³⁶ Dieser Entschluß kam unvermittelt und war nicht nur das Ergebnis nüchterner Überlegung. Wieder in Heidelberg, konnte er offensichtlich erneut die Nähe zu Amalija und Il'ja Fondaminskij nicht ertragen. Am Anfang seiner Parteikarriere stand damit die Flucht aus einer persönlichen Sackgasse. Seine Freunde setzten zunächst ihr Studium fort und folgten erst Ende 1904/Anfang 1905 mit oder ohne Abschluß nach Rußland nach.

Trotz privater Umstände war Zenzinovs Schritt folgerichtig. Rußland, das kurz davor stand, in das militärische Abenteuer gegen Japan hineinzustolpern und das zielstrebig auf einen revolutionären Umbruch hinzusteuern schien, bot verlockende Entfaltungsmöglichkeiten. Und die PSR hatte Bedarf an qualifiziertem Führungsnachwuchs. Bis 1907 rückten die „deutschen Sozialrevolutionäre“ in verantwortliche Parteifunktionen auf: Višnjak erwähnt in seinen Erinnerungen eine ganze Gruppe von Ärzten, die in Moskau die sozialrevolutionäre Propagandaarbeit leitete, darunter die „Hallenser“ Gavronskij, Rudnev und Šmidt.³⁷ Zenzinov und Rudnev gehörten dem Moskauer Parteikomitee der PSR an, während Avksen'tev an den revolutionären Ereignissen in St. Petersburg als Journalist, Agitator und Mitglied des Parteikomitees teilnahm. Im Jahre 1906 gehörten Marija Benevskaja, Goc und Zenzinov der terroristischen „Kampforganisation“ der PSR an und waren an der Vorbereitung von Terroranschlägen beteiligt. Alle drei wurden verhaftet und nach Sibirien verbannt. Besonders tragisch war das Schicksal der Benevskaja. Bei der Herstellung einer Bombe riß ihr ein explodierender Zünder eine Hand ab und verletzte sie schwer an der Brust. In der Verbannung heiratete sie einen Matrosen des

³⁵ Siehe Generalanzeiger für Halle, 14.7.1902.

³⁶ Siehe Zenzinov, Perežitoe, S.100, 107.

³⁷ Siehe Visnjak, Dan', S.102f.

Panzerkreuzes Potemkin, später lebte sie bis 1942 in der Nähe von Odessa.³⁸ Zenzinov konnte aus Sibirien fliehen und traf im Pariser Exil wieder mit Avksen'tev und Fondaminskij zusammen. Goc dagegen blieb bis zur Februarrevolution 1917 in der Verbannung.

Das „avantgardistische Trio“ stand 1917 noch mehr im Zentrum der revolutionären Ereignisse in Rußland: Goc führte die sozialrevolutionäre Fraktion im Petrograder Sowjet und im Zentralen Exekutivkomitee. Zenzinov war Vorsitzender des Petrograder Parteikomitees und enger Vertrauter Kerenskij's. Avksen'tev stand an der Spitze des Allrussischen Sowjets der Bauerndeputierten und wurde im Sommer 1917 Innenminister der Provisorischen Regierung. Zwei weitere „Hallenser“, Rudnev und Fondaminskij, hatten als Bürgermeister von Moskau und Kommissar der Provisorischen Regierung bei der Schwarzmeerflotte gleichfalls einflußreiche Positionen inne. Der Umsturz der Bolschewiki im Oktober 1917 und die Auflösung der Konstituierenden Versammlung im Januar 1918 trieben sie in das Lager der Gegenrevolution. Avksen'tev und Zenzinov beteiligte sich im Herbst 1918 an der Bildung des gegenrevolutionären Direktoriums in Ufa, und Avksen'tev wurde zu dessen Vorsitzenden gewählt. Nach dem Staatsstreich von Admiral Kolčak wurden beide verhaftet und nach China ausgewiesen, von wo aus sie nach Westeuropa gingen. Fondaminskij und Rudnev schlossen sich den Truppen Denikins an und wurden mit diesen auf Schiffen der Entente aus Odessa evakuiert. Alle vier gehörten zur Exilführung der PSR und waren Mitarbeiter bzw. Redakteure der einflußreichen Emigrantenzeitschrift „Sovremennye zapiski“ (Zeitgenössische Notizen). Nach Ausbruch des 2. Weltkrieges flüchteten Avksen'tev und Zenzinov in die USA. Fondaminskij wurde von den Nationalsozialisten als Jude interniert und starb in einem Konzentrationslager. Auch das Leben von Abram Goc, der in Sowjetrußland geblieben war, endete tragisch. Er gehörte 1922 zu den Hauptangeklagten im Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre, einem Prototyp der späteren Schauprozesse, verbrachte viele Jahre in Haft und starb im GULag.

Fazit

Die herausragenden Karrieren seiner Aktivisten in zwei russischen Revolutionen rücken den „Halle-Heidelberger“ Zirkel von Sozialrevolutionären in ein besonderes Licht. Ihre Studienbiographie weist zugleich eine ganze Reihe durchaus charakteristischer Entwicklungen für jene Generation russischer Studenten auf, die um 1900 an den deutschen Universitäten studierten. So verkörpert die Gruppe in ihrer Herkunft, Lebensweise, Studienhaltung und Motivation einen Studententyp, der im ausgehenden 19. Jahrhundert verbreitet gewesen war, um die Jahrhundertwende im Zuge der Veränderungen in der Zahl und Zusammensetzung der studentischen Migration aus Rußland aber immer seltener wurde. Die Studienwege der jungen Leute belegen, daß sie ihre akademische Ausbildung nach einer gewissen Orientierungszeit, in der sie auch die Freiheiten des Studentenlebens

38 Siehe Savinkov, Erinnerungen, S.150; Zenzinov, Perežitoe, S.313f.; Maksimilian Vološin: Istorija moej duši, Moskau 1999, S.254f.,421.

genossen, zunehmend ernst nahmen. Die Suche nach Erkenntnis, Bildung und einem rationalen Fundament für ihre revolutionäre Gesinnung war eng verknüpft. Einen wesentlichen Orientierungspunkt stellte die durch Verwandtschaft, Freundschaft, Liebe und gemeinsame Gesinnung eng verbundene Gruppe dar, die in gewisser Weise in der Fremde einen Ersatz für Heimat und Familie darstellte. Die deutschen Universitäten lieferten den jungen Leuten nicht nur fachliches Rüstzeug, sondern trugen auch zur Formulierung der gesellschaftlichen Werte und Ideale bei, von denen sie sich in ihrem politischen Engagement leiten ließen: Sie blieben Schüler von Conrad, Riehl oder Simmel, lehnten die marxistisch legitimierte Revolution der Bolschewiki ab und bekämpften sie ebenso konsequent wie den Zarismus. Die Studentenkolonien in Deutschland waren parallel zum Studium der Ort, an dem sie ihr organisatorisches und ihre rhetorischen Talente trainierten, sich praktisch auf die politische Arbeit in Rußland vorbereiteten. Die Entscheidung für den aktiven Eintritt in die revolutionäre Bewegung war logisch, aber nicht zwangsläufig. Das Studium in Deutschland öffnete ihnen auch andere Perspektiven: als Arzt, an einer Hochschule oder im Staatsdienst. Die Rückkehr in ein revolutionäres Rußland verhinderte allerdings - zumindest für das „avantgardistische Trio“ Avksen'tev, Goc und Zenzinov, für Fondaminskij und Rudnev - wie für manchen anderen aus ihrer Generation, ein planendes Abwägen solcher Alternativen. Das Beispiel Zenzinovs zeigt, welchen Einfluß emotionale Motive für ihre Entscheidung haben konnten.

Verrat?

Fakten - Fiktionen - Folgen

in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts. Teil II

Am 29. Oktober 2004 führt die Berliner bundesweite Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammen mit dem Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung die **zweite Runde** der wissenschaftlichen Diskussion zum o. g. Thema durch.

(Vgl. Information im Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung H. II/2003, S. 187-189; zu einigen Ergebnissen der 1. Runde vgl. ebenda, H.III/2003, S. 127-131, 172-177.)

In einführenden Beiträgen und Kurzvorträgen soll es um die historischen Phasen 1914-1945 und 1945-1990 unter ereignis- und organisationsgeschichtlichen Fragestellungen sowie um die theoretische, ethische und kulturhistorische Dimension der "Verrats"-Geschichte, darunter Verrat als künstlerisches Motiv im 20. Jahrhundert, gehen. Konzentriert auf die deutsche Bewegung, soll die internationale Sicht eingeschlossen werden. Nachdem auf der 1. Tagung das Thema mit zwei Grundsatzreferaten und weiteren 10 Beiträgen zu einzelnen Ereignissen und Biographien, in deren Zentrum der Verratsvorwurf gestanden hatte, eingeleitet worden war, soll nunmehr eine Gesamtschau versucht werden.

Die Materialien aller Diskussionsrunden werden in einem Buch der Öffentlichkeit vorgelegt.

Die Tagung findet in Berlin in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, Konferenzsaal, statt.

Für Auskünfte stehen zur Verfügung:

Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Dr. Jörn Schütrumpf, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel. 030/44310123/172, schuetrumpf@rosalux.de. Für den Förderverein: Dr. Simone Barck, Große Hamburger Straße 31, 10115 Berlin, Tel./Fax 030/28 57 881, barck@zzf-pdm.de, und Dr. Ulla Plener, Berolinastr. 12, 10178 Berlin, u.plener@web.de.

Die sozialdemokratische Bewegung am Kreuzweg zwischen 1914 und 1923

Avzug Lešnik

Komplexe, spezifische Entwicklungen in der internationalen Arbeiterbewegung während der Jahre zwischen 1914 und 1923 liefern den Schlüssel für das Verständnis der tiefgreifenden politischen Veränderungen in Osteuropa, die vom Fall der Berliner Mauer angestoßen wurden – 200 Jahre nach dem Sturm auf die Bastille. Und das um so mehr, da man schließlich eine Antwort auf die grundlegende Frage wird geben müssen: Wie ist es möglich, daß eine Bewegung, die sich in der besonderen Situation des Ersten Weltkrieges spaltete und – objektiv gesagt – schon 1923 untergegangen war, bis zum heutigen Tag auf der historischen Bühne blieb?

Problemstellung

Der vorliegende Beitrag richtet sich auf eine Frage: sozialdemokratische Reform oder kommunistische Revolution? Auf dieses historische Dilemma, das erstmalig vor einem Jahrhundert von „marxistischen“ Theoretikern aufgeworfen und diskutiert wurde, gibt es bis heute keine solide theoretische oder praktische Antwort. Ursprünglich nur eine theoretische Frage, gewann das Dilemma „Revolution oder Reform“ nach der Oktoberrevolution und dem Ersten Weltkrieg, als Sozialdemokraten mit bürgerlichen Regierungen Koalitionen eingingen, praktische und politische Dimensionen. Bisher waren Diskussionen über diesen Gegenstand durch seinen praktischen Aspekt beeinflusst, der für verschiedene politische Interessen benutzt wurde. Reform und Revolution werden von manchen Autoren – selbst wenn das unter dem Deckmantel von Metaphysik oder Dialektik geschieht – als zwei isolierte und einander ausschließende Kategorien behandelt und nicht als zwei untrennbare Pole der sozialen Realität. Solch ein Herangehen enthüllt das Nichtverstehen von „sozialer Revolution“, wenn sie auf das Konzept von politischer Revolution oder bloßer Übernahme der politischen Macht reduziert wird. Diskussionen, besonders in den politischen Wissenschaften, sind oft einseitig, weil sie sich dem Problem vom ideologischen Standpunkt her nähern und dabei die historische Analyse des sozialen Umfeldes ignorieren, auf dem sich die miteinander verwobenen revolutionären und reformistischen Prozesse entfaltet haben. G. Gurvitch weist darauf hin, daß Historiker oft nach Erklärungen durch die Soziologie fragen, was falsch sei. Natürlicher wäre, wenn die Soziologen Erklärungen in der Historie suchten. Viele Diskussionen reflektieren außerdem politischen Pragmatismus und unannehmbar Verallgemeinerungen, und sie interpretieren vergangene Ereignisse von heute erreichten Standpunkten aus. (Die damaligen Theoretiker haben schließlich nur die Fragen ihrer

Zeit beantwortet!) Und schließlich beziehen viele Autoren das Dilemma „Revolution oder Reform“ auf die Oktoberrevolution, als ob es dieser entspringen wäre. Begründete Zweifel an der Authentizität derartiger Interpretationen, die gewöhnlich in der Oktoberrevolution und der Intoleranz der Bolschewiki die Ursachen für die Spaltung der internationalen sozialistischen Bewegung sehen, haben mich dazu veranlaßt, das Problem durch ein breiteres Prisma geschichtswissenschaftlicher Analyse zu untersuchen. Das historische Herangehen wird schon durch die Notwendigkeit gerechtfertigt, die scheinbar formale Frage zu beantworten: Warum ist die Geschichte der Sozialdemokratie in die Perioden vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg geteilt? Ist das nur Sache einer historischen Standardklassifikation, oder könnte es sein, daß diese „Unterperioden“ etwas Neues, Anderes und sogar Widersprüchliches in bezug auf die vorausgehenden Perioden darstellen? Die meisten Autoren stellen diese Frage nicht einmal und gelangen damit bewußt oder unbewußt zu verschiedenen Fehlinterpretationen. Aus diesem Grund wird die sozialdemokratische Bewegung als reformistisch und damit als der revolutionären (bolschewistischen) Bewegung entgegensetzend bezeichnet. Hierbei handelt es sich auch um eine unangemessene Verwendung des Begriffes Sozialdemokratie, der seinen gegenwärtigen Inhalt und seine heutige Bedeutung erst am Ende des Ersten Weltkrieges erlangte. Davor wurde dieser Begriff normalerweise als allgemeine Bezeichnung von revolutionären Arbeiterparteien verwandt, besonders jenen, die den Marxismus als ihre grundlegende Weltanschauung angenommen hatten. Es ist dieser Mangel an chronologischer Unterscheidung zwischen den zwei Aspekten eines Phänomens, der sich gewöhnlich hinter verzerrten und Schwarz-Weiß-Diskussionen über sozialdemokratische „Demokratie“ und kommunistische „Diktatur“ verbirgt. Diese These wird durch die gegensätzlichen (alternativen) Ansichten über die Zukunft der Arbeiterbewegung auf nationaler und internationaler Ebene und die gesellschaftliche Entwicklung im allgemeinen bestätigt. Einige dieser Spekulationen, die vor dem Ersten Weltkrieg in der sozialdemokratischen Bewegung entstanden waren, bekamen unter den neuen, vom Krieg hervorgebrachten Umständen größere Plausibilität. Man kann daher ein objektiveres und ausgewogeneres Bild des Risses in der sozialdemokratischen Bewegung am Ende des Ersten Weltkrieges, der im Ergebnis zu zwei unversöhnlichen Bewegungen führte, der kommunistischen und der sozialdemokratischen, nur erhalten, wenn man die Vorkriegsentwicklung der Sozialdemokratie in Betracht zieht.

Die Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg

Das Hauptziel dieses Aufsatzes besteht, wie schon erwähnt, darin zu ermitteln, ob die Festlegung auf Revolution oder Reform, die sofort nach der Oktoberrevolution in der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung hervorgetreten war, die direkte Ursache oder bloß ein Motiv für die anschließende Spaltung in das kommunistische und das sozialdemokratische Lager war. Historische Analysen über die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg haben gezeigt, daß die organisierte Arbeiterbewegung seit ihrem Entstehen allgemein auf eine künftige weltweite soziale Revolution orientiert war. Diese

Orientierung findet man in den Statuten der Ersten Internationale: „[...] daß die Emanzipation der Arbeiter weder eine lokale noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder umfaßt, in denen die moderne Gesellschaft besteht“¹. Während alle in der Bewegung über das Endziel einig waren, war das hinsichtlich der Mittel, dieses Ziel zu erreichen, nicht der Fall. Aus den fortgesetzten ideologischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den marxistischen, proudhonistischen, bakunistischen und blanquistischen Fraktionen, durch die die heterogene internationale Arbeiterbewegung erschüttert wurde, ging schließlich der marxistische Sozialismus als die vorherrschende Ideologie hervor. Jedoch existierte in den 1870er Jahren der Marxismus, wie wir ihn heute verstehen, noch nicht.² Marx hat ganz sicher nicht die späteren Kontroversen zwischen „den Reformisten“ und „den Revolutionären“, d.h. zwischen den Rechten und den Linken in der marxistischen Bewegung vorausgesehen. Es hat ihn nicht besonders interessiert, ob Arbeiterparteien reformistisch oder revolutionär waren, auch nicht die Definition dieser Begriffe. Für ihn bestand das reale Problem darin, wie man die vielfältigen Manifestationen der Unreife überwinden kann, durch die die Entwicklung der proletarischen Bewegungen behindert wurde. Diese Unreife hielt sie unter dem Einfluß eines demokratischen Radikalismus oder ließ sie verschiedenen Utopien anhängen, wie der Sozialismus erreicht werden sollte. Vor allem aber schwächte sie die Einheit des ökonomischen und politischen Kampfes.³

Die 1880er Jahre sahen die allmähliche Formierung großer Arbeiterparteien, in denen sich der Marxismus, wie er von der deutschen sozialdemokratischen Partei im Erfurter Programm von 1891 definiert wurde, allmählich durchsetzte. Dies und die revolutionäre „marxistische“ Bewegung in unterentwickelten Agrarländern Ost- und Südeuropas führten schließlich zur Geburt der Zweiten Internationale, und sie kennzeichneten sie. Ihre Orientierung auf legale und verfassungsmäßige Politik und auf den Kampf für die Erweiterung des Wahlrechts - das nach 1890 weitgehend universell wurde - stärkte die Popularität und die Mitgliedschaft der Bewegung. Die Perspektive einer Revolution im traditionellen Sinne jedoch ging aufgrund der veränderten Bedingungen stark zurück. Die Probleme, die sich aus diesen Veränderungen ergaben, führten unter den Sozialisten der Zweiten Internationale zu Debatten und Meinungsverschiedenheiten. Während der Vorbereitungen auf den zweiten Kongreß (1891 in Brüssel) waren sich die Sozialisten nicht einig: Viele setzten sich noch immer für ein Modell gemäß dem Statut der I. Internationale ein. Engels widersetzte sich einem solchen Mechanismus. Er war der Überzeugung, daß durch das Wirken von starken und massenhaften selbständigen sozialistischen Parteien eine einheitliche Steuerung der internationalen Bewegung, vor allem die Erneuerung der zentralistischen Rolle des Generalrats, unmöglich ist. Vielmehr sollte die bilaterale Zusam-

1 Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (im folgenden: MEW), Bd. 16, S.520.

2 Siehe Hans-Josef Steinberg: Stranka in nastanek marksistišne ortodoksije, in: Zgodovina marksizma, Bd. II, Ljubljana 1986, S.169.

3 Siehe Eric Hobsbawm: Politični vidiki prehoda iz kapitalizma v socializem, in: Zgodovina marksizma, Bd. I, Ljubljana 1984, S.247.

menarbeit der Parteien im Mittelpunkt stehen.⁴ „Die lose Verbindung, der freiwillige Zusammenhalt, der durch Kongresse unterstützt wird, er ist hinreichend, um uns den Sieg zu verschaffen“.⁵ Die Arbeiter sollten sich in den einzelnen Ländern organisieren. In einer Resolution, die von der Internationale 1893 angenommen wurde, wurde betont, daß sozialdemokratische Parteien in allen Ländern den ersten Teil ihrer Programme gleichartig formulieren sollten, indem sie die Notwendigkeit ökonomischer Insurrektionen zum Ausdruck bringen. Der zweite Teil, der die Mittel betraf, dieses Ziel zu erreichen, könne dagegen der ökonomischen und politischen Situation in jedem Land angepaßt werden. Die Mitglieder der Zweiten Internationale waren, anders als die der Ersten, unabhängig voneinander in Einheiten organisiert, die in erster Linie dadurch Kontakt hielten, daß sie an den periodischen internationalen Kongressen teilnahmen. Ihre höchste Autorität war der Kongreß, während ihre gemeinsame Körperschaft, das Internationale Sozialistische Büro (ISB), nur die Rolle eines Informationszentrums spielte. Die Formierung millionenstarker Arbeiterparteien war nur in kapitalistischen Ländern mit einer entwickelten sozialökonomischen Struktur und einer reichen demokratischen Tradition angebracht und realisierbar. Sie war überhaupt nicht möglich in Ländern wie Rußland, wo politische Freiheiten durch die Verfassung nicht garantiert waren. Es ist daher nicht überraschend, daß das Organisationsmodell, das durch die Komintern in der Folge von der Ersten und nicht von der Zweiten Internationale übernommen wurde, sozialdemokratische Parteien in Westeuropa nicht zufriedenstellen konnte.⁶

Die „Krise des Marxismus“⁷ im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts erschütterte die marxistischen Grundlagen der Internationale, die sich die Reorganisation der bestehenden sozialen Ordnung als Endziel gesetzt hatte und die die Revolution als „die Hebamme der Geschichte“ bezeichnete. Die Arbeiterbewegung, durch ihre politischen Erfolge mittels der bürgerlichen Institutionen in der Periode der friedlichen Entwicklung des Kapitalismus ermutigt, begann sich auf unmittelbare Ziele zu konzentrieren und eröffnete die Diskussion über „marxistische Dogmen“. Die Krise der Theorie gebar das Dilemma von „Revolution“ und „Reform“, wobei diese als antagonistische Gegensätze dargestellt wurden. Im Jahre 1899 äußerte Bernstein, ein Befürworter universeller Demokratie und Gegner des „Blanquismus“, die Meinung, daß der einzig logische Weg zum Sozialismus über die Errichtung der Demokratie und

4 Siehe MEW, Bd. 22, S.408-409.

5 Ebenda, S.409.

6 Siehe Avgust Lešnik: Die Orthodoxie der Zweiten Internationale, in: Theodor Bergmann (Hrsg.): Zwischen Utopie und Kritik. Friedrich Engels – ein „Klassiker“ nach 100 Jahren, Hamburg 1996, S.201-213.

7 Der ursprüngliche Begriff, der von Masaryk 1898 verwendet wurde, lautete „Krise innerhalb des Marxismus“ (siehe T. G. Masaryk: Die philosophischen und sociologischen Grundlagen des Marxismus, Wien 1899, S.586-592). Er wurde während der Revisionismusk Diskussion gewandelt zu „Krise des Marxismus“, was Labriola sofort festhielt. Siehe Antonio Labriola: O krizi marksizma, in: Izbrana dela, Ljubljana 1977, S.295-296.

nicht von der Diktatur der Bourgeoisie zu der des Proletariats führe. Der Prozeß des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft müsse schrittweise und mit demokratischen Mitteln erfolgen.⁸ Diese neue Orientierung setzte sich in der sozialdemokratischen Bewegung erst nach dem Ersten Weltkrieg durch. Rosa Luxemburg, die diese (revisionistische) Orientierung ablehnte, warnte, daß diese Theorie in Wahrheit den Sozialdemokraten empfahl, die soziale Revolution als Endziel ihres Klassenkampfes aufzugeben und durch die soziale Reform zu ersetzen. Als Unsinn wies sie auch Bernsteins scharfe Entgegensetzung von Revolution und Reform zurück: „Die Gesetzgebung und die Revolution sind also nicht verschiedene Methoden des geschichtlichen Fortschritts [...] Und zwar ist die jeweilige gesetzliche Verfassung bloß ein Produkt der Revolution. Während die Revolution der politische Schöpfungsakt der Klassengeschichte ist, ist die Gesetzgebung das politische Fortvegetieren der Gesellschaft. Die gesetzliche Reformarbeit hat eben in sich keine eigene, von der Revolution unabhängige Triebkraft. [...] Wer sich daher für den gesetzlichen Reformweg anstatt und im Gegensatz zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wählt thatsächlich nicht einen ruhigeren, sichereren, langsameren Weg zum gleichen Ziel, sondern auch ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß quantitative Veränderungen in der alten.“⁹ Rosa Luxemburgs Schlußfolgerung war sehr klar: Das Dilemma Revolution oder Reform wurde von jenen aufgemacht, die nicht verstanden, daß sie dialektisch verbunden und nicht zu trennen waren.

Solche theoretischen Grübeleien wurden durch die Revolution 1905 bis 1907 in Rußland vertieft. Sie warf eine Reihe neuer und konkreter Fragen auf, die einen erneuten Vergleich zwischen den historischen und strukturellen Merkmalen Rußlands und Westeuropas erforderten. Verständnis für die Mechanismen der russischen Revolution sowie der Revolutionen von 1789 bis 1793 und 1848 in Westeuropa hätte der Sozialdemokratie eine solide theoretische Basis für ihre politische Strategie gegenüber anderen sozial-politischen Verfassungsreformen, die der Zarismus gewähren mußte, bieten können. Sie mußte ihre eigene Rolle definieren und klären, ob sie noch in der Lage war, die auf dem Zweiten Kongreß der SDAPR 1903 provozierte innere Spaltung in Bolschewiki und Menschewiki zu verhindern, oder ob diese schon ein *fait accompli* darstellte. Letzteres war der Fall. Die Revolution von 1905 deckte in der Tat eine tiefe und unversöhnliche Spaltung zwischen den beiden Fraktionen in der Sozialdemokratischen Partei Rußlands auf. In dieser Hinsicht war das Jahr 1905 eine „Generalprobe“ für 1917.

Die russischen Sozialdemokraten waren in der Tat die ersten, die vor den praktischen Fragen der proletarischen Führung in einer demokratischen Revolution und der Haltung der Arbeiterklasse gegenüber dem Kleinbürgertum und insbesondere der

8 Siehe den Abschnitt: Demokratie und Sozialismus, in: Ed[uard] Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899, S.118-140.

9 Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution, Leipzig 1899, S.50.

Bauernschaft standen. Die SDAPR konnte die Erfahrungen der europäischen Arbeiterparteien nicht mechanisch auf das zaristische Rußland übertragen, denn diese operierten in einem Umfeld, in dem sich der Kapitalismus relativ friedlich entwickelte und die Freiheiten der bürgerlichen Demokratie existierten. Die Menschewiki, die auf einer politischen Übereinkunft mit der liberalen Bourgeoisie bestanden, waren gegen die Idee der revolutionären Übernahme der politischen Macht und erhoben die russische Duma zum nationalen Zentrum. Die Bolschewiki behaupteten ebenfalls, sie wären nicht gegen den Kampf mit parlamentarischen Mitteln und würden solchen Mitteln auch zustimmen, doch müsse der blinde Glauben an den parlamentarischen Kampf als Hauptform entlarvt werden. In einer wirklichen Revolution würden die proletarischen Massen nicht verfassungsmäßige oder legale Mittel, sondern direktere Formen anwenden.

Keines der von den zwei Fraktionen vorgesehenen Modelle hatte Erfolg, die Revolution 1905 bis 1907 wurde besiegt. Dennoch, die damaligen Diskussionen der russischen Sozialdemokraten stellten in bestechender Weise zwei Strategien vor, deren jede eine andere Mentalität darbot, womit Rosa Luxemburgs Artikel über soziale Reform und Revolution bekräftigt wurde. Die Strategie der Bolschewiki schien zehn Jahre später die siegreiche zu sein. Aber das raubte der unterlegenen Seite nicht die Achtung und Bedeutung.¹⁰

Die wachsenden imperialistischen Konflikte im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg stellten die Internationale vor die knifflige Aufgabe, eine klare Haltung zum Krieg zu bestimmen. Das war nicht nur ein theoretisches Problem, sondern erforderte für den Fall eines weltweiten bewaffneten Konflikts eine spezifische Strategie sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Es war darüber hinaus ein praktischer Test der Prinzipien des Internationalismus.¹¹ Die auf dem Kongreß in Basel 1912 einstimmig angenommene Resolution ließ keinen Raum für Zweideutigkeit: Der Krieg sollte mit allen Mitteln verhindert werden. Sollte er dennoch ausbrechen, würde er dazu genutzt werden, die soziale Revolution zu beschleunigen.¹² Die Sozialisten, die in Basel die gesamte Verantwortung für den künftigen Krieg dem Imperialismus zugeordnet hatten, mußten ihre Diskussion ausweiten und ihre Position hinsichtlich der durch die imperialistische Ära eröffneten Perspektiven neu bedenken. Aus dieser

10 Siehe Vittorio Strada: *Polemika med boljševiki in menševiki o revoluciji 1905*, in: *Zgodovina marksizma*, Bd. II, S.384-385.

11 Siehe Marjan Britovšek: *Stanovi Druge internacionale prema ratu i kolonijalnom pitanju*, Beograd 1965; Hans-Josef Steinberg: *Die Stellung der II. Internationale zu Krieg und Frieden*, Schriften aus dem Karl-Marx-Haus, Bd. 8, Trier 1972; *Die Stellung der internationalen Arbeiterbewegung zu Militarismus und Imperialismus zwischen den Kongressen in Stuttgart und in Basel (1907-1912)*, Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung, ITH, Bd. 6/VIII, Linzer Konferenz: Linz, 12. bis 16. September 1972, Wien 1974.

12 Siehe Außerordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Basel am 24. und 25. November 1912, Berlin 1912, S. 23. Jean Jaurès führte aus: „Die Regierungen sollen wissen, daß (im Kriegsfall) die Bürger sehr leicht ausrechnen würden, daß ihre eigene Revolution sie weniger Opfer kosten würde als ein Krieg gegen andere Länder“. Jean Jaurès: *Kongresi Druge internacionale*, Bd. II, Beograd 1956, S.505.

Diskussion gingen drei Lager hervor, die jedoch nicht die traditionelle Teilung in Revisionisten, Orthodoxe und Revolutionäre widerspiegelte.¹³ Die Fraktionen, die auf der äußersten Rechten der sozialdemokratischen Parteien auftauchten, bekannten sich zu nationalistischen Werten und den expansionistischen Tendenzen der herrschenden Klasse. Ihre Anhänger hatten seit langem den Glauben an eine Revolution aufgegeben oder - in Wirklichkeit - den Glauben an den Frieden. (Wer eine marxistische Bildung erhalten hatte, mußte mit dem Gedanken vertraut sein, daß ökonomische Notwendigkeiten sich gegenüber einem verträumten Humanismus durchsetzen.) Sie akzeptierten im allgemeinen die Kolonialpolitik als notwendiges Mittel für das Überleben der Nation und deren Arbeiterklasse und waren sogar bereit, einen bewaffneten Konflikt zu tolerieren, wenn dieser dem Land eine solche Möglichkeit bot.¹⁴ Angesichts dessen stimmten sie unter dem Vorwand der nationalen Verteidigung für die Kriegskredite. Auch die Linken waren der Auffassung, daß imperialistische Konflikte zum Krieg führen, aber sie sahen darin - anders als die Rechten - eine Gelegenheit für die Revolution. Rosa Luxemburg meinte, daß die Kolonisierung rückständiger Gesellschaften für den Imperialismus von vitalem Interesse und der Militarismus seine unerläßliche treibende Kraft sei. Ein Krieg zwischen imperialistischen Ländern sei daher unvermeidlich, aus dem jedoch die Revolution hervorgehen werde. Daher sei der Pazifismus der Zentristen eine Täuschung. Das Proletariat müsse sich mit politischem Massenkampf auf die Revolution vorbereiten und insbesondere gegen den Militarismus als dem wichtigsten Bindeglied des Imperialismus kämpfen.¹⁵ Diese Position wurde jedoch nur von einer kleinen Minderheit der Internationale eingenommen, während deren angesehenste Vertreter - die orthodoxen Marxisten - bis 1914 auf den Sieg des Friedens vertrauten. Sie stützten sich auf jüngste Analysen von Kautsky und Hilferding und glaubten an den sogenannten Ultraimperialismus, der mittels ausreichenden Kapitals eine konfliktfreie Ausbeutung und in der Folge eine Art Solidarität herbeiführen werde. Nach dieser Theorie war Krieg unmöglich, man konnte sich dem inneren Militarismus zuwenden und der Propaganda den Vorrang geben. Eine solche Ansicht dämpfte nicht nur die Angst vor einem Krieg, sondern auch die Forderung nach revolutionärem Kampf. Als am 25. Juli 1914 Österreich gegenüber Serbien sein Ultimatum erklärte, legte sich die Kriegsgefahr über Europa. Die Atmosphäre auf der letzten und äußerst verhängnisvollen Konferenz der Zweiten Internationale in Brüssel vom 29. bis 30. Juli¹⁶ war optimistisch; die Delegierten hielten einen plötzlichen Kriegausbruch für unmöglich. Die Frage, wie sich die sozialistischen Parteien im Falle eines allgemeinen

13 Siehe Madeleine Reberieux: *Razprava o vojni*, in: *Zgodovina marksizma*, Bd. II, S.781.

14 Siehe Antonio Labriola: *Scritti politici*, Bari 1970.

15 Solche Thesen Rosa Luxemburgs riefen scharfe Kontroversen hervor. Sie erwiderte darauf in ihrem 1915 im Gefängnis geschriebenen Werk: *Die Akkumulation des Kapitals oder Was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben*. Eine Antikritik, Leipzig 1921.

16 Siehe Georges Haupt: *Der Kongreß fand nicht statt. Die Sozialistische Internationale 1914*, Protokoll der Sitzung des I.S.B vom 29. bis 30. Juli 1914 in Brüssel, Wien 1967.

Konfliktes verhalten sollten, wurde nicht einmal in Betracht gezogen. Das gesamte Aktionsprogramm der Internationale orientierte auf den bevorstehenden internationalen Kongreß, der am 9. August in Paris stattfinden sollte. Zu ihm kam es nicht mehr. Künftig mußten die nationalen Sektionen einzeln agieren, ohne eine gemeinsame und koordinierte Strategie, dem Willen und den Ideen ihrer nationalen Führer überlassen.

Als der Erste Weltkrieg begann, brach die Zweite Internationale formal und ideologisch zusammen. Die Kontakte zwischen den einzelnen sozialdemokratischen Parteien wurden unterbrochen, Tagungen des Internationalen Büros und internationale Konferenzen konnten nicht mehr einberufen werden, zusätzlich kam es zu internen ideologischen Spaltungen. Obwohl die Mitgliederzahlen der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften in die Millionen gingen, erwuchs den Sozialdemokraten daraus in keinem Land genügend Einfluß, den bewaffneten Konflikt zu verhindern. So war es keine Überraschung, daß die sozialdemokratischen Parteien fast aller am Krieg beteiligten Länder zur Verteidigung ihrer kapitalistischen Staaten aufriefen, auf den Klassenkampf verzichteten und einen Burgfrieden akzeptierten. Darüber hinaus kooperierten die Führungen der sozialdemokratischen Parteien moralisch und politisch mit der herrschenden Klasse, sie unterstützten den Krieg und die imperialistischen Interessen ihrer bürgerlichen Regierungen. Die internationale proletarische Solidarität wurde durch chauvinistische Ideologie ersetzt. Die sozialdemokratischen Parteien begegneten einander auf der Basis bürgerlich-imperialistischer Interessen und nicht der Interessen der internationalen Arbeiterbewegung. Das ISB stellte seine Aktivität ein und trat während des Krieges nicht zusammen. Rosa Luxemburg bemerkte voller Ironie, daß die universelle Losung des Kommunistischen Manifestes pervertiert worden war: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch im Frieden und schneidet euch die Gurgeln ab im Kriege!“¹⁷

Die Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg

Bis zu ihrer Niederlage und ihrem Zusammenbruch im Jahre 1914 wurde die Internationale von ihren drei Fraktionen - der Rechten, dem Zentrum und der Linken – als internationales Forum angesehen, dessen Rolle darin bestand, sich mit allgemeinen Problemen der Arbeiterbewegung in Europa zu befassen. Trotz Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen in bezug auf die Strategie, besonders zwischen den radikalen Marxisten und den Revisionisten, hatten weder Lenin noch andere Vertreter der marxistischen Linken je von der Notwendigkeit gesprochen, die Internationale durch eine angemessenere Organisation zu ersetzen. Bei Beginn des Ersten Weltkrieges jedoch, nachdem die Internationale versagt und ihre vitale Funktion nicht erfüllt hatte, geriet sie in die ernste Kritik der Linken. In den sozialdemokratischen Parteien Europas setzte ein Prozeß tiefer politischer Differen-

17 Rosa Luxemburg: Der Wiederaufbau der Internationale, in: dies.: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S.25.

zierung ein, besonders zwischen der reformistischen Mehrheit und der linken marxistischen Minderheit. Linke Fraktionen, voller Wut über die Kapitulation ihrer Führungen, die die internationale Solidarität zugunsten der Kriegspolitik ihrer Regierungen verraten hatten, organisierten Aktionen der Opposition, die Unterstützung durch die Februar- und die Oktoberrevolution 1917 in Rußland erhielten. Die Rechten - auch Sozialchauvinisten genannt -, zu denen die Führungen der meisten sozialdemokratischen Parteien gehörten, machten gemeinsame Sache mit ihrer jeweiligen Bourgeoisie und gaben alle politischen Prinzipien einer unabhängigen Politik der Arbeiterklasse auf. Das Zentrum - die Sozialpazifisten - verurteilte die Politik ihrer Führungen und verließ verschiedentlich sogar die Parteien, ohne jedoch eigene revolutionäre Aktivitäten zu organisieren. Auf einer internationalen Konferenz der Sozialisten während des Krieges wurden verschiedene Auffassungen und Haltungen über den Charakter des Krieges, die Möglichkeiten seiner Nutzung für eine weltweite proletarische Revolution und die künftige internationale Organisation des Proletariats zum Ausdruck gebracht. Dieser Prozeß der ideologischen Differenzierung spaltete, sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene, die Arbeiterbewegung schließlich in die Linke, die Rechte und das Zentrum und - nach dem Krieg - in Kommunisten und Sozialisten.¹⁸

Man muß bezüglich dieser Differenzierung herausstellen, daß die Bolschewiki bis 1914 betonten, sie wollten nicht „ihren eigenen Weg zum Sozialismus gehen“. Sie stimmten einem allgemeingültigen Modell der sozialdemokratischen Parteien für alle Länder, außer für Rußland, zu. Nach der Auflösung der Zweiten Internationale am Beginn des Krieges und besonders nach dem 4. August 1914¹⁹, als die deutschen Sozialdemokraten ihre Unterstützung für den Krieg erklärten, konzipierte Lenin einen neuen Typ einer internationalen Partei nach dem Modell der Partei der Bolschewiki. Seine politischen Aktivitäten im Exil von 1914 bis 1917 waren auf die Formierung eines neuen ideologischen und organisatorischen Kerns innerhalb der russischen und europäischen Sozialdemokraten und Internationalisten gerichtet. Sie betrafen drei fundamentale Ideen: den Krieg, die Internationale und die Revolution. In Lenins Kopf bestand die Idee einer neuen, revolutionären Internationale bis zu ihrer Realisierung. Er trug sie im Oktober 1914 vor, stellte bei dieser Gelegenheit den Tod der Internationale fest und rief aus: „Es lebe die vom Opportunismus befreite proletarische Internationale!“²⁰ Lenins Kritik und seine Analyse über die Auflösung der Internationale wurden von einer Reihe europäischer Linker unterstützt. Zu ihnen gehörten K. Liebknecht, F.

18 Siehe Marjan Britovšek: *Revolucionarni idejni preobrat med prvo svetovno vojno*, Ljubljana 1969; Agnes Blänsdorf: *Die Zweite Internationale und der Krieg. Die Diskussion über die internationale Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien 1914-1917*, Stuttgart 1979; David Kirby: *War, Peace and Revolution, International Socialism at the Crossroads*, Aldershot 1986.

19 Siehe Jürgen Rojahn: *Der 4. August 1914 - Ergebnis der „Nationalisierung der Massen“?*, in: Avgust Lešnik (Hrsg.): *The Crisis of Social Ideas, A festschrift for Marjan Britovšek. An International Edition of Historical and Sociological Studies*, Ljubljana 1996, S.139-159.

20 W.I. Lenin: *Werke*, Bd. 21, S.21.

Mehring, R. Luxemburg, C. Zetkin, A. Pannekoek und H. Gorter sowie auch L. Trotzki. Rosa Luxemburg war zweifellos die scharfsinnigste von ihnen. In ihrem Artikel über den Wiederaufbau der Internationale stellte sie den Zusammenbruch der deutschen Sozialdemokratie und mit ihm der Internationale dar, verurteilte die Versuche, den Krieg zu rechtfertigen, und kritisierte Kautskys These, der Klassenkampf höre in Kriegszeiten auf.²¹ Sie forderte die Marxisten in der Sozialdemokratie auf, mehr als bloße Beobachter und Interpreten der Realität zu sein; die sozialistische Bewegung sollte Geschichte nicht nur verstehen, sondern auch machen.²² In ihrem Artikel zeigte Rosa Luxemburg die historische Alternative von Imperialismus und Sozialismus auf, forderte eine ernste Selbstkritik des Proletariat betreffend und definierte zudem einige grundlegende Gedanken, die sie 1916 in ihrem Werk „Die Krise der Sozialdemokratie“ (Junius-Broschüre) weiterentwickelte. Zwar kritisierten die genannten prominenten Vertreter der Linken den Verrat der „Sozialchauvinisten“ scharf, aber keiner forderte so kategorisch wie Lenin die Formierung einer neuen Organisation, denn man rechnete immer noch mit der Wiederherstellung der alten Internationale. Ihre Forderung nach Wiederherstellung der Internationale war nicht auf einem breiten, geschlossenen Konzept begründet. Dennoch waren sie die bedeutendsten Protagonisten der Antikriegsagitation und der Formierung der linken Plattform. Sie versammelten - wenn auch zahlenmäßig kleine - Gruppen um sich, die in ihren jeweiligen Ländern zu Zentren der revolutionären Bewegung wurden.

Die Linke und das Zentrum waren sich in der Einschätzung, daß der Krieg eine Konsequenz imperialistischer Widersprüche war, ziemlich einig. Was jedoch die Zukunft der Internationale betraf - ob die alte Internationale restauriert oder eine neue gegründet werden sollte -, waren sie ebenso verschiedener Meinung wie hinsichtlich der Möglichkeit, den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg umzuwandeln. Das Zentrum trat für den Frieden ein, lehnte jedoch, anders als die Linke, jede Aktivität ab, die darauf gerichtet wäre, soziale Erhebungen zu fördern. Im Unterschied zur Linken und zum Zentrum unterstützte die Rechte den von ihrer nationalen Bourgeoisie geführten Krieg und rückte deren Interessen vor die Prinzipien der Internationale. Sie stellte den Krieg als „Verteidigung der Heimat“ dar und rief zu Frieden im Innern und zur Schaffung einer „vereinten nationalen Front“ auf.

Nach Kriegsbeginn fand unter den Sozialisten eine doppelte Differenzierung statt. Sie teilten sich ideologisch in die Rechte, das Zentrum und die Linke, während sie sich politisch entsprechend dem Status ihrer Länder gruppierten (Entente cordiale, Mittel-

21 „Der Weltkrieg spaltet die Sozialisten in verschiedene Lager und vorwiegend in verschiedene nationale Lager. Die Internationale ist unfähig, das zu verhindern. Das heißt, sie ist kein wirksames Werkzeug im Kriege, sie ist im wesentlichen ein Friedensinstrument.“ Die „großen historischen Aufgaben“ der Internationale sind der „Kampf für Frieden, Klassenkampf im Frieden.“ Karl Kautsky: Die Internationalität und der Krieg, Berlin 1915, S.39.

22 Siehe Luxemburg, Der Wiederaufbau der Internationale, S.31.

mächte und Neutrale). All das zeigte, wie sehr man die Stärke und die Einheit der sozialistischen Bewegung überschätzt hatte.

Zwischen 1915 und 1917 beschleunigte die Zimmerwalder Bewegung²³ den Differenzierungsprozeß in der internationalen Arbeiterbewegung in wesentlichem Maße. Dieser Prozeß war auf der einen Seite durch die allmähliche Schwächung der Position der rechtssozialistischen Chauvinisten gekennzeichnet, auf der anderen durch die Stärkung des Zentrums und der Zimmerwalder Linken. Im Verlauf des Krieges nahm die Bewegung der sozialistischen Pazifisten, die anfangs die Zimmerwalder Bewegung beeinflusst hatte, verstärkt revolutionäre Konnotationen an. Lenins Politik, die auf die Vereinigung verschiedener linker Gruppen mit heterogener Herkunft und Zusammensetzung, solche wie die Sozialdemokratische Opposition, zielte, hatte nur partiellen Erfolg. Die Bolschewiki, die über die russischen Grenzen hinausgingen, neue internationale Verbindungen herstellten und ihre internationalistische Doktrin klärten, um jene sozialistischen Gruppen, die entschieden gegen den Krieg waren, um sich zu vereinigen, blieben dennoch international isoliert.

Die Unterschiede zwischen der Situation in Rußland und in entwickelten westlichen Ländern führten zu widersprüchlichen Reaktionen. Der Bolschewismus wurde immer noch mit Extremismus und Sektierertum in Verbindung gebracht. Das geschah um so mehr, da die Bolschewiki aufgrund ideologischer und politischer Meinungsverschiedenheiten vom Hauptstrom der europäischen Linken getrennt waren. Dieser wurde damals hauptsächlich von den deutschen Spartakisten repräsentiert. Zu jenem Zeitpunkt konnte man sich wirklich nicht die Bolschewiki in der führenden Rolle des revolutionären Sozialismus vorstellen. Um diese allgemeine Meinung zu ändern, waren radikale und langfristige revolutionäre Aktionen erforderlich, die den Bolschewiki politische Glaubwürdigkeit gäben. Und diese Gelegenheit kam mit dem „Russischen Oktober“.²⁴

Die massive, in den meisten Fällen spontane Antikriegsbewegung, die von einer Welle ökonomischer Streiks ausgelöst wurde, stellte die sozialistischen und die Gewerkschaftsführungen zunehmend vor die Forderung, zum Krieg eine unzweideutige Haltung einzunehmen und die Möglichkeit seiner Umwandlung in einen Bürgerkrieg, mit anderen Worten, eine sozialistische Revolution zu erwägen. Zur Zeit des ersten Auftretens der Zimmerwalder Bewegung hätten die Führungen der sozialdemokratischen Parteien eine solche Forderung als bloße theoretische Frage oder ein Zeichen von Intoleranz einzelner Gruppen abtun können. Als diese jedoch von ihren eigenen proletarischen Massen aufgeworfen wurde, griffen sie sie auf, und zwar als eine

23 Siehe Horst Lademacher (Hrsg.): *Die Zimmerwalder Bewegung. Protokolle und Korrespondenz*, Bd. I-II, Den Haag/Paris 1967; Angelica Balabanoff: *Die Zimmerwalder Bewegung 1914-1919*, in: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*, 12. und 13. Jg., Leipzig 1926, 1928, Reprint Graz 1966; Jules Humbert-Droz: *Der Krieg und die Internationale. Die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal*, Wien 1964.

24 Siehe Avgust Lešnik: *Der russische Oktober in den Augen der deutschen Sozialdemokratie*, in: Theodor Bergmann (Hrsg.): *Der Widerschein der Russischen Revolution*, Hamburg 1997, S.180-192.

Grundlage künftiger ideologischer und organisatorischer Differenzierung. Dieser Prozeß wurde durch die Oktoberrevolution vertieft und beschleunigt. Die Akzeptanz oder Ablehnung ihrer Ideologie und Praxis bedeutete Entscheidung für oder gegen die Revolution überhaupt. Diese Frage führte zur Neuordnung der Kräfte innerhalb der Arbeiterbewegung auf europäischer und globaler Ebene.²⁵

Die organisatorische Spaltung in der sozialdemokratischen Bewegung zwischen 1919 und 1923

Ein sich im Kontext der Zweiten Internationale vollziehender, langer Restrukturierungsprozeß in der europäischen Sozialdemokratie brachte die drei genannten Hauptfraktionen hervor: Rechte, Zentrum und Linke. Als der Erste Weltkrieg endete, spaltete sich die einst formal vereinte sozialdemokratische Bewegung in drei Organisationen: die Zweite (Berner) Internationale²⁶, die Dritte (Moskauer) Internationale und etwas später die zentristische Zweieinhalbte²⁷ (Wiener) Internationale. Wir wollen einen Blick auf ihre programmatischen Ziele werfen. Die Kommunistische Internationale (KI) stellte sich die Aufgabe, alle „gesunden“ Elemente der internationalen sozialistischen Bewegung zu vereinigen und revolutionäre marxistische Kerne zu formieren. Diese sollten in ihren jeweiligen Ländern die führende Rolle bei der Formierung sogenannter revolutionärer Kommandostellen übernehmen und die gegenseitige Ergänzung, Stärkung und Unterstützung zwischen der russischen und der internationalen Revolution sichern.²⁸ Diese ideologische Heterogenität sollte die KI in der ersten Periode von 1919 bis 1923 ständig begleiten, bis 1924 auf ihrem V. Kongreß ein neuer Kurs angenommen wurde. Es begann der Prozeß der Bolschewisierung (Stalinisierung)²⁹ der kommunistischen Weltpartei und ihrer Sektionen, der den Weg

25 Siehe Avgust Lešnik: Die Bewertung des 1. Weltkrieges und die Perspektive der Internationale, in: Wladislaw Hedeler (Hrsg.): Ausblicke auf das vergangene Jahrhundert. Die Politik der internationalen Arbeiterbewegung von 1900 bis 2000, Hamburg 1996, S.24-32.

26 Siehe Gerhard A. Ritter/Konrad von Zwehl (Hrsg.): Die II. Internationale 1918/1919. Protokolle, Memoranden, Berichte, Korrespondenzen, 2 Bde., Berlin/Bonn 1980; Robert Sigel: Die Geschichte der Zweiten Internationale 1918-1923. Darstellung, Dokumentation, 2 Bde., Frankfurt a.M./New York 1986.

27 So nannte sie Karl Radek in seinem Beitrag „Theorie und Praxis der 2 1/2 Internationale“, Hamburg 1921.

28 Siehe Avgust Lešnik: Tretja internacionala - Kominterna, Ljubljana 1988, S.13.

29 Wenn man von der „Bolschewisierung“ der KI spricht, muß man die Inkonsistenz dieses Begriffs beachten. Einige Autoren haben in der Vergangenheit die Urheberchaft des Begriffs „Bolschewisierung“ der KI unkritisch Lenin zugeschrieben und nicht Stalin. Der erste, der so demagogisch verfuhr, war der Vorsitzende des EKKI, G. Sinowjew. Auf dem V. KI-Kongreß im Juli 1924 sagte er - um die Annahme des sogenannten „linken Kurses“, d.h. eine neue Periode in der Entwicklung der KI, ihre Stalinisierung zu fördern - unter Berufung auf den verstorbenen Lenin: „Bolschewisierung - das ist die Schaffung einer festgefügt, wie aus einem Stein gehauenen, zentralisierten Organisation, die harmonisch und brüderlich die Differenzen in ihren eigenen Reihen austrägt, wie es Lenin gelehrt hat.“ (Komunistička internacionala, Bd. VI: Stenogrami i dokumenti 5. kongresa KI, Beograd 1982, S.437, dt: Protokoll. Fünfter Kongreß der Kommunistischen Internationale, Bd. I, o.O.u.J., [Reprint Mailand 1967], S.508).

für Stalins Hegemonisierung und Dogmatisierung der KI bereitete. Auf ihrem Gründungskongreß hatte die KI ihre Strategie und Taktik festgelegt. Sie rief das Weltproletariat zum Kampf für die Übernahme der politischen Macht in ihren Ländern auf. Dies wurde als der einzige Weg zur Zerstörung der politischen Macht der Bourgeoisie angesehen, deren Demokratie als bürgerliche Diktatur definiert wurde. Das neu eingeführte System der Sowjets sollte die Basis der proletarischen Demokratie werden, die den bürgerlichen Parlamentarismus und die Trennung von legislativer und exekutiver Gewalt abschaffen und die gewählten Körperschaften sowie die Organe der Verwaltung verbinden würde. Auf dem Feld der Ökonomie postulierte die KI die Expropriation der Bourgeoisie und den Übergang der Produktionsmittel in das gesellschaftliche Eigentum des proletarischen Staates. Sie erstrebte auch die Bekräftigung des Prinzips des proletarischen Internationalismus, die Koordinierung internationaler revolutionärer Aktivitäten und die Schaffung von Kontakten mit nationalen Befreiungsbewegungen in Kolonialländern.³⁰

Welche Positionen nahm die neue Internationale in bezug auf die sozialdemokratischen Parteien ein? Wenn man bedenkt, daß die KI der Spaltung des internationalen Sozialismus entsprungen war, und wenn man die Genesis der ideologischen Konfrontationen innerhalb der Zimmerwalder Bewegung berücksichtigt, so kann man die negative Haltung der KI verstehen, die in ihren offiziellen Dokumenten gegenüber den sozialdemokratischen Parteien als auch der im Februar 1919 zur Wiederherstellung der „Zweiten“ Internationale durchgeführten Berner Konferenz eingenommen wurde. In ihrer Resolution über die Position der KI zu sozialistischen Bewegungen und zur Berner Konferenz, die auf ihrem I. Kongreß angenommen wurde, distanzierte sich die KI von allen sozialistischen Bewegungen, die in bezug auf die Spaltung im internationalen Sozialismus keinerlei Enthusiasmus gezeigt hatten. Die Resolution lehnte nicht nur jegliche Kooperation mit der sogenannten Berner Internationale ab, in der die Reformisten der sozialdemokratischen Parteien vereint waren. Sie wandte sich auch gegen die Kooperation mit der zentristischen Fraktion, die sich während des Krieges als pazifistische Opposition gegen die offizielle Politik der sozialdemokratischen Mehrheit formiert hatte. Der Grund für eine derartig scharfe Wende nach links lag darin, daß die KI an eine unmittelbar bevorstehende proletarische Revolution in Europa glaubte, die alle sozialen und politischen Strukturen zerstören würde. Die KI betonte die Notwendigkeit, die bourgeoisen Institutionen zu „zerbrechen“, rief zu direkter Aktion und offenem Konflikt mit dem Staat auf, verweigerte jeglichen Kompromiß sowie jede Form parlamentarischer Tätigkeit oder aktiver Arbeit in

Gleichzeitig verschwieg er Lenins ausdrückliche Warnung auf dem III. KI-Kongreß 1921: „Wenn der Kongreß gegen solche Fehler, gegen diese linken Dummheiten, nicht entschlossen die Offensive durchführt, dann ist die Bewegung zu Grunde gerichtet.“ (Komunistička internacionala, Bd. III, S.304, dt. Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale. Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921, Hamburg 1921 [Reprint Mailand 1967], S.509).

30 Siehe Avgust Lešnik: Razcep v mednarodnem socializmu, 1914-1923, Koper/Capodistria 1994, S.200-210.

reformistischen Gewerkschaften. Sie forderte auch, daß Massenorganisationen, solche wie die Sowjets, das Modell proletarischer Verwaltung sein müßten. Jedoch ließen die Niederlage der Revolution in Deutschland und die mißglückten Versuche mit den „Sowjets“ in Ungarn und Bayern Lenin und Trotzki schon im zweiten Halbjahr 1919 erkennen, daß der revolutionäre Prozeß in Europa viel langsamer und weniger geradlinig verlaufen würde, als sie gehofft hatten. Das führte zu Diskussionen über solche Schlüsselfragen wie den Zweck des Kampfes innerhalb bourgeoiser staatlicher Institutionen, die Haltung zu traditionellen Organisationen der Klassenbewegung (sozialistische Partei und Gewerkschaften) und über eine revolutionäre Partei. In diesem Kontext sollte Lenins Distanz zur linken, auf utopischem Radikalismus basierenden Politik in seinen eigenen Reihen verstanden werden. Auf ihrem Zweiten Kongreß 1920 lehnte die KI die Kooperation mit den rechten sozialdemokratischen Parteien ab und erließ einundzwanzig Bedingungen für die Mitgliedschaft der zentristischen Parteien in der KI, womit sie eine sehr deutliche Trennlinie zwischen ihnen zog. Obwohl die KI, die Lenins Kritik des Linksradikalismus unterstützte, den Parlamentarismus und die Gewerkschaften als beschränkte Institutionen kritisierte, billigte sie sogenannte legale Formen des Handelns kommunistischer Parteien in Parlament und Gewerkschaften. So führte die KI eine neue Taktik ein, die zu der vorangegangenen teilweise in Widerspruch stand. Die Diskussionen auf dem Zweiten KI-Kongreß schlossen im großen und ganzen die erste Periode der Konfrontation zwischen Bolschewismus und linkem Kommunismus ab.³¹ Es war in der Tat eine Konfrontation zwischen revolutionärem Realismus und einer Fraktion, die die Realität oft ignorierte.

Während die Bolschewiki und die europäische Linke eine neue Internationale zu gründen bestrebt waren, arbeiteten die reformistischen sozialdemokratischen Parteien im Frieden an der Restauration der „Zweiten“ (Berner) Internationale. Diese Parteien waren durch die nationale Verteidigungspolitik im Krieg stark belastet und in der Folge dessen durch den Austritt der linken und zentristischen Gruppen geschwächt. Der ideologische Riß in der internationalen sozialistischen Bewegung war - wegen der ideologischen und strategischen Nichtübereinstimmung in fundamentalen Fragen der Zeit wie Krieg, Frieden, Revolution und Sozialismus - zu breit für eine „Versöhnung“ und Wiedervereinigung verschiedener sozialistischer Strömungen in einer Organisation. Rechte und Zentristen konzentrierten sich auf ihrer Konferenz in Bern im Februar 1919 auf eine Reihe „verhängnisvoller Hindernisse“ für die Wiedervereinigung der sozialistischen Bewegung. Die erste Frage betraf die Verantwortung für den Krieg. Aufgrund des Risses in der internationalen sozialistischen Bewegung herrschte bei großen sozialistischer Parteien der ehemaligen kriegführenden und der neutralen Länder das gemeinsame Interesse vor, sich in einer restaurierten Zweiten Internationale

31 Der Begriff „linker Kommunismus“ sollte eine aktive Formation in der Dritten Internationale bezeichnen, die zwischen Bolschewismus und Spartakismus auf der einen Seite und revolutionärem Tradeunionismus auf der anderen Seite stand. Es handelte sich jedoch nicht um eine Fraktion mit einer eigenen Organisation. Die hervorragendsten Denker des linken Kommunismus waren A. Pannekoek, H. Gorter und G. Lukács. Siehe Miloš Hajek: *Levi komunizem*, in: *Zgodovina marksizma*, Bd. III/1, S.345.

wiederzuvereinigen, und man erteilte der Internationale „allgemeine Absolution für ihre Kapitulation“ am Beginn des Ersten Weltkrieges.

Die zweite Frage war das Dilemma „Demokratie oder Diktatur“. Ernste Meinungsverschiedenheiten gab es hinsichtlich der Haltung zur bolschewistischen Revolution und zur Linksfraction der ehemaligen Zweiten Internationale. Die Rechte bestand darauf, daß „Demokratie“ eine fundamentale Bedingung für die Errichtung und Bewahrung einer sozialistischen Gesellschaft sei. Sie lehnte diktatorische Methoden, die nur zum Bürgerkrieg führen und schließlich eine Gegendiktatur hervorrufen würden, als unannehmbar ab. Die Zentristen vermieden jedoch jegliche Verurteilung bolschewistischer Politik, da dies die künftige Vereinigung der Proletarier aller Länder verhindern würde. Sie bemühten sich auf der Konferenz in Luzern im August 1919 weiterhin um die Normalisierung der Beziehungen mit den russischen Bolschewiki. Sie ignorierten die auf dem ersten KI-Kongreß zum Ausdruck gebrachte negative Haltung gegenüber der Sozialdemokratie und bewahrten die Idee, im Rahmen der Internationale eine Arbeiterfront zu schaffen, die auf dem Klassenkampf - ohne Kompromisse mit bürgerlichen Parteien - beruhen sollte. Die rechte Mehrheit lehnte die Initiativen und Positionen der zentristischen Minderheit ab und führte die Prinzipien der parlamentarischen Demokratie an, die gegen jede Form der Diktatur war, einschließlich der von den Bolschewiki propagierten. Der Versuch, die Zweite Internationale zu restaurieren, scheiterte schließlich an den entgegengesetzten Positionen gegenüber dem bolschewistischen Rußland; und die zentristischen sozialdemokratischen Parteien drifteten ideologisch sogar mehr und mehr von der Berner Internationale fort.³²

Auf der Tagesordnung der Berner Internationale, die sich in Abwesenheit der Zentristen vom 31. Juli bis zum 5. August 1920 in Genf traf, stand neben anderen Punkten das Problem der Verschiedenheit der politischen Programme von Bolschewiki und Sozialdemokraten. Unterschiedliche Auffassungen zu diesem Problem hatten die Zweite und die Dritte Internationale nicht nur ideologisch und politisch gespalten, sie waren auch zur Quelle dauernder Meinungsverschiedenheiten geworden. Die Diskussion auf dem Kongreß wurde auf der Grundlage der „Resolution über das politische System des Sozialismus“³³ geführt, die von einer Kommission unter dem Vorsitz von S. Webb vorbereitet worden war. Die Resolution begann mit der Feststellung, daß, wie während des Krieges und der Friedensverhandlungen bewiesen worden sei, die Abschaffung des kapitalistischen Systems und der Kampf der Arbeiterklasse für die Übernahme der politischen Macht eine historische Notwendigkeit geworden wären. Die Resolution lehnte jedoch kategorisch die Anwendung von Gewalt in diesem Kampf ab und war somit anderer Auffassung als die bolschewistische

32 Siehe Lešnik, Razcep v mednarodnem socializmu, S.217-226.

33 Siehe Kongreß-Protokolle der Zweiten Internationale. Ergänzungsheft: Bericht vom zehnten Internationalen Sozialistenkongreß in Genf. 31. Juli bis 5. August 1920, hrsg. vom Sekretariat der Sozialisten- und Arbeiterinternationale, Berlin/Bonn (1970), S.36-38.

Ideologie: „Die Hauptaufgabe der Arbeiterregierung wird es sein, sowohl die Demokratie wie den Sozialismus [...] anzuerkennen. [...] Er kann seine Aufgabe nicht in der Unterdrückung der Demokratie suchen; seine historische Aufgabe ist vielmehr, diese Demokratie zur völligen Entwicklung zu bringen. [...] Das Parlament vertritt alle Macht des Volkes.“³⁴ In der Diskussion begrüßten É. Vandervelde und P. Scheidemann die klare Unterscheidung zwischen dem Moskauer kommunistischen System und dem demokratischen System der Zweiten Internationale. J. H. Thomas berichtete, daß die englischen Arbeiter gegen Lenins Diktatur seien und mit Streik drohten, falls sie in ihrem Land eingeführt würde. T. Shaw aus der englischen Delegation, Mitglied der Labour Party und einer Studienkommission, die im April 1920 die Situation in Sowjetrußland untersucht hatte, verurteilte den Kommunismus als tyrannisches System, das von einer Handvoll Individuen exekutiert werde. Nur der Delegierte der Unabhängigen Labour Party (ILP), N. MacLean, stimmte gegen die Kongressresolution und die Verurteilung des Bolschewismus. Er erklärte, daß eine friedliche Revolution nur in Ländern mit einer starken Arbeiterorganisation durchführbar sei, wohingegen es in Rußland vor der Revolution keine Massenorganisation der Arbeiter gegeben habe. Seiner Meinung nach machte die Zweite Internationale einen Fehler, wenn sie den Bolschewismus verurteilte, statt ihm Hilfe anzubieten, was zu einer Rückkehr der Dritten Internationale in die alte Zweite führen würde.

Vom allgemeinen revolutionären Tumult in Europa ermutigt, schlugen die zentristischen sozialdemokratischen Parteien, die mit der Politik der Berner Internationale gegenüber dem bolschewistischen Rußland nicht übereinstimmten, individuelle Gespräche mit der Moskauer Internationale vor. Die aktuelle politische Situation jedoch - die KI befand sich in ihrem revolutionären Zenit - war für solche Initiativen nicht günstig. In Moskau herrschte die Meinung vor, daß die objektiven historischen Bedingungen für eine Revolution in Europa gegeben waren und der Ausdehnung der kommunistischen Bewegung nur zwei Hindernisse im Wege standen. Das erste war das „linke Sektierertum“, das nicht in Betracht zog, daß die Position der KI revolutionär genug war. Das zweite waren die „zentristischen Fraktionen“, die eine Doppelrolle spielten und nicht bereit waren, mit der Berner Internationale zu brechen, während sie sich andererseits um Mitgliedschaft in der KI bemühten. Das erklärt die Motive für die Aufstellung der einundzwanzig Bedingungen für die KI-Mitgliedschaft. Dieses Dokument stellte den einzelnen sozialistischen und Arbeiterparteien, insbesondere denen mit zentristischer Orientierung, die Forderung, unzweideutig ihre Haltung gegenüber der Oktoberrevolution und der KI zu erklären. Diese Differenzierung, provoziert im Interesse der Einigung der internationalen Arbeiterbewegung unter Moskauer Führung, erreichte ihr Ziel nur zum Teil. Daher verloren die Bedingungen, die die aktuelle politische Situation scharf reflektiert hatten, nach 1921 allmählich ihre ursprüngliche Bedeutung in der KI-Politik.

Die Zentristen beriefen als Antwort und Zeichen der Nichtübereinstimmung mit der

34 Ebenda, S.37.

Politik der Zweiten und der Dritten Internationale im Februar 1921 eine Konferenz nach Wien ein. Sie bezichtigten die Zweite Internationale der Unterordnung unter die Interessen der Bourgeoisie, was in der Zeit proletarischer revolutionärer Manifestationen und des Erwachens der Kolonialvölker unerträglich sei. Der Dritten Internationale erwiderten sie, daß sie die einundzwanzig Bedingungen nicht akzeptieren könnten und daher ihre eigene Internationale gründen würden. In den Jahren 1920 und 1921 versuchten sowohl die Moskauer wie die Berner Internationale, die Zentristen zur Entscheidung und Ergebnisheit für die eine oder die andere Seite zu zwingen, was ihnen jedoch nicht gelang. Die Wiener Internationale war, nach den Worten F. Adlers, mit dem Ziel gegründet worden, das gesamte Weltproletariat in einer internationalen Organisation zu vereinen, da ja der Kongreß der Zweiten Internationale in Genf und der KI-Kongreß in Moskau nur ein Drittel des Weltproletariats repräsentierten. Als die Frage auftrat, wie man dies Ziel erreichen könne, stellte er fest, daß weder die Zweite noch die Dritte Internationale mit ihrer sich widersprechenden Politik eine Lösung dieser komplexen Frage böten. Befand sich die Zweite Internationale in der Defensive, war die Dritte in der Offensive. F. Adler sah die Lösung in einer gemeinsamen Konferenz mit der Moskauer Internationale³⁵, auf der eine Frage, die für die weitere Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung entscheidend war, hätte beantwortet werden sollen, nämlich die nach der historischen Perspektive und wie diese wahrgenommen wird. Es ging darum, ob eine weltweite sozialistische Revolution in einer vorhersehbaren Zukunft überhaupt erwartet werden konnte, insbesondere da der Kapitalismus nach einer revolutionären Welle an der Macht geblieben war. Adler zitierte hier Lenin aus dem Jahr 1914, daß der Weltkrieg eine Ära der Weltrevolution eröffnen werde, da die objektiven Bedingungen gegeben seien und es nur von der Initiative revolutionärer Arbeiterparteien abhängen, ob sie in der Lage sind, die Revolution durchzuführen.³⁶ Aber, schlußfolgerte Adler, die revolutionären Symptome, die zur Zeit von Zimmerwald bestanden hatten, gab es auf der Wiener Konferenz nicht mehr. So lehnten die Parteien, die zum internationalen Zentrum³⁷ gehörten, sowohl die Ideologie der reformistischen Zweiten Internationale als auch die der revolutionären Dritten ab. Statt dessen entschieden sie sich für einen Mittelweg zwischen dem sozialdemokratischen Reformismus und der bolschewistischen Revolution.³⁸ Ihre ideologische Orientierung wurde durch die Repräsentanten des

35 Das Treffen fand im April 1922 in Berlin statt. Siehe Protokoll der Internationalen Konferenz der drei Internationalen Exekutivkomitees in Berlin vom 2. bis 5. April 1922, Wien 1922.

36 Siehe Protokoll der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien vom 22. bis 27. Februar 1921, S.24-32.

37 O. Bauer meinte, daß einigen Genossen das Wort „Zentrum“ peinlich sei und gestand seine „Schuld“, der erste gewesen zu sein, der diesen Begriff benutzte. Schon vor dem Ersten Weltkrieg wäre er überzeugt gewesen, daß allein der Weg des Zentrums in unserer Partei zur Einheit führe. Siehe Protokoll des Parteitage der SDAP, (Wien 1920), S.240.

38 F. Adler erklärte den Wandel von zwei entgegengesetzten Fronten, Reformismus und Kommunismus, dadurch, daß die Zweite Internationale zunehmend die Form einer Internationale sozialer Reformen annehme, während in allen Resolutionen und Thesen der Dritten Internationale deutlich werde, daß sie

Austromarxismus definiert, die in der Situation des Friedens eine Möglichkeit sahen, eine sozialistische Gesellschaft im Kontext eines reformierten Kapitalismus zu erreichen. Anders als die Rechten akzeptierten die Austromarxisten die Anwendung revolutionärer Methoden zur Errichtung der proletarischen Diktatur, wenngleich sie in der Praxis die Übernahme der Macht durch eine parlamentarische Mehrheit vorzogen. Sie erklärten, demokratische Mittel im Kampf um die Macht anzuwenden, im Falle des Widerstandes der Bourgeoisie jedoch zur Diktatur des Proletariats bereit zu sein.³⁹

Während die Berner und die Wiener Internationale im Parlament um die Macht kämpften und in der Umgebung eines sich erholenden Kapitalismus ihre Reihen mit Arbeitern aus den entwickelten Ländern Europas und Amerikas auffüllten, setzte die Moskauer Internationale ihre Versuche fort, den Kapitalismus durch die Revolution zu stürzen. Bis zu ihrem dritten Kongreß glaubte die Führung der KI, mit ihren einundzwanzig Bedingungen eine Spaltung durchsetzen zu können. Nach Moskauer Auffassung war eine solche Spaltung notwendig, wenn eine sozialistische Revolution Erfolg haben sollte. Aber die Wünsche stießen in den meisten europäischen Ländern mit der Realität zusammen, auch in jenen mit der tiefsten revolutionären Krise. Der Bruch mit dem Reformismus entfremdete die proletarischen Massen von den Kommunisten, und zwar in den meisten Fällen und insbesondere in den Gewerkschaften. Mit wenigen Ausnahmen gingen die Mitgliederzahlen der nationalen kommunistischen Parteien zurück, und sie wurden Minderheiten („sektiererische“ Gruppen), ohne wesentlichen Einfluß auf die proletarische Politik und die Gewerkschaften. Trotz der Warnungen von Lenin und Trotzki, daß ein langer revolutionärer Prozeß bevorstünde, gelang es der KI nicht, angemessen auf die veränderten Bedingungen zu reagieren. Auf ihrem III. Kongreß 1921 verweigerte sie jegliche Kooperation mit sozialdemokratischen Parteien und deren Gewerkschaften, womit sie den Weg zur Politik der „Einheitsfront“ versperrte.

Die von der Wiener Internationale vorgeschlagene Strategie der Arbeitereinheitsfront sollte eine Politik der proletarischen Verteidigung gegen die sich immer mehr verstärkenden Offensiven der Kapitalisten und der bürgerlichen Staaten sein. Die KI mußte der Realität einer revolutionären Ebbe ins Auge sehen; sie akzeptierte die Idee einer Einheitsfront und stimmte der Teilnahme an einer gemeinsamen Konferenz der drei Internationalen in Berlin 1922 zu.⁴⁰ Die Konferenz war nutzlos, denn jede Seite versuchte, im Rahmen einer gemeinsamen Politik Gewinn für die eigenen Interessen herauszuschlagen. Die Einheitsfrontstrategie wurde als eine Gelegenheit angesehen, die eigene Ideologie zu propagieren und in der gesamten Arbeiterbewegung durchzusetzen. Die Wiederzusammenführung der gespaltenen Bewegung scheiterte, was die

eine Internationale der sozialen Revolution zu werden beabsichtige. Siehe Protokoll des Parteitages der SDAP 1921, (Wien 1921), S.198.

39 Siehe Otto Bauer: Bolschewismus oder Sozialdemokratie?, § 14 Diktatur und Demokratie, (Wien 1920), S.109-116.

40 Siehe Werner Kowalski: Die Berliner Dreiekskonferenz 1922, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Halle, 1978, H. 2, S.19-29.

ideologische Annäherung der Wiener an die Zweite Internationale förderte.⁴¹

Im Jahr 1923 wurden die letzten entscheidenden Schritte gemacht. Die Niederlage des „Deutschen Oktober“ machten die Hoffnungen der KI und Moskaus auf eine nahe bevorstehende Revolution in Europa zunichte. Der Versuch, eine Einheitsfront zu schaffen, mißlang. (Diese Idee wurde in Deutschland, nachdem Hitler legal an die Macht gekommen war, wiederbelebt.) Nach der Vereinigung der Berner und der Wiener Internationale schlossen die Sozialdemokraten ihre Reihen in der Sozialistischen Arbeiterinternationale zusammen. Damit wurde der Prozeß beendet, der die Sozialisten in zwei Hauptlagern - dem kommunistischen und dem sozialdemokratischen - gruppierte. Die Polarisation war zwischen den beiden Weltkriegen allumfassend, außer diesen zwei Lagern gab es keine wesentlichen Arbeiterorganisationen oder -bewegungen.

Damit wurde die nächste Stufe der Entwicklung der internationalen sozialistischen und kommunistischen Bewegung eingeleitet. Die Periode zwischen 1924 und 1939 war ganz anders und stand zeitweilig sogar im Widerspruch zu der vorangegangenen von 1919 bis 1923, die im vorliegenden Artikel behandelt wurde. Dieser Widerspruch ist in der Entwicklung der KI im spezifischen Rahmen der Sowjetunion zu sehen, in allen Dimensionen der stalinistischen Theorie und Praxis und deren direktem Einfluß auf die Strategie der KI.⁴² Das ist der Grund dafür, daß die Schlußfolgerungen für die Periode 1914 bis 1923 nicht generalisiert und auf die gesamte Periode der Tätigkeit der KI zwischen den beiden Kriegen ausgedehnt werden können.

Abschluß

Die vorliegende Analyse bestätigt, daß der organisatorische Riß im internationalen Sozialismus, der sich in den Jahren zwischen 1919 und 1923 ereignete, durch drei widersprüchliche und unversöhnliche Ideologien und Fraktionen innerhalb der Arbeiterbewegung verursacht wurde, deren jede um die Gunst der Arbeiterklasse und die Macht über sie kämpfte. Zusammenfassend: 1. Die Rechte bestand auf der Reform des Kapitalismus mit den Mitteln des parlamentarischen Kampfes. 2. Die Linke glaubte, daß die bestehende Gesellschaftsordnung nur durch die Revolution verändert werden könne und die bürgerliche Demokratie durch die Diktatur des Proletariats ersetzt werden müsse. 3. Das Zentrum unterschied zwischen sozialer Demokratie, die nur in einer klassenlosen Gesellschaft möglich sein werde, und politischer Demokratie, die immer eine Form der Klassenherrschaft einschloß - die Diktatur, sei es die bürgerliche oder die proletarische.

Aus historischer Sicht ist festzustellen, daß das Dilemma von Reform oder Revolution bestehen bleibt. Es gibt jedoch keinen Zweifel, daß die Geschichte Rosa Luxemburgs

41 Siehe Avgust Lešnik: Die Wiener Internationale (1921-1923) als Anregerin einer Politik der Einheitsfront der organisierten Arbeiterbewegung, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 2002, S.88-105.

42 Siehe Theodor Bergmann: Von der Bolschewisierung der Komintern zur Zerstörung der kommunistischen Weltbewegung, in: Lešnik (Hrsg.), The Crisis of Social Ideas, S.185-198.

Feststellung bestätigt hat: „Wer sich daher für den gesetzlichen Reformweg anstatt und im Gegensatz zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wählt [...] ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß quantitative Veränderungen in der alten.“⁴³ Das ist der Schlüssel zu dem großen historischen Dilemma von „reformiertem Kapitalismus oder sozialistischer Ordnung“. Ohnehin kann man nicht von Sozialismus sprechen, wenn er nicht in der Lage ist, mit der Demokratie zu koexistieren, vorausgesetzt, Demokratie ist eine Art politischer Ordnung und nicht ein Gesellschaftstyp.

Aus dem Englischen übersetzt von Dr. Evelin Buddrus.

43 Luxemburg, Sozialreform, S.50.

Lilo Tulatz

SPÄT im Jahr. Ein Lebensbuch.

*Begleitet von meinem Sohn konnte ich sie
doch noch antreten, meine Reise in die Vergangenheit.
Wir fuhren nach Dresden:
in die Stadt, in der ich die Kinder- und Jugendjahre
bei meinen Eltern, zwölf Jahre Faschismus und
- nach der grauenvollen Zerstörung Dresdens -
trotz allem mit neuer Hoffnung und sehr aktiv
den Neuanfang erlebte...
Eine gedankliche Zeitreise
durch mein Zwanzigstes Jahrhundert.*

Eine Frau im 20. Jahrhundert.
Zwischen Jugendweihe und Engagement in der
Arbeitersportbewegung,
späterer Verhaftung und Zweitem Weltkrieg.
Eine große Liebe und der Kampf gegen den § 218.
Ein Leben in der DDR und nach der „Wende“ ...



ISBN: 3-929390-71-X

120 Seiten mit historischen Fotografien.

Bestellbar über den Verlag: info@bodonimuseum.com

Oder: edition bodoni · linienstraße 71 · 10119 Berlin · Tel.: 030-2 82 51 37

Die Skandinavische Kommission der Komintern 1919-1921

Aleksander Kan

Die ausländischen Büros des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) waren meistens geheim und kurzlebig, sie wurden öffentlich nur sehr selten, indirekt und reserviert erwähnt. Einige bereits beschlossene Büros nahmen nie die Arbeit auf, nur wenige bewährten sich. Dank der Öffnung Moskauer Archive können Historiker jetzt auch die Wirksamkeit der Skandinavischen Kommission (Büro bzw. Komitee) (1919-1921) beleuchten.

Die Forschungslage

Mit Ausnahme des 1920 aufgelösten Amsterdamer Büros wurden die regionalen Büros der Komintern *insgesamt* erst später in westlichen Komintern-Darstellungen der Vergessenheit entrissen, zuerst von den Jugoslawen Lazitch und Drachkovitch 1972.¹ Das langlebigste Sekretariat, das westeuropäische Sekretariat oder Berliner Büro der Komintern, wurde jedoch ein halbes Jahrhundert früher bereits vom russischen Exil-Menschewiken und deutschen Sozialdemokraten Boris Nikolajevskij, später in der Historiographie der DDR und Bulgariens erwähnt und schließlich vom Russen Alexander Watlin anhand des Moskauer Parteiarchivs forschungsmäßig dargestellt.² Das kurzlebige, weil linksradikale Amsterdamer Büro ist in historischen Werken und Memoiren der Teilnehmer wohl erwähnt, doch ist sein Nachlaß erst neulich, vor allem anhand der zwei gedruckten Bulletins des Amsterdamer Büros sowie des genannten Moskauer Archivs, vom namhaften japanischen Historiker Akito Yamanouchi der Forschung zugänglich gemacht worden.³ Das Stockholmer Büro kam relativ spät ins Blickfeld der Historiker, wurde zuerst nur beiläufig erwähnt,⁴ dann von Lars Björnin etwas ausführlicher charakterisiert⁵ und schließlich mit dem Schwerpunkt Finanzierung der Büros dokumentiert.⁶ Der

1 Siehe B. Lazitch/M.M. Drachkovitch: Lenin und die Komintern, Stanford Calif., 1972, S.164-201; siehe auch das russische Nachschlagewerk: G.M. Adibekov u.a.: Organizacionnaja struktura Komintern, Moskva 1997, S.10-13.

2 Siehe Alexander Watlin: Die Komintern 1919-1929. Historische Studien, Mainz 1993, S.21-44. Leider berücksichtigte der Autor das Werk von Lazitch/Drachkovitch nicht.

3 Siehe Akito Yamanouchi: Basic Research on the Amsterdam Sub-Bureau of the Comintern, Miyazaki City 2001. Wenig neues zu unseren Gegenstand enthält Gerrit Voerman (Groningen): The Relations between the Dutch and Russian Communists 1909-1991, in: Baltic Studies (Groningen) 1997, H.4, S.58-64; ders.: The Netherlands: the Moscow Meridian: the CPN and the Communist International (1919-1930), in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2002, Berlin 2002, S.407-410.

4 Siehe Aleksander Kan: Der bolschewistische „Revolutionsexport“ im Jahre 1920 und die schwedischen Linkssozialisten, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1994, Berlin 1994, S.98-100.

5 Siehe Lars Björnin: Röd skandinavism i Komintern. SKP's kris och splittring 1924, in: Arbetarhistoria (Stockholm) 1994, H.1, S.18-30.

6 Siehe Guldet fra Moskva. Finansieringen af de nordiske kommunistpartier 1917-1990. Hrsg. Morten Thing, Kopenhagen 2001, S.51-58.

Beitrag des Büros zum Werden der britischen Kommunistischen Partei 1919-1920 wurde kürzlich (wohl ohne Beachtung der schwedischen Forschung) anhand des sowjetrussischen Kominternarchivs und der britischen und finnischen Polizeiarchive von Kevin Morgan und Tauno Saarela aufschlußreich dargestellt.⁷ Ansonsten scheint die Skandinavische Kommission sogar manchen nordischen Komintern-Forschern so gut wie unbekannt zu bleiben.⁸

Die Quellen

In der zeitgenössischen kommunistischen Presse wurde die Stockholmer Kommission, soweit ich weiß, nie erwähnt. Auch ihre ehemaligen Mitglieder schwiegen darüber, auch wenn sie keine Kommunisten mehr waren. Die Schweden haben ihre illegale langjährige Arbeit, die eigentlichen technischen Hilfeleistungen an die Komintern, entweder vergessen oder zogen es vor, diese zu verschweigen. Das norwegische Mitglied Grepp starb bereits 1922, während die Finnen im Gulag umkamen. Die Unterlagen für diesen Aufsatz sind also fast ausschließlich archivalische Quellen, mußten vor allem in verschiedenen Sammlungen des RGASPI (russische Abkürzung für das ehemalige Zentrale Parteiarchiv) gesucht werden.⁹ Zusätzliches konnte aus dem leider spärlichen Briefwechsel zwischen den entsprechenden Parteiführern, vor allem in den Archiven der Arbeiterbewegung in Oslo und in Stockholm sowie in der sogenannten Strömschen Sammlung der Universitätsbibliothek Göteborg (Handschriftenabteilung) geschöpft werden.

Zustandekommen der Kommission

Das Nordische (damals weniger korrekt „Skandinavische“ genannt) Büro der Internationale sowie die übrigen regionalen Büros wurden bereits in der Bürositzung der (bis zum II. Kongreß der Internationale) noch fehlenden Exekutive am 14. April 1919 beschlossen. Gleichzeitig wurde seine Zusammensetzung bestimmt: Höglund, Ström und Kilbom, das heißt das Führertrio der Sozialdemokratischen Linkspartei Schwedens (SSV).¹⁰ Zeta Höglund und Fredrik Ström leiteten redaktionell, einander abwechselnd, die Tageszeitung „Folkets Dagblad Politiken“, das Hauptorgan der schwedischen Partei und außenpolitisches Sprachrohr der Sowjetregierung. Der Sekretär der Partei Ström wurde im Januar 1919 von der Sowjetregierung zu ihrem offiziellen politischen Vertreter für ganz Skandinavien ernannt.¹¹ Karl Kilbom - Wirtschaftschef der genannten Zeitung - hatte im März 1919 die amerikanische

7 Siehe Kevin Morgan/Tauno Saarela: Northern Underground revisited: Finnish Reds and the Origins of British Communism, in: European History Quarterly 1999, vol.29 (2), S.179-215.

8 Siehe Trine S. Hansen: Komintern og dannelsen av de skandinaviske kommunistpartier, in: Arbejderhistorie Tidsskrift for historie, kultur og politik, 2003, H. 3, S.20-44.

9 Siehe Sverige i ryska arkiv. Guide till ryska källor om svensk historia under 1900-talet, del I-II, Stockholm 1999 (Skrifter utgivna av Riksarkivet 5).

10 Siehe Komintern i ideja mirovoj revolucii. Dokumenty, Moskva 1998, S.122-123.

11 Siehe Aleksander Kan: De svenska vänstersocialisterna och Sovjetrysslands existenskamp, in: Historisk Tidsskrift (Stockholm) 1990, H. 3, S.321-341; ders.: Les relations entre les communistes scandinaves et le service diplomatique soviétique, in: Centenaire Jule Humbert-Droz.Colloque sur l'Internationale communiste, La Chaux-de-Fonds 1992, S.195-204.

sogenannte Bullitt-Mission nach Moskau begleitet, also der gehetzten Sowjetregierung einen reellen Dienst geleistet. Faktisch nahm an der Arbeit des Büros/Komitees auch Otto Grimlund teil, Mitglied des Exekutivausschusses der SSV, Redaktionssekretär ihres Zentralorgans und Leiter der Stockholmer Rosta-Abteilung, der sowjetrussischen Telegrafagentur. Grimlund war außerdem Lenins Günstling. Der schwedischen Genossen war man in Moskau um so mehr sicher, da es im relativ benachbarten Stockholm seit 1917 eine schwedische Zimmerwald-, eine Internationale Sozialistische Kommission (ISK) mit der Italarussin Angelica Balabanowa an der Spitze gab. Diese Kommission oder Delegation betrieb seit der Oktoberrevolution eine begeisterte probolschewistische Propaganda im Westen.¹² Die Kommission arbeitete auch nach Balabanowas Abreise nach Sowjetrußland weiter, nunmehr mit Höglund an der Spitze, während ihre ehemalige Sekretärin seit dem ersten Kongreß der neuen Internationale dem ursprünglichen Komintern-Apparat als Sekretärin der noch fehlenden Exekutive angehörte. Laut dem späteren Bericht des Büros setzten die Stockholmer Mitglieder der Zimmerwalder Kommission ihre Arbeit fort und behielten ihre internationalen Verbindungen, bis im Juni 1919 „ein Genosse“ bei der Heimkehr von Rußland die mündliche Mitteilung von der Exekutive der III. Internationale mitbrachte. Dieser Genosse konnte kaum jemand außer Sven Linderot (Larsson) sein: Dieser, später der langjährige Vorsitzende der schwedischen Kommunistischen Partei, kam gerade im Juni aus Petrograd mit dem schwedischen Dampfer Eskilstuna-III in Stockholm an.¹³

Ursprüngliche Aufgaben des Büros

Die ursprünglichen Aufgaben der westlichen Büros sind im eigenhändig geschriebenen, undatierten russischen Konzept Sinowjews im Herbst 1919 genannt. Dem Inhalt nach entstand das Konzept im Frühherbst 1919, im direkten Anschluß an den EKKI-Bürobeschuß vom 8. September, seine Vertretungen in Deutschland und Holland zu eröffnen,¹⁴ und noch bevor die beiden dazu bestimmten Emissäre, der Russe Jakov Reich („Genosse Thomas“) und der Holländer Sebald Rutgers, im Oktober 1919 nach Deutschland bzw. den Niederlanden zogen¹⁵. Die deutsche Übersetzung findet der Leser am Schluß dieses Beitrages.

Diese Pläne wurden aber vom Leben geändert. Die drei westlichen Büros entstanden unter ungleichen Verhältnissen und gingen verschiedene Wege. Das Amsterdamer Büro setzte sich aus den Führern der kleinen, jedoch legalen KP der Niederlande (CPN) zusammen. Es beanspruchte zunächst, die Internationale in ganz Westeuropa zu vertreten, verfiel jedoch dem ultralinken Schwenk und wurde, wie gesagt, im

12 Die Internationale Sozialistische Kommission ist in der Geschichtsschreibung nur bis einschließlich September 1917 verfolgt worden. Der Verfasser möchte künftig ihre spätere Wirksamkeit den deutschen Lesern näher bekanntmachen.

13 Siehe RGASPI, Fonds 510, Verzeichnis 1, Akte 1, Bl. 20; über die Sommerfahrt des Eskilstuna-III siehe z.B. Zeta Höglund: *Minnen i fackelnsken III: Revolutionernas år 1917-1921*, Stockholm 1956, S.198.

14 Siehe Watlin, *Die Komintern*, S.23.

15 Siehe Lazitch/Drachkovitch, *Lenin*, S.165; Watlin, *Die Komintern*, S.24.

Frühling 1920 aufgelöst.¹⁶ Das langlebigste, Berliner, Büro geriet in Konflikt mit der halblegalen KPD, überstand ihn und wirkte bis 1925. Das Stockholmer Büro befaßte sich zunächst vor allem mit finanziellen Angelegenheiten, wobei man eine Vermittler- und Befördererrolle spielte.¹⁷ Aus Bersins (Sekretär des Moskauer Büros nach Balabanowa) bekanntem Brief an Sinowjew vom 28. August 1919 folgt, daß die schwedischen Kräfte und Kapazitäten nicht ausreichten, um als eine allgemeine Vermittlerzentrale der Moskauer Kominternführung zu wirken. Die Schweden wirkten naiv, ohne Energie und Initiative, in geheimen Geldsachen unerfahren. Bersin schien nicht gewußt zu haben, daß die Stockholmer ISK-Mitglieder bereits vor der Gründung der Internationale einen Geldfonds verwaltet hatten, übernommen von Höglund aus Balabanowas Händen.¹⁸

Konkrete Geldlieferungen für Stockholm 1919, die in den zugänglichen Akten dokumentiert sind, hatten offenbar einen zufälligen Charakter, übergeben durch die Schweizerin Friedel Ballinger im Mai (in schwedischer Währung umgerechnet 21.000 Kronen)¹⁹ und durch Linderot im September (umgerechnet 70.000 Kronen). Das Berliner Sekretariat, das im ursprünglichen Beschluß des Exekutiv-Büros vom 14. April noch fehlte, doch im Oktober 1919 bereits einen Aufruf verfaßte,²⁰ sollte unter anderem Stockholm entlasten. Jakov Reich z.B. erhielt mit auf den Weg nach Berlin etwa eine Million Rubel in russischen und schwedischen Banknoten. Auch Rutgers erschien in Berlin mit Wertgegenständen, die ihm erlaubten, 400.000 Reichsmark den Spartakisten zu überlassen.²¹ Jedoch verfügte das Stockholmer Büro nach wie vor über eine ansehnliche Summe, die im Briefwechsel Ströms mit Litwinow „Eskilstuna-fonds“ (nach dem oben erwähnten Schiff) oder auch Sinowjewfonds²² genannt wurde. Aus diesem Fonds versorgte Ström das Amsterdamer Büro, als dieses vom angefeindeten Berliner Westeuropäischen Sekretariat (WES) keine Hilfe mehr erhielt, die britischen Linkssozialisten (Mozart - wahrscheinlich Theodor Rotstein), die schwache und mittellose dänische Partei sowie manche hohe sowjetische Besucher. Sogar das Berliner WES erhielt von Ström im Juni 1920 eine kurzfristige Anleihe von 120.000 schwedischen Kronen, welche erst im Januar 1921 zurückgezahlt wurde²³.

16 Siehe dazu die Erinnerungen S. Rutgers: *Vstretči s Leniny*, in: *Istorik-marksist* (Moskau) 1935, H. 1, S.85-98.

17 Siehe den oft zitierten Brief des Komintern-Mitarbeiters Jakob Bersin an Sinowjew vom 28.8.1919, in: *Komintern i ideja mirovoj revolucii*, S.125-127.

18 Siehe dazu mehrmals in Balabanovas gedruckten Erinnerungen, z.B. Angelica Balabanoff: *My Life as a Rebel*, London 1938, S.194-195.

19 Siehe Kopie der Quittung 17.5.1919 von Grimlund, Ström und Höglund, in: *ARAB Stockholm, Grimlunds samling*, vol.2. Linderot reiste wieder mit Eskilstuna-III, doch unter noch dramatischeren Umständen. Darüber siehe Litwinow an Tschitscherin aus Kopenhagen am 14.12.1919, in: *Komintern i ideja mirovoj revolucii*, S.155-156, auch 150-152.

20 Siehe in: *Kommunistische Internationale*, 1919, H. 7-8, S.164-169.

21 Siehe Watlin, *Die Komintern*, S.24-25.

22 Siehe *Folkets Dagblad Politiken* 25.9.1919; Litvinov an Tschitscherin am 14.12.1919, in: *Komintern i ideja mirovoj revolucii*, S.155. Die russischen Herausgeber des letzteren Werkes verwechseln beide Fahrten (S.156).

23 Siehe die Vollmacht des Stockholmer Büros für den schwedischen Kommunisten Oscar Samuelsson, das Geld vom WES einzukassieren, in: *RGASPI Fonds 510, Verzeichnis 1, Akte 2, Bl. 10*.

Schwedens günstige Lage - geographisch, innenpolitisch und international - sowie Ströms Organisationsvermögen und persönliche Integrität (eine Art nationale Tugend!) machten ihn vorübergehend zum ausländischen Finanzverwalter der Internationale, jedenfalls in Nordwesteuropa und Nordamerika. Buchstäblich sämtliche sowjetfreundliche Rußlandbesucher, auch Nichtkommunisten (z.B. der englische Journalist Ransome), brachten aus Sowjetrußland Geld oder Kostbarkeiten nach Stockholm mit oder versuchten, es zu tun²⁴.

In dem Maße, wie Sowjetrußland seit Spätwinter 1920 weniger isoliert war, stiegen der Informations- und Wissenshunger ihrer Führer. Lenin gab dazu im Januar 1920 Anweisungen an Tschitscherin und Litwinow. Er unterstrich dabei wieder die Rolle Stockholms und Kopenhagens und nannte seine persönlichen Emissäre, darunter die schon genannten Reich, Rutgers, Rothstein, die Schweden Ström, Höglund, Kilbom.²⁵ Immer größere Mittel wurden für den Einkauf bzw. die Bestellung verschiedener Literatur und Periodika ausgegeben. Solange die Beziehungen mit Deutschland ungeordnet und Rußlands westliche Nachbarn dessen militärische Gegner blieben, fiel, wie gesagt, den skandinavischen Freunden eine große Rolle zu.

Der Beitritt der Finnen zum Stockholmer Komitee und seine Arbeit im Jahre 1919

Inzwischen wurde die Skandinavische Kommission durch die im Bürgerkrieg bewährten Finnen gestärkt, die sich bereits im August 1918 als eine der ersten kommunistischen Parteien konstituiert hatten. Die finnische Partei, trotz ihres Exilstatus materiell viel stärker als die schwedische Linkspartei, war in Stockholm seit dem Herbst 1918 durch ein besonderes „finnisches Komitee“ vertreten und verfügte über größere Summen.²⁶ Die Finnen arbeiteten mit den schwedischen Parteifreunden sehr eng zusammen, saßen in ihren Lokalen und wohnten teilweise bei ihnen. Deshalb war es nur eine Zeitfrage, bis sich die beiden Komitees im Oktober 1919 verschmolzen und der finnische Schwede Dr. Edvard Gylling dem Skandinavischen Büro beitrat.²⁷

Der Bericht des „Skandinavischen Komitees der III. Internationale“ vom Juli 1920, verfaßt von K. Karlinski (Pseudonym eines nicht identifizierten schwedischen Genossen) und G. Fried (Pseudonym des Finnen Mauno Heimo), zwei neuen Mitgliedern des Büros, zeigt seine Wirksamkeit seit dem Jahre 1919. Nach diesem Bericht versuchte das Büro „in den Ländern, wo es möglich war“, Demonstrationen und Meinungsäußerungen gegen die Rußlandblockade zu organisieren, ließ die Gewerkschaften von ihren Regierungen die Aufhebung der Blockade fordern, bewegte Parlamentsmitglieder, sowjetfeindliche Regierungen in den Parlamenten und Ausschüssen anzugreifen. Es wurden einige bekannte Beispiele geglückter Aktionen aus dem Jahre 1919 angeführt wie die Zurückhaltung der Granatenladung

24 Siehe Max Engman/Jerker A. Eriksson: *Mannen i kolboxen*. John Reed och Finland, Helsingfors 1979.

25 Siehe W. I. Lenin: *Polnoe sobranie sočinenij*, Bd. 51, S.110-111.

26 Siehe Tauno Saarela: *Tusindmarksedler, millioner af rubler, dollars...FKP's regnskab i 1920'erne*, in: *Guldet fra Moskva*, S.209. Über die Geldsorgen der schwedischen Partei siehe im selben Sammelband den oben genannten Aufsatz von Björnin.

27 Siehe RGASPI, Fonds 510, Verzeichnis 1, Akte 1, Bl. 20.

für die russischen Weißen im Hafen von Göteborg, die Auflösung des Weißgardistenwerberbüros für Estland in Stockholm, das Abstandnehmen des finnischen Staatsoberhauptes Mannerheims von seiner Reise nach Kristiania (Oslo) dank Straßendemonstrationen, der norwegische Solidaritätsstreik mit Sowjetrußland am 21. Juli. Im Dezember 1919 wurde der erste skandinavische Kongreß der organisierten revolutionären Arbeiter veranstaltet. Seine 200 Delegierten vertraten etwa 300.000 Arbeiter. Die schriftliche Propaganda wurde dank der Gründung des Büros „Vänsterpress“ in Stockholm im Juni 1919 verstärkt. Das Ziel war, die schwedischen Arbeiterzeitungen mit internationalen Nachrichten und kommunistischen Artikeln zu versehen. Seit Jahresende gab „Vänsterpress“ ihre eigenen Bulletins heraus und hatte viele ausländische Korrespondenten. Die Bulletins waren freier von der Dogmatik der russischen Bolschewiki als die schwedischsprachige Auflage der „Rosta“.

Die Übersetzung, Bearbeitung und Herausgabe der aus Rußland kommenden Bücher und Broschüren waren auch dem Bericht vom Juli 1920 nach Herzenssache des Büros. In einigen Fällen hatte man russisches Material als Artikel in Zeitschriften publiziert oder auch als besondere Schriften - z. B. die einzige Nummer der Zeitung „Det röda Ryßland 1917“ am 7. November 1919 zum zweiten Jahrestag der Oktoberrevolution. Große Mengen des aus Rußland kommenden und dort bereits in westliche Hauptsprachen übersetzten Materialien (Gesetzgebung, Verordnungen, diplomatische Noten) wurden vervielfältigt und verbreitet. Gut funktionierten illegale Postwege nach Amerika, England, Holland, Frankreich und Italien sowohl von Schweden als auch von Norwegen aus - für Briefe und Literatur an Zeitungen und Personen (nach England und über Dänemark nach Deutschland). Illegale Postwege erwiesen sich „schneller und sicherer“ als Kuriere. Leider fehlt der ökonomische Bericht samt Beilagen für das Jahr 1919.²⁸

Die Verfasser des obigen Berichts erkannten, daß „die tatsächlichen Resultate von dieser Arbeit nicht allzu groß“ waren. Anhand anderer Quellen kann der Inhalt ihres Berichts doch bestätigt werden. Es ist nur natürlich, daß dieselben Leistungen auch von anderen skandinavischen „hemmabolsjeviker“, vor allem Ström, sich selbst zugeschrieben wurden²⁹: Man arbeitete eng zusammen, die formelle Mitgliedschaft im Stockholmer Büro bedeutete wenig.³⁰

Nach wie vor gingen die revolutionären Aufgaben Hand in Hand mit außenpolitischen. Davon zeugt unter anderem Grimlunds undatierter deutscher Begleitbrief an Sinowjew: „Beiliegend folgt ein Chiffrebrief für Sie und Balabanoff. Da wir nicht die Chiffre von dem Büro der III. Internationale haben, ist [sic] sie so benutzt worden, wie sie früher im Gebrauch gegenüber dem Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten war. Sie müssen ihn deshalb zur Deutung dorthin senden und anmerken, daß der Text auf schwedisch geschrieben ist. Wir haben die Hoffnung, Ihnen in einigen Wochen durch einen Parteigenossen mündliche Grüße

28 Siehe Lars Björlin im bereits erwähnten Guldets fra Moskva, S.4, 52, 248.

29 Siehe Die Berichte der kommunistischen Parteien über ihre Tätigkeit für den 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1921, bes. S.259-306 (Schweden).

30 Siehe auch meinen oben genannten Beitrag im Jahrbuch für Kommunismusforschung 1994, S.98-100.

überbringen zu können. Bis dahin unsere brüderlichen und wärmsten Grüße. Für das Stockholmer Büro der III. Internationale Otto Grimlund Sekr.³¹

Die Initiative des Amsterdamer Büro und die Reaktion der Skandinavier

Inzwischen wurden die beiden größeren Büros in Berlin und Amsterdam gebildet. Der Briefwechsel Stockholm - Berlin fehlt, doch der zwischen Stockholm bzw. Kristiania und Amsterdam ist zum Teil zugänglich.³² Die aktive Rolle spielte dabei der bereits erwähnte Holländer Rutgers. Von Moskau wurde er damit beauftragt, eine westeuropäische Konferenz über die taktischen Fragen - gegen die linksradikale Tendenz, vor allem in der jungen KPD - zu organisieren. Die neue Konferenz sollte entweder in Deutschland oder in Holland stattfinden, doch entschied sich schließlich das Amsterdamer Büro für die eigene Stadt.³³ Am 26. Dezember schrieb der Holländer an Tranmæl in Kristiania³⁴, dann an Ström in Stockholm und am 16. Januar 1920 an Ernst Christiansen in Dänemark. Die Eingeladenen zur Amsterdamer „Hochzeitsfeier“ hatten, um ihre Auslandspässe zu erhalten, Gesuche zu stellen. Rutgers fragte die Skandinavier, ob sie mit comrade L[enin] frei kommunizieren konnten.³⁵ Ström verhalf ihm dazu, spätestens im April.³⁶ Über Stockholm und das nordnorwegische Grenzstädtchen Vardö liefen die Verbindungen der Holländer zu Sowjetrußland auch nach der Auflösung des Amsterdamer Büros.

Am 11. Januar besprachen die Norweger und die Schweden in Kristiania Rutgers' Einladung und beschlossen, an der Konferenz teilzunehmen. Darüber informierten sie Litwinow, der seit November 1919 in Kopenhagen ansässig war. Aus ihrem gemeinsamen Antwortschreiben an Rutgers vom 11. Februar 1920, das heißt nach der Amsterdamer Konferenz, geht aber hervor, daß die Briefe (offensichtlich durch Kuriere) aneinander vorbeigelaufen waren: Während Rutgers bereits von der Konferenz in Amsterdam schrieb, meinten die Skandinavier nach wie vor eine „Vorkonferenz“ in Deutschland. Für sie (wie für Litwinow, also für die sowjetrussische Komintern-Leitung) schien es besonders wichtig zu sein, die große deutsche USPD der Internationale anzuschließen und „den rechten Flügel der USPD abzusprengen“.³⁷ Dazu sollte die USPD auf der „Vorkonferenz“ vertreten sein. Statt dessen erschienen in Amsterdam Vertreter der linksradikalen KAPD, während die eher gemäßigten skandinavischen Kommunisten ausblieben.³⁸

31 RGASPI, Fonds 495, Verzeichnis 18, Akte 33, Bl. 11. Der Brief stammt eher aus der Zeit vor dem 2. Komintern-Kongreß, da Balabanova danach keine hohe Stellung in der Internationale innehatte.

32 Leider bin ich augenblicklich nicht imstande, kodierte Teile der Korrespondenz von Rutgers mit den Skandinaviern zu lesen. Sie dürften vorwiegend Geldsachen, Diamantenrealisierung und dergleichen betreffen.

33 Siehe Lazitch/Drachkovitch, Lenin, S.184-187; Yamanouchi, Basic Research, S.64-66.

34 RGASPI, Fonds 497, Verzeichnis 2, Akte 3, Bl. 4-6.

35 Siehe ebenda, an Christiansen.

36 Siehe Rutgers' englische Communication (vor Mai 1920) in: RGASPI, Fonds 497, Verzeichnis 1, Akte 1, Bl. 5.

37 Norwegische Arbeiterpartei und Linkssozialistische Schwedische Partei an Rutgers, 11. Februar 1920, in: RGASPI, Fonds 497, Verzeichnis 2, Akte 3, Bl. 7-9.

38 Siehe RGASPI, Fonds 510, Verzeichnis 1, Akte 1, Bl. 24.

Während Rutgers das Fortbleiben von Grepp und Ström in Amsterdam bedauerte und eine neue regionale Konferenz, diesmal in Berlin, zusammen mit dem Westeuropäischen Sekretariat in Aussicht stellte,³⁹ war Moskau immer weniger mit dem Amsterdamer Büro zufrieden. Für ihren Linksradikalismus wurde die holländische Partei in der bekannten Leninschen Broschüre (sie erschien Ende April zuerst auf russisch) getadelt.⁴⁰ Besonders während der Februarkonferenz (von deren Ergebnissen Lenin offensichtlich noch nichts wußte, die niederländische Polizei jedoch gut informiert war) sprachen die Holländer aus, was Moskauer Politiker der Öffentlichkeit kaum im voraus verraten hätten. Eine sowjetische Offensive westwärts im Frühling wurde von Rutgers vorausgesagt: „(D)ie Aufgabe des Büros in Holland ist, auf die Länder Westeuropas so einzuwirken, daß bei der Ankunft der Roten Armee kein Widerstand geleistet wird und in denselben Ländern Sowjetrepubliken ausgerufen werden infolge der Maßregeln, welche das Büro trifft.“⁴¹

Auch mit dem Berliner Sekretariat des EKKI, der KPD-Führung und deren einflußreichem Ratgeber Radek geriet das Amsterdamer Büro in Konflikt. Am 30. April 1920 kam aus Moskau ein offener Funkspruch: Das Amsterdamer Büro wurde von der Tagung des EKKI, „an der auch die Vertreter der schwedischen und norwegischen Linksparteien teilgenommen haben“, wegen seines „der Exekutive entgegengesetzten Standpunktes“ aufgelöst und seine Funktionen dem Westeuropäischen Sekretariat überwiesen.⁴² Die erwähnten Vertreter konnten lediglich der Norweger Jakob Friis und der Schwede Otto Grilund, die damals in Moskau weilten, sein. Diese haben sich also von den niederländischen Linkssektierern eigenmächtig distanziert. In Wirklichkeit kam übrigens das EKKI erst am 7. August zusammen.⁴³

„Vardö Etat“ am Barentssee

Bevor der Frieden mit Estland (am 2. Februar 1920) geschlossen und Murmansk vollständig sowjetisch wurde (7. März 1920), gab es keine regelmäßige Personen-, Post- und Telegrammverbindung zwischen Moskau und seinen westeuropäischen Anhängern. Der legale Empfang der russischen Funkmeldungen - „Radios“ im damaligen sowjetischen Sprachgebrauch - war sehr kostspielig und war im Norden auf Kristiania beschränkt. Außerdem verfügten die sowjetischen Vertreter in Skandinavien über geheime illegale Funkempfänger (getarnt als „Clara“ im Briefwechsel zwischen Litwinow und Ström⁴⁴). Doch hatten Ström, Rosta-Mitarbeiter und eventuelle sowjetische Handelsagenten kein Recht, chiffrierte Depeschen zu empfangen oder zu senden.

Um so dringender war die Aufgabe, nach der Milderung der Entente-Blockade seit Januar 1920 und der nachfolgenden Sowjetisierung Nordrußlands Verbindungen

39 Siehe Rutgers an Ström 4.3.1920 - RGASPI Fonds 497, Verzeichnis 2, Akte 4, Bl. 50.

40 Siehe dazu das Buch des ehemaligen „Linken“ Dr. W. Van Ravesteijn: *De wording van het communisme in Nederland 1907-1925*, Amsterdam 1948, S.208-209.

41 Yamanouchi, *Basic Research*, S.32.

42 Auf deutsch in: RGASPI, Fonds 495, Verzeichnis 18, Akte 27, Bl. 3, auf russisch Akte 33, Bl. 25.

43 Adibekov, *Organizacionnaja struktura*, S.21.

44 Siehe Kan: *Der bolschewistische „Revolutionsexport“*, S.94 u. 101.

zum neutralen Skandinavien herzustellen. Zu diesem Zeitpunkt erwies sich der längste Umweg über Barentssee als der günstigste: Das relativ weniger feindliche Norwegen grenzte (vor dem Tartufrieden zwischen Sowjetrußland und Finnland im Oktober 1920) direkt an Rußland, diese Grenze blieb praktisch unbewacht, und die nordnorwegische Fischerbevölkerung war am sogenannten „Pomorhandel“ mit den Russen von alters her interessiert. Diese günstige Lage auszunutzen, beauftragte Ström seinen Gehilfen Edvard Tomsen-Petersen, der sowohl Norwegisch wie Russisch konnte, so daß dieser im Februar 1920 sich in Vardö an der Barentsküste und dicht an der nunmehr (seit etwa April 1920) sowjetrussischen Grenze und im März in Murmansk befand, wo er später offiziell als Vertreter des sowjetrussischen Außenministeriums wirkte.⁴⁵ Im Frühling gelang es, den sogenannten „Vardö Etat“ - eine neue Kominternbase - zu organisieren.

Das Thema Vardö wurde von norwegischen Historikern bereits, wenn auch nicht erschöpfend, beleuchtet.⁴⁶ Da im Jahre 1920 viele namhafte Persönlichkeiten die kleine Stadt passiert hatten, existieren bisher nicht ausgewertete Primärquellen, vor allem norwegische, finnische und russische. Unter diesen zeichnen sich die Briefe an den Komintern-Vorsitzenden Sinowjew aus der Feder des professionellen Revolutionärs, Staatsmannes und Gewerkschaftspolitikers Alexander Schljapnikow aus, der Mitte März 1920 aus Murmansk übers Meer ganz offen, jedoch ohne norwegisches Visum nach Vardö gelang. Seit den Weltkriegsjahren kannte er die hiesigen Zustände und war mit den skandinavischen Linken befreundet, beherrschte sowohl Französisch wie Englisch. Als eine offizielle Mission galt nunmehr, an den internationalen bzw. norwegischen Gewerkschaftskongressen teilzunehmen. Schljapnikows vertrauliche Mission war aber, den Stand der skandinavischen Parteiarbeit und das skandinavische Komintern-Büro zu inspizieren. In seinen Briefen an „Genossen Grigorij“ (Sinowjew) beurteilte er diese kritisch.⁴⁷

Nach dem Treffen mit den norwegischen Parteiführern, seinen alten Bekannten, in der norwegischen Hauptstadt schrieb Schljapnikow aus Kristiania am 1. April 1920: „Stockholm [das heißt das Stockholmer Büro] schweigt. Bisher wissen wir nicht, was [es] für uns hat, sowohl im Sinne der Geldmittel wie der Organisation von Beratung. Meine persönlichen Eindrücke [besagen], das Publikum im Nordischen Büro ist tot. Dieselbe Meinung drücken die Norweger aus. Kommunisten werden durch eure Eilboten, Funkmeldungen usw. sehr schwach informiert. Alles bleibt in Stockholm. Ström - der beste unter ihnen - ist überbelastet. Grimlund, Ströms nächstem Mitarbeiter, gilt das allgemeine Mißtrauen der Norweger. Vorläufig, bis zur Reise nach Stockholm, ziehe ich keine Schlußfolgerungen. Von Stockholm aus werde ich versuchen, Sie zu erreichen, falls es möglich ist, das schnell zu tun. Meiner

45 Siehe Ström an Litvinov am 26.2.1920, in: Göteborgs UB, H 134, 46b; RGASPI Fonds 495, Verzeichnis 18, Akte 21, Bl. 41-42, 107.

46 Randi Rønning Balsvik: Pomorbyen Vardö og Rusland, in: Den menneskelige dimensjon i nordområdene, Archangelsk 1994, S.160-163; Aleksander Kan: Det norske Arbeiderpartiets internasjonella solidaritetsinnsatser 1918-1921, in: Väst möter öst. Norden och Ryssland genom historien, Stockholm 1996, S.259-267.

47 Sowohl der Briefschreiber wie der Adressat fielen dem stalinschen Terror zum Opfer. Schljapnikovs nunmehr betagte Tochter Irina Schljapnikova (Moskau) arbeitet an seiner Lebensbeschreibung.

Meinung nach soll die Basis für das Büro der III. Int. in Skandinavien die Norwegische Partei sein - die stärkste und stärker als die Schweden. Außerdem ist es viel leichter hier als dort, in Stockholm, einen Verbindungsknoten zu schaffen. Mit der Information ist es abschaulich. Rosta sendet die Gedanken der ‚großen Leute‘, Redeauszüge usw., aber nichts aus dem Bereich der organisatorischen, schaffenden Massenarbeit und dem Leben in den Sowjets, Vereinen usw. Es ist Zeit, mit dieser bürgerlichen Gewohnheit des Persönlichkeitskultes Schluß zu machen. Die von Ihnen herausgegebene [Zeitschrift] Kom. Internationale kommt hierher nicht. Bei unserer Ankunft hatte man nur eine Nummer. Trotzdem hat man eine riesige Arbeit zur Popularisierung der Sowjetmacht durchgeführt, Sympathien zu Rußland in den breitesten Kreisen geschaffen. Auch mit den Mitteln steht nicht alles gut. Die Norweger haben mir eine Menge bezeichnender Kleinigkeiten erzählt. Manche möchten noch etwas mitteilen, doch verboten das Tranmæl und Grepp, die meinten, ich würde es selbst sehen... Allgemeine Ansicht war aber, das Geld sollte man in Norwegen halten. Ich glaube nicht, daß es hier einfach eine rivalité ist!... Über die Lage u.a. schreibe ich nicht, da dieser Brief zu lange unterwegs sein wird. Die Genossen werden schon von meinen Absichten und von mir Erledigtem Auskunft geben. Alles Gute. Drücke Dir die Hand A. Schljapnikow“.⁴⁸

Nach dem Treffen mit den schwedischen Genossen schrieb Schljapnikow am 18. April aus Kristiania unter anderem: „Jetzt betreffend das Nordische Büro der III. Internationale. In Stockholm lernte ich es ein wenig besser kennen. Meine Beobachtungen von seiner Arbeit, die ich in Norwegen machte, müssen korrigiert werden. In Stockholm ist diese Arbeit mehr ersichtlich als hier, in Kristiania. Jedoch ist seine [des Büros] Konstruktion erzunnormal: da gibt es nur Schweden und Finnen. Die größte Partei Skandinaviens - die norwegische, ist beiseite gelassen. Auf Grund dessen entstehen viele Unbequemlichkeiten, und dadurch wird eine solche Lage geschaffen, daß viele Kommunikationswege unbenutzt sind. Persönlich empfehle ich, das Nordische Büro aus 5-6 Leuten auf solche Weise zu bilden: Höglund, Ström, Kyrre Grepp, Tranmæl (oder einer von beiden), Gylling und noch irgendeiner von den Finnen. Grimlund empfehle ich nicht. Kilbom ist nicht notwendig. Notwendig ist es auch, die Beziehungen der anderen „Büros“ aufzuklären - in Deutschland, Holland. Das letztere hält sich, (ich) weiß nicht warum, für „leitend“, ist aber offensichtlich sogar außerstande, Verbindungen mit Ihnen [Sinowjew] aufzubauen. Die Finanzierung muß geregelt werden [...] Für Ziele, die mit meiner Reise verbunden sind, erhielt ich die von Ihnen versprochenen Summen nicht. Sogar Funksprüche, die Bersin zu senden hatte, wurden hier nicht empfangen. Mit Mühe und Not kam ich mit den Geldern, die ich bei mir hatte, aus.“⁴⁹ Jetzt habe ich mit [dem Stockholmer] Büro einen Kredit von 100.000 Kronen vereinbart. Bis jetzt nahm ich 15.000 Kr. Dieser Tage rief ich eine Beratung, bevor Gy[lling] nach Rußland zieht, mit einigen norwegischen ZK-Mitgliedern ein. Ich glaube, es gelingt die Frage des nordischen Büros zu ordnen.

48 RGASPI, Fonds 495, Verzeichnis 18, Akte 21, Bl. 7 + Rückseite.

49 Schljapnikovs Geldmangel wird von Ström bekräftigt, siehe Brief an Litvinov 14.4.1920, in: GUB H134:46b.

20/IV-20. Morgen kommt Ström. Wir richten eine Beratung über sämtliche Fragen ein, betreffend das Nord. Büro, die Verbindungen und die Rosta-Organisation. Ergreifen Sie Maßnahmen zur Verbesserung der ausländischen Radiomeldungen, damit man kurz schreibt, ohne le, les, de, des usw. Man soll berücksichtigen, daß man hier in Kristiania für den Empfang 25 Öre bezahlen muß, d.h. gemäß dem heutigen Kurs der Nikolajewki [die Zarenbanknoten - der Autor] 4-5 Rubel pro Wort. Von sämtlichen Beschlüssen wird „Forster“ [Gylling?] melden. Ich warte auf die Möglichkeit, nach Deutschland zu kommen, und werde kaum imstande sein, von der weiteren Arbeit des N.B[üros] zu berichten. Die Norweger werden sich freuen, wenn Sie zu ihrem [Partei] Kongreß jemanden schicken. [...]“.⁵⁰

Der norwegische Beitritt zum Stockholmer Büro

Zurück in Moskau, begrüßte Schljapnikow im Brief an Ström vom 22. Juni Höglund und Tranmael.⁵¹ Inzwischen kamen Norwegen und die Arbeiterpartei mehr als zuvor ins Blickfeld der Exekutive. Im April schrieb die zentrale sowjetische Presse über Norwegen so viel wie seit langem nicht. Der norwegische Parteivertreter Jakob Friis interviewte Tschitscherin (nachgedruckt in „Folkets Dagblad“, Stockholm, 13.4.1920), etwas später Lenin („Social-Demokraten Kristiania“, 14.5.1920) und wurde selbst von der „Prawda“ (18.4.1920) befragt. Am 24. April beschloß das (sogenannte Kleine) Büro der Exekutive, in Kristiania ein Norwegisches Büro des EKKI einzurichten, zusammengesetzt aus Tranmael, Arvid Hansen und einem gewissen E. Nilson. Um die Arbeit zu organisieren, wurde auch ein erfahrener Finne hinzugenommen, nämlich Yrje Sirola, ehemaliger Außenminister der kurzlebigen finnischen Arbeiterregierung. Der Beschluß blieb vorläufig auf dem Papier. Gleichzeitig, wahrscheinlich erst im Mai, wurde ein Vertreter des EKKI, der Este Lepp, nach Kristiania mit dem nicht chiffrierten Brief (auf gut norwegisch, von Friis in Moskau übersetzt?) an Tranmael entsandt. Den Vorschlägen Ströms und Schljapnikows entsprechend, beabsichtigte man, „über Murmansk, Norwegen und Schweden eine ständige Verbindung zwischen uns und unseren europäischen Kameraden einzurichten“.⁵² Auch die norwegischen Historiker stellen fest, daß der „Kontakt zwischen der Arbeiterpartei und der Komintern Anfang 1920 etabliert wurde“.⁵³ Die norwegische Parteileitung und der Vorsitzende Grepp befaßten sich nunmehr mit Literaturvermittlung von und nach Sowjetrußland über den nordischen Weg, also „Vardö-Etat“. Das norwegische Büro der 3. Internationale wirkte also zunächst als Filiale oder Sub-Büro des „Stockholmer Komitees“. Im bereits zitierten Stockholmer Bericht vom Juli 1920 ist zu lesen: „Bei einer Konferenz Ende April d. J., zusammen mit einem russischen [hervorgehoben vom Autor, gemeint ist Schljapnikow] und einigen norwegischen Genossen“ wurde vorgeschlagen, das Komitee mit einem norwegischen Genossen zu vervollständigen. Der Vorschlag wurde von norwegischen Delegierten des 2. Komintern-Kongresses

50 RGASPI, Fonds 495, Verzeichnis 18, Akte 21, Bl. 8, 9 mit Rückseite.

51 Siehe Göteborgs UB, H134:131.

52 RGASPI, Fonds 495, Verzeichnis 18, Akte 26, Bl. 77.

53 Egil Helle: Kyrre Grepp, Oslo 1995, S.190.

eingereicht.⁵⁴ Leider wissen wir zu wenig über die geheimgehaltenen Parteiberatungen im Anschluß an den norwegischen Parteikongreß Ende Mai und etwas später auch in Stockholm. Im eigenen Bericht versicherte das Stockholmer Büro das EKKI, daß diese Beratungen praktischen Fragen gewidmet waren. An ihnen nahmen unter anderem Engländer, Dänen, Finnen und nicht zuletzt die Holländer, aber nicht die Deutschen teil, was sich wahrscheinlich damit erklären läßt, daß die Teilnehmer der skandinavischen Beratungen über Skandinavien unterwegs nach Petrograd zum 2. Komintern-Kongreß waren, während die Deutschen einen kürzeren Weg über Stettin und das Baltikum vorzogen. Wie gesagt, wurde das Amsterdamer Büro wegen seines Radikalismus Ende April von Moskau aufgelöst. Davon erfuhren die Holländer über Ström aus Stockholm.⁵⁵ Bezeichnend war, daß die Auflösung, mit skandinavischer Beteiligung und durch die skandinavische Arbeiterpresse bekanntgegeben, im Julibericht der Stockholmer ignoriert und von ihnen erklärt wurde: „Mit dem holländischen Büro haben wir gute Verbindungen gehabt.“ Damit wurde indirekt die Moskauer Handlungsweise gegenüber den Holländern und die Bevorzugung des Berliner WES getadelt, was Ström im Brief vom 9. Mai 1920 an Rutgers ausdrückte: „Wir bedauern, daß die Exekutive einen solchen Schritt unternommen hat, glauben aber, daß alles noch gut geordnet wird.“⁵⁶ Also agierten die Mitglieder des Stockholmer Büros, die Schweden und die Finnen, einigermaßen selbständig, jedenfalls vor dem 2. Komintern-Kongreß mit dessen berichtigten 21 Sinowjew-Thesen. Am Vorabend des Komintern-Kongresses machte das Stockholmer Büro an die Exekutive folgenden, in 6 Punkten gefaßten Vorschlag: Das Büro sollte nur drei Mitglieder zählen, jeder einen Stellvertreter haben, d.h. die gleiche Zahl von jeder Partei (die Dänen galten offensichtlich noch als zu schwach), und in Stockholm residieren, doch konnte es auf eigenen Wunsch nach Kristiania verlegt werden. Es waren zwei Bürokanzleien in Stockholm bzw. Kristiania vorgesehen, so daß die Büromitglieder selbst in ihren Kanzleien arbeiten sollten, mit monatlichen Sitzungen und Kanzleiberichten.⁵⁷ Offensichtlich verhielten sich die skandinavischen Parteiführer wie die Holländer mit Rutgers zu den frühen Zentralisationsbestrebungen der Exekutive reserviert, jedenfalls bis zum Moskauer Kongreß.

Neues Anliegen des Skandinavischen Büros seit dem Herbst 1920 – Literaturbeschaffung

Die Tätigkeit des Skandinavischen Büros und seiner norwegischen Abzweigungen in Kristiania und Vardö ist auf Grund der Berichte von Fried/Heimos vom 12. Dezember 1920 und vom Ende Februar 1921 sowie aus dem Briefwechsel Ströms mit seinen russischen Chefs ziemlich klar.⁵⁸ Die Haupttrichtungen waren: der Kampf gegen die Blockade Sowjetrußlands resp. Organisation einer See- und Landblockade seines militärischen Gegners Polen; dazu Agitation unter den Matrosen und

⁵⁴ RGASPI, Fonds 510, Verzeichnis 1, Akte 1, Bl. 20.

⁵⁵ Siehe RGASPI, Fonds 497, Verzeichnis 1, Akte 9, Bl. 2.

⁵⁶ RGASPI, Fonds 497, Verzeichnis 2, Akte 5, Bl. 18.

⁵⁷ Siehe RGASPI, Fonds 510, Verzeichnis 1, Akte 1, Bl. 24-25.

⁵⁸ Siehe Kan, *Der bolschewistische „Revolutionsexport“*, S.88-103.

Hafenarbeitern; Fortsetzung von Hilfssammlungen für Sowjetrußland (Kleider, Arzneien); Ankauf von Büchern, Broschüren und Zeitungen für Rußland und zu diesem Zwecke Schaffung einer internationalen Bibliothek in Stockholm (April 1920);⁵⁹ weiterer Ausbau der illegalen Kommunikationswege zwecks Unterhaltung möglichst enger Verbindungen mit den westlichen Bruderparteien - Großbritannien, USA, Frankreich und den Niederlanden; Beförderung von Delegierten des Komintern-Kongresses über Stockholm und Vardö in beide Richtungen; Versuch, die Zeitschrift „Kommunistische Internationale“ auf Deutsch und Französisch in Stockholm zu drucken.⁶⁰

Zur neuen, immer wichtigeren Arbeitsrichtung wurde nach der Milderung der Blockade, der Befriedung Estlands und Nordrußlands sowie besonders seit dem Mißlingen des „Revolutionsexportes“ in Zentraleuropa die Literaturbeschaffung für sowjetische Partei-, Regierungs- und Kominternleitungen. Damit befaßten sich nunmehr in Thomsens und Schljapnikows Fahrwasser der Finnlandschwede, Bibliothekar und Dichter Allan Wallenius in Stockholm⁶¹ sowie Grepps norwegische Gruppe „Allan Wallenius“.⁶² Den norwegischen Beitrag zur Literaturversendung in beide Richtungen beschrieb Kyrre Grepp optimistisch und ausführlich im deutschsprachigen Brief an Sinowjew bereits am 4. April 1920. Abschließend schrieb er: „Letzte Woche haben wir ca. ½ t Drucksachen in Kleinpaketen nach mehreren hundert Adressaten in West-, Zentral-, Südeuropa, Amerika und Australien [geschickt]. Schicken Sie größere Quantitäten Literatur, nehme ich noch einen Assistenten. Wir haben durch zuverlässige Leute Postsachen besorgt, welche schwedische Genossen uns gebeten haben nach Amerika und England zu senden. Aus Murmansk haben wir bisher nichts als Drucksachen empfangen; wir sind aber auch bereit, Briefe zu empfangen und weiterzusenden. Die Sendungen von Literatur nach Rußland sind bisher über Stockholm gegangen; da aber dies sehr unpraktisch ist, haben wir uns mit den schwedischen und finnischen Genossen darüber verständigt, daß wir jetzt den Einkauf und Sendung der Literatur aus Frankreich, England und denjenigen Ländern, welche westlich von diesen liegen, übernehmen. Indessen wäre ich dankbar, möglichst bald zu erfahren, welche Arten von Literatur ich Ihnen vorzugsweise schicken soll und wieviel Geld wir für einen solchen Einkauf und die Sendung verwenden können. Übrigens sind wir bereit, alle mögliche Kraft einzusetzen, um die Aufgaben, die das Exekutivkomitee als notwendig erachtet, zu lösen. Da aber das Exekutivkomitee die hiesigen Verhältnisse nicht kennt, wäre es am besten, daß es uns nur sagt, was es wünscht, was wir machen sollen, uns aber in möglichst größtem Maße überläßt zu entscheiden, wie die Arbeit gemacht werden soll. Selbstverständlich sind wir für Ratschläge und Kritik dankbar [.....]“. Im selben Sinne schrieb auch Ström an Radek am 20. Juli 1920.⁶³

59 Bisher ist unbekannt, wo diese Büchersammlung verblieb.

60 Siehe RGASPI, Fonds 510, Verzeichnis 1, Akte 1, Bl. 20-25.

61 Siehe Olof Mustelin: Allan Wallenius - biblioteksman, publicist och revolutionär i 1910-talets Finland, in: Historiska och litteraturhistoriska studier, Helsingfors 59/1984, S.273-389.

62 RGASPI, Fonds 510, Verzeichnis 1, Akte 1, Bl.5.

63 Grepps Brief in: RGASPI, Fonds 510, Verzeichnis 1, Akte 1, Bl. 7-9, Ströms Brief in: ebenda, Fonds 495, Verzeichnis 18, Akte 26, Bl. 108.

Im Frühsommer 1920 wuchs der Literaturstrom über Kristiania ostwärts so stark an, daß Fried (Mauno Heimo) Else Kingisepp (Gemahlin des bekannten estnischen Kommunisten Viktor K.) in Petrograd ersuchte, ein Verteilungsbüro beim EKKI zu organisieren, um die Literatur zu empfangen und weiter zu verteilen. Dabei sollte als Empfänger auf dem Umschlag „Rosta“ statt EKKI angegeben werden.⁶⁴ Jedoch wurde die Literaturein- und -ausfuhr nach und aus Rußland durch den norwegischen Regierungsbeschluß vom 6. November 1920 verboten. Nach einer Beschlagnahme in Vardö und einer Hausdurchsuchung im zentralen Parteikontor der Norwegischen Arbeiterpartei (DNA) wurde Grepps Mithelfer Rudolf Nilsen verhaftet. 1921 gab es ein Gerichtsverfahren gegen Grepp und Nilsen. Grepps Verurteilung zu einer hohen Geldstrafe wurde jedoch vom Höchsten Gericht als gesetzwidrig aufgehoben.⁶⁵ Eine spätere polizeiliche Beschlagnahme von drei für den Sowjetrepräsentanten Ström bestimmten Kästen im Stockholmer Hafen (auf Grund einer fehlerhaft gestalteten Kurierliste) hatte ein ähnliches Resultat. Kommunistische Literatur verschiedener Art für verschiedenste Weltteile ging über Paris und Madrid bis nach Boston und Indonesien (damals Niederländisch-Ostindien). Die Sache hatte aber keine weitere Folgen.⁶⁶ Die Briefe zwischen den Skandinaviern und Rutgers vom Sommer 1920 handeln hauptsächlich von der Versendung und Verteilung der Literatur aus Sowjetrußland.⁶⁷

Das Fortbestehen – doch mit begrenzten Vollmachten

Gleichzeitig erfolgten organisatorische und personelle Veränderungen. Nach dem 2. Komintern-Kongreß wurden von der nunmehr vollständigen Exekutive mit dem Beschluß vom 8. August 1920 sämtliche ausländische Hilfsbüros als politische Organe aufgelöst.⁶⁸ Jedoch blieb dadurch die Aktivität des Berliner und des Stockholmer Büros unberührt. Als Vertreter des EKKI in Stockholm wurden Sirola für Finnland (mit Wallenius als Stellvertreter), Höglund für Schweden und Grepp für Norwegen ernannt.⁶⁹ Die Stockholmer erfuhren davon zunächst flüchtig vom Norweger Friis, dann vom Bürosekretär Fried (Mauno) selbst, der an der entsprechenden EKKI-Sitzung teilgenommen hatte.⁷⁰ Auch der neue schwedische Vertreter im EKKI, Oskar Samuelson (Pseud. Lang), erfuhr von den neuen Aufgaben für das Stockholmer Büro.⁷¹ Wohl tadelten die Moskauer Abgesandten das Stockholmer Büro im Herbst 1920 wie vor einem Jahr: „Sehr gutartige Leute, aber ganz untauglich und ohne Verständnis für solche [illegale] Arbeit,“ oder als „dieses

64 Siehe ebenda, Fonds 510, Verzeichnis 1, Akte 1, Bl. 10-13.

65 Siehe Egil Helle, Kyrre Grepp, S.191-194.

66 Siehe Riksarkivet Stockholm, Statens polisbyrå F1 A:22, saksdossier 662; RGASPI, Fonds 495, Verzeichnis 18, Akte 48, Bl. 4, 7, 14.

67 Siehe ebenda, Fonds 497, Verzeichnis 2, Akte 3, Bl. 11-12; Fonds 497, Verzeichnis 2, Akte 5, Bl. 45; ABAB Oslo, Grepps brevkVerzeichnisamling; RGASPI, Fonds 497, Verzeichnis 2, Akte 3, Bl. 16.

68 Siehe Adibekov, Organizacionnaja struktura, S.29.

69 Siehe ebenda, S.30.

70 Siehe Fried im Bericht von Anfang 1921, in: RGASPI, Fonds 495, Verzeichnis 18, Akte 48, Bl. 74.

71 Siehe ebenda, Fonds 495, Verzeichnis 18, Akte 21, Bl. 35.

halbverendete skandinavische Komitee⁷². Jedoch überlebte das Büro wohl erhalten seine Auflösung. Die seltenen Briefe zwischen Stockholm und Kristiania vom Herbst 1920 zeugen von weiterer Aktivität, von stärkeren Verbindungen mit Moskau nunmehr über Reval (Tallinn) und von vertraulichen Angelegenheiten.⁷³

Auch die enge Zusammenarbeit, die durch den gemeinsamen Sekretär Fried (Heimo) symbolisierte „Personalunion“ zwischen dem Skandinavischen Büro und dem Stockholmer Komitee der finnischen KP setzte sich fort. Die Stockholmer - sowohl Skandinavier wie Finnen (mit ihren eigenen in Stockholm deponierten Mitteln) - waren imstande, provisorisch englische Parteigenossen („Büro in England“) zu finanzieren, vorausgesetzt, daß die Internationale für diese Tätigkeit Mittel fand und die „Stockholmer Auslagen“ gleich zurückzahlte.⁷⁴ Die Stockholmer Vertretung der finnischen Partei erhielt damals aus Sowjetrußland Geld und Diamanten.⁷⁵ An gelegentliche Vorschüsse für die ausländischen Parteifreunde war die Stockholmer finnisch-schwedische Kominternvertretung bereits gewöhnt, hatte sie doch die norwegische Partei im Frühjahr 1920 für ihre erledigten internationalen Aufträge bezahlt,⁷⁶ die Holländer (Rutgers) und Engländer (Rothstein) finanziert und sogar, wie gesagt, dem Berliner WES mit einer Anleihe im Juni 1920 ausgeholfen.⁷⁷ Also behielt vorläufig das Stockholmer Büro seine finanziellen Mittel und Funktionen.

Dem letzten Bericht von Fried zufolge, verfaßt in Stockholm Anfang des Jahres 1921,⁷⁸ wurden sowohl legale wie illegale Verbindungen von Stockholm aus ausgebaut, („wir arbeiten jetzt, um eine reguläre Linie nach New York zu schaffen“). Die Zusendungen von Zeitungen und Literatur an das EKKI und sein technisches Büro in Petrograd erfolgten jedoch unbefriedigend - aus Moskau oder Petrograd kamen keine Bestätigungen. Die neuen Instruktionen für das Stockholmer Büro hingegen waren bereits angekommen. Die Herausgabe der „Kommunistischen Internationale“ auf Deutsch wurde eingestellt (das besorgte nunmehr das WES), jedoch wurde die Französische fortgesetzt und mit einer skandinavischen Ausgabe begonnen.

Aus dem ökonomischen Schlußteil des Berichts ist ersichtlich, daß das Stockholmer Büro auch nach eigenem Gutdünken ansehnliche Summen an Bruderparteien, so an die amerikanische, ausgeliehen hatte. Erst nachträglich bat man das EKKI um Billigung. Das Büro hatte also wieder Geldmittel erhalten, trotz der Beschlagnahme

72 Latimer an die Abteilung für internationale Verbindung (russ. OMS) am 31.10.1920, in: ebenda, Fonds 495, Verzeichnis 18, Akte 28, Bl. 50, 52 Rückseite.

73 Siehe Höglund an Grepp Stockholm 12.11.1920, in: ABAB Oslo, Kyrre Grepps kopisamling.

74 Siehe RGASPI, Fonds 495, Verzeichnis 18, Akte 31A, Bl. 59-60.

75 Siehe RA Stockholm, Statens polisbyrå (ehem. RPS box 4, dossier 787 oder 788).

76 Siehe Fried an Christian Hilt, Stockholm, 28.4.1920, in: ABAB Oslo, Kyrre Grepps kopisamling.

77 Siehe Vollmacht des Büros für Oskar Samuelsson, die Rückzahlung der Anleihe einzukassieren, datiert vom 16.1.1921 und unterschrieben (wie im Juli 1920) von Karlinski und Fried, in: RGASPI Fonds 510, Verzeichnis 1, Akte 2, Bl. 10. Karlinski alias Karlen war wahrscheinlich ein Schwede.

78 Siehe RGASPI, Fonds 495, Verzeichnis 18, Akte 48, Bl. 74-76. Fried verließ Stockholm zu Beginn des Jahres 1921. Über seine weiteren Abenteuer siehe in Kan: *Det norske Arbetarpartiets*, S.265-267.

der Goldsendung des EKKI durch die norwegische Polizei.⁷⁹ Frieds Bericht und Budgetvorschlag waren von der EKKI-Führung - vom Kleinen Büro der Exekutive - am 23. Januar 1921 geprüft und gebilligt worden. Die skandinavischen Parteien, besonders die schwedische, wurden nach wie vor der Kontrolle durch das Stockholmer Büro unterstellt. Das Budget der beiden skandinavischen Parteien - der schwedischen und der norwegischen - machte einen Teil des Bürobudgets aus.⁸⁰

Damit nähern wir uns dem Schluß unserer Studie. Die nordischen Forscher haben aufgezeigt, daß nach dem 2. Kongreß der Komintern die finanzielle Unterstützung der skandinavischen Parteien durch Moskau neu geregelt wurde - die Zuwendungen wurden nunmehr vergrößert und den Parteien direkt zugeführt. Nach Björnin verfügte seitdem ein kleiner Kreis in der schwedischen Partei über große Summen - Hunderttausende Kronen. Die finnische Partei mit ihrem eigenen „Finnischen Komitee“ (Tukholman toimisto) wurde ausgiebiger finanziert, was der finnische Historiker Tauno Saarela gezeigt hat.⁸¹

An dem Bestehen des Skandinavischen Büros bzw. Komitees und seiner politischen Befugnisse - vor allem Verteilung der Geldmittel zwischen den einzelnen skandinavischen Parteien - hielten die schwedischen und norwegischen Parteivorsitzenden Höglund (dieser hatte im Büro den Vorsitz) und Grepp fest. Die von ihnen gewünschte Zusammensetzung, Machtbefugnisse und Aufgaben der „Kommission“ wurden dem EKKI in einem nicht unterzeichneten und nicht genau datierten deutschsprachigen Vorschlag unterbreitet. Dieses Dokument, betitelt „Die skandinavische Kommission der komm.Int.“, zog gewissermaßen die Bilanz und zeichnete das Programm für das weitere Wirken: 1) Aufrechterhaltung der Verbindungen zum EKKI, 2) Aufrechterhaltung der Verbindungen zu den westlichen Parteien und Büros, 3) Verwaltung von (aus Moskau) übergebenen Werten sowie Geldvermittlung an andere Parteien, 4) „Das Wirken für die Ordnung der Propaganda und der Arbeit für die Weltrevolution im Westeuropa“. Die Kommission sollte aus Höglund, Ström und Grimlund für Schweden, aus Grepp, Tranmæl und Schefflo für Norwegen, Gylling, Hurmevaara und Usenius für Finnland bestehen.⁸²

Jedoch gab es im Moskauer Apparat des EKKI bereits Kritiker dieser Ansprüche, besonders war man gegen den politischen Charakter der Kommission und deren Machtbefugnisse zur „Verteilung von Unterstützungen“. Der Gegenvorschlag, angeregt vermutlich von Kuusinen (im Frühjahr 1921 von Stockholm nach Moskau gerufen, neuer Sekretär des EKKI und Sinowjews rechte Hand), vorbereitet von Sirola und unterschrieben von Wallenius, sowie der entsprechende Beschluß des EKKI-Sekretariats, beide vom August 1921, d. h. nach dem 3. Kongreß der Internationale vom Juni/Juli 1921 vorgelegt,⁸³ waren Bestandteile der Zentralisie-

79 Aus dem Bericht ist zu ersehen, daß das Gold für die amerikanische und die englische Partei bestimmt war.

80 Siehe RGASPI, Fonds 495, Verzeichnis 2, Akte 3, Bl. 27.

81 Siehe Guldet fra Moskva, S.208-209.

82 Siehe RGASPI, Fonds 510, Verzeichnis 1, Akte 2, Bl. 13-14. Datierung 1921 von einer anderen Hand.

83 Siehe ebenda, Fonds 510, Verzeichnis 1, Akte 1, Bl. 36-37.

rung der Komintern als „einheitliche internationale Partei“⁸⁴. Die beiden Dokumente spiegeln den internen schwedisch-finnischen Konflikt, der in Stockholm begann und in Moskau zugunsten der Zentralisierungsfürsprecher, das heißt vor allem der Exilfinnen, gelöst wurde.

Kurz gesagt: Das Stockholmer Komitee mit seinem Kristiania-Zweig wurde von der Exekutive entmachtet. Vor allem hatte man die „unnötige“ und teure politische Abteilung abgeschafft, welche „auch über die Verteilung der Unterstützungen zu beschließen“ hatte. Die „politische Arbeit“ des Komitees sollte jetzt gemäß dem Sirola-Wallenius-Vorschlag „die skandinavische Delegation im EKKI“, das heißt in Sowjetrußland, übernehmen. Diese schloß jedoch weder Höglund, Ström oder Grepp, sondern nur solche Genossen ein, die in den kommenden skandinavischen Parteikämpfen die Moskauer Linie vertreten würden: Kilbom und Linderot für Schweden, Schefflo für Norwegen, Jörgensen für Dänemark. Die finnische Partei war im EKKI und in seinem Sekretariat dank Kuusinen (seit Ende 1921 Generalsekretär), Sirola und Wallenius überrepräsentiert.

Statt des Komitees ließ man auch nach August 1921 konspirative Verbindungsstellen in Stockholm und Vardö bestehen - das „Stockholmer-Verbindungsbüro“ mit nur zwei Mitgliedern, L. und H., höchstwahrscheinlich L[ang] für Samuelson und H. für Hurmevaara.⁸⁵ Das technische Büro mit Samuelson an der Spitze wurde der Abteilung für internationale Verbindung (russische Abkürzung OMS) der Komintern untergeordnet.⁸⁶ Dadurch wurden die hohen Gehälter der Komiteemitglieder gespart und eine direkte Kontrolle des EKKI sowohl über das nunmehr rein technische Büro wie über die Parteien gestärkt. Die Abwicklung der Stockholmer Kommission hatte also politische Ursachen, obwohl sie anders geartet waren als die Ursachen, die der Auflösung des Amsterdamer Büros zugrunde lagen: Im letzteren Fall war es die linke Abweichung, im ersten der „Zentrismus“, das heißt die rechte Abweichung.

Trine S. Jansen behauptet im oben erwähnten inhaltsreichen Aufsatz, daß die Organisationsprinzipien der Komintern während der gesamten Komintern-Periode unverändert geblieben seien. Im Laufe der Zeit hätten die Organe der Komintern neue Vollmachten für sich in Anspruch genommen, die den Zentralismus stärkten.⁸⁷ Diese Verallgemeinerung sieht jedoch davon ab, daß Prinzipien ohne Ausführungsmittel von geringem Wert sind. Diese Mittel fehlten der Komintern sowohl am Beginn - als es noch so gut wie keinen Komintern-Apparat gab - wie am Schluß ihres Bestehens, nachdem dieser Apparat von Stalin, milde gesprochen, dezimiert worden war. Die regionalen Kommissionen gehören zur Frühzeit der 3. Internationale und dienten den nationalen Parteiführern als ihr Behauptungsmittel gegenüber dem EKKI.

84 Siehe Adibekov, *Organizacionnaja struktura*, S.37.

85 Siehe ebenda, S.55.

86 Siehe Björlin, *Röd skandinavism*, S.63. Über die OMS zuletzt in den Erinnerungen von Wolfgang Ruge: *Berlin-Moskau-Sosswa. Stationen einer Emigration*, Bonn 2003, S.117.

87 Jansen, *Komintern*, S.40.

*Dokument*⁸⁸

- I. Zur Entwicklung der kommunistischen Bewegung in Westeuropa und Amerika und besonders zwecks der Koordinierung der praktischen Arbeit verschiedener nationaler Komparteen beschloß das EKKI folgende Büros im Westen zu schaffen:
In Stockholm - für Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland,
In Berlin (Westeuropäisches Sekretariat) für Deutschland, Schweiz, Italien, Frankreich und Belgien,
In Holland - für Holland, England, Amerika, Australien und andere außereuropäische Länder,
In Wien - für Österreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei und provisorisch, bevor das Büro in Sofia gebildet ist, für Rumänien und die Balkanländer.
In Sofia - für Rumänien, Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland.
- II. Die ausländischen Büros sind Hilfsorgane des EKKI und erfüllen eine Vermittlerrolle in den Beziehungen zwischen den einzelnen Parteien und des EKKI.
- III. Den ausländischen Büros des EKKI werden folgende Aufgaben auferlegt:
Mitwirken an der organisatorischen, propagandistischen, speziell literarischen und gegenseitig informierenden Arbeit der entsprechenden Parteien, Beseitigung der Meinungsverschiedenheiten und Konflikte zwischen den verschiedenen Strömungen innerhalb einzelner KP, Vereinigung der gespalteten Fraktionen, insoweit diese Fraktionen auf der Plattform der Komintern stehen, sämtliche grundsätzliche Beschlüsse des EKKI anerkennen und praktisch durchführen, die kommunistische Disziplin einhalten (die Minorität ordnet sich der Majorität unter) und bereit sind, alle Beschlüsse der einheitlichen, streng zentralisierten Partei zu verwirklichen.
Vereinbarung einzelner Aktionen des Klassenkampfes, Vorbereitung und Organisierung des gemeinsamen Auftretens des Proletariats der verschiedenen Länder, zu diesen Zwecken Einberufung besonderer Beratungen und Konferenzen von Vertretern der entsprechenden KP - gemäß der Übereinkünfte mit den ZK der Parteien dieser Länder.
Neuaufgabe und Verbreitung der EKKI-Publikationen und der übrigen kommunistischen Literatur in den entsprechenden Ländern.
Aufbewahrung und Verteilung der Geldmittel.
Sammlung von Materialien über die internationale Arbeiterbewegung und die Wirksamkeit der KP, Sammlung des Archivs und der Bibliothek des EKKI.
Organisierung des kommunistischen Roten Kreuzes mit der Aufgabe, den Genossen, welche unter dem politischen Kampf gelitten haben, materielle Zuwendungen auszuhändigen, eine gerichtliche Verteidigung zu organisieren, an der Befreiung von Häftlingen mitzuwirken udgl.
- IV. Im weiteren wird das EKKI den kommunistischen Organisationen verschiedener Länder materielle Hilfe lediglich durch seine ausländischen Büros leisten. Für diesen Zweck wird bei jedem Büro ein besonderer Fonds gebildet. Ausgehend davon, daß KP sämtlicher Länder das Ziel verfolgen müssen, materielle Unterstützung von

88 RGASPI, Fonds 495, Verzeichnis 18, Akte 33, Bl. 20-21. Siehe dazu im Text, S. 53.

außen her zu entbehren, läßt das EKKI seine Vertreter - die ausländischen Büros - am Anfang für folgende Bedürfnisse Geldhilfe erweisen:

Für die Herausgabe der kommunistischen Literatur; für die Subventionierung illegaler Parteizeitungen, Zeitschriften und Broschüren; für die Gründung von neuen legalen Organen, insoweit ihre Notwendigkeit vom entsprechenden ausländischen Büro anerkannt wird; für das Mitwirken an der Agitation und Propaganda unter den besonders zurückgebliebenen Schichten des Proletariats (Landarbeitern u.a.); für die Agitation unter den Soldaten; für die Unterstützung von leidenden Genossen.

Die ausländischen Büros des EKKI sind verpflichtet, eine möglichst enge gegenseitige Verbindung untereinander und mit dem EKKI zu unterhalten, regelmäßig, mindestens einmal im Monat, ausführliche Rechenschafts über ihre Wirksamkeit und Vorträge samt allen Materialien bezüglich der Entwicklung der Arbeiterbewegung und der kommunistischen Arbeit in verschiedenen Ländern an das EKKI zu senden.



- + eine große familie in einem großen format +
- + herausgegeben von gerd kaiser +
- + zwei jahrhunderte gespiegelt in einer familie + viele abbildungen +
- + 26 euro + 374 seiten + ISBN 3-929390-62-0 + im buchhandel erhältlich +

Leuschner gegen Ley. Die Abfuhr für die Nazis auf der Internationalen Arbeitskonferenz 1933 in Genf

Reiner Tosstorff

Nur einen Monat nach der Zerschlagung der Gewerkschaften und ihrer Ersetzung durch die Zwangsorganisation der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) sollte er den Nazis eine internationale Legitimation insbesondere auf sozialpolitischem Gebiet verschaffen: der Auftritt einer massiven deutschen Delegation unter Leitung von Robert Ley, dem Führer der DAF, auf der siebzehnten Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) des Völkerbundes im Juni 1933. Doch dieses Manöver scheiterte an dem auf der Konferenz geleisteten Widerstand. Vordergründig war er das Resultat der Verachtung, die das unkontrolliert-rabaukenhafte Auftreten Leys hervorgerufen hatte, mit dem sich das „Dritte Reich“ allerdings eine ungewollte Blöße gab. Doch den Motor der Ablehnung bildete die Arbeitergruppe, also die Vertreter der internationalen Gewerkschaftsbewegung, mit ihrer grundsätzlichen Ablehnung der Diktatur und der von ihr ausgeübten Unterdrückung aller politischen und sozialen Rechte. Und wenn die akademische Geschichtsschreibung zur Nazi-Außenpolitik¹ und selbst Leys Biograph² diesen, wie in der zeitgenössischen Weltpresse leicht festzustellen ist, seinerzeit Aufsehen erregenden internationalen Eklat weitgehend vergessen hat, kann sich die internationale Gewerkschaftsbewegung durchaus positiv anrechnen, die Dinge rechtzeitig beim Namen genannt zu haben.³ Dies umschloß nicht zuletzt auch den

1 Z. B. Rainer F. Schmidt: Die Außenpolitik des dritten Reiches 1933-1939, Stuttgart 2002 - als letzte Gesamtdarstellung - erwähnt diesen Vorfall nicht, nicht einmal im Kapitel über den Austritt aus dem „Genfer System“ (S.142-155). Was speziellere Literatur anbelangt, ebenso auch nicht Günter Wollstein: Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler. Das Deutsche Reich und die Großmächte in der Anfangsphase der national-sozialistischen Herrschaft in Deutschland, Bonn 1973 oder Christine Fraser: Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, seine Vorgeschichte und seine Nachwirkungen, Diss. phil. Universität Bonn 1969. Die Literatur zur IAO gibt dagegen oft genug kurze Hinweise, in der allerdings über das bloße Referieren aus dem Protokoll hinaus weitergehende Informationen zum Ablauf und zu den Hintergründen fehlen. Siehe z. B. Weltfriede durch soziale Gerechtigkeit. 75 Jahre Internationale Arbeitsorganisation, Baden-Baden 1994, S.31-33; Stephan Grabherr: Das Washingtoner Arbeitszeit-übereinkommen von 1919. Versuch einer internationalen Regelung der Arbeitszeit in Europa, Berlin 1992, S.422f.; Torsten Landelius: Workers, Employers and Governments. A Comparative Study of Delegations and Groups at the International Labour Conference 1919-1964, Stockholm 1965, S.293-297.

2 Der Vorfall ist bei Ronald Smelser: Robert Ley. Hitlers Mann an der „Arbeitsfront“. Eine Biographie, Paderborn 1989, S.146, nur gestreift und zudem in der deutschen Übersetzung auch noch mißverständlich, obwohl Ley, wie zahlreiche seiner Äußerungen bezeugen, sich durch die „Schmach in Genf“ sehr getroffen fühlte.

3 Leider erwähnt auch die neue, auf Initiative des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften selbst zustande gekommene Geschichte der Gewerkschaftsinternationale diesen Vorfall nicht (siehe Anthony Carew u. a.: The International Confederation of Free Trade Unions, Bern u. a. 2000). Um wesentliche

Protest gegen die nationalsozialistische Judenverfolgung, zu dessen Abwehr sie hier eine internationale Initiative zu organisieren versuchte.

Deutschland war bereits 1919 Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation, der sozialpolitischen Unterorganisation des Völkerbunds (und heute der UNO), geworden, obwohl es erst 1926 dem Völkerbund selbst beitreten konnte. Dieser frühe Beitritt war durch den Druck der internationalen Gewerkschaftsbewegung zustande gekommen. Wesentliches Strukturprinzip der IAO war und ist der „Tripartismus“: Ein Land beteiligt sich „dreigliedrig“, durch Vertreter der Regierung, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Entsprechend sind die Delegationen auf der normalerweise jährlich stattfindenden Konferenz und der Verwaltungsrat, das Leitungsgremium für die „Behörde“, das Internationale Arbeitsamt, zusammengesetzt.

Die Hitler-Regierung hatte sich schon zwei Monate nach ihrer Machtübernahme, Anfang April, mit der deutschen Vertretung in der Internationalen Arbeitsorganisation beschäftigt. Während für die Nazis der Austausch der Regierungs- und Arbeitgeber-Vertreter naturgemäß keine Probleme bereitete, gestaltete sich das für den Arbeitnehmer-Vertreter anders. Den Bestimmungen entsprechend, mußte er aus der repräsentativsten Organisation kommen, also dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB).

Auf der Arbeitskonferenz im Jahre 1931 war als deutscher Arbeitnehmervertreter in den Verwaltungsrat Hermann Müller gewählt worden, der aber 1932 verstarb. Zu seinem Nachfolger wurde vom ADGB Wilhelm Leuschner⁴ nominiert. Schon vor dem Ersten Weltkrieg war er aktiver Sozialdemokrat und Gewerkschafter. In seinem Amt als hessischer Innenminister 1931 hatte er sich einen Namen gemacht, als er Staatsstreichpläne der Nazis aufdeckte. Seit Mitte 1932 bemühte sich der ADGB-Vorsitzende Theodor Leipart, Leuschner nach Berlin in den Bundesvorstand des ADGB zu holen. Er war für den Vizedirektor-Posten des Internationalen Arbeitsamtes im Gespräch, aber auch als Nachfolger des fünfundsechzigjährigen Leipart. Zunächst übernahm Leuschner Ende 1932 den Sitz des deutschen Arbeitnehmervertreters im Verwaltungsrat der IAO. Ende Januar nahm er in Genf an einer technischen Beratung zur Einführung der Vierzig-Stunden-Woche teil. Dort erhielt er die Nachricht von der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler.

Für Ende April stand die nächste Sitzung des Verwaltungsrats an, dann für Juni die Arbeitskonferenz. Es war klar, daß seine Teilnahme der Nazi-Regierung nicht ins Konzept passen konnte. Schließlich war der sofort seit dem 30. Januar gerade auch

Aspekte verkürzt ist auch die Erwähnung bei Michael Schneider: Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Bonn 1999, S.105.

4 Noch bleibt Joachim G. Leithäuser: Wilhelm Leuschner. Ein Leben für die Republik, Köln 1962, die wesentliche Biographie. Eine den Erkenntnisstand der letzten Jahrzehnte widerspiegelnde Arbeit ist z. Zt. in Vorbereitung. Als eine neuere kurze Skizze siehe Gerhard Beier: Wilhelm Leuschners Widerstand gegen Hitler und sein Konzept für eine neue Gewerkschaftsbewegung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1994, Nr. 10, S.634-645.

gegen die Gewerkschaften ausgeübte Terror⁵ im Ausland ja nicht unbemerkt geblieben. Es war zu erwarten, daß Leuschner danach gefragt würde. Möglicherweise könnte dies alles sogar offiziell aufgeworfen werden.

Auf ihrer Sitzung am 22. April beriet die Reichsregierung über Leuschners Teilnahme an der Verwaltungsratssitzung. In einem den Ministern zuvor zugestellten Memorandum hatte Reichsarbeitsminister Seldte mitgeteilt, daß bei einem Nichterscheinen Leuschners sein Stellvertreter, der polnische Arbeitnehmervertreter, nachrücken würde, was den Nazis natürlich auch keine genehme Perspektive war. Prinzipiell, so machte Seldte klar, war eine Änderung der Vorschriften zu erwirken, damit Leuschner gegen einen „Arbeitnehmervertreter“ des Dritten Reichs ausgetauscht werden könne. Doch im Augenblick galt es, so war die einhellige Meinung auf dieser Kabinettsitzung, eine Reise Leuschners nach Genf nicht stattfinden zu lassen.⁶

In seiner Vorlage hatte Seldte vermeldet, Leuschner sei bereit, wenn die Regierung das wünsche, nicht zu fahren. Tatsächlich hatte die ADGB-Führung durch verschiedene Manöver in den April-Tagen gehofft, mit Zugeständnissen den Organisationszusammenhalt in der Legalität irgendwie aufrechterhalten zu können. Dies war der Höhepunkt eines Anpassungskurses, der in der historischen Literatur wie auch in den innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen über die eigene Vergangenheit zahlreiche kritische Diskussionen hervorgerufen hat, auf die hier aber nicht weiter eingegangen werden kann.⁷ Seit seinem Eintritt in den ADGB-Bundesvorstand hatte Leuschner damit auch die Verantwortung für diesen Kurs. Er selbst hatte ihn allerdings mehr übernommen als initiativ in die Wege geleitet, da er vor Januar 1933 ganz als Landespolitiker tätig gewesen war.⁸ Auch wenn er den Kurs zweifellos teilte und nach außen hin nun als einer der prominentesten Gewerkschaftsführer offensiv vertrat, so hielt er sich zumindest bei jenen nationalistischen „Zuspitzungen“, mit denen vor allem eine Reihe jüngerer

5 Siehe Dirk Erb (Hrsg.): Gleichgeschaltet: der Nazi-Terror gegen Gewerkschaften und Berufsverbände 1930 bis 1933. Eine Dokumentation, Göttingen 2001.

6 Siehe Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933-1938. Teil I: 1933/34, Bd. 1, bearb. von Karl-Heinz Minuth, Boppard 1983, S.552.

7 Siehe etwa Schneider: Unterm Hakenkreuz, S.88-94; Willy Buschak: „Arbeit im kleinsten Zirkel“. Gewerkschaften im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Hamburg 1993, S.38-42; Ulla Plener: Theodor Leipart. Persönlichkeit, Handlungsmotive, Wirken, Bilanz - Ein Lebensbild mit Dokumenten (1867-1947). 1. Halbband: Biographie, Berlin 2000, S.267-284.

Leider gar nicht wird in der Literatur diskutiert, inwieweit bei jenem Taktieren des ADGB-Vorstands die (vermeintlichen) Erfahrungen in Italien eine (Vorbild-)Rolle spielten. Anfang Januar 1927 hatte der Vorstand des italienischen Gewerkschaftsbundes eine Auflösungserklärung abgegeben und bekam daraufhin eine sehr prekäre Existenz als Diskussions- und Forschungszirkel zu sozialen Fragen - sogar mit eigener Zeitschrift - zugesichert. Das erlaubte einen lockeren Zusammenhalt. (Dies war allerdings von vielen Gewerkschaftsführern mißbilligt worden, die - mit Anerkennung und Unterstützung durch den Internationalen Gewerkschaftsbund - den Kampf vom Ausland und in der Illegalität fortführten.).

8 Dem entsprechend ist es nicht einleuchtend, den ADGB-Kurs in jenen Monaten, der ja nicht erst am 31. Januar mit einem plötzlichen Bruch einsetzte, nicht als „Leipart-Kurs“, sondern als „Leuschner-Kurs“ zu bezeichnen, wie das Ulla Plener (S.282) im Nachklang zu Gerhard Beier meint.

Gewerkschaftsangestellter hervortraten⁹, zurück. Er war jedoch im April ADGB-Wortführer bei Gesprächen mit der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation sowie bei Versuchen, im internen Kreis mit den Führern der anderen Gewerkschaften (aus dem christlichen und liberalen Lager) über einen Zusammenschluß zu beraten.

So mag die Behauptung Seldtes, Leuschner wolle aus freien Gründen nicht nach Genf, den Zweideutigkeiten dieser Taktiererei geschuldet sein. Doch dieser selbst schrieb klipp und klar am 24. April an den Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), Walther Schevenels, unter Bezugnahme auf ein vorhergehendes Gespräch, über das leider nichts überliefert ist, daß „mir die Teilnahme an der Sitzung nicht genehmigt worden ist. Sie selbst können ja am besten die Lage ermessen. Ich wäre dankbar, wenn Sie die übrigen Freunde verständigen und unterrichten würden.“¹⁰

Und tatsächlich warf auch der französische Gewerkschaftsvorsitzende, Léon Jouhaux, gleich zu Beginn der Verwaltungsratssitzung am 27. April die Frage nach den Gründen für die Abwesenheit von Leuschner auf. Während der neue deutsche Regierungsvertreter Engel erklärte, man habe keinen Druck auf Leuschner ausgeübt, und in der gegebenen Situation billige die Regierung sein Verhalten, konnte von seiten der IAO nur bekanntgegeben werden, daß Leuschner an den Direktor eine einfache Absage telegraphiert habe. Jouhaux unterstrich allerdings, daß die Arbeitervertreter allein von der Arbeitergruppe gewählt seien und somit nicht von einer Regierung abgesetzt werden könnten.¹¹

Doch bevor die Nazis Leuschners Position in Genf angreifen konnten, mußten sie zunächst die „Gewerkschaftsfrage lösen“. Am 2. Mai erwiesen sich alle Hoffnungen des ADGB, irgendwie weitermachen zu können, als Illusion. Seine Einrichtungen wurden überall besetzt, zahlreiche Gewerkschaftsführer verhaftet.¹² Unter ihnen, mit weiteren Vorstandsmitgliedern, war Wilhelm Leuschner.¹³ Nach drei Tagen ließ man ihn jedoch frei. Er wurde sogar zu Robert Ley, dem Leiter der neuen Deutschen Arbeitsfront, bestellt. Denn es ging nun um die Vorbereitung der Internationalen Arbeitskonferenz im folgenden Monat, auf der Deutschland wieder mit einer „dreigliedrigen“ Delegation vertreten sein mußte. Wenn nun die Reichsregierung einen DAF-Vertreter wie Ley anstelle eines ADGB-Repräsentanten als Arbeitervertreter unterschieben wollte, war unvermeidlich, daß es dagegen Protest geben würde.

9 Siehe Detlev Brunner: *Bürokratie und Politik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1918/19 bis 1933*, Köln 1992, S.235-254 und 456-463.

10 Nachlaß Leuschner, Hessisches Staatsarchiv, O 29/35.

11 Minutes of the 62nd session of the Governing Body, Genf 1933, S.139f.

12 Dabei sei hier ausdrücklich hervorgehoben, daß dies die *freien* Gewerkschaften, also den ADGB, betraf. Zu den christlichen Gewerkschaften siehe weiter unten.

13 Eine Darstellung der dort erlittenen Torturen aufgrund des Berichts eines Mitverhafteten bei Leithäuser, Wilhelm Leuschner, S.109-115.

Tatsächlich war es auf den Internationalen Arbeitskonferenzen immer wieder zu Diskussionen über fragwürdige Mandate gekommen. Schließlich benannte die Charta der IAO ausdrücklich die Koalitionsfreiheit als eines der Grundprinzipien. Doch damit nahmen es nicht alle Staaten so „genau“. So hatte es seit der Arbeitskonferenz von 1923 ständig einen Konflikt um das italienische Arbeitermandat gegeben. Dieses war von der Mussolini-Regierung schon vor dem Verbot der Gewerkschaften stets einem Vertreter der faschistischen Korporationen übertragen worden und wurde regelmäßig von der Arbeitergruppe auf der Konferenz angestritten. Für den IGB war dies eine wichtige Aufgabe bei seiner Einflußnahme in der IAO; der Protest wurde immer von seinem Vize-Vorsitzenden und französischen Arbeiterdelegierten Léon Jouhaux vorgetragen, unterstützt oft von anderen maßgeblichen IGB-Führern. Eine ständige Koalition von Regierungs- und Unternehmervvertretern stimmte allerdings regelmäßig dagegen und bestätigte damit (bis zum italienischen Austritt im Jahre 1936) das Mandat. Doch allein schon die Infragestellung und die öffentliche Diskussion darüber waren dem italienischen Faschismus nicht angenehm.¹⁴

Vor diesem Hintergrund und angesichts des Nachfragens Ende April bei der Verwaltungsrats-Sitzung war den Nazis klar, was beim Auftritt Leys passieren mußte. Sicherheitshalber hatte die Reichsregierung Anfang Mai in Genf beim Direktor der IAO vorgefühlt, was man zu erwarten habe. Ganz diplomatisch wurde bedeutet, daß es zu einem Protest des IGB gegen einen neuernannten deutschen Arbeitervertreter kommen könne. Auf jeden Fall würde ein Fehlen Leuschners auf der der Konferenz vorausgehenden Verwaltungsratssitzung nicht ohne Folgen bleiben.¹⁵ Somit fanden die Nazis es nun in ihrem Interesse, diesmal Leuschner, dessen Verwaltungsrats-Mandat ja von der deutschen Regierung nicht einfach kassiert werden konnte, nach Genf zu schicken. Durch seine Anwesenheit und sicher auch durch eine entsprechende Stellungnahme, so war ihre Erwartung, würde er verbürgen, daß nun wirklich eine „neue Zeit“ für die deutsche Arbeiterschaft angebrochen sei.

Die Verwaltungsratssitzung am 6. Juni, zwei Tage vor Eröffnung der Konferenz, verlief daraufhin ganz in Routine. Leuschner war anwesend, äußerte sich aber nicht.¹⁶ Ley gehörte diesem Gremium ja nicht an, auch wenn die Nazis durch den deutschen Regierungsvertreter präsent waren. Doch die auf der Sitzung behandelten Fragen waren technischer und verfahrensmäßiger Natur. Die Lage in Deutschland wurde, angesichts der unmittelbar bevorstehenden Arbeitskonferenz, auch von den hier vertretenen IGB-Führern nicht aufgeworfen.

14 Diese permanente Konfrontation ist ausführlich dargestellt bei Renata Allio: *L'Organizzazione Internazionale del Lavoro e il sindacalismo fascista*, Bologna 1973.

15 Note on interview with Dr. Krohn, XR 24/1/2 (IAO-Archiv). In derselben Unterredung wurde versucht, massiv auf die Zusammensetzung des deutschen Personals bei der IAO Einfluß zu nehmen, u. a. durch die Auswechslung des Vertreters der IAO in Berlin, eines sozialdemokratischen Beamten. Doch wies der IAO-Direktor dies unter Verweis auf die Neutralität der IAO zurück.

16 Siehe Minutes of the 63rd session of the Governing Body, Genf 1933.

Zu ihr hatten sich nun die Nazis massiv angekündigt. Schließlich ging es ihnen um die Propagierung des „sozialpolitischen Fortschritts“ im „neuen deutschen Arbeiterstaat“, so die Zeitschrift der DAF in der Rückschau¹⁷, in Wirklichkeit darum, Hitler in der Anfangszeit der Diktatur einen so nötigen außenpolitischen Erfolg zu verschaffen. Insgesamt fünfundzwanzig Mann umfaßte die Delegation, die Arbeitsminister Seldte bereits Ende Mai in Genf angemeldet hatte.¹⁸ Dabei hatten die Nazis, um die von ihnen geplante Ausnutzung Leuschners noch besser gestalten zu können, diesen auch noch als technischen Berater des „Arbeiterdelegierten“ Ley angemeldet. Ein solcher Status war zwar an sich nichts Ungewöhnliches, da üblicherweise auch noch heute Delegierte - entsprechend der jeweiligen Gruppenzugehörigkeit - Fachleute für einzelne Fragen mitbringen. Doch hiermit sollte zweifellos Leuschners erhoffte Zeugen- und Bürgenfunktion unterstrichen werden. Denn er hätte sowieso schon an der Arbeitskonferenz aufgrund seiner Mitgliedschaft im Verwaltungsrat teilnehmen können. Er selbst erfuhr von dieser zweifelhaften Aufwertung seines Status erst auf der Verwaltungsrats-Sitzung und sah sich nicht mehr in der Lage, sich dem zu entwinden.¹⁹

Zudem hatten die Nazis sicherheitshalber auch noch einen Vertreter der christlichen Gewerkschaften, Bernhard Otte, mitgenommen. Die Einrichtungen der damals noch sehr bedeutenden christlichen Gewerkschaften waren am 2. Mai nicht besetzt worden. Statt dessen waren sie den Angeboten zur „freiwilligen“ Mitarbeit in der DAF in der Hoffnung nachgekommen, irgendwie darin „überwintern“ zu können. Mit Otte an der Spitze gab es sogar eine Vertretung im „Arbeitskonvent“ der DAF. Doch die daran geknüpften Erwartungen sollten sich natürlich bald als große Illusion herausstellen und waren auch auf starke Ablehnung bei einzelnen Führern mit Jakob Kaiser an der Spitze gestoßen.²⁰ Allerdings lag das Interesse Leys an der Mitnahme Ottes nicht nur darin, so die Lage in Deutschland schönzufärben, sondern zielte auch auf die christliche Gewerkschaftsinternationale ab, für die ihre deutschen Mitgliedsverbände eine wichtige Stütze waren. Sie war zwar traditionell nur schwach auf den Arbeitskonferenzen vertreten, doch gerade um ihre Vertreter war es immer wieder zu organisatorischen Konflikten mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund gekommen.²¹

Die weiteren sechs technischen Berater für den „Arbeiterdelegierten“ waren demgegenüber alte Nationalsozialisten und neubestallte Funktionäre der DAF.

Trotz solcher umfassender Vorbereitung bekam Ley gleich auf dem Weg zur Konferenzeröffnung in Genf am 8. Juni eine Ahnung davon, was ihm bevorstand. Als er entsprechend der pompösen Art, die er liebte, mit Hakenkreuzfahne auf dem

17 Ein Nachwort zur Internationalen Arbeitskonferenz, in: *Arbeitertum*, 15.7.1933, Nr. 10, S.18.

18 Der Brief im Archiv der IAO (D 617/200/24).

19 So im Bericht über die Konferenz in der von Léon Jouhaux herausgegebenen Zeitschrift *L'Atelier*, „Les Hitlériens à Genève. L'action du groupe ouvrier“, Mai-Juni 1933, Nr. 112-113, S.284-316, hier S.285.

20 Siehe Michael Schneider: *Die Christlichen Gewerkschaften 1894-1933*, Bonn 1982, S.757-762.

21 Siehe Patrick Pasture: *Histoire du syndicalisme chrétien international: la difficile recherche d'une troisième voie*, Paris 1999, S.117-124.

Dienstwagen und begleitet von SA-Männern, auf dem Gelände der Arbeitsorganisation vorfuhr, empfingen ihn dort tätige Arbeiter mit Antifaschismus ihrer Art. Da sich die SA-Begleiter weigerten, die noch nicht als staatliches Symbol international zugelassene Hakenkreuzfahne zu entfernen, entfernten sie sie unter Handgreiflichkeiten mit den SA-Leuten.²²

Unmittelbar nach Konferenzbeginn begannen die Proteste der Delegierten. Als Ley „im Namen von zehn Millionen deutscher Arbeiter“ die Wahl des italienischen Diplomaten Giuseppe De Michelis zum Tagungspräsidenten unterstützte²³ und sich dabei gegen die zuvor von Jouhaux begründete Enthaltung der Arbeiterdelegierten wandte, kam es zu einem ersten Schlagabtausch. Denn Jouhaux rief ihm zu, er sei Kommissar des Reichs zur Überwachung der Arbeiter, worauf der zur Delegation als „Angestelltenfachmann“ gehörende berüchtigte Gauleiter von Danzig, Albert Forster, ihm mit einem wohl proletarisch gedachten „Halt's Maul“ entgegnete.²⁴

Nach der Eröffnung im Plenum verlagerte sich der Konflikt sodann in die Arbeitergruppe. Dort rief der Anspruch Leys (sowie des italienischen „Arbeiterdelegierten“, worauf hier allerdings nicht weiter eingegangen werden kann) sofort erneuten heftigen Widerspruch vor allem von Jouhaux und Corneille Mertens hervor. Der belgische Gewerkschaftsvorsitzende und Vizepräsident des IGB leitete traditionell die Arbeitergruppe. Dabei ging es um die Nominierung der Arbeitervertreter in den verschiedenen, die Konferenzbeschlüsse vorbereitenden Konferenzkommissionen, d. h. konkret um die Beteiligung Leys. Die übergroße Mehrheit der Arbeitergruppe lehnte es ab, ihn für irgendeine Kommission zu nominieren. Dabei machte Ley zunächst sogar den demagogischen Vorschlag, dann halt Leuschner zu benennen. Der Konflikt eskalierte zu heftigen Wortgefechten.²⁵ Niemals zuvor habe die

22 Dies beschrieb der deutsche Vertreter auf der in diesen Monaten ebenfalls in Genf tagenden Abrüstungskonferenz des Völkerbundes in seinen Memoiren: Rudolf Nadolny: Mein Beitrag. Erinnerungen eines Botschafters des Deutschen Reichs, Köln 1985, S.241.

23 Tatsächlich hoben die Nazis sowohl im Konferenzverlauf wie in der Berichterstattung darüber immer wieder die „Kampf- und Gesinnungsgemeinschaft“ mit dem faschistischen Italien im Kampf gegen den „Marxismus“ hervor.

24 Record of Proceedings. 17th International Labour Conference, Genf 1933, S.12. Forsters Zwischenruf fehlt im offiziellen Protokoll, ist allerdings in einer internen Aufzeichnung der IAO zum gesamten Konflikt um Ley verzeichnet (D 617/200/24/1), der auch die weiteren Informationen über den Ablauf, soweit nicht anders gekennzeichnet, entnommen sind.

Forster war mehrere Jahre Angestellter des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes gewesen und nach dem 2. Mai von Hitler mit der „Gleichschaltung“ der Angestelltenverbände beauftragt worden. Siehe die ihn feiernde Nazi-Darstellung Wilhelm Löbsack: Gauleiter Albert Forster. Der deutsche Angestelltenführer, Hamburg 1934. Die kritische Biographie von Dieter Schenk: Hitlers Mann in Danzig: Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen, Bonn 2000, geht leider auf diese Seite seines Wirkens nicht weiter ein.

25 Unglücklicherweise sind die Protokolle und sonstigen Unterlagen der Arbeitergruppe nicht nur dieser Arbeitskonferenz im Archiv der IAO Anfang der 60er Jahre, als nur das „Wichtige“ verfilmt wurde, einfach vernichtet worden. Nur die Registraturkarte (D 617/323/1) blieb erhalten. Die bereits erwähnte interne Übersicht der IAO führt nur die stattgefundenen Sitzungen auf, ohne deren Ablauf darzustellen. Allerdings finden sich zahlreiche Berichte in der Presse, die auf Informationen von Delegierten beruhen, da die Gruppen ja hinter verschlossenen Türen tagten.

Konferenz eine solch heftige Auseinandersetzung erlebt, schrieb das gut informierte Journal des Nations in seinem Bericht.²⁶ Jouhaux erklärte zur Beschwerde Leys gegen seine „Diskriminierung“, niemals habe der Gefängniswärter das Recht, den Gefangenen zu vertreten. Ley gab sich empört: Wenn Jouhaux von den in die Konzentrationslager geworfenen Arbeitern rede, dann müsse er sagen, da säßen nur Verbrecher wie z. B. die Reichstagsbrandstifter. „Herr Leuschner und Herr Otte, die zu Ihnen gehören, der eine zu den Freien Gewerkschaften, der andere zu den Christlichen Gewerkschaften, können in Deutschland ebenso frei reden, wie Sie hier reden können. Sie können Ihnen auch bezeugen, wie es in Deutschland wirklich aussieht.“ In gespielter Großzügigkeit bot er Jouhaux an, dieser könne sich auf seine (d. h. Leys) Kosten in Deutschland umsehen.²⁷ Doch Jouhaux entgegnete, Leuschner sei nur freigelassen worden, um als Vorhang zu dienen. Im übrigen schätze er Deutschland und die deutschen Arbeiter. Ley habe ihm unterstellt, er betrachte die deutschen Arbeiter als Feinde. Das sei eine Lüge. Das Regime, das Ley vertrete, das sei der Feind.

Dennoch gelang es Ley, auf einem Umweg für eine Reihe von Kommissionen nominiert zu werden. Er konnte dabei eine auf Drängen der italienischen Faschisten im Vorjahr zustande gekommene Änderung der Geschäftsordnung ausnutzen. Denn auch der italienische „Arbeiterdelegierte“ war von der IGB-Mehrheit in der Arbeitergruppe immer boykottiert worden. Jetzt konnte aber eine Mehrheit in der Vorschlagskommission, die die Kommissionen zu den einzelnen Konferenzthemen festlegte, auch die Zusammensetzung der einzelnen Gruppenvertretungen, die bis dahin vollständig autonom bestimmt worden waren, abändern. Die dafür erforderliche Mehrheit bedeutete faktisch immer das Zusammengehen der Regierungs- und Unternehmergruppe, die sich aus politischen Gründen gegen die Mehrheitsentscheidung der Arbeitergruppe stellen wollten.²⁸

Und so ging man jetzt auch nach der Beschwerde Leys trotz des heftigen Protestes der Arbeitergruppe vor. Mertens erklärte schließlich für sie im Plenum, Ley würde in den Kommissionen, in die er nun gesetzt war, allein in seinem Namen sprechen, nicht als Vertreter der Arbeitergruppe. Konsequenterweise wurden deutschen Vertretern die Teilnahme an Beratungen der Arbeitergruppen der Kommissionen verweigert. Immerhin gelang es Ley nicht, in die wichtigste Kommission - zur Einführung der Vierzig-Stunden-Woche - aufgenommen zu werden.²⁹

Doch die Hauptauseinandersetzung stand noch bevor. Denn natürlich existierte auch eine Mandatsprüfungskommission, und der Internationale Gewerkschaftsbund,

26 Les 'ouvriers' fascistes et nazis, in: Journal des Nations, 10.6.1933. Das Journal des Nations war eine antifaschistisch ausgerichtete Tageszeitung zu Völkerbundfragen.

27 Die Rede Leys veröffentlichte der Völkische Beobachter, Nr. 161, 10.6.1933 unter dem Titel „Dr. Ley gegen die Herausforderung der II. Internationale“.

28 Landelius, Workers, Employers and Governments, S.291f. Siehe auch die Bemerkungen in: Les Hitlériens à Genève, S.287.

29 17th International Labour Conference, S.65. Die Protokolle und Materialien der Vorschlagskommission in D 617/500/1-3.

d. h. die große Mehrheit der Arbeitergruppe, hatte eine Anfechtung von Leys Mandat schon klar angekündigt. In einem offiziellen Schreiben am Eröffnungstag der Konferenz hatte man darauf hingewiesen, daß die traditionelle repräsentative deutsche Arbeitervertretung durch den ADGB ausgeübt worden war. Dessen Einrichtungen seien jetzt von der Polizei besetzt. Die Regierung habe einen Delegierten ohne irgendwelche Konsultationen ernannt. Das Mandat des deutschen Arbeiterdelegierten und seiner technischen Berater sei von der Konferenz nicht anzuerkennen.³⁰ Also hatten erst die Kommission und dann aller Voraussicht nach das Konferenzplenum über Leys Mandat zu diskutieren und abzustimmen. Auf ihrer ersten Sitzung am 9. Juni - bei der übrigens ebenso die Arbeitergruppe gegen das italienische Arbeitnehmermandat Beschwerde einlegte³¹ - wurde der Protest offiziell zur Kenntnis genommen. Er wurde dem deutschen Regierungsvertreter vorgelegt, doch dieser erklärte, dazu müsse er die Stellungnahme aus Berlin abwarten. Dort ließ man sich allerdings Zeit. Auf der zweiten Kommissionssitzung am 17. Juni war sie immer noch nicht eingetroffen und wurde nun erst für den 20. angekündigt. Jouhaux protestierte scharf gegen diese offensichtliche Verzögerungstaktik. Zudem unterbreitete er ein umfangreiches Dossier, das ausführliche Informationen zur Lage in Deutschland, zur Zerschlagung der Gewerkschaften und zur Bildung der DAF enthielt.³²

Und was tat Leuschner die ganze Zeit? Sein Erscheinen auf der Konferenz hatte zunächst durchaus irritierend gewirkt. Leuschner „verhielt sich sehr reserviert und mied fast jeden Verkehr mit sozialistischen Arbeitervertretern anderer Länder“³³, schrieb im Rückblick die „Neue Zürcher Zeitung“. Und auch das Journal des Nations hatte zunächst geschrieben, daß „seine Rolle uns wenig klar erscheint“.³⁴ Doch die Presse konnte nur sein öffentliches Auftreten registrieren. Und bei dem, was Ley persönlich in der Arbeitergruppe von ihm gefordert hatte, lag allerdings der Maßstab: Er sollte sich als Zeuge für die angeblichen Freiheiten der deutschen Arbeiter äußern. Tatsächlich kam aber kein einziges offizielles Wort über seine Lippen. Kein einziges Mal, weder im Plenum noch in den Kommissionen, meldete er sich zu Wort (wie übrigens auch Otte nicht). Angesichts dessen wurden beide hinter verschlossenen Türen massiv aufgefordert, sich endlich zu äußern. Im Herbst 1934 erklärte Ley, er habe „Otte und Leuschner vor der gesamten Abordnung klipp und klar gefragt, ob sie endlich gewillt seien, vor der Konferenz, dem internationalen Forum, die wahre Lage in Deutschland zu schildern, was sie beide ablehnten“.³⁵ Das Schweigen war somit für alle Konferenzteilnehmer berechtigt genug.

30 D 617/201/24 bzw. 17th International Labour Conference, S.486.

31 Die Protokolle in D 617/600/2.

32 Abgedruckt im Konferenzprotokoll: 17th International Labour Conference, S.486-490.

33 So im Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 25.6. über die Verhaftung Leuschners.

34 Les „ouvriers“ fascistes et nazis.

35 Zit. in Leithäuser, Wilhelm Leuschner, S.167. Auf S.123 wird sogar ein in Genf gemachtes Lockangebot an Leuschner, ihm einen führenden Posten in der Deutschen Arbeitsfront zu geben, erwähnt.

Auf der anderen Seite kann man, auch wenn das z. B. in der Presse aus offensichtlichen Gründen nicht berichtet wurde, wohl annehmen, daß Leuschner in informellen Kontakten seine Einschätzung der Lage in Deutschland darlegte, auch wenn sich davon in internationalen Gewerkschaftsarchiven, soweit bekannt, keine Spuren erhalten haben.³⁶ In öffentlichen Darstellungen, die nach dieser Konferenz und dem Konflikt um Ley gegeben wurden, ist erst recht nichts davon zu finden. Jouhaux's Zeitschrift „Atelier“ erwähnte seine Anwesenheit als Quasi-Geisel nur kurz, während Mertens ihn in seinem Bericht im belgischen Gewerkschaftsorgan nicht nennt.³⁷ Da war Leuschner aber schon von den Nazis verhaftet, und seine Verteidigung stand im Vordergrund, statt den Nazi-Apparat mit weiteren Informationen über ihn zu versorgen.

Jedenfalls war abzusehen: Im Plenum mußte über Leys Mandat diskutiert und abgestimmt werden, sobald sich die Mandatsprüfungskommission mit dem Einspruch der Arbeitergruppe beschäftigt hatte. Und die Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften würde dabei nicht schöngeredet werden können.

Doch eine besondere Wendung nahm dieser sich entwickelnde politische Zusammenstoß, als Äußerungen Leys bekannt wurden. Dieser hatte schon seit seiner Ankunft dem Beinamen „Reichstrunkenbold“ alle Ehre gemacht. Der bereits zitierte deutsche Diplomat Nadolny berichtet in seinen Erinnerungen: „Er bummelte die Nächte hindurch und erregte Aufsehen in Genf, das im allgemeinen ziemlich solide ist und früh zu Bett geht, indem er in den Morgenstunden auf der Straße sang und lärmte.“³⁸ Ob schon alkoholisiert oder nicht, jedenfalls erging Ley sich am Abend des Eröffnungstages, nach den ersten Zusammenstößen in der Arbeitergruppe, in einem Pressegespräch mit den deutschen Journalisten in rassistischen Bemerkungen über die ausländischen Vertreter, die ihn und den italienischen Delegierten in der Arbeitergruppe niedergestimmt hätten.

Dies war zwar eine geschlossene Veranstaltung gewesen, in die die Teilnehmer nur per Einladung gekommen waren. Doch angesichts der alle diplomatischen Regeln sprengenden Worte Leys liefen schnell Gerüchte umher. Schon am 10. berichtete das „Journal des Nations“ von dem Satz, es gebe „Delegierte eines Negerstamms, die

36 Während z. B. der Geschäftsbericht des Generalrats des britischen TUC zum Jahr 1933 zwar eine ausführliche Darstellung des Ablaufs der Arbeitskonferenz und des Konflikts um Ley (aber ohne Erwähnung Leuschners!) enthält (Report of Proceedings at the 65th Annual Trades Union Congress. Held at Brighton, September 4th to 8th, 1933, London 1933, S.169-171), findet sich in der Akte des TUC-Archivs zu dieser Konferenz (Modern Records Centre an der Universität Warwick, MSS 292/926.30/1) kein einziges Schriftstück zu Ley oder zu Leuschner. Das Archiv des Internationalen Gewerkschaftsbundes, bei Kriegsausbruch in Paris befindlich, ist dann beim deutschen Einmarsch verloren gegangen. Auch die im TUC-Archiv überlieferten internen Berichte über die Vorstandssitzungen des IGB liefern nichts weiteres dazu.

37 Les Hitlériens à Genève, S.285f.; Corn. Mertens: La XVIIe Session de la Conférence internationale du Travail, in: Le Mouvement syndical belge, 20.7.1933, Nr. 7, S.170-174, hier S.173.

38 Nadolny, Mein Beitrag, S.240. Ähnlich auch Leithäuser, Wilhelm Leuschner, S.121: „Man sah ihn, ständig angetrunken oder völlig alkoholisiert, Abend für Abend in den wenigen Genfer Bars, begleitet von Rudolf Schmeer, dem ‚Leiter des Führungsamtes der Deutschen Arbeitsfront‘“.

sind gekommen, weil man ihnen Bananen versprochen hat“. Die Zeitung mißverstand diese „freundlichen“ Worte als auf Jouhaux gemünzt.³⁹

Schnell wurden viel ausführlichere Zitate von Leys Auftritt bekannt. Am 12. Juni berichtete der Korrespondent der sozialdemokratischen „Danziger Volksstimme“ davon, und am 13. Juni machte das „Journal des Nations“ seinen Bericht in einer Übersetzung den Delegierten in Genf zugänglich. Danach hatten es Ley bei den Abstimmungen in der Arbeitergruppe besonders die Lateinamerikaner angetan. „Daß solche Idiotenstaaten hier dieselben Rechte haben wie Deutschland und Italien. Stellen Sie sich vor: Kuba! Uruguay! Bolivien! Was weiss ich, wie die alle heissen, diese Idioten von Südamerikanern! (...) Und was für eine Sorte von Menschen haben die! Gegenüber uns Kulturvölkern, Deutschen und Italienern! Und so was soll die gleichen Rechte haben wie wir! Das ist doch Marxismus in Reinkultur, diese verrückte Phrase, daß Alles, was Menschenantlitz trägt, gleich sei! Das muss immer wieder gebrandmarkt werden in der Presse! Wissen Sie, wenn wir früher die kommunistische Reichstagsfraktion betrachteten, dann hatten wir das Gefühl, daß sie aus lauter ausgesuchten Exemplaren von Zuchthäuslern bestand. Genauso war das heute in der Arbeitergruppe.“⁴⁰

Dies schlug wie eine Bombe ein. Sofort versammelten sich die Regierungsdelegierten aus Lateinamerika und verlangten eine Erklärung.⁴¹ Schon am Nachmittag desselben Tages kam ein erstes Dementi von Ley. Gleich zur Eröffnung der Plenumsitzung der Arbeitskonferenz ließ er es vom Tagungspräsidenten verkünden: Die Behauptungen seien falsch. Er habe nie eine Nation beleidigt.⁴² Kurz darauf wurde ganz offiziell in Berlin dasselbe von der Reichsregierung verkündet. Sie mißbillige grundsätzlich „jede Beleidigung der Arbeitnehmer irgendeines Landes“⁴³, womit dann auch solche Worte gar nicht gefallen sein konnten.

Zugleich rückte der Berichterstatter, Alfred Dang, in das Fadenkreuz der Nazis.⁴⁴ Dieser sozialdemokratische Journalist hatte früher für das SPD-Organ „Vorwärts“ und den Sozialdemokratischen Pressedienst aus Genf berichtet; ihm stand jetzt nur noch das sozialdemokratische Organ in der noch nicht völlig „gleichgeschalteten“ Freien Stadt Danzig zur Verfügung. Als akkreditierter deutscher Korrespondent war er zu Leys Presseauftritt eingeladen worden, bis mitten in der Konferenz auffiel, daß ein „sozialistischer Journalist“ anwesend war. Zwar wurde er daraufhin sofort vom Versammlungsleiter, dem Regierungsdelegierten Engel, gefragt, ob er „loyal“ berichten wolle, woraufhin er jede Verpflichtung, die nicht mit seinen journalistischen Überzeugungen im Einklang stehe, ablehnte. Doch Ley in seiner unbekümmerten Selbstsicherheit unterbrach das. Es gebe ja nichts geheimes, und

39 Les ‚ouvriers‘ fascistes et nazis.

40 Hier zitiert nach Une lettre de M. Dang, in: Journal des Nations, 14.6.1933, wo die am Vortrag in Übersetzung wiedergegebene Erklärung nun im deutschen Original veröffentlicht wurde.

41 L'émotion à la Conférence du Travail, Journal des Nations, 14.6.1933.

42 17th International Labour Conference, S.128.

43 Neue Zürcher Zeitung, 16.6.1933 (Mittagsausgabe).

44 Ebenda.

wenn er was unpassend kommentiere, so sei ja Forster - der Danziger Gauleiter - da. „Dann langen wir mal rüber“. Ganz offensichtlich hatte Ley die „Tonlage“ seiner Auslassungen, im Unterschied zu dem Ministerialbeamten Engel, nicht verstanden. Dieser kam sofort nach Schluß der Pressekonferenz zu Dang und sagte ihm, er solle die „lebhaften Äußerungen“ doch weglassen.⁴⁵

Doch Dang berichtete über das, was er gehört hatte. Eine heftige Kampagne gegen ihn sollte nun vom Wortlaut der Ley-Äußerungen ablenken. Er habe sich eingeschlichen, Vertrauen mißbraucht usw., was Dang mit seiner Darstellung der Pressekonferenz leicht widerlegen konnte. Zudem wurde eine Erklärung der „gleichgeschalteten“ deutschen Korrespondenten, die an der Pressekonferenz teilgenommen hatten, herausgegeben, in der er wegen „böswilliger Entstellung“ und „Schädigung des deutschen Ansehens“ angegriffen wurde, ohne daß ihm aber in der Sache irgend etwas nachgewiesen werden konnte.⁴⁶

Statt dessen hatten sich nicht nur zwei Teilnehmer der Pressekonferenz Dang zur Verfügung gestellt; ein weiterer äußerte ihm gegenüber auf die Frage, ob er korrekt informiert habe, nur, unter den gegenwärtigen deutschen Umständen könne er dies nicht beantworten. Unabhängig davon hatte sich auch Schevenels, der auf der Konferenz als Sekretär der Arbeitergruppe fungierte, bemüht, die Richtigkeit von Dangs Berichterstattung zu überprüfen und hatte zwei weitere Zeugen gefunden.⁴⁷ Daraufhin beschloß die Arbeitergruppe einstimmig - die Einsprüche gegen Leys Mandat und das seines italienischen Kollegen waren ja noch anhängig -, alle nichtoffiziellen Kontakte zu der deutschen Delegation abzubrechen und die ganze Angelegenheit vor das Plenum zu bringen.⁴⁸ Dem schloß sich der uruguayische Arbeiterdelegierte in einer eigenen Erklärung an.⁴⁹ Die lateinamerikanischen Regierungsdelegierten hielten sich zwar mit einer offiziellen Stellungnahme zurück. Doch wenn z. B. die „Neue Zürcher Zeitung“ vermelden konnte, daß „es unwahrscheinlich ist, daß die lateinamerikanischen Regierungsdelegierten Dr. Ley als Vertreter der deutschen Arbeitnehmer anerkennen werden“, ⁵⁰ so bestand über ihre Einstellung sicher kein Zweifel mehr.

Ley und seine engsten Mitstreiter in der Delegation waren sofort nach dem Publikwerden seiner Äußerungen nach Berlin gefahren, um dort zu klären, wie man aus dem diplomatischen Schlamassel unter Wahrung des Gesichts herauskommen könne.⁵¹ Am 16. Juni kehrte der Regierungsdelegierte Engel nach Genf zurück, um

45 Dang gab eine ausführliche Darstellung des gesamten Verlaufs im Journal des Nations vom 16.6.1933.

46 Genfer Pressevertreter über Dr. Dang, in: Berliner Tageblatt, 16.6.1933.

47 Siehe La réponse au Dr. Ley, in: Journal des Nations, 16.6.1933.

48 Siehe den Bericht über die Pressekonferenz von Mertens und die Erklärung in: Journal des Nations, 16.6.1933.

49 Siehe Une déclaration du délégué ouvrier de l'Uruguay, in: Journal des Nations, 17.6.1933.

50 Der Boykott gegen Dr. Ley, in: Neue Zürcher Zeitung, 16.6.1933 (Mittagsausgabe). Dabei war die überwältigende Mehrheit dieser Regierungen eigentlich sehr konservativ und keineswegs antifaschistisch eingestellt.

51 Laut Nadolny, Mein Beitrag, S.241, auf sein Anraten hin.

dort im Gespräch mit dem Konferenzpräsidenten De Michelis und dem IAO-Direktor Butler die Lage zu sondieren. Ihm wurde von beiden unmißverständlich klargemacht, daß neben der Arbeitergruppe auch die südamerikanischen Vertreter auf ihrer Ablehnung beharrten. Ley müsse abgezogen werden, die deutsche Delegation müsse eine offizielle Stellungnahme auf der Konferenz abgeben.⁵²

Damit war offenkundig, daß der deutschen Delegation eine diplomatische Niederlage - mindestens durch eine peinliche Entschuldigung, wahrscheinlich aber durch eine Mandatsablehnung - bevorstand. Dies mußte auch in Berlin zur Kenntnis genommen werden. Das Arbeitsministerium teilte der Reichskanzlei am 17. mit, aus außenpolitischen Gründen sei eine weitere Teilnahme Leys nicht mehr möglich, da eine „Reihe südamerikanischer Staaten, deren öffentliche Meinung uns nicht gleichgültig sein kann, sich in ihrem Nationalgefühl schwer gekränkt“ fühle.⁵³ Doch Ley war als einer der ältesten Kampfgefährten Hitlers nicht jemand, den man einfach desavouieren konnte.

Nach einer Blitzkonsultation mit Berlin teilte Engel am Abend des 18. Juni De Michelis und Butler mit, Deutschland wolle die Delegation von der Konferenz zurückziehen. Nur bei Erfüllung mehrerer Forderungen könne man noch einmal nachdenken. U. a. solle nicht weiter über Leys Verhalten diskutiert und sein Mandat anerkannt werden. Dann hieß es: Mertens solle sich für Angriffe auf Deutschland entschuldigen, die er in der Arbeitergruppe am 9. gemacht habe. Diese Forderung war ganz neu. Nur allzu durchsichtig versuchte man jetzt, mit einer nachgeschobenen Behauptung über Beleidigungen Deutschlands durch die IGB-Vertreter den Spieß einfach umzudrehen.

Als nach mehreren Beratungen und inoffiziellen Gesprächen klar wurde, daß all dies von der überwältigenden Mehrheit zurückgewiesen wurde, gab die deutsche Delegation am 19. mit einer Erklärung den Rückzug von der Konferenz bekannt, da sie beleidigt und in ihren Aktivitäten durch das Verhalten der Arbeitergruppe eingeschränkt worden sei. Das Büro der Konferenz stellte daraufhin fest, daß ihm bis dahin nichts über Beleidigungen der deutschen Delegation im offiziellen Rahmen der Konferenz bekanntgeworden sei, z. B. durch eine entsprechende deutsche Beschwerde, und gab damit zu erkennen, was es von dieser plötzlichen Behauptung hielt.⁵⁴ Da zu diesem Gremium auch der italienische Tagungspräsident gehörte, war dies für die Nazis um so ärgerlicher. (Hier waren natürlich außenpolitische Interessen Italiens gegenüber Lateinamerika berührt, wo es in einigen Staaten große Anteile italienischer Einwanderer gab.) Entsprechend konterte die deutsche Delegation einige Tage später mit einer erneuten Erklärung, in der man aber nichts anderes machte, als erneut von den schweren „Beleidigungen“ in der Arbeitergruppe zu sprechen, die von der Konferenz nicht zurückgewiesen worden seien.⁵⁵

52 Dabei half es auch nichts, daß eine Beschwerde über das Vorgehen der Arbeitnehmergruppe, die deutschen Vertreter nicht mehr zuzulassen, akzeptiert wurde.

53 Ein Auszug aus der Stellungnahme als Fußnote in Akten der Reichskanzlei, Teil I, Bd. 2, S.714f.

54 Die beiden Erklärungen in 17th International Labour Conference, S.680.

55 Deutsche Richtigstellung zu den Genfer Vorfällen, in: Völkischer Beobachter, Nr. 173, 22.6.1933.

Allerdings hatte die deutsche Delegation mit ihrer Rückzugserklärung übersehen, daß damit nicht automatisch die Mandate (und entsprechend der Einspruch gegen Ley) erledigt waren. Und sogleich verwies die Vorschlagskommission auf die weitere Beratung in der Mandatsprüfungskommission.⁵⁶ Dieses diplomatische Versehen wurde jedoch schnell korrigiert und der Konferenzleitung am 21. Juni auch noch offiziell das Erlöschen der Mandate mitgeteilt.⁵⁷ Es entstand zwar die Frage, ob ein solcher Vorgang, der in der Geschäftsordnung gar nicht vorgesehen war, überhaupt möglich sein könnte. Die Mandatsprüfungskommission kam jedoch zur Entscheidung, daß damit die Erörterung und Beschlußfassung über Ley hinfällig geworden sei. Wo es kein Mandat mehr gebe, könne auch nicht darüber abgestimmt werden.⁵⁸

Die Bekanntgabe dieses Beschlusses auf der Konferenz nutzte allerdings eine Reihe der Arbeiterdelegierten noch einmal zu ausführlichen Erklärungen. Mertens, Jouhaux und der Brite Arthur Hayday legten ausführlich die Gründe dar, die gegen Ley aufzuführen waren. Sie beschrieben das Verbot und die Verfolgung der Gewerkschaften durch die Nazis. Sie erklärten, wie sie früher immer die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland auch gegen die Kritik durch ihre eigenen Regierungen unterstützt hatten. Jouhaux fügte ironisch an, er sei noch vor kurzem von der französischen Rechten als Agent Deutschlands beschimpft worden, während er in diesen Tagen in der Nazi-Presse als Agent Frankreichs angegriffen werde.⁵⁹ Diesen IGB-Vertretern schloß sich ganz unzweideutig der als technischer Berater des niederländischen Arbeiterdelegierten anwesende Generalsekretär der christlichen Gewerkschaftsinternationale, P. J. S. Serrarens, an. Man habe immer wieder Probleme mit dem IGB wegen Mandaten auf der Arbeitskonferenz oder wegen der Zuordnung von christlichen Gewerkschaftern, die als technische Berater teilnahmen, zu Kommissionen gehabt. Solche Konflikte seien aber im wesentlichen nach parlamentarischen Maßstäben ausgetragen worden. Doch in Deutschland seien nun die Grundlagen der IAO verletzt worden. Und die deutsche Delegation sei einer Erörterung darüber ausgewichen, obwohl man sie ihr ebenso nach parlamentarischen Maßstäben - „ohne Einsatz von Sturmtruppen“ - zugestanden habe.⁶⁰

Hatten die Nazis zweifellos mit der IGB-Haltung gerechnet, so dürften Serrarens' eindeutige Worte sie um so mehr geärgert haben. Das Manöver mit Otte hatte schließlich darauf abgezielt, die zweifellos vorhandenen Konflikte zwischen beiden Gewerkschaftsinternationalen auszunutzen. Doch die Führung der christlichen Gewerkschaftsinternationale um Serrarens lehnte entschieden den Kurs auf die Mitarbeit in der DAF, wie sie ihre deutsche Mitgliedsorganisation noch versuchte, als völlig illusionär ab und wußte dabei, trotz deren starken Stellung in der Internationale, die Mehrheit hinter sich. Kurz nach der Konferenz enthüllte

⁵⁶ Siehe 17th International Labour Conference, S.493.

⁵⁷ Siehe ebenda, S.491.

⁵⁸ Siehe IAO-Archiv D 617/600/1 - 3.

⁵⁹ Siehe 17th International Labour Conference, S.227-232.

⁶⁰ Ebenda, S.232f.

Serrarens in einer Broschüre gegen die Nazis, Ley habe ihm sogar angeboten, weiterhin die deutschen Mitgliedsbeiträge für die christliche Gewerkschaftsinternationale zu überweisen. „Unsere Grundsätze sind auch nicht um 20000 Silberlinge käuflich.“⁶¹

Die politische Zurückweisung der Abgesandten Hitlers war somit eindeutig. Daran konnte auch nichts ändern, daß die Nazi-Presse das Verhalten des italienischen faschistischen Tagungspräsidenten De Michelis groß herausstellte. Dieser hatte sich, wenn auch etwas diplomatisch verklausuliert, nach den Redebeiträgen von Mertens, Jouhaux, Hayday und Serrarens von der Arbeitergruppe distanziert und dann kurz hinzugefügt, man hoffe, Deutschland werde bald wieder seinen ihm zukommenden Platz einnehmen. Diese „überraschende“ und „unangemessene“ Aufforderung war von eisigem Schweigen begleitet, hieß es im „Journal des Nations“.⁶² Die nationalsozialistische Propaganda sah darin jedoch gleich eine Art Erklärung der Konferenz, Deutschland solle zurückkommen.⁶³ Zugleich bemühte man sich, Deutschland als unschuldiges Opfer darzustellen. Der „Völkische Beobachter“ sprach von der Hetze der „versammelten Marxisten“ in Genf, die keine Diskussion der anstehenden Fragen gewollt hätten. Deutschland sei im übrigen seit Bismarck in der Sozialpolitik so fortgeschritten, daß es keine Belehrung nötig habe, im Gegenteil Vorbild für die Welt sei, und deshalb ruhig die Arbeitskonferenz verlassen und seine sozialpolitische Vorrangstellung ausbauen könne.⁶⁴

Eine riesige Kampagne wurde gestartet. Bereits zum Eintreffen der Delegation am Mittag des 21. Juni auf dem Anhalter Bahnhof ließ man Delegationen der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation aufmarschieren.⁶⁵ Am Abend fand eine Kundgebung der Deutschen Arbeitsfront im Berliner Lustgarten statt. Um zu zeigen, daß der Klassenkampf nun überwunden sei, sprach auch der deutsche Arbeitgeber-Delegierte - zum ersten Mal sei dies auf einer Arbeiterkundgebung möglich, wurde gerühmt.⁶⁶ Eine kommunistische Exilpublikation notierte entgegen den Erfolgsmeldungen - der „Völkischer Beobachter“ hatte 150.000 Teilnehmer gesehen -, daß es eine Zwangsdemonstration gewesen sei, der man das auch angesehen habe, und sprach von nur 30.000 bis 35.000 Teilnehmern. Die Arbeiter hätten sogleich nach ihrem Einmarsch auf dem Kundgebungsplatz die nächste

61 P. J. S. Serrarens: Die Revolution des Hakenkreuzes, Utrecht 1933, S.8. Im Vordergrund seiner heftigen Abrechnung stand dabei die „Rassenlehre“ des Nationalsozialismus, der er den christlichen Universalismus gegenüberstellte. Zugleich war es aber auch eine heftige Polemik gegen den Sozialismus/Marxismus, der genauso wie der Faschismus den Staat über alles setze.

62 24.6.1933.

63 Siehe einerseits das Protokoll 17th International Labour Conference, S.233f., und andererseits Die Arbeitskonferenz bittet um Rückkehr Deutschlands, in: Völkischer Beobachter, 25./26.6.1933, Nr. 176/177.

64 Die deutsche Arbeitervertretung verläßt die marxistisch gelenkte Arbeitskonferenz, 21.6.1933, Nr. 172.

65 Siehe Dr. Ley wieder in Berlin, in: Völkischer Beobachter, 22.6.1933, Nr. 173.

66 Siehe Der Protest der deutschen Arbeiterschaft. Gewaltige Massenkundgebung im Berliner Lustgarten gegen die Genfer Herausforderung, in: Völkischer Beobachter, 23.6.1933; Nr. 174, Role, Hitlers Stabsleiter der PO. Dr. Ley. Der Führer der Arbeitsfront, Berlin 1934, S.49f.

Gelegenheit benutzt, um nach Hause zu gehen.⁶⁷ Am 25. Juni wurde zusätzlich in München eine „Massenkundgebung“ durchgeführt, die hier - neben den „Marxisten“ - vor allem die christlichen Gewerkschaften als Angriffsziel hatte.⁶⁸

Doch in dieser Konfrontation um das deutsche Arbeitermandat hatte sich die Konferenz ja nicht erschöpft. Was war denn von der Propagierung des „sozialpolitischen Fortschritts“ im „neuen deutschen Arbeiterstaat“ geblieben? Das zentrale Konferenzthema war die Frage eines Übereinkommens zur sofortigen Einführung der Vierzig-Stunden-Woche auf internationaler Ebene, um damit der Weltwirtschaftskrise und der Massenarbeitslosigkeit zumindest ein Stück weit zu begegnen. Dies wurde in den ersten Konferenztagen diskutiert, als die deutsche Delegation noch anwesend war. Bezeichnenderweise schwieg Ley hierzu. Nur einer der beiden deutschen Regierungsvertreter äußerte sich: mit Ablehnung. Deutschland habe bereits sein Möglichstes zur Verkürzung der Arbeitszeit getan. Auch wenn man den Sinn in der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit anerkenne, könne man nicht zur sofortigen Einführung aufrufen. Die Reparationsverpflichtungen wurden genannt, auf das noch unbekannte Ergebnis der zur gleichen Zeit in London stattfindenden Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes wurde verwiesen.⁶⁹ Entsprechend stimmte die gesamte deutsche Delegation einschließlich Ley am 13. Juni gegen ein solches Übereinkommen.⁷⁰ Das SPD-Exil-Organ „Neuer Vorwärts“ brachte dieses Verhalten in der Überschrift seines Berichts auf den Punkt: „Arbeitsfront‘ gegen die Arbeiter“.⁷¹ Selbst das faschistische Italien habe für die sofortige Einführung der Vierzig-Stunden-Woche gestimmt.

Statt dessen beschloß die Konferenz, erst einmal mit einem Fragebogen Stellungnahmen bei den Regierungen für ein Übereinkommen auf der folgenden Konferenz einzuholen, was die übliche Prozedur für die Erarbeitung eines neuen Übereinkommens darstellte. Angesichts der Dringlichkeit des Problems war dies jedoch eine klare Ablehnung der Vierzig-Stunden-Woche. Entsprechend kompliziert waren die Verrenkungen, die der „Völkische Beobachter“ seinen Lesern vormachte: Einerseits sollte das nationalsozialistische Deutschland sozialpolitisch an erster Stelle, bestenfalls noch im Bündnis mit dem faschistischen Italien, marschieren, andererseits war genau das nicht geschehen. So wurde die Ablehnung als Teil der Bemühungen um die Verwirklichung der Vierzig-Stunden-Woche dargestellt.⁷²

Zweifellos hatten die Nazis alles andere als sozialpolitischen Fortschritt vor. Angesichts der Aufrüstung war eine Arbeitszeitverkürzung das genaue Gegenteil von

67 Siehe Pleite der Nazi-Lustgartenkundgebung, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, 30.6.1933, Nr. 22, S.727.

68 Siehe Massenkundgebung der Münchener Arbeiterschaft gegen die Vorgänge in Genf, in: Völkischer Beobachter, 27.6.1933, Nr. 178.

69 17th International Labour Conference, S. 57-59. Siehe auch Deutschlands Standpunkt zur 40-Stunden-Woche, in: Völkischer Beobachter, 11./12.6.1933, Nr. 163.

70 17th International Labour Conference, S.118f.

71 In: Neuer Vorwärts, 25.6.1933, Nr. 2.

72 „Beschlüsse auf der Genfer Arbeitskonferenz“, in: Völkischer Beobachter, Nr. 165, 14.6.1933.

dem, was sie wollten. Dies wurde dem Direktor der Arbeitsorganisation bei einem späteren Besuch in Berlin unverblümt gesagt.⁷³

Diese Frage machte nur einen Teil der Bemühungen auf der Konferenz aus, auch wenn Deutschland durch den Abzug der Delegation nun nicht mehr beteiligt war. Ein weiterer, angesichts der Weltwirtschaftskrise wichtiger Punkt betraf die Frage der Organisierung öffentlicher Arbeiten. Andere Tagesordnungspunkte betrafen die Abschaffung gewerblicher Arbeitsvermittlungen und die Einführung von Renten- und Invalidenversicherung. Doch ein auf der Konferenz von den Arbeiterdelegierten eingebrachter Resolutionsentwurf knüpfte direkt an die Herausforderung durch die nationalsozialistische Machtübernahme an. Unterzeichnet von Jouhaux, Mertens, dem niederländischen Gewerkschaftsvorsitzenden Evert Kupers und dem Schweizer Charles Schürch, wurde darin zur Hilfe für die Flüchtlinge aus Deutschland aufgefordert. Damit waren nicht direkt die politischen Flüchtlinge gemeint. Das hätte sofort als außerhalb der Kompetenz der IAO liegend zurückgewiesen werden können und war auch noch nicht das „quantitative Problem“. Es ging, wie in der Resolution ausgedrückt wurde, um die aus rassischen Gründen Verfolgten.

Noch expliziter sprach Kupers bei der Begründung von den „jüdischen Flüchtlingen“. ⁷⁴ Ironisch leitete er damit ein, daß weder Jouhaux, Mertens, Schürch noch er jüdischer Abstammung seien. Sie seien wie die gegenwärtigen deutschen Machthaber 100prozentig „arisch“, was aber auch das einzige sei, was sie mit ihnen gemein hätten und auch nicht notwendigerweise bedeuten müsse, völlig ohne humane Gefühle zu sein. In scharfen Worten benannte er u. a. mit Zitaten von Goebbels die antisemitische Grundeinstellung und die daraus erfolgten Vertreibungen. Dagegen stellte er eine lange Tradition der Aufnahme von Flüchtlingen, z. B. in den Niederlanden seit den iberischen Judenverfolgungen im 15. und 16. Jahrhundert, die Aufnahme der Hugenotten usw. Auch wenn so etwas nach neuer deutscher Begrifflichkeit Ausdruck einer „altmodischen“ Kultur sei, habe die IAO sich in den Jahren zuvor aus gutem Grund z. B. an der Hilfe für die russischen und armenischen Flüchtlinge beteiligt.⁷⁵ Gerade jetzt sei die IAO wieder gefragt, da es ja nicht zuletzt darum ging, den Flüchtlingen Arbeit zu verschaffen, und dies angesichts der weltweiten Massenarbeitslosigkeit. Nicht von ungefähr kamen die vier Unterzeichner aus den vier besonders betroffenen Nachbarländern Deutschlands.

Küpers folgten nicht nur weitere Arbeiterdelegierte, zunächst Jouhaux (der übrigens schon in seiner ausführlichen Ablehnung von Leys Mandatsanspruch auf die antisemitischen Verfolgungen hingewiesen hatte)⁷⁶, dann der Luxemburger und der

73 Siehe Harold Butler: *Der verlorene Frieden. Erinnerungen, Eindrücke, Erwartungen*, Zürich 1944, S.123.

74 Eine zeitgenössische Darstellung nennt für 1933 insgesamt etwa 51.000 jüdische und 9.000 nichtjüdische Flüchtlinge (John Hope Simpson: *The Refugee Problem. Report of a survey*, London 1939, S.140).

75 Siehe ebenda, S.203-207.

76 Siehe Anm. 29.

Kanadier und sogar einer der britischen Regierungsvertreter, der dabei auf die lange Tradition der Flüchtlingspolitik seines Landes verwies, aber vorsichtshalber auch betonte, damit keine politische Stellungnahme abgeben zu wollen. Nur der Vertreter der portugiesischen Diktatur sprach von einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes. Mit überwältigender Mehrheit von 80 gegen 2 Stimmen - Deutschland hatte sich ja inzwischen zurückgezogen - wurde die Resolution angenommen, die vor allem den Völkerbund zum Handeln aufforderte.⁷⁷ Dies war kein einfaches Verschieben⁷⁸, sondern darin drückten sich die Möglichkeiten der IAO angesichts der gemachten Erfahrungen aus. Auf einem anderen Blatt steht, daß die Völkerbundsbemühungen, die vier Monate später zur Errichtung eines Hohen Kommissariats für die Flüchtlinge aus Deutschland führten, sich als wenig erfolgreich herausstellen sollten.⁷⁹

Insgesamt war damit die Internationale Arbeitskonferenz für die Nazi-Propaganda zum großen Reinfluss geworden. Goebbels hatte nicht umsonst in seinem Tagebuch schon im Zusammenhang mit dem Abzug der Delegation notiert: „War auch nicht mehr erträglich.“⁸⁰

Der wesentliche Grund für das Scheitern der Nazi-Pläne lag aber nicht in der persönlichen Unfähigkeit von Ley.⁸¹ Zuerst war es das Schweigen von Leuschner und damit die Weigerung, in irgendeiner Weise etwas für die Nazi-Diktatur Entschuldigendes auszusagen, was die Nazi-Pläne durchkreuzte. Hätte er sich auch nur, um scheinbar Schlimmeres zu verhüten, von Leys Offerten breitschlagen lassen, hätten die Nazis einen beträchtlichen Erfolg errungen. Dies hätte natürlich nicht Jouhaux, Mertens und die anderen internationalen Gewerkschaftsführer überzeugt, die den öffentlichen Gegenpol zu Ley bildeten. Es hätte ihnen aber das Auftreten gegen die Nazis sehr erschwert und damit eine verheerende Auswirkung auf den Widerstand in Deutschland gehabt.

Leuschner selbst wurde in vertraulichen Gesprächen aufgefordert, in der Schweiz zu bleiben und von dort den Widerstand zu organisieren.⁸² Aber er hoffte noch, in der Illegalität im „Reich“ die einzelnen Gewerkschaftsgruppen zusammenfassen zu können. Er kehrte, natürlich getrennt von der deutschen Delegation, der er ja auch nur gegen seine Absicht zugeordnet worden war, über eine scheinbar sichere Nebenstrecke zurück, wo er aber doch sofort erkannt und verhaftet wurde. Für Monate verschwand er in den Kerkern des Regimes, ohne daß ihm je eine Anklage

77 Siehe 17th International Labour Conference, S.421-429, 687.

78 Dies ist die Einschätzung, die Fritz Kieffer: *Judenverfolgung in Deutschland - eine innere Angelegenheit? Internationale Reaktionen auf die Flüchtlingsproblematik 1933-1939*, Stuttgart 2002, S.40, gibt, wobei er auf die Flüchtlingsarbeit der IAO von 1924 bis 1930 nicht eingeht.

79 Ausführlich zum Tauziehen im Völkerbund in Herbst 1933 ebenda, S.41-44. Ein Gesamtüberblick über die internationalen Flüchtlingsinstitutionen in der Zwischenkriegszeit bei Simpson, S.191-226.

80 Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, Teil I, Bd. 2, München u. a. 1987, S.436.

81 Wenige Tage später notierte Goebbels (S.443): „Mit Heß ernsthaft über Leys ... gesprochen.“ Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um als ausgelassenes Wort „Trunksucht“ oder ähnliches zu vermuten.

82 Leithäuser, Wilhelm Leuschner, S.124.

gemacht wurde. Dafür ließ Ley seine ganze Wut über das Verhalten Leuschners in zahlreichen Äußerungen deutlich werden.⁸³ Leuschner selbst antwortete er, als dieser aus der Haft an ihn schrieb, um die genauen Vorwürfe zu erfahren: „Es stand Ihnen frei, nicht mit nach Genf zu fahren. Wenn Sie aber mitführen, mußte Ihnen klar sein, daß es für ein Mitglied der deutschen Delegation keine Neutralität gab, sondern einen bedingungslosen Einsatz. Sie geben selbst zu, sich zurückgehalten zu haben. Schon dadurch allein ist bewiesen, daß Sie Ihre Pflicht nicht erfüllt haben.“⁸⁴ Sofort nach Bekanntwerden der Verhaftung, noch auf der Konferenz selbst, forderte Jouhaux zweimal die sofortige Freilassung und verwies dabei auf Leuschners Status als Verwaltungsratsmitglied.⁸⁵ Die internationale Gewerkschaftsbewegung erinnerte ständig an sein Schicksal. Der einen Monat nach der Arbeitskonferenz stattgefundenen IGB-Kongreß in Brüssel verabschiedete eine entsprechende Resolution. Insbesondere wurde an die IAO appelliert, sich für ihr Verwaltungsratsmitglied einzusetzen. Zweimal wurde auch in diesem Gremium, im Oktober 1933 und im Januar 1934, auf Intervention von Jouhaux dazu Stellung genommen.⁸⁶ Die Nazis nahmen die Vorstöße der IAO durch ihren Direktor Butler, der in Berlin informell vorföhlte, zwar durchaus zur Kenntnis, doch inzwischen glaubte man sich bereits so fest im Sattel, daß internationale Rücksichtnahmen nicht mehr für nötig erachtet wurden. Zu einer entsprechenden Haltung kam eine Ministerbesprechung bei Hitler im September. Im übrigen erklärte man, Leuschners Verhaftung habe nichts mit seiner Tätigkeit für die IAO, sondern mit seinem Verhalten in Deutschland zu tun.⁸⁷ Zudem kündigte die deutsche Regierung im Oktober 1933 mit dem Austritt aus dem Völkerbund die Mitgliedschaft in der Internationalen Arbeitsorganisation auf. Als Jouhaux im Januar 1934 damit argumentierte, Leuschners Mitgliedschaft im Verwaltungsrat beruhe auf einem Mandat der Arbeitergruppe, nicht auf einem Staat, mußte Leuschner im Februar 1934 dem Direktor der IAO offiziell die Aufgabe seines Sitzes mitteilen. Seine Adressenangabe - „z. Zt. KZ Papenburg“ - sagte alles

83 Dabei machte Ley als Mensch ohne jegliche Selbstkontrolle und Selbsteinschätzung intern ebenso führende Beamte des Reichsarbeitsministeriums, darunter seinen Mitdelegierten Engel, für die Blamage verantwortlich. Siehe Anm. 2.

84 Leithäuser, Wilhelm Leuschner, S.126-129. Wie wenig die Nazis diese Niederlage verwanden, zeigt die Darstellung in den offiziellen Biographien von Ley (Role, Hitlers Stabsleiter, S.47-49) und Forster (Löbsack, Gauleiter, S.88).

85 Siehe 17th International Labour Conference, S.269f., 472. - In einem Fall mußte er sich von dem italienischen Tagungspräsidenten sagen lassen, das habe nichts mit der Tagesordnung zu tun.

86 Siehe Bericht über den Sechsten Ordentlichen Internationalen Gewerkschaftskongress in Brüssel. Abgehalten vom 30. Juli bis 3. August 1933 im Palais des Beaux-Arts, Paris 1933, S.366f.; Minutes of the 64th session of the Governing Body, Genf 1933, S.318, 360-364; Minutes of the 65th session of the Governing Body, Genf 1934. S.6, 73f.

87 Akten der Reichskanzlei, Teil I, Bd. 2, S.735; Brief Butlers an Schevenels vom 5.9.1933, IAO-Archiv XRG 1/6. Unter den Akten Butlers im IAO-Archiv befindet sich eine ganze Mappe mit weiteren Briefen (XD 3/24/2), die seine Bemühungen um die Freilassung dokumentieren.

über seine Möglichkeiten aus.⁸⁸ Im Juni 1934 wurde er jedoch freigelassen. Vielleicht wollte man so eine erneute öffentliche Erörterung seines Falles auf der in diesem Monat stattfindenden Arbeitskonferenz verhindern.

Leuschners weiterer Weg ist bekannt. Er verwirklichte seine Absicht, ein breites informelles Netz aus seinen alten Gewerkschaftskontakten zu knüpfen.⁸⁹ Es gab wohl auch lockere Kontakte zur internationalen Gewerkschaftsbewegung.⁹⁰ Vor allem nach Kriegsausbruch wurde er zu einem der wichtigsten Organisatoren des Widerstandes und spielte eine herausragende Rolle bei der Vorbereitung des 20. Juli. Bei einem Gelingen hätte er als Vizekanzler und Führer neuer Gewerkschaften eine Schlüsselrolle gespielt. Für das Scheitern bezahlte er mit seinem Leben.

Aufgrund seiner weniger bedeutenden Funktion hatte auch Otte im geringeren Ausmaß seinen Teil zum Durchkreuzen der Nazi-Pläne beigetragen. Obwohl er die kompromißlerischen Kräfte unter den christlichen Gewerkschaften anführte und sogar mehrmals Ley offiziell im Konferenzplenum vertreten hatte (ohne sich allerdings sonst zu äußern), bekam auch er dessen Wut zu spüren. Auf der Kundgebung im Lustgarten kündigte Ley gerade unter Berufung auf Ottos Verhalten (oder besser Nicht-Verhalten) in Genf die Abrechnung mit den christlichen Gewerkschaften an. Deren Vertreter wurden aus der DAF ausgeschlossen, am 24. Juni ihre Büros besetzt.⁹¹ Doch bevor Otte eine ähnliche Rolle unter den christlichen Gewerkschaftern hätte spielen können, wie sie schon Jakob Kaiser eingenommen hatte, starb er im Oktober 1933 an den Folgen eines Autounfalls.

Zweifellos stellte die Genfer Blamage nur eine Episode in Hitlers Weg zum Weltkrieg dar, auch wenn sie für das Nazi-Regime den ersten Schritt im Bruch mit dem verhaßten „Genfer System“ darstellte. Im Vergleich zu anderen internationalen Konferenzen jener Monate (Weltwirtschaftskonferenz und Abrüstungskonferenz) war die Arbeitskonferenz nicht von großer Tragweite. Allerdings kam es nur hier zu einer öffentlichen Zurückweisung der Nazi-Diktatur und erregte ein entsprechend großes internationales Echo, auch wenn die heutige wissenschaftliche Literatur zur deutschen Außenpolitik sie zumeist übergeht.

Daß sie einen solchen Ausgang fand, hatte sicher daran gelegen, daß hier nicht allein Berufsdiplomaten das Wort führten. Ohne die internationalen Gewerkschaftsführer

88 Nachlaß Leuschner O 29/35. Seine Verlegung aus einem Zuchthaus ins KZ war im November erfolgt, offensichtlich auch eine Folge des deutschen Austritts aus der IAO, womit er für irgendwelche Operationen ihr gegenüber nicht mehr interessant war.

89 Siehe die Skizze bei Buschak, „Arbeit im kleinsten Zirkel“, S.239-259. Siehe auch die zahlreichen Hinweise in Bd. 5 der Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert: Die Gewerkschaften im Widerstand und in der Emigration 1933-1945. Bearbeitet von Siegfried Mielke und Matthias Frese, Köln 1999.

90 Im März 1936 schrieb er z. B. einen Brief an den IGB-Vorsitzenden Walter Citrine. Leider befindet sich im TUC-Archiv (292/943/3) nur eine Mitteilung des Überbringers an Citrine, aber nicht der Brief selbst.

91 Ausschuß der Führer der christlichen Gewerkschaften aus der Arbeitsfront, in: Völkischer Beobachter, 24.6.1933; Nr. 175; Besetzung der christlichen Gewerkschaften, 25./26.6.1933, Nr. 176/177. Siehe auch Schneider, Die Christlichen Gewerkschaften, S.762.

als Delegierte, allen voran der Franzose Jouhaux, Friedensnobelpreisträger des Jahres 1951, wäre Hitlers Abgesandten nicht Paroli geboten worden zu einer Zeit, da die offizielle Außenpolitik der Weltmächte ihnen noch lange entgegenkam. Es scheint sogar, daß die britische Diplomatie zu Beginn der Konferenz versucht hatte, bei der französischen und belgischen Regierung für die Zustimmung zu Leys Mandat zu werben.⁹² Dagegen kann sich die internationale Gewerkschaftsbewegung anrechnen, daß sie rechtzeitig, ohne diplomatische Rücksichtnahme, die politische Unterdrückung und den antisemitischen Rassismus anprangerte und zu Gegenmaßnahmen aufrief.

Vielleicht klingen die Worte von Otto Wels heute pathetisch, als er, kaum waren die ersten Nachrichten über die Arbeitskonferenz bekanntgeworden, für den Exilvorstand der SPD aus Prag ein Danktelegramm an die Arbeitergruppe schickte.⁹³ Doch dürften sie die Haltung derjenigen, die nun im Widerstand waren, ausgedrückt haben (wogegen übrigens die noch bis 21. Juni bestehende, auf die Legalität hoffende Rumpforganisation der SPD in makabrer Weise protestierte⁹⁴). Sie hätten den Protest in Genf „mit lebhaftester Teilnahme“ verfolgt: „Dafür ist Euch der Dank aller freiheitlichen Menschen in Deutschland gewiß.“

92 Dies wäre dann im Rahmen der Vorbereitung des im darauffolgenden Monat abgeschlossenen Viererpaktes zwischen Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien zu sehen, mit dem Hitler eine erste große Anerkennung erlebte. Siehe die Hinweise auf das Gerücht und das schnell erfolgte, aber sofort angezeifelte britische Dementi in *Journal des Nations*, 11.6. und 13.6. sowie in der Tageszeitung des französischen Gewerkschaftsbundes, *Le Peuple*, 15.6., die das mit den Worten kommentierte, man sei sich sicher, daß es die britische Regierung mit der Wahrheit so halte wie Ley.

93 Abgedruckt in: *Internationale Informationen*, 21.6.1933, Nr. 34, S.311f.

94 Im Protokoll der Parteikonferenz, den diese in Opposition zum Exilvorstand stehende Rumpforganisation am 19. Juni abhielt, hieß es: „In der Debatte war die Mehrheit scharf für die Trennung auf jeden Fall. Eine große Rolle spielte das Telegramm und der Brief von Wels nach Genf und an die Internationale.“ (Hagen Schulze [Hrsg.], *Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/33*, Bonn 1975, S.194-198, hier S.195.) Die Nazi-Propaganda hatte in ihrer wütenden Reaktion auf das Telegramm diese Haltung begierig aufgegriffen. (Siehe *Neue Greuel-Hetze der SPD-Leitung* in Prag. Wels hetzt die Genfer Arbeitskonferenz gegen Deutschland auf, in: *Völkischer Beobachter*, 16.6.1933, Nr. 167. - Über die Hintergründe in der SPD in diesen Wochen siehe Schneider, *Unterm Hakenkreuz*, S.107-117).

Biographisches

„Ganz im Dienst für andere aufgegangen“ – Clara Sahlberg (1890 – 1977)

Gisela Notz

Clara Sahlberg war eine der evangelisch-sozial geprägten Frauen und Männer, die nach der Jahrhundertwende die interkonfessionell angelegten christlichen Gewerkschaften mit prägten. Angeregt durch Margarete Behm, die den Gewerkverein der Heimarbeiterinnen, eine ausschließlich aus Frauen bestehende Gewerkschaft, leitete, begann sie vor dem Ersten Weltkrieg ihre Gewerkschaftsarbeit. Das war Schwerstarbeit, denn die Heimarbeiterinnen gehörten zu den Arbeiterinnen, die unter himmelschreienden Arbeitsbedingungen zu leiden hatten und schwer zu organisieren waren. Selbstlosigkeit bestimmte ihr Leben, das über die Weimarer Republik und die Nazi-Schreckensherrschaft hinaus bis in die deutsche Nachkriegsdemokratie reichte. Stets war sie zur Stelle, wo Hilfe verlangt wurde, ganz ging sie im Dienst für andere auf. So jedenfalls behaupten es die Chronisten.¹ „Beharrlich und zäh, aber nie laut“, ist der Titel einer kleinen Broschüre, die ihr Leben nachzeichnet.²

Kindheit im Kaiserreich

Am 3. Juli 1890 wurde Clara Sahlberg in Rixdorf bei Berlin³ als (Zweit)Älteste⁴ von neun Geschwistern in ein Leben hineingeboren, das nichts als Mühsal war. Ihren Vater, Richard Sahlberg, verlor sie früh. Der Malergeselle starb bereits zirka 1905.⁵ Armut und die sozialen Konflikte dieser Zeit prägten ihre Kindheit. Sie teilte von Kindesbeinen an die Sorgen der Mutter Alwine, geb. Lucas, die sich mit Heimarbeit und jämmerlichem Lohn durchschlagen mußte. Schon als Kind half Clara der Mutter, die Last der vaterlosen Familie zu tragen. Sie wurde Vorbild und Halt für ihre jüngeren Geschwister, die eine zweite Mutter in ihr sahen. Eine besonders enge Beziehung verband sie noch über Jahrzehnte mit dem sieben Jahre jüngeren Bruder Fritz, der zur Zeit der Weimarer Republik nach Brasilien auswanderte, weil er in Deutschland keine Erwerbsarbeit bekommen konnte.⁶

1 Siehe Clara Sahlberg 1890-1977, in: Dieter Schneider: Sie waren die ersten. Frauen in der Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1988, S.285-294.

2 Brigitte Kassel: Beharrlich und zäh, aber nie laut. Clara Sahlberg 1890-1977, Stuttgart 1997.

3 Seit 1920 gehört Rixdorf zu Berlin.

4 Schneider schreibt, sie war das älteste Kind; nach Kassel war sie das zweitälteste.

5 Siehe Kassel, Beharrlich, S.8.

6 Siehe ebenda, S.10.

Im Jahre ihrer Einschulung erlebte sie 1896 den großen Streik der Berliner Konfektionsarbeiterinnen und -arbeiter, der sich hauptsächlich in den Wohnquartieren abspielte, denn sie waren die Arbeitsstätten für die Heimarbeit. Und die verrichteten vor allem Frauen und Kinder. Clara Sahlbergs Mutter gehörte zu den 24.000 Streikenden.⁷ Der Streik konfrontierte eine breite Öffentlichkeit mit den Verhältnissen der Heimarbeiterinnen. Es war das erste Mal, daß größere Bevölkerungsschichten diese Zustände als menschenunwürdig empfanden, ganz offensichtlich auch Menschen, die sich sonst nicht gerade als „Arbeiterfreunde“ auszeichneten. Viele waren ungehalten über die Zügellosigkeit, mit der die Arbeitgeber die Notlage der Arbeiter und Arbeiterinnen ausnützten. Mit der Heimarbeit sparten die Unternehmer die Aufwendungen für Werkstätten, Arbeitsplätze und Werkzeuge. Die Rohstoffe rechneten sie den Heimarbeiterinnen meist zu hohen Preisen an und zahlten Löhne, die wesentlich niedriger waren als die, die in den neu errichteten Industriebetrieben gezahlt wurden. Weite Kreise der Berliner Bevölkerung schienen durch den Streik aufgewühlt, und selbst im Deutschen Reichstag zeigten fast alle Parteien Anteilnahme für die Näherinnen.

Gewerkschaftlich organisiert war freilich nur ein geringer Teil der kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter. Frauen, vor allem Näherinnen und da besonders Heimarbeiterinnen, galten und gelten noch als schwer organisierbar. Der Streik, der vom 10. bis 21. Februar 1896 dauerte, war von der freigewerkschaftlichen Berliner Gewerkschaftskommission organisiert worden. Er endete mit einem Vergleich vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts. Viele Arbeiterinnen, die während des Streiks in die Gewerkschaften eingetreten waren, waren enttäuscht oder fürchteten Repressalien und traten wieder aus.⁸ Clara Sahlbergs Mutter blieb offensichtlich Gewerkschaftsmitglied. Der Streik war nicht völlig folgenlos. 1897 wurde als Reaktion auf die Arbeitsniederlegung eine Verordnung des Bundesrates erlassen, nach der die Vorschriften der Gewerbeordnung über die Arbeitszeit von Kindern und Jugendlichen auch auf Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion auszudehnen waren. Das war ein erster bescheidener Schritt auf einem langen Weg, der gegangen werden sollte, um die Einsicht des Gesetzgebers für die Notwendigkeit zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der am meisten diskriminierten Arbeiterinnen zu schärfen.

Von ihrer Mutter übernahm Clara Sahlberg offensichtlich den evangelisch-christlichen Glauben, aber auch die Überzeugung, daß man sich gegen Ungerechtigkeit zur Wehr setzen muß. Sie wuchs in einer Heimarbeiterfamilie auf, in der die Wohnstube zugleich Arbeitsplatz war. Die Mutter arbeitete bis zu achtzehn Stunden täglich und bekam dafür nur einen Stundenlohn von achtzehn Pfennig. Mit sechs Jahren ging Clara Sahlberg zur Volksschule der Herrnhuter Brüdergemeinde, eine Schule, die danach strebte, die urchristliche Brüderlichkeit zu verwirklichen und in der „alle alles“ lernen sollten. Bevor sie zur Schule ging und

⁷ Siehe Schneider, Sie waren die ersten, S.287.

⁸ Siehe ebenda, S.288.

auch während der Unterrichtszeit, trug Clara Zeitungen aus, paßte auf die Geschwister auf und arbeitete schon als Kind selbst als heimarbeitende Näherin. Die Schule mußte sie nach dem Abschluß der Volksschule beenden, weil der Familie das Geld fehlte, um ihr eine weiterführende Ausbildung zu ermöglichen. Wie schwer das Los der Familie war, wird daraus deutlich, daß die 1899 geborene zweitjüngste Tochter zur Adoption an Verwandte gegeben wurde.

Erste Erwerbsarbeit und Eintritt in die Gewerkschaft

Wie ihre Mutter war Clara Sahlberg deutsch-national, vaterländisch und kaisertreu. Wie ihre Mutter erlernte sie das Schneiderhandwerk. Zu dieser Zeit war es für eine junge Frau keinesfalls selbstverständlich, eine Lehre zu machen. Aus einer zeitgenössischen Untersuchung geht hervor, daß 1912 nur 21 Prozent der Heimarbeiterinnen eine Lehrzeit von mehr als sechs Monaten absolviert hatten.⁹ Die meisten arbeiteten als ungelernte Näherinnen. Es mag auf die persönlichen Erfahrungen ihrer alleinerziehenden Mutter zurückzuführen sein, daß Clara Sahlberg eine Ausbildung absolvieren konnte. Daneben besuchte sie, wie viele der später gewerkschaftlich Aktiven, Abendkurse in Stenographie und Schreibmaschine an der Handelsschule. Sie hörte sogar Abendvorlesungen in Volkswirtschaft an der Friedrich-Wilhelm-Universität in Berlin. 1909, als Frauen sich auch in Preußen organisieren durften, trat sie im Alter von 19 Jahren - wieder dem Beispiel ihrer Mutter folgend - dem Gewerkverein der Heimarbeiterinnen bei. Sie hatte erkannt, daß man, auf sich alleine gestellt, die bestehenden Mißstände nicht ändern kann. Sie war stolz auf ihren Beruf und darauf, daß sie sich selbständig ernähren und obendrein zum Unterhalt ihrer Familie beitragen konnte. Später sagte sie, sie habe vor der Frage gestanden: „Willst Du Wohlfahrtspflegerin werden oder ein Recht für dich in Anspruch nehmen?“¹⁰ Sie entschied sich mit der „ihr eigenen Umsicht und Tatkraft für den harten und an Enttäuschungen gewiß nicht armen Weg des Kampfes für eine bessere Zukunft, in der die arbeitende Frau den ihr zukommenden Platz in der Gesellschaft einnimmt.“¹¹ Als Wohlfahrtspflegerin hätte sie es allerdings auch nicht leichtgehabt.

Der Gewerkverein hatte damals gerade 6.476 Mitglieder, die hauptsächlich aus Berlin stammten. Er war 1900 als eine rein evangelische Frauenorganisation konzipiert worden. Sein Ziel war es, kirchlich-konservativen Einfluß auf die Frauen zu gewinnen und den christlichen Geist in Herz und Haus der Heimarbeiterinnen hineinzutragen und zu stärken.¹² Die Gründerinnen waren Frauen aus der Mittelschicht, die in einer kirchlich geprägten sozialen Gruppe aktiv für sozial Gefährdete und Bedrängte eintreten wollten. So sahen sie offensichtlich die Heimarbeiterinnen.

9 Käthe Gaebel hatte 1912 für den Gewerkverein der Heimarbeiterinnen eine entsprechende Untersuchung erstellt. Siehe *Die Heimarbeiterin*, 13. Jg., Nr. 9, September 1913.

10 Zit. nach *Welt der Arbeit* vom 6.12.1957.

11 Ebenda.

12 Siehe Brigitte Kerchner: *Beruf und Geschlecht. Frauenberufsverbände in Deutschland 1848-1908*, Göttingen 1992, S.245.

Der Gewerkverein wurde geleitet von Margarete („Muttel“) Behm, einer Lehrerin, die ihren Beruf aufgegeben hatte, um gemeinsam mit ihrer Lebensgefährtin Therese de la Croix Gewerkschaftsarbeit für organisierte Arbeiterinnen zu leisten. Ein Jahr später begab sich der Gewerkverein unter das Dach des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Der wesentliche Unterschied zwischen christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften war, daß die christlichen den Klassenkampf als Mittel zur Beseitigung der Klassegegensätze ablehnten. Anders als ihre sozialdemokratischen KollegInnen sahen sie Kapital und Arbeit nicht als widersprüchliche Institutionen, sondern als zwei aufeinander angewiesene Faktoren der Produktion. Die Idee der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, daß sie „Arbeiterinnen in derselben Weise in das öffentliche Leben hineinziehen sollen wie die Männer“ und daß sie „in jeder Beziehung im wirtschaftlichen Leben gleichberechtigt auftreten“ sollen, lehnten die christlichen Gewerkvereine ebenfalls ab.¹³

Der Gewerkverein der Heimarbeiterinnen Deutschlands, in dem ausschließlich Frauen organisiert waren, lehnte sogar Arbeitskämpfe in Form von Streiks als eine „furchtbare“ und „vernichtende“ Waffe ab. Er wollte Rücksicht nehmen auf die Ängste der Heimarbeiterinnen vor Einkommensverlusten, die mit Arbeitsverweigerungen verbunden waren. Clara Sahlberg schloß sich dieser Meinung an, obwohl ihre Mutter sich bereits 1896 an dem großen Heimarbeiterinnenstreik beteiligt hatte. Nach der Meinung der Wohltäterinnen sollten die organisierten Frauen „verständiges, friedliches Verhandeln“ bevorzugen, was ihnen sogar von Unternehmerseite mitunter Spott einbrachte. Bereits 1907 hatte ein Berliner Großkonfektionär in einer Tarifverhandlung gefragt: „Warum ist Ihre Organisation immer nur eine Organisation des Wortes und nie eine der Tat? Auf die Art werden Sie nie ernstlich vermögen, Einfluß auf die Besserung der Verhältnisse in der Heimarbeit zu gewinnen.“¹⁴ Die Funktionärinnen waren jedoch in ihren weiblichen Rollenklischees gefangen: Frauen - so ihre Position - liebten nicht den offenen Kampf, sondern seien auch in der Arbeitswelt und im Umgang mit den Arbeitgebern an Harmonie und friedlichem Einvernehmen interessiert.

Es waren sowohl der eigene Wunsch, praktische soziale Arbeit zu leisten, als auch die „mütterliche“ Persönlichkeit Margarete Behms, die Clara Sahlberg - ebenso wie viele andere Heimarbeiterinnen - in den Bann zogen.¹⁵ Ab 1911 wurde Clara Hilfskraft in der Hauptgeschäftsstelle des Gewerkvereins, und bereits 1912 gelangte sie in den Hauptvorstand der Organisation.¹⁶ Ihre Tätigkeit als Näherin gab sie auf. Angesichts der Übermacht der bürgerlichen Frauen, die im Gewerkverein Gutes für die Arbeiterinnen tun wollten, erscheint es erstaunlich, daß eine junge Arbeiterin selbst

13 Siehe Christliche Gewerkvereine. Ihre Aufgabe und Thätigkeit, 2. vollständig umgearbeitete Aufl., Mönchen-Gladbach 1899, S.42.

14 Zit. nach Die Heimarbeiterin, 13. Jg., Nr. 6, Juni 1907.

15 Siehe Schneider, Sie waren die ersten, S.285.

16 Siehe ebenda, S.289; nach Kassel wurde sie bereits 1909 Hilfskraft im Gewerkverein.

einen Posten bekam. Wahrscheinlich gehörte sie als hauptamtlich im Verband arbeitende ehemalige Heimarbeiterin zu den Pionierinnen.

Noch im Jahr ihres Amtsantritts fuhr sie mit Adam Stegerwald, dem damaligen Vorsitzenden der christlichen Gewerkschaften, Reichstagsabgeordneten der Zentrumsparlei und zwischen 1930 und 1932 Reichsarbeitsminister im Kabinett Brüning, zu einer Agitationsreise durch Schlesien, einem Zentrum der Textilindustrie, um dort für die Christlichen Gewerkschaften zu werben. Sie war gerade 22 Jahre alt. Heute erscheint es bemerkenswert, daß sie in der vierten und billigsten Klasse der Eisenbahn fuhren und keinerlei Spesen ersetzt bekamen.¹⁷

Wieder in Berlin angekommen, suchte Clara Sahlberg die Elendsquartiere der Heimarbeiterinnen auf, um sie davon zu überzeugen, daß sie nur auf dem Wege über die Organisation ihre eigenen Bedingungen verbessern konnten. Das war schwerste Arbeit, denn die Frauen, die zum Teil nicht wußten, woher sie das Brot für das Frühstück der Kinder nehmen sollten, hatten anscheinend andere Sorgen. Die Vorsitzende Margarete Behm beschrieb das so: „Fünfmal bin ich bei einer Heimarbeiterin gewesen, erst warf sie mich hinaus, beim dritten Mal bot sie mir einen Stuhl an, beim fünften Mal kam sie mit, erst zu einem gemütlichen Beisammensein, dann, als die Heimarbeiterinnen nach eineinhalbjähriger Vorarbeit verstanden hatten, wie ihnen geholfen werden konnte, als Mitglied des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen.“¹⁸

Die Frauen waren nicht nur schwer zu gewinnen, weil sie isoliert zu Hause arbeiteten, sondern auch weil sie - so sie verheiratet waren - mit der ablehnenden Haltung ihrer Ehemänner konfrontiert waren. Zudem konnten sie sich die Beiträge für den Gewerkverein oft nicht leisten oder/und hatten aufgrund ihrer „Doppelbelastung“ durch Heimarbeit, Hausarbeit und Kinderversorgung gar keine Zeit für gewerkschaftliches Engagement. Dabei wären gerade in der Heimarbeit ein höherer Organisationsgrad und stärkeres gewerkschaftliches Engagement bitter nötig gewesen, um Gegenwehr gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen zu organisieren. Eine 1897 gegründete Enquete-Kommission ermittelte Arbeitszeiten von bis zu achtzehn Stunden täglich und errechnete Stundenlöhne in Höhe von achtzehn Pfennig. Viele kinderreiche Familien arbeiteten in einem einzigen Raum, der gleichzeitig Wohnstätte und Arbeitsplatz war.¹⁹ Aber gerade diese Frauen waren oft festgelegt auf ihre Rolle in der Familie und sahen die Notwendigkeit der politischen Betätigung nicht.

Clara Sahlberg verweigerte die Familienrolle. Sie war von dem Wunsch erfüllt, den Ärmsten der Armen zu helfen. Die Lage der Heimarbeiterinnen kannte sie aus eigener Erfahrung. Ihr ging es - ebenso wie dem Gewerkverein - nicht um eine Abschaffung der Heimarbeit, sondern um die Besserung der Arbeits- und

17 Siehe Hans Zankl: Klara Sahlberg gest. in: Soziale Ordnung, H. 3 vom 25.4.1977.

18 Zit. nach Schneider, Sie waren die ersten, S.290.

19 Siehe ebenda, S.288.

Lohnverhältnisse der Heimarbeitenden.²⁰ Allerdings hofften die Frauen, daß so manche Heimarbeit von selbst aufhören würde, „weil sie nach Ausdehnung der Versicherungsgesetzgebung und Einführung des Mindeststücklohnes nicht mehr so viel billiger ist, als die Arbeit in Werkstatt und Fabrik“.²¹ Clara Sahlberg setzte sich vor allem für die Ausbildung der jungen Frauen ein, denn nur so konnten ihnen gleiche Lebenschancen wie Männern eröffnet werden. Sie empörte sich über Kinderarbeit und Kinderelend, wie sie es ebenfalls selbst erfahren hatte, und wollte alles tun, um diese zu beseitigen. Die Heimarbeiterinnen vermochte sie davon zu überzeugen, daß die Verfügungsrechte der Eltern über ihre Kinder dort Grenzen haben, wo sie sie hindern, zur Schule zu gehen, und sie zwingen zu arbeiten, wenn sie Zeit zur Erholung brauchen oder zum Schlaf. Freilich wußte sie aus eigenem Erleben, daß es die Not der Eltern war, die dazu führte, die Kinder in die Arbeit einzuspannen. Sie wußte, daß die niedrigen Löhne nicht allein die Ursache der Kinderarbeit waren, sondern auch deren Folge. Im Februar 1913 erläuterte eine Rednerin auf dem Vierten Verbandstag des Gewerkvereins dieses Problem: „Manche Aufträge würden von den Eltern nicht übernommen werden, wenn sie nicht dächten, durch Hilfe der Kinder so massenhaft von der Ware herzustellen, daß der Verdienst dann doch zum Leben reicht. ‚So viel hat der Mann in der Woche verdient‘, weist dann der Unternehmer in seinen Lohnbüchern nach, aber wie viel kleine und große Hände in der Familie dabei mitgeholfen haben, sagt er nicht und weiß es meist auch nicht!“²²

Auf dem gleichen Gewerkschaftstag gelang es, einen besseren gesetzlichen Kinderschutz, wie er von den Sozialdemokraten lange gefordert wurde, ins Programm aufzunehmen. Hier wurde deutlich, daß im Blick auf die Gesetzgebung unter den Mitgliedern des Gewerkvereins weitgehend Konsens mit den Sozialdemokraten und den ihnen nahestehenden Gewerkschaften herrschte. Zumindest insoweit, als auch der Gewerkverein die Meinung vertrat, daß die wichtigsten Schutzvorschriften der Gewerbeordnung auch auf die Heimarbeit angewendet, die dort Tätigen in die neu ins Leben gerufene Kranken-, Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung aufgenommen und auch für die Heimarbeit Tarifverträge abgeschlossen werden sollten. Diese Gleichstellung war bis dahin nicht selbstverständlich.

Clara Sahlberg machte sich anläßlich des 4. Verbandstages des Gewerkvereins offensichtlich schon einen Namen, denn sie war Berichterstatterin zum Thema „Wirtschaftliche Vorteile für Mitglieder“. Auf einer Sitzung des Hauptvorstandes des Gewerkvereins im April 1914 wurde sie als Beisitzende gewählt.²³ Auch außerhalb ihrer Gewerkschaftsarbeit wirkte sie in sozialen Institutionen mit. Das war typisch für eine Gewerkschafterin ihrer Zeit. 1912 nahm sie an der Gründungsversammlung

20 Siehe Margarete Behm: Frauen-Heimarbeit in der Bekleidungsindustrie, in: Heimarbeiterin, Organ des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands, Sonderdruck, Berlin, o.J.

21 Kassel, Beharlich, S.8.

22 Zit. nach Schneider, Sie waren die ersten, S.290.

23 Siehe Die Heimarbeiterin, 13. Jg., Nr. 3, März 1913.

der Evangelisch-sozialen Schule in Bethel teil, die 1921 in das Johannisstift in Berlin-Spandau verlegt wurde.

Der Erste Weltkrieg brachte zusätzliche Sorgen und Probleme, besonders für Frauen, die zu einem großen Teil die Erwerbsarbeitsplätze der für den Kriegsdienst eingezogenen Männer einnahmen. Während des Krieges wuchs die Mitgliederzahl des Gewerkvereins und erreichte Ende des Jahres 1918 mit 19.133 organisierten Frauen ihren höchsten Stand.²⁴ Frauen waren an der „Heimatfront“ sowohl in der Industrie als auch in den Gewerkschaften unverzichtbar. Die Heimarbeit profitierte von den Aufträgen der Militärverwaltung, die u. a. die Heeresnährarbeiten in Heimarbeit ausführen ließ. Damit wurden neue, wenn auch politisch zweifelhafte, Erwerbsquellen für Frauen geschaffen. Es spricht einiges dafür, daß Clara Sahlberg während dieser Zeit, wo sie u. a. mit Rudolf Wissel, von 1928 bis 1930 Reichsarbeitsminister, zusammentraf, Erfahrungen mit ersten Tarifverhandlungen sammelte.²⁵

Sozialgesetzgebung während der Weimarer Republik

Frauen hatten nach dem Ersten Weltkrieg das Wahlrecht erkämpft. Sie durften nun wählen und gewählt werden. Margarete Behm zog in die Nationalversammlung und in den Deutschen Reichstag ein und setzte sich dort für die Interessen der Heimarbeiterinnen ein. Sie war Mitglied der Fraktion der 1918 gegründeten Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und gehörte zu deren christlich-sozialem Flügel. Erst 1922 gelang es, Heimarbeit in die Kranken- und Invalidenversicherung einzubeziehen. 1923 erhielten Fachausschüsse das Recht, verbindliche Mindestentgelte festzusetzen. Clara Sahlberg wirkte an diesen wie an anderen Sozialgesetzen der Weimarer Republik beratend mit. Außerdem nahm sie Einfluß auf den Abschluß von Tarifverträgen, ebenfalls ein schwieriges Unterfangen, weil Heimarbeiterinnen nach Stücklohn bezahlt wurden und oft ihre eigenen Arbeitszeiten nicht kontrollierten.

1928, nach der Wahl des reaktionären Alfred Hugenberg zum Parteivorsitzenden der DNVP, trennte sich die gemäßigte Gruppe aus Protest von der Partei und gründete eine protestantisch-konservative Partei, den Christlich-sozialen Volksdienst (CSVD), dem sich, gemeinsam mit Margarete Behm,²⁶ auch die bis dahin nicht partei-gebundene Clara Sahlberg anschloß. Die Partei brachte es bei den Reichstagswahlen von 1930 auf vierzehn Sitze. Clara Sahlberg nahm über diese Partei wesentlichen Einfluß auf das 1927 verabschiedete Mutterschutzgesetz, das ein Kernstück der Neuregelung des Arbeiterinnenschutzes in der Weimarer Republik werden sollte. Das Gesetz sah eine sechswöchige Schutzfrist vor der Entbindung vor, garantierte Stillpausen und sollte den Wöchnerinnen eine zwölfwöchige Unterstützung bringen. Gleichwohl konnten die Regelungen trotz der engagierten Mitarbeit von

²⁴ Siehe Schneider, Sie waren die ersten, S.292.

²⁵ Siehe Kassel, Beharrlich, S.19.

²⁶ Siehe ebenda, S.23.

gewerkschaftlich organisierten Frauen nicht vollends zufriedenstellen. Es bestand noch keine Pflicht zur Lohnfortzahlung während der insgesamt zwölfwöchigen Schutzfrist und während der Stillpausen. Wenn es gewährt wurde, betrug das Wochengeld zunächst nur 50 Prozent des Grundlohnes; erst 1929 wurde der Satz auf 75 Prozent angehoben. Die geringe finanzielle Unterstützung führte dazu, daß viele Arbeiterinnen keinen Gebrauch von ihren gesetzmäßigen Rechten machten. Aus Angst vor Entlassungen hielten viele ihre Schwangerschaft außerdem so lange wie möglich geheim.

Auch auf eine Reihe von weiteren Sozialgesetzen hatte Clara Sahlberg Einfluß. Die Jahre 1928 bis 1933 waren die Jahre des intensivsten Schaffens der Gewerkschafterin. 1928, nach 15 Jahren hauptamtlicher Gewerkschaftsarbeit im christlichen Gewerkverein, wechselte sie zu einer der großen christlichen Arbeitergewerkschaften, dem Zentralverband christlicher Transport- und Fabrikarbeiter, in Berlin über, war also nun in einer gemischt-geschlechtlichen Gewerkschaft aktiv.²⁷ Von den 68.119 Mitgliedern dieser Vorläuferorganisation der ÖTV waren nur 20 Prozent Frauen. Clara Sahlberg wurde geschäftsführendes Vorstandsmitglied²⁸ und war für die Frauen- und Jugendarbeit verantwortlich. Das Referat war offenbar 1928 neu eingerichtet worden.

Später erzählte sie eine Anekdote über eine Agitationsreise um 1930 an den Niederrhein, damals eine Region, die stark von der Textilindustrie geprägt war. Den dort tätigen Gewerkschaftskollegen war ein Mitglied der Hauptverwaltung angekündigt worden, das an einer Mitglieder-Werbetour per Fahrrad teilnehmen sollte. Doch in der Bezirksverwaltung hatte man nicht mit einer Frau gerechnet. Und offenbar wollte man sie auch nicht auf der Werbetour dabeihaben, denn Clara Sahlberg bekam kein Fahrrad zur Verfügung gestellt. Das war für sie kein Hinderungsgrund: Sie mietete sich selbst ein Fahrrad und setzte sich durch, indem sie die niederrheinischen Kollegen begleitete.²⁹

Den Posten als Frauen- und Jugendsekretärin konnte sie bis 1933 ausüben, dann wurden die Christlichen Gewerkschaften, wie auch die ADGB-Gewerkschaften, verboten. Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaftshäuser von den Nazis besetzt und die Gewerkschaften zerschlagen. Clara Sahlberg wurde entlassen und war zunächst erwerbslos.

Leben unterm Hakenkreuz

Während des Zweiten Weltkrieges fand sie eine Anstellung beim Landesarbeitsamt in Berlin, wo sie zunächst für Hilfsarbeiten eingesetzt war und später - ohne Mitglied der NSDAP zu sein - Leiterin der Frauenabteilung wurde. Sie wurde nach dem Krieg als Gegnerin des nationalsozialistischen Regimes bezeichnet, weil sie mit sogenannten Unbedenklichkeitsbescheinigungen, die sie auf Grund ihrer Position

27 Siehe Schneider, Sie waren die ersten, S.292.

28 Siehe ebenda, S.286.

29 Siehe Kassel, Beharrlich, S.22.

ausstellen durfte, einer großen Zahl von Bedrängten und Verfolgten zur lebensrettenden Ausreise verholfen hatte. Eine wichtige Rolle soll ein Stempel gespielt haben, mit dem sie die Papiere der gefährdeten Personen abstempelte. Sie gefährdete sich selbst damit aufs höchste, doch „ihr Drang zu helfen“ war stärker, wie ein Freund später schrieb. Heinz Oskar Vetter, der spätere DGB-Vorsitzende, sagte, sie stand mit Widerstandskreisen in Verbindung.³⁰ Brigitte Kassel vermutet, sie hatte zu illegalen oppositionellen Gewerkschaftern Kontakt, weil sie Jakob Kaiser kannte.³¹ Ihn, der bereits seit 1912 führend in den Christlichen Gewerkschaften war und der Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus angehörte, soll sie des öfteren bei Nacht und Nebel in seinem Versteck in einem Schuhsalon am Berliner Kurfürstendamm und später seinem Zufluchtsort in Babelsberg mit Lebensmitteln versorgt haben.³² Jedenfalls hat sie mit einem gefälschten Arbeitsbuch dem von der Gestapo nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 fieberhaft gesuchten früheren Reichstagsabgeordneten, christlichen Gewerkschaftsführer und Widerstandskämpfer Jakob Kaiser geholfen. Elfriede Nebgen, die im gleichen Jahr wie Clara Sahlberg geboren war und ebenfalls der christlichen Gewerkschaftsbewegung angehörte, hatte durch Clara Sahlberg ein gefälschtes Arbeitsbuch auf den Namen Kramer ausgestellt bekommen. Sie war vor 1933 ebenfalls hauptamtliche Gewerkschaftssekretärin und Redakteurin des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Nach 1933 arbeitete sie zusammen mit Jakob Kaiser im Widerstand und war ebenso wie er an den Vorbereitungen des 20. Juli 1944 beteiligt.³³ Elfriede Nebgen erwähnte dankbar dieses „Wagnis der Treue“ und schilderte weitere ebenso mutige wie selbstlose Beispiele.³⁴ Sie berichtete, daß sowohl Jakob Kaiser als auch später seine Tochter Maria durch Clara Sahlberg „sachgemäß ausgefüllte Arbeitsbücher“, beide auf den Namen König, besaßen. Diese Arbeitsbücher bedeuteten für die Verfolgten nach ihrer Meinung „eine - wenn auch fragwürdige - Sicherung.“³⁵ Als Elfriede Nebgens Wohnung einem Bombenschaden zum Opfer gefallen war, war es ebenfalls Clara Sahlberg, die ihr dazu verhalf, in Teltow, in der Nähe von Berlin, unterzutauchen. Groteskerweise konnte sie drei Wochen bei einer von Clara Sahlbergs Freundinnen wohnen, deren Mann bei der SS war, aber zu diesem Zeitpunkt nicht zu Hause weilte.³⁶ Einem jüdischen Arzt, dem Clara eng verbunden war, konnte sie offenbar nicht helfen. Seine Spuren verloren sich im Nichts.³⁷

Clara Sahlberg selbst wurde durch die Gestapo überwacht. Eine längere Krankheit mit Krankenhausaufenthalt rettete sie vor einer Verhaftung. Bei einem Bomben-

30 Siehe DGB Nachrichten-Dienst vom 18.4.1977, S.1.

31 Siehe Kassel, Beharrlich, S.25.

32 Siehe ebenda, S.26.

33 Siehe Schneider, Sie waren die ersten, S.269-283.

34 Siehe Elfriede Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, Stuttgart u. a. 1967, S.208-211.

35 Siehe ebenda, S.208.

36 Siehe ebenda, S.213.

37 Siehe Kassel, Beharrlich, S.26.

angriff in Schöneberg verlor sie ihre Wohnung und schlüpfte bei einer Freundin unter.

Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg

1945 – sie war nun bereits 54 Jahre alt – gehörte Clara zu denjenigen, die am Aufbau der Republik mitarbeiten wollten. Ihre Erfahrungen, die sie während des Nationalsozialismus beim Arbeitsamt Berlin gesammelt hatte, brachte sie nun beim Aufbau des Arbeitsamtes in Berlin-Steglitz ein. Politisch wirkte sie gemeinsam mit Jakob Kaiser in Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone am Aufbau der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU), der Ost-CDU, und versuchte, dort den „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ zu unterstützen, der alle Bevölkerungsschichten umfassen sollte.³⁸ Wie Jakob Kaiser war sie längst überzeugte Verfechterin der Gewerkschaftseinheit, lehnte Richtungsgewerkschaften ab und beteiligte sich ehrenamtlich an der Arbeit des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB).

Clara Sahlberg engagierte sich auf Bezirksebene und wurde 1946 Leiterin der Schöneberger Frauenabteilung. Offenbar aber nur für wenige Monate, denn im Oktober 1946 ist einem Verzeichnis des Vorstands im Bezirksausschuß Schöneberg zu entnehmen, daß sie „nur noch“ ehrenamtlich tätig war. Möglicherweise hing das mit ihrer parteipolitischen Bindung zusammen, denn die dem erweiterten Vorstand angehörenden Frauenausschußmitglieder gehörten beide der KPD an.³⁹

In Deutschland und ganz besonders in Berlin ging es nach dem Krieg vor allem ums Überleben.⁴⁰ Kommunale Frauenausschüsse waren ebenso wie Parteien und Gewerkschaften an der Versorgungsarbeit beteiligt. Die bereits im Sommer 1945 gegründeten überparteilichen Frauenausschüsse wollten die Not der Nachkriegszeit lindern helfen und für den Wiederaufbau einer friedlichen, demokratischen Gesellschaft von Ebenbürtigen arbeiten sowie für mehr „Fraueneinfluß“ in Politik, Verwaltung und Wirtschaft sorgen.⁴¹ Den Parteien waren die Ausschüsse schnell ein Dorn im Auge. Schließlich galt es, Parteimitglieder vor allem unter den noch wenig organisierten Frauen zu werben oder zumindest Wählerinnenstimmen zu gewinnen. Und auch der FDGB wollte „seine Frauen“ lieber in den Frauenkommissionen der Gewerkschaften sehen.

Am 2. und 3. Februar 1946 fand die 1. Groß-Berliner Delegiertenkonferenz des FDGB im Admiralspalast an der Friedrichstraße statt. Auf dieser Konferenz stellten Frauen 14 Prozent der Delegierten. Minna Amann (CDU) führte dort aus: „Wir haben ihnen (den Frauen) gesagt, es wird harte Arbeit werden, es werden

³⁸ Siehe ebenda, S.27.

³⁹ Siehe Kassel, Beharrlich, S.33.

⁴⁰ Siehe zur Überlebensarbeit und zur wirtschaftlichen Situation in der Nachkriegszeit: Gisela Notz: Überleben nach dem Kriege, in: Barbara Mettler-von Maibom (Hrsg.): Alltagswelten. Erfahrungen - Sichtwechsel - Reflexionen, Münster 1996, S.21-42.

⁴¹ Siehe zu den überparteilichen Frauenausschüssen: Gisela Notz: Frauen in der Mannschaft. Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Bundestag 1948/49-1957, Bonn 2003, S.41-51.

verantwortungsvolle Pflichten sein, die wir zu übernehmen haben. Die Frauen haben unseren Ruf verstanden. Sie sind sich der Verantwortung bewußt, die sie am Wiederaufbau des neuen Deutschlands haben. Durch die Kriegsverluste der Männer haben wir einen Frauenüberschuß, wie ihn ein Volk in der Geschichte noch nie zu verzeichnen hatte. Die besten Jahrgänge der Männer sind durch den Hitlerkrieg dahingemordet worden. Die Frauen müssen für sich und ihre Kinder heute den Lebensunterhalt allein verdienen. Die Heiratsmöglichkeiten sind außerordentlich gering. Wir müssen dafür sorgen, daß neue Arbeitsgebiete für die Frau gesucht werden. Wer wäre da besser geeignet als die Gewerkschaften, hier neue Wege zu weisen und den Frauen in ihrer Berufsnot zu helfen. Vorurteile dürfen in der heutigen Zeit nicht mehr angebracht sein.⁴²

Die zunehmende Einflußnahme der SED auf den gewerkschaftlichen Apparat wirkte sich allerdings auch auf die gewerkschaftliche Frauenarbeit negativ aus. 1948 wurde das FDGB-Frauensekretariat aufgelöst. Im selben Jahr, als es zum Bruch kam, weil der FDGB unter kommunistischem Einfluß stand, zählte Clara Sahlberg zu denen, die in den Westsektoren von Berlin die Unabhängige Gewerkschafts-Organisation (UGO) aufbauten. Im Juli 1948 gehörte sie zu einem engeren Arbeitskreis des neu eingerichteten Frauenausschusses und arbeitete hauptamtlich im Sozialreferat der UGO-Zentrale mit. Nun bekam Gewerkschaftsarbeit für sie wieder „ein echtes Gesicht“.⁴³ Parallel war sie in der Reichsgeschäftsstelle der CDU tätig und gehörte dem Ausschuß für Frauenfragen der CDU sowie dem Arbeitskreis „Familie“ an, der sich etwa Mitte 1947 aus dem CDU-Frauenausschuß heraus konstituierte und eine konservative Mütterideologie vertrat sowie gegen die Liberalisierung des Abtreibungsparagraphen § 218 polemisierte. Als christliche Gewerkschafterin war sie auch Mitglied der Sozialausschüsse und im Hauptvorstand der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) Berlin.⁴⁴

Ende 1948 ging Clara Sahlberg ins „schwarze Trier“ zur Gewerkschaft ÖTV⁴⁵, für die sie zunächst als Gewerkschaftssekretärin in der Kreisverwaltung, dann als Bezirkssekretärin in Rheinland-Pfalz tätig war. Ab 1950 war sie für viele Jahre Vorsitzende des DGB-Landesfrauenausschusses. 1952 wechselte sie zur Bezirksleitung in Mainz. Sie übernahm dort drei Ressorts: die Frauenarbeit, die Abteilung Schulung und Bildung und die Betreuung der gesamten Fachausschüsse Gesundheitswesen. Außerdem war sie Mitglied in der Großen Tarifkommission, wurde Mitglied des Landesvorstandes des DGB Rheinland-Pfalz und war im Vorstand der Landesversicherungsanstalt Rheinland-Pfalz. Ihre Arbeitsgebiete lagen im Frauensekretariat, in der Fachabteilung Gesundheit und im Bereich Schulung und Bildung. In all diesen Gremien hat sie sich besonders der Frauenarbeit

42 Protokoll der 1. Groß-Berliner Delegierten-Konferenz des FDGB am 2. und 3. Februar 1946, zit. nach: Kassel, Beharrlich, S.31.

43 Schreiben vom 30. November 1950 an den ÖTV-Hauptvorstand Stuttgart. Personalakte Sahlberg, zit. nach: Kassel, Beharrlich, S.34.

44 Siehe Kassel, Beharrlich, S.35.

45 Heute Gewerkschaft ver.di.

gewidmet und war über die Arbeit in ihrer eigenen Gewerkschaft hinaus für alle gewerkschaftlich organisierten Frauen tätig. Ihre besonderen Anliegen waren Fragen der Arbeitsbewertung, die Beibehaltung des bezahlten Hausarbeitstages für Frauen, die Durchsetzung der Forderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit für Männer und Frauen.

Als Bezirksfrauensekretärin war Clara Sahlberg Mitglied des Bundesfrauenausschusses der ÖTV und nahm als solches an den ÖTV-Verbandsfrauenkonferenzen 1952 in Hamburg und 1955 in Düsseldorf teil.⁴⁶ 1952 arbeitete sie an der Überarbeitung des Mutterschutzgesetzes durch die Bundesregierung mit. Weiterhin wirkte sie dafür, den Mädchen gleiche Lebenschancen zu sichern und sie länger auszubilden. Unermüdlich gab sie ihre eigenen Erfahrungen u. a. auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung und der Rentenversicherung sowie in Tariffragen an andere weiter. „Clara Sahlberg saß immer mit am Tisch“, so erinnert sich ein Weggefährte.⁴⁷ Daneben war sie in der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen tätig, wurde Mitglied der Kammer für Soziale Ordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). In der Evangelischen Sozialakademie Schloß Friedewald versuchte sie mit Gleichgesinnten, die Tradition der Evangelisch-Sozialen Schule als Mittlerin zwischen Kirche und Arbeitswelt fortzuführen. Dort hielt sie unter anderem Vorträge über „Die Frau in der Union“ oder „Die Frau in der Politik“.⁴⁸

Bei Gewerkschaftskonferenzen trat sie im Präsidium auf oder - wie auf zwei Bundesfrauenkonferenzen des DGB - als Vorsitzende und Sprecherin der Antragsberatungskommission. Sie wurde als stets kompetent und umsichtig beschrieben. Besondere Achtung genoß sie aufgrund ihrer „Ruhe und Ausgewogenheit, gepaart mit zäher Beharrlichkeit und Mut zur Unpopularität“.⁴⁹ 1952, auf dem Ersten Gewerkschaftstag der Gewerkschaft ÖTV in Hamburg, zog sie in der Aussprache eine erste kleine Bilanz gewerkschaftlicher Tagesarbeit der Nachkriegsjahre. Sie sagte, das Geleistete „wäre nicht erreicht, wenn wir nicht eine Einheitsgewerkschaft wären“, und fügte hinzu: „auch das muß uns veranlassen, alles zu tun, daß diese Einheitsbewegung erhalten bleibt“. Auch an der 1. Bundes-Frauenkonferenz des DGB 1952 in Mainz und der 2. Bundes-Frauenkonferenz 1955 in Dortmund nahm sie teil, und die anderen Teilnehmerinnen schätzten ihre immer ruhige und sachliche Art, mit der sie ihrem schwierigen Amt als Berichterstatterin der Antragskommission nachkam. Heinz Oskar Vetter sagte später: „Not und Entbehrungen, Opfer und Übermaß an Arbeit haben ihr nicht ihren Humor genommen“.⁵⁰

46 Siehe Kassel, Beharrlich, S.39.

47 Zit. nach: Ebenda, S.37.

48 Siehe ebenda, S.34.

49 Entwurf eines Schreibens der ÖTV-Hauptverwaltung an den Senator für Arbeit und Sozialwesen, Berlin, 25.7.1960. Zit. nach: Kassel, Beharrlich, S.39.

50 DGB-Nachrichten-Dienst ND 106/77 vom 18.4.1977, S.2.

Im „Ruhestand“

Am 31.12.1955, in ihrem 66. Lebensjahr, ging Clara Sahlberg in den Ruhestand. „Mein Leben war immer Arbeit und ist Sorge geblieben, bis auf den heutigen Tag“, sagte sie in ihrer Abschiedsrede vor den Delegierten der dritten Bezirksfrauenkonferenz der Gewerkschaft ÖTV in Neustadt.⁵¹ In den „Ruhestand“ ist sie nicht wirklich getreten. Ihr Vertrag wurde bis 1.3.1956 verlängert. Sie arbeitete ehrenamtlich weiter, bis ihre Nachfolge gesichert war. Am 14. Januar 1956 hielt sie als Vorsitzende des Bundesfrauenausschusses des DGB die Gedächtnisrede für Thea Harmuth, der Vorgängerin von Maria Weber im Bundesvorstand des DGB.⁵² Am 1.7.1956 übernahm Henny Roos, die von der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) zur ÖTV gewechselt war, ihre Nachfolge. Im Dezember 1957 erfolgte die Verabschiedung durch den Landesfrauenausschuß und den Bundesfrauenausschuß. Dort war Henny Roos ebenfalls ihre Nachfolgerin.⁵³

Bescheiden wehrte Clara Sahlberg die ihr in reichem Maße zuteil gewordenen Ehrungen ab: „Gewerkschaftsarbeit hing nie an einzelnen, sie wurde aber immer von einzelnen vorangetrieben!“ sagte sie.⁵⁴ In der „Welt der Arbeit“ vom 6.12.1957 hieß es: „Der DGB und die angeschlossenen Gewerkschaften sind der hervorragenden Persönlichkeit Sahlberg zu großem Dank verpflichtet, der sich in Worten nicht so leicht begründen läßt.“ Clara Sahlberg zählte zu den ältesten und erfahrensten Frauen in der ÖTV.

Sie kehrte 1957 nach Berlin, ihrem alten Wirkungskreis, zurück. Bis zum Mauerbau 1961 hatte sie intensiven Kontakt zu ihrer eigenen und mit anderen Familien in der DDR. Sie engagierte sich ehrenamtlich wieder mehr in der Kirche. Bis zu ihrem Tode war sie innerhalb der evangelischen Kirche beratend und helfend tätig. Stets hatte sie Ratschläge für andere. Sie kam weiterhin zur evangelischen Sozialakademie nach Friedewald in den Westerbald, wo sie dem Kuratorium und dem Vorstand als zweite Vorsitzende angehörte und sich für die Aufnahme gewerkschaftlicher Inhalte in die Bildungsveranstaltungen einsetzte. Sie wurde Vorsitzende der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, wo sie für Frauen in der Erwerbsarbeit zuständig war. Auch im Adam-Stegerwald-Haus der christlichen Gewerkschaften in Königswinter engagierte sie sich. Der Dialog zwischen Kirche und Gewerkschaften war ihr immer wichtig. Ebenso wichtig war ihr die in Kirchenkreisen durchaus nicht selbstverständliche Forderung nach der Einbeziehung der Frauen in die sinnvolle existenzsichernde Erwerbsarbeit.

1960, an ihrem 70. Geburtstag, schrieb sie an einen Freund: „Inzwischen bin ich nun wirklich 70 geworden und bin gar nicht anders als vordem. Ich spüre das biblische Alter zum Glück noch nicht als Last auf meinen Schultern und hoffe auch, es noch lange nicht zu spüren. Ich habe nur den einen Wunsch, daß unser Herrgott mit mir weiter so gnädig verfährt wie bisher. Ich habe doch ein sehr reiches Leben

51 Welt der Arbeit vom 6.12.1957.

52 Siehe Zankl, Klara Sahlberg.

53 Siehe Kassel, Beharrlich, S.43.

54 Welt der Arbeit vom 6.12.1957.

gehabt, viele Täler und manche Höhen erlebt und immer zur rechten Zeit vor dem Halt stehen dürfen ohne Schaden.“⁵⁵

1961 wurde sie in die Kammer für soziale Ordnung der EKD gewählt. Im Mai 1961 bekam sie das Bundesverdienstkreuz erster Klasse, davon wußte nicht einmal ihre Familie. 1970, an ihrem 80. Geburtstag, wurde ihr „in Anerkennung ihres Wirkens im Heimarbeiterinnenverband“ die Wichern-Plakette des Diakonischen Werkes überreicht.⁵⁶ Sie zog sich nun zurück nach Sinn-Fleisbad bei Herborn, in der Nähe von Friedewald.

Am 13. April 1977 starb sie dort im 87. Lebensjahr ganz plötzlich „nach einem Leben, das ganz im Dienst der anderen aufgegangen ist“⁵⁷. Ihre Beerdigung hatte sie selbst finanziell und organisatorisch schon lange vorbereitet. Pflichtbewußt, wie sie nun einmal war, wollte sie damit ihre Nachkommen nicht belasten. Der damalige DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter sagte am 18. April 1977 in einem Nachruf: „Mit ihr ist eine Persönlichkeit von uns gegangen, deren Leben dem arbeitenden Menschen gewidmet war, vor allem all’ denjenigen, die sich selbst nicht helfen konnten. Bei Clara Sahlberg fand man immer ein aufmunterndes Wort. (...) Der DGB dankt ihr von ganzem Herzen für alles, was sie ohne Rücksicht auf ihre eigene Person für die Gewerkschaften und insbesondere für die erwerbstätigen Frauen in jahrzehntelanger Arbeit getan und erreicht hat.“⁵⁸ Die Bundesschule der Gewerkschaft ver.di - früher ÖTV - am Wannsee in Berlin ist nach Clara Sahlberg benannt.

55 Zit. nach: Zankl, Klara Sahlberg 1977.

56 Siehe Die Innere Mission. Zeitschrift des Diakonischen Werks, Innere Mission und Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland, 60. Jg., 1970, S.410.

57 Schneider, Sie waren die ersten, S.294.

58 DGB Nachrichten-Dienst vom 18.4.1977, S.1.

„Laßt nicht locker.“ Antifaschistischer Widerstand im Thüringer Wald (II)

Gerhard Kaiser

In Heft II/2003 dieser Zeitschrift wurde der antifaschistische Widerstand im Thüringer Wald - seine Anfänge 1923-1932, seine Entwicklung von unten 1933-1943, seine Dezimierung durch Massenverhaftungen 1943 und 1944 - dargestellt. Dieser Widerstand wurde von mutigen Frauen und Männern geleistet.

An dieser Stelle folgt nun ein biographischer Nachtrag, in dem 39 aktive Widerstandskämpfer - vorwiegend Kommunisten und Sozialdemokraten - namentlich genannt werden.

Adolf Anschütz (20.9.1889-5.1.1945) war Zangenmacher von Beruf, in dem er bis 1914 tätig war. Er war ab 1909 Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) sowie von 1910 bis 1917 der SPD, anschließend der USPD und ab 1920 der KPD. Nach Militärdienst von Anfang bis Ende des ersten Weltkriegs vertrat er die Interessen der Suhler Metallarbeiter als Geschäftsführer des DMV von 1919 bis 1933. In diesen Jahren war er auch Kreistagsabgeordneter und gehörte ab 1922 zum Arbeiter-Turn-und Sportverein Suhl. In der Vertrauensstellung als Geschäftsführer des DMV wandte er sich Ende der zwanziger Jahre gegen sektiererische Züge in der Gewerkschaftspolitik der KPD. Daraufhin schloß ihn die KPD aus, weil er nicht für die RGO, sondern für die gemeinsame Gewerkschaft der Metallarbeiter eintrat. Anschütz betrachtete sich jedoch auch weiterhin als Kommunist. Um nach dem Verbot der Gewerkschaften 1933 den Lebensunterhalt seiner großen Familie (fünf Kinder; ein Sohn wurde später als Soldat Opfer des Kriegs) ab 1933 zu sichern, betrieb er einen kleinen Tabakwarenladen. Außerdem war er als Steuerberater tätig.¹

Zu seinen Stammkunden gehörte *Guido Heym*. Sie führten oftmals „politische Diskussionen... bei denen beide ihrer staatsfeindlichen Einstellung... freien Lauf ließen“. Heym und Anschütz waren sich „einig in dem Ziel, mit allen Mitteln das Nazi-Regime zu bekämpfen“. Sie tauschten sich auch über ihre Vorstellungen für ein demokratisches und friedliebendes Deutschland nach dem Krieg und die Überwindung des Faschismus aus. Zu politischen Gesprächen trafen sie sich auch in Suhler Gaststätten, z. B. im „Gambrinus“ oder in der von *Karl Stade* geführten Gaststätte des Siedlervereins auf dem Friedberg, der Begegnungsstätte der Friedberg-Gruppe, deren führende Köpfe 1944/45 ermordet wurden.

Emil Eckstein (1889-1944) erlernte den Beruf eines Büchsenmachers und war zwischen 1908 und 1915 in seinem Beruf in Albrechts, Sömmerda und in Berlin

1 Siehe Anklageschrift gegen Adolf Anschütz und Genossen, Thüringer Staatsarchiv Meiningen (ThSM), Akte V/1/035.

2 Siehe Anklageschrift gegen den Werkzeugschlosser und Mechaniker Karl Eduard Guido Heym und den Maurerpolier Robert Otto Arthur Gladitz, in: Gerhard Kaiser: Die Heyms. Ernst, Guido und Karl. Drei Generationen einer Suhler Arbeiterfamilie, Berlin 2000, S.54.

tätig, bis er 1915/16 als Armierungssoldat Kriegsdienst zu leisten hatte. Er wurde für die Rüstungsproduktion bei der Fa. Kerner (Suhl) freigestellt und arbeitete dort bis August 1919. Anschließend wirkte er in der Ortsverwaltung des DMV in Schmalkalden, war ab 1925 arbeitslos und verdiente seinen Lebensunterhalt bis 1933 als Anzeigenwerber für Arbeiterzeitungen. Seit 1935 wieder in seinem Beruf tätig, nahm er 1936 die Arbeit bei der Fa. Friedrich Wilhelm Heym in Suhl auf. Politisch organisierte sich Eckstein von 1907-1917 in der SPD, anschließend bis 1920 in der USPD und schließlich bis 1927 in der KPD. Als Kommunist gehörte er dem Stadtrat in Schmalkalden an. Ende 1927/Anfang 1928 schloß er sich wie Guido Heym u. a. kurzfristig dem „Leninbund“³ an und ging wie dieser noch 1928 zurück zur SPD. Seit 1906 war er Mitglied des DMV. Emil Eckstein zählte seit 1936 zum aktiven Kern des antifaschistischen Widerstands in Suhl, war an der politischen Willensbildung der Antifaschisten beteiligt, außerdem u.a. an der Verbreitung antifaschistischer Flugschriften gegen den Krieg und bekanntgewordene Nazi-verbrechen gegen die Menschlichkeit. Am 3. September 1943 verhaftet, verhungerte er am 1. November 1944 in Ichtershausen.

Auch *Fritz Köhler* (21.12.1895-10.10.1944), in der Nachfolge Guido Heyms Unterbezirksleiter der KPD in Suhl und neben Anschütz einer der führenden Köpfe des Widerstands im Industriegebiet, wurde bereits während der Voruntersuchung in Ichtershausen ermordet. *Paul Meyer* (geb. 1893, Schlosser, KPD) berichtete von Gesprächen unter Beamten in Ichtershausen, aus denen hervorging, daß Fritz Köhler durch Gestapomänner in seiner Zelle erhängt wurde.⁴

Alfred-„Max“ Gerngroß (4.2.1896-6.10.1944, KPD) gehörte ebenfalls zu jenen Sühler Antifaschisten, die bereits während der Haft in Ichtershausen ermordet wurden. Der Spezialbohrer Gerngroß leitete seit 1933/34 eine stabile Widerstandsgruppe im Rüstungsunternehmen C. G. Haenel. Ihr gehörten zwischen 20 und 50 Antifaschisten an. Sie wirkte durch Flugschriften und Mundpropaganda politisch auf Betriebsangehörige ein, organisierte und verwirklichte nach Kriegsausbruch Akte der Rüstungssabotage mit z. T. beträchtlichen Folgen für die Fertigung von Handfeuer- und Maschinenwaffen.

Sein Bruder *Rudolf Gerngroß* (15.2.1898-5.1.1945, SPD) war beruflich und politisch einen anderen Weg gegangen. Fabrikarbeiter in Suhl vor dem ersten Weltkrieg, Kriegsfreiwilliger 1914, diente er bis 1920 beim Militär. Danach nahm er den Dienst bei der Polizei auf, aus der er, inzwischen Polizeileutnant, 1934 seiner politischen Haltung wegen entlassen wurde. Den Lebensunterhalt für die Familie verdiente er ab 1934 als Versicherungsinspektor. Rudolf Gerngroß war wie seine Ehefrau religiös gebunden. 1936 hatte ihn die Nazijustiz seiner antifaschistischen Äußerungen in der Öffentlichkeit wegen zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Durch

3 Der Leninbund entstand als eine von mehreren Gründungen der Ultralinken in der KPD im Frühjahr 1928. Seit 1927 schloß sich ein Teil des Unterbezirks Suhl unter dem Einfluß Guido Heyms schrittweise den Ultralinken unter Ruth Fischer, Arkadi Maslow, Hugo Urbahns u. a. an und stellte ihnen die Tageszeitung „Volkswille“, zeitweise als „Reichsorgan des Lenin-Bundes“ (Linke Kommunisten), zur Verfügung.

4 Siehe Akte Paul Meyer, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 55/V 278/4/128a.

Herkunft und familiäre Kontakte mit Suhl verbunden, war Rudolf Gerngroß in den Widerstand seiner Heimatstadt (er wohnte mit seiner Familie in Burg bei Magdeburg) eingebunden. Kurz vor seiner Verhaftung im Sommer 1943 äußerte er bei Begegnungen im Widerstandskreis in der Friedberg-Siedlung, dem er sich angeschlossen hatte, daß die militärische Niederlage absehbar sei und „der Krieg wahrscheinlich ungünstig ausgehen werde“. Man dürfe nicht unvorbereitet, sondern müsse auch bewaffnet sein. Dieser Orientierung leisteten nicht nur Mitglieder der Friedberg-Gruppe, sondern auch die antifaschistischen Dombergwanderer u. a. Folge.⁵

Am 5. Januar 1945 vollstreckte die Nazijustiz die Todesurteile an einer Gruppe Suhler Antifaschisten.

Minna Recknagel (9.2.1892-5.1.1945, KPD, sie hatte als erste Frau der Suhler Stadtverordnetenversammlung angehört) und ihr Ehemann *Emil Recknagel* (18.1.1880-5.1.1945, KPD) wurden am gleichen Tag ermordet wie Adolf Anschütz, Rudolf Gerngroß, *Ernst König* (3.3.1898-5.1.1945, KPD), *Friedrich Heinze* (4.4.1889-5. 1.1945, bis 1933 Mitglied der DNVP), *Karl Stade* (2.5.1900-5.1.1945, von Beruf Schlosser und Schweißer, seit 1924 im DMV organisiert), *Ewald Stübler* (13.8.1881-5.1.1945) und der Sonneberger *Adolf Wicklein* (21.1.1886-5.1.1945). Sie wurden „im 20-Sekunden-Takt“, wie das seelenlose Protokoll (unterzeichnet von Oberstaatsanwalt Dr. Seesemann) festhielt, in Weimar enthauptet. In der Anordnung zur „Vollstreckung“ heißt es u. a., die Verurteilten hätten „aus ihrer fest eingewurzelten jahrzehntelangen marxistischen Gesinnung heraus einen Zusammenschluß früherer kommunistischer Kreise herbeizuführen versucht“; es handle sich bei ihnen um „rührige und fanatische Staatsfeinde, die in der militärischen Niederlage des Reiches die Voraussetzung für den Sieg ihrer Ideen erblicken, und die auch, wie die Aufforderung zur Rüstungssabotage beweist, planmäßig darauf hinarbeiteten... Daher: Vollstreckung.“⁶

Guido Heym. In seinem Leben (1.5.1882-5.4.1945) wie auch dem seiner Frau *Anna Heym* (23.5.1879-20.1.1969) sowie des Sohnes *Karl Heym* (24.12.1902-7.7.1981) und dessen Frau *Marie Heym* spiegeln sich persönlicher Opfermut der einzelnen sowie Widersprüchlichkeit und Zerrissenheit in der deutschen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert wider.

Je nach parteipolitischen Orientierung der Autoren werden in Veröffentlichungen über Guido Heym wesentliche Lebensabschnitte entweder verschwiegen oder entstellt. Er gehörte der SPD 1901-1918 an, stand ab 1917 - er war Soldat - der USPD nahe, gehörte ihr seit Ende 1918 an. Unter seinem Einfluß schloß sich die USPD im Suhler Land 1920 der KPD an, deren Unterbezirksleiter Guido Heym bis Herbst 1927 war. (Sein Sohn Karl war damals Unterbezirksleiter des KJVD.) 1924 wurde er kommunistischer Reichstagsabgeordneter und preußischer Landtags-

5 Siehe Anklageschrift gegen den Büchsenmacher und Lehrenbauer Emil August Eckstein... vom 4. Oktober 1944 (Aktenzeichen: IVg/1632/44), für deren Überlassung Prof. Dr. Theodor Bergmann (Stuttgart) zu danken ist. Weiterhin: Suhler Zeitzeugnisse 1933-1945, Teil I und Teil II, Suhl 1997 (als Ms. vervielfältigt), hier Teil I, S.86f.

6 Suhler Zeitzeugnisse, T. I, S.68.

abgeordneter. Der Stadtverordnetenversammlung zu Suhl gehörte er bereits in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg an, in den zwanziger Jahren war er zeitweise deren Vorsteher. Ende 1927/Anfang 1928 ging er mit einer größeren Anhängergruppe in den kurzlebigen „Leninbund“ und 1928 zurück in die SPD.⁷

Der antifaschistische Widerstandskreis um Guido Heym erwuchs aus politischen Freundschaften der Jahre vor 1933. An die Stelle unversöhnlich scheinender politischer Gegnerschaften rückte nun die politische Zusammenarbeit zur Überwindung des faschistischen Regimes. Heym pflegte alte politische Freundschaften und knüpfte neue politische Verbindungen. An den Gesprächen in Suhl beteiligten sich vor allem Sozialdemokraten und Kommunisten sowie Gewerkschafter, die sich insbesondere nach den Ereignissen um den „Leninbund“ unversöhnlich gegenüberstanden und jahrelang kein Wort miteinander gewechselt hatten. Im antifaschistischen Widerstand ging es vor allem um die Wahrung sozialer Rechte der Arbeiterschaft, um die Minderung der Kriegsgefahr und - ab 1939 - um die Beendigung des Krieges, u. a. auch durch Rüstungssabotage. Für die Neugestaltung Deutschlands nach dem Krieg bestand Einigkeit darüber, daß aktive Nazis künftig von wirtschaftlichem und politischem Einfluß ausgeschlossen bleiben sollten. Gemeinsam mit *Paul Voigt* besprach Heym Vorstellungen für den Wiederaufbau der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Deutschland und sagte seine Mitarbeit in einer demokratischen Presse zu.

Sowohl Sozialdemokraten als auch Kommunisten führten ihre Kräfte bewußt nicht in einer straffen illegalen Organisation zusammen, sondern setzten auf die Wirksamkeit der lockeren kleinen Gruppenbildung, deren Verbindung untereinander durch den jeweiligen politisch führenden Kopf der örtlichen oder betrieblichen Gruppe aufrechterhalten wurde. Guido Heym war einer dieser politischen Köpfe des Widerstands.⁸

Gemeinsam mit sozialdemokratischen Freunden wie *Johann Endter*, *Bernhard Kleffel* und *Justus Triebel* und kommunistischen Mitstreitern wie *Adolf Anschütz*, *Emil Menz*, *Minna* und *Emil Recknagel* bildeten Heym und *Robert Gladitz* den politischen Mittelpunkt einer verzweigten und aktiven antifaschistischen Bewegung. Neben Ehefrau *Anna* und Sohn *Karl* gehörten zum engeren Widerstandskreis um Guido Heym die Brüder *Alfred* und *Willi Ehmann*, *Richard Lohfink*, *Käte Recknagel*, *Ewald Stübler* (alle Suhl) und *Kurt Schulze* (Eisfeld). *Emil Menz* (geb. 1892, Heizer, KPD) wirkte - wie die meisten anderen aus dem Kreis um Heym - auch in seinem beruflichen Umfeld, im Simsonwerk.

7 Abweichende Angaben, z. B. zu Haft und Todesdatum oder Zugehörigkeit zu Parteien in den (zweifachen) Todesurteilen, zum politischen Wirken Heyms u. a. Siehe *Martin Schumacher* u. a. in: *Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945. Eine biographische Dokumentation*, Düsseldorf 1994; *Werner-Georg Schneider*: *Einige unter vielen*, o. O. 1948; *Gertrud Glondajewski/Heinz Schumann*: *Die Neubauer-Poser-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (Thüringen 1939 bis 1945)*, Berlin 1957; *Margot Hanf*: *Karl Heym. Beiträge zur Geschichte der Stadt Suhl*, Suhl 1992, sind ungenau, unvollständig, falsch oder verfälschend und werden der Lebensleistung nicht gerecht.

8 Siehe biographische Skizze von *Kaiser*, *Die Heyms*.

Nach Gestapobeobachtungen hatte sich der antifaschistische Widerstandskreis um Heym „mit Kriegsbeginn und insbesondere nach Ausbruch des Krieges mit der Sowjetunion“ intensiviert. Guido Heym besuchte regelmäßig ihm bekannte Kommunisten wie Adolf Anschütz oder den Widerstandskreis in der Suhler Friedberg-Siedlung. Hier traf er u. a. Emil und Minna Recknagel, hier begegnete er dem vormaligen Polizeileutnant Rudolf Gerngroß und dessen Bruder Alfred „Max“ Gerngroß.

Am 3. September 1943 wurde Guido Heym verhaftet und nach demütigender und qualvoller Haft in Ichtershausen sowie in Rudolstadt und Weimar nach zweifachem Todesurteil (durch den Volksgerichtshof und durch das Reichskriegsgericht) am 5. April 1945 auf einem Todesmarsch unweit Weimars in einem Webicht genannten Waldstück zusammen mit Ehrhard Schübel und Robert Gladitz aus dem Suhler Widerstand hinterrücks erschossen. Bei diesem Massenmord fanden 142 Männer und sieben Frauen den Tod. Die meisten von ihnen konnten später nicht mehr identifiziert werden. Einer der für den Mord Verantwortlichen war Hans-Helmut Wolff, SS-Obersturmbannführer und letzter Leiter der Weimarer Gestapoleitstelle, die u. a. in Ichtershausen und Suhl Außen- und Nebenstellen unterhielt.

Das Denkmal für die ermordeten Reichstagsabgeordneten, unter ihnen Guido Heym (KPD) aus Suhl und Paul Voigt (SPD) aus Meiningen, steht vor dem Reichstagsgebäude in Berlin. Jede der in die Erde eingelassenen Metallplatten trägt jeweils drei Angaben: Den Namen der oder des Reichstagsabgeordneten, Geburts- und Todesjahr sowie den Namen der Partei, in deren Fraktion die oder der Reichstagsabgeordnete wirkte.

Ehrhard Schübel (15. 8.1901-5.4.1945) war früh verwaist und wie seine Geschwister in Nachbarfamilien der langgestreckten Industriearbeitergemeinde Goldlauter aufgenommen worden. Er erlernte in der Tradition des Landstrichs einen Metallarbeiterberuf, war Dreher, Werkzeugmacher, schließlich ab 1941 Büchsenmachermeister und Werkmeister bei der Firma Friedrich Wilhelm Heym. Zuvor hatte er bei Simson Suhl und bei Deutz in Köln gearbeitet. Er organisierte sich politisch 1920 im KJVD, ab 1922 in der KPD und gewerkschaftlich im DMV. In Heinrichs vertrat er Eltern- und Schülerinteressen im Schulrat und die Interessen seiner Mitbürger im Gemeinderat. Im Heinrichser Widerstand, bei Simson und bei Friedrich Wilhelm Heym waren neben Ehrhard Schübel, *Ernst König* (Werkzeugmacher und zuletzt Werkmeister, Organisationsleiter des Kampfbundes gegen den Faschismus in Heinrichs, 1937-1939 in „Schutzhaft“), *August* und *Fritz Fontanive*, *Franz Günther*, *Otto Heinlein*, *Leopold Möller*, *Paul Moses*, *Erich Osel*, *Willy Sachs*, *Hugo Salzmann* und *Hugo Winter* aktiv. Ehrhard Schübel orientierte seine Mitstreiter darauf, sich bei Arbeitszeitverlängerungen in Rüstungsbetrieben zur Wehr zu setzen, sich „durchzusetzen“. Am 3. September 1943 wurde er an seinem Arbeitsplatz verhaftet und in Ichtershausen eingeliefert, später nach Hohenasperg (eine Zweiganstalt des Zuchthauses Ludwigsburg) verlegt. Angeklagt wurde Ehrhard Schübel zusammen mit Adolf Anschütz, Ernst König und den Büchsenmachern *Walter Kerner* (geb. 1899) und Ewald Stübler wegen kommunistischer Mundpropaganda, Verbreitung illegaler Schriften, Sammlung von Spenden,

Herstellung organisatorischen Zusammenhalts durch politische Aussprachen sowie „sonstige umstürzlerische Tätigkeit“. In der Anklageschrift hieß es: „Die Angeeschuldigten haben, und zwar Anschütz und Schübel seit 1933..., bis zu ihrer Festnahme im September 1943 untereinander oder mit anderen Gesinnungsgenossen in Suhl und Umgebung politische Aussprachen durchgeführt, die dazu gedient haben, die Teilnehmer im kommunistischen Sinne zu beeinflussen.“⁹ Ehrhard Schübel wurde gemeinsam mit Adolf Anschütz und Genossen nach qualvoller Haft zum Tode verurteilt. Da man ihn aus dem Hohenasperg versehentlich nicht wie gefordert nach Rudolstadt in Thüringen sondern nach Rudolfstein (in Schlesien) überstellt hatte, wurde er nicht - wie vorgesehen - am 5. Januar in Weimar ermordet, sondern später, am 5. April 1945, im erwähnten Webicht bei Weimar hinterrücks erschossen. *Max Urich* (1890-1968) stammte aus Suhl, war Büchsenmacher von Beruf, seit 1906 Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbands und der SPD. Seit 1925 lebte er in Berlin, war hier der 1. Bevollmächtigte des DMV und Stadtverordneter im „roten Wedding“. Im Zuge der Zerschlagung der Gewerkschaften wurde er erstmals am 2. Mai 1933 für einige Monate inhaftiert. Im März 1935 erfolgte seine erneute Festnahme. Trotz Freispruchs wurde er bis August 1937 in das KZ Lichtenburg (1934-1937) und anschließend bis 1939 in das KZ Buchenwald (Häftlingsnummer: 2080) eingewiesen. Nach der Entlassung wiederum aktiv im Widerstand, knüpfte er u. a. enge Kontakte zu Suhler Antifaschisten, zu Richard Lohfink und zu Adolf Anschütz, die wie er selbst bis 1933 im Deutschen Metallarbeiterverband aktiv waren. 1944 wurde Max Urich wiederum in das KZ Buchenwald eingeliefert. Auf dem Todesmarsch in das KZ Flossenbürg gelang ihm mit 43 Kameraden die Flucht, und er kehrte in seine Heimatstadt Suhl zurück. Nach der Befreiung 1945 baute er als Polizeirat die Polizei mit auf, schloß sich der SED an, nahm am Vereinigungsparteitag von SPD und KPD 1946 in Berlin teil, wurde Landrat im Kreis Arnstadt. Politisch verfolgt, zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, verließ er 1951 die DDR und kehrte nach Berlin-Wedding zurück.¹⁰

Paul Voigt (1876-1944) lebte und wirkte seit 1900 im Werratal, anfangs in Bad Salzungen und Schmalkalden, ab 1925 in Meiningen. Seit 1927 war er hauptamtlicher Sekretär der SPD für den Unterbezirk Südthüringen. Von Beruf Schlosser, gehörte er der Gewerkschaft der Eisenbahner an (in Meiningen bestand ein großes Reichsbahn-Ausbesserungswerk), war Reichstagsabgeordneter der SPD. Er wirkte von 1933 bis zur Verhaftung im Frühjahr 1936 illegal vor allem in Berlin. Von April 1936 bis Januar 1939 war er im KZ Lichtenburg, anschließend im KZ Buchenwald inhaftiert. Nach der Freilassung wirkte er - wiederum illegal - von Erfurt aus in Thüringen. Mit Guido Heym, den er seit langem kannte, traf er sich kurz nach Kriegsbeginn. *Wilhelm Hemming* (aus Walldorf bei Meiningen), er war einer der ersten Häftlinge des KZ Bad Sulza gewesen, schrieb in seinen

9 Anklageschrift. Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof, 16. September 1944, ThSM, V/1/035. Siehe auch Suhler Zeitzeugnisse, T. I, S.100-107.

10 Zur politischen Biographie von Max Urich im Widerstand siehe Hans-Rainer Sandvoß: Widerstand in einem Arbeiterbezirk. Widerstand 1933-1945 in Wedding, Berlin 1987. Speziell zu den Verbindungen Max Urichs nach Thüringen: Akte Martha Sailer, SAPMO-BArch, DY 55/V 278/5/40 Bd.1.

Erinnerungen: „Sobald Paul Voigt entlassen war, haben wir die Verbindung wieder aufgenommen. Die erste Zusammenkunft wurde am Bahnhof Suhl am Pfingstvorabend 1940... vereinbart. Wir trafen uns später wiederholt bei Guido Heym/Suhl, u. a. mit (Justus) Triebel/Dietzhausen u. Otto Gering/Schmiedefeld. Dort gab uns Paul Voigt bekannt, daß er mit *Theo Neubauer* Verbindung aufgenommen habe.“¹¹

Heym und Voigt bemühten sich um den Wiederaufbau einer illegalen SPD-Organisation im Reich. Diese Absicht verfolgte auch Max Urich. Sie waren sich einig, daß „die alten ‚Parteibonzen‘“, unter ihnen Dietrich, der frühere Bezirkssekretär für Thüringen, ihrer Passivität wegen „ausgespielt hätten“; nach der Zerschlagung des Faschismus müßten neue Leute den Ton angeben. Im August 1943, kurz vor Guido Heyms Verhaftung, suchte Paul Voigt Guido Heym in der Werkstatt auf, die sich Heym 1933/34 eingerichtet hatte. Hier verdiente er in seinem ursprünglichen Beruf als Mechaniker den Lebensunterhalt für die Familie. Bei diesem Besuch teilte Voigt mit, daß Max Urich von Illegalen im Lande (u. a. aus dem Kreis um Wilhelm Leuschner) „als Parteivorsitzender der SPD im Reich in Aussicht genommen“ worden sei.¹²

Durch Erpressung und Verrat Otto Gerings (der sich 1945 der Verantwortung durch Übersiedlung in die Westzonen entzog) kam die Gestapo 1944 - im Zusammenhang mit der zweiten großen Verhaftungsaktion des RSHA im Thüringer Wald im Juni 1944 - Paul Voigt auf die Spur. Sie verhaftete ihn vermutlich am 22. August in Berlin, wo er aber bereits bei der Verhaftung oder im Dezember 1944 durch die Gestapo ermordet wurde.

Die wenigen hier genannten Antifaschisten, die - wie Karl Heym und Wilhelm Hemming - den Nazi-Terror überlebt hatten, gehörten nach der Befreiung vom Faschismus zu denen, die sich aktiv in den Neuaufbau einreiheten; Karl Heym als Landrat, Wilhelm Hemming als Bürgermeister.

11 Akte Wilhelm Hemming, SAPMO-BArch, DY 55/ V 278/ 4/ 119. Zu Theo Neubauer siehe Glondajewski/Schumann, Die Neubauer-Poser-Gruppe.

12 Detailliert siehe Kaiser, Die Heyms, S.28.

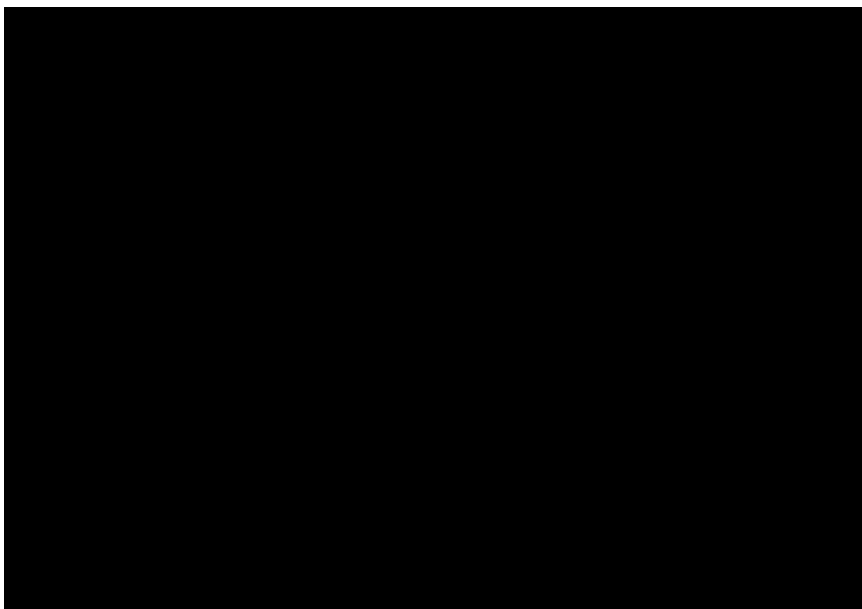
Karl Hauser: von der SPD zur SED/KPD - und zurück (1945-1948)

Ulla Plener

Karl Hauser wurde am 22. Februar 1891 in Berghausen/Baden geboren. Er war von Beruf Ingenieur, seit 1910 gewerkschaftlich organisiert, seit 1918 Mitglied der SPD. Von 1945 bis zu seinem Tod 1971 wohnte er in Kronberg/Taunus. Sein politisches Agieren in den ersten drei Jahren nach der Befreiung vom Faschismus steht für das Engagement unzähliger Sozialdemokraten, die sich damals als überzeugte Sozialisten für das Ende des - wie es damals hieß - Bruderkampfes zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten und für eine einheitliche Arbeiterpartei in den Westzonen einsetzten. Deshalb stellten sie sich gegen die Spaltungspolitik Kurt Schumachers. Die Einheitspartei sollte zugleich das Unterpfand für die Einheit Deutschlands sein. Die Forderungen ihrer Genossen in der SBZ und der Kommunisten in Ost und West nach einer sozialistischen Einheitspartei nahmen sie ernst und setzten als Freunde der Einheit, wie sie damals genannt wurden, ihre Kraft dafür ein. Jedoch wurden ihre Hoffnungen auf einen neuen Anfang der politischen Arbeiterbewegung sehr bald enttäuscht. Ausschlaggebend wurde für viele die von der kommunistisch dominierten Führung der SED seit Mitte 1948 forciert betriebene Umwandlung der SED im Osten und der KPD im Westen in „Parteien neuen Typs“, in Parteien Stalinschen Typs. Zu den zutiefst Enttäuschten gehörte auch Karl Hauser. Sein Einsatz für eine gesamtdeutsche, dann - kurzzeitig - westdeutsche sozialistische Einheitspartei hat sich, ebenso wie sein Rückzug von diesem Engagement, in Dokumenten der SED und der KPD aus den Jahren 1946-1948 niedergeschlagen. Das soll hier anhand der vorliegenden archivalischen Zeugnisse nachgezeichnet werden. Wie in einem Brennglas konzentriert sich da ein Stück Weges einer breiten Bewegung in den Gedanken und Handlungen eines einzelnen: von der Hoffnung zur Enttäuschung und zu schließlichem Rückzug aus dieser Bewegung.

Als einer von 130 Sozialdemokraten aus dem Westen Deutschlands nahm Karl Hauser am 40. Parteitag der SPD am 19./20. April 1946 in Berlin teil, der die Vereinigung der SPD mit der KPD zur SED beschloß. Er begrüßte hier die Delegierten im Namen der hessischen sozialdemokratischen Einheitsfreunde und verlas in deren Auftrag eine Erklärung, die sich für die vom Berliner Zentralausschuß der SPD vertretene Einheitsposition und gegen die Einheitsgegner im Westen aussprach. Letztere ließen „auf sogenannten Zonenkonferenzen, die bisher durchweg einseitig und keineswegs demokratisch zusammengesetzt waren (hört, hört!), ... Beschlüsse fassen, die den Unwillen der breiten Mitgliedschaft erregen“. Dagegen stünde die Mehrheit der westlichen Sozialdemokraten „freudigen Herzens auf dem

Boden der sozialistischen Einheit. Aus den Betrieben und Verwaltungen werden laufend Stimmen und Forderungen nach Unterbindung des bereits beginnenden Bruderkampfes laut. Dem Wegbereiter der Einigung, dem Zentralausschuß, wird größtes Vertrauen entgegengebracht.“¹ Auf dem Vereinigungsparteitag von SPD und KPD zur SED in der Sowjetischen Besatzungszone (21./22. April 1946) wurde Karl Hauser als einer von zehn Sozialdemokraten aus dem Westen in den Parteivorstand der SED gewählt. Daraufhin wurde er aus der SPD ausgeschlossen.



Das Foto (Ausschnitt) stellte Richard Klein, Kronberg, aus seinem Privatarchiv zur Verfügung. Dafür herzlichen Dank.

Nach dem Vereinigungsparteitag setzte sich Hauser in Hessen aktiv für die Gründung der SED in den Westzonen ein. Auch im Parteivorstand der SED gab er alles andere als einen Statisten ab. Er mischte sich oft in die Debatten ein,

1 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Am 19. und 20. April 1946 in Berlin, Berlin 1946, S.28-30. Zum Auf und Ab und den taktischen Wendungen der SED-Führung in ihrem Umgang mit der SPD der Westzonen siehe Ulla Plener: Die SED-Führung 1946-1953: Vom Einheitsapostel zum kalten Krieger in der Arbeiterbewegung. Chronik und Dokumente ihres Umgangs mit der SPD nach Tagungsprotokollen der SED-Spitzengremien (erscheint im Herbst 2004 im Ingo-Koch-Verlag, Rostock, ISBN 3-935319-57-6).

widersprach, wenn er anderer Meinung war. So artikuliert er auf der 2. Tagung des Parteivorstands (PV) der SED im Mai 1946 seine „grundsätzlich andere Meinung“ über den Weg zur Gründung der SED in den Westzonen. Sie sollte nicht, wie im Zentralsekretariat (ZS) des PV der SED gedacht, von der KPD, die sich an die jeweiligen örtlichen SPD-Organisationen wenden sollte, ausgehen, sondern von einheitswilligen, aus der SPD inzwischen wegen ihres Einheitsengagements ausgeschlossenen Sozialdemokraten. Sie sollten sozialdemokratische SED-Gruppen bilden als eine legale - „die illegalen Geschichten lehnen wir ab“! - organisatorische Grundlage für sozialdemokratische Einheitsfreunde.² Seine Meinung bekräftigte er auf der 3. PV-Tagung (18.-20. Juni 1946), lehnte wiederum strikt alle „illegalen Geschichten“ im Ringen um die Einheit ab, auch „illegalen Grenzübertritt zur Teilnahme an PV-Sitzungen“, und unterstützte durch Zwischenruf das Mitglied des Berliner SED-Bezirksvorstands Erich Lübke bei dessen Kritik an der sowjetischen Besatzungspraxis.³ Jedoch blieb seine Stimme - wie die anderer einheitswilliger Sozialdemokraten aus den Westzonen, die Mitglieder des PV der SED waren und von Erfahrungen mit der SPD im Westen ausgingen, im PV der SED ungehört. In der Überzeugung, „die Arbeiterschaft“ und mit ihr „die sozialdemokratischen Arbeitermassen“ würden gegen Schumacher und die westlichen Besatzungsmächte zu gewinnen sein, nahm der PV eine entsprechende Resolution an - bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen.⁴ Eine dieser drei Stimmen war mit Sicherheit die von Karl Hauser. Bei seiner Position blieb er auch auf der 5. Tagung des PV der SED (18./19. September 1946) und ergänzte noch: Auch auf parlamentarischer Basis werde eine Einigung mit der SPD nicht möglich sein, weil deren Devise „Der Feind steht links!“ sei. Generell meinte er: Die Schmerzen der Genossen im Westen seien wesentlich andere als die der Genossen im Osten.⁵ Die „Intelligenz der Schumacher-Leute“ und die Macht Schumachers, der „seine Leute an der Kandare“ habe, sollten nicht unterschätzt werden.

Unter den sozialdemokratischen Einheitsfreunden, von denen es in Hessen offensichtlich nicht wenige gab, wirkte Karl Hauser in diesem Sinne - und blieb zugleich kritisch gegenüber den Vorgängen im PV der SED.

Einer Mitteilung an die KPD in Hessen, „gez. Emil Schmidt“, vom 21. Oktober 1946 zufolge hatte Hauser am 11. Oktober vor einer Gruppe einheitswilliger Sozialdemokraten „über die letzte Vorstandssitzung der SED in Berlin“ berichtet. Hauser habe dort beantragt, „die SED hier ins Leben zu rufen“, und habe eine „ebenfalls von dieser Gruppe beschlossene Resolution vorgelegt“, die aber im PV der SED „nach heftiger Diskussion“, in der allein Walter Fisch für den Westen und Wilhelm Pieck für den „Zentralauswurf“ - also nur Kommunisten - gesprochen

2 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1/002, Bl. 35-41, 58f., 63f.

3 Siehe ebenda, IV 2/1/004, Bl. 130.

4 Siehe ebenda, Bl. 314-325 (Abstimmung Bl. 325). Wortlaut der Entschließung in Plener, Die SED-Führung, Dokument 3.

5 Siehe SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1/008, Bl. 188-199.

hätten, abgelehnt wurde. Im Protokoll der PV-Sitzung vom 25. September 1946 findet sich diese Auseinandersetzung nicht. Möglicherweise meinte Hauser (bzw. E. Schmidt) die 2. oder 3. PV-Tagung. In der Mitteilung vom 21. Oktober heißt es weiter: In der Sitzung der Gruppe am 11. Oktober habe Karl Hauser wieder seine Auffassung über die notwendige sofortige Gründung der SED im Westen vertreten. Innerhalb der SPD gebe es, so E. Schmidt, eine ziemlich starke Opposition, und es werde „viel Kritik an der sozialdemokratischen Politik geübt“; diese „Opposition bedürfe jedoch dringend einer Systematisierung und einer Führung. Die Gruppen der Einheitsfront müssen eine ständige Fühlungnahme mit den Opponenten und eine Führung der Opposition organisieren. Dies lehnt jedoch Genosse Karl Hauser praktisch ab. Er sagt, man könne ihm nicht zumuten, innerhalb der SPD, Stunk zu machen’. Er könne nur völlig legal arbeiten, und er faßt es als illegal auf, die Fühlungnahme zwischen den einzelnen opponierenden Sozialdemokraten und sozialdemokratischen Gruppen zu organisieren.“⁶

Bis zur Jahreswende 1946/1947 orientierte sich der PV der SED in seinem Bestreben, die SED im Westen zu installieren, noch auf die Zusammenarbeit mit ganzen SPD-Organisationen. Das wurde auf dessen 6. und 8. Tagung (24./25. Oktober 1946 bzw. 22./23. Januar 1947) vertreten.⁷ Doch ab September setzte der PV auf die „Differenzierung in der SPD“ und auf „Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Mitgliedermassen“, nunmehr begleitet von „prinzipieller Auseinandersetzung mit der Schumacher-Führung“.

Als sich aber die Vorstellung der SED-Führer, die SED auf den Westen nach dem Vorbild der SBZ, also als Vereinigung ganzer KPD- und SPD-Gliederungen, auszudehnen, als nicht realisierbar erwies (wie es die westdeutschen sozialdemokratischen Einheitsfreunde vorausgesagt hatten), griff die SED-Führung im Februar 1947 zu einer anderen taktischen Variante. Die SED strebte nunmehr eine „Arbeitsgemeinschaft SED-KPD“ an, zu der einheitswillige Sozialdemokraten - die „Freunde der sozialistischen Einheit“ und deren SED-Gründungsausschüsse, also nicht mehr ganze SPD-Organisationen - hinzugezogen werden sollten. Dieses Konzept folgte im Grunde genommen der Position Hausers, was auf der 9. PV-Tagung der SED am 14. Februar 1947 vermerkt wurde.⁸

Hauser blieb auch im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD ein Kritiker der einheitsfeindlichen Position des PV der SPD und ein aktiver Kämpfer für die Einheit. Er wurde Mitglied des leitenden Gremiums der Arbeitsgemeinschaft. Parallel dazu engagierte er sich als Vorstandsmitglied der Internationalen Techniker-Kommission und Vorsitzender der technischen Fachgruppe des EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund) in den Gewerkschaften. Bei der im Westen unabhängigen von

⁶ Ebenda, BY 1/260, Bl. 20f.

⁷ Die 7. Tagung fand am 14. November 1946 als außerordentliche und geschlossene statt. Grotewohl referierte hier über den „Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik“. Siehe Dokumente der SED, Bd. I, Berlin 1952, S.114-137.

⁸ Siehe SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1/016, Bl. 61-63.

SED und KPD wirkenden „Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Organisationen“, die ihn zu einer Konferenz am 22. März 1947 nach Offenbach einlud, entschuldigte sich Karl Hauser, weil am gleichen Tag in Braunschweig eine gewerkschaftliche Interzonenkonferenz stattfand, an der er teilnehmen wollte. Der Arbeitsgemeinschaft übermittelte er die „Grundsätze und Ziele der SED“, das Statut der SED, die Entschließung des Landesparteitags der KPD-Hessen betr. „Herstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands“ sowie den Aufruf der KPD-Hessen betr. „Überwindung der Spaltung der deutschen Arbeiterklasse“. Den Brief unterzeichnete er „mit sozialistischem Gruß“ und als „Vorstandsmitglied der SED“.⁹ Auf der Zentralen Delegiertenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD, die im Vorfeld des II. Parteitags der SED (20.-24. 9. 1947) am 19./20. September 1947 in Berlin stattfand, gehörte Hauser zu den sozialdemokratischen Sprechern für die amerikanisch besetzte Zone. Er beklagte, daß im Westen „Zehntausende(n) von Sozialisten, soweit es sich um Sozialdemokraten und Parteilose handelt, die eine sozialistische Einheitspartei anstreben,“ und der gesamten Mitgliedschaft der KPD die verfassungsmäßig garantierten Rechte beschnitten werden und man ihnen „die freie Vereinigung vorenthält“, indem die Bildung einer SED verboten werde, obwohl „die sozialistischen Einheitsfreunde nicht nur bewährte Antifaschisten, sondern auch überzeugte, staatsbejahende Demokraten sind“. Zum Vorwurf, die Einheitsfreunde seien „Zutreiber des östlichen Kommunismus“, sagte er: „Das ficht uns alles nicht an, denn würden wir das Ziel der Arbeitereinheit aufgeben und die SPD-Politik des Dr. Schumacher mitmachen, dann würden wir in der Tat mit Hand anlegen, um der deutschen Arbeiterschaft das eigene Grab zu schaufeln.“ Er berichtete u. a. über die Kämpfe um das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben. Die „Proteste und Entschließungen einzelner Industriegewerkschaften und Betriebe gegen die Verschleppung der Art. 37 und 41 der hessischen Verfassung“ (betr. wirtschaftliche Mitbestimmung und Sozialisierung von Schlüsselindustrien, einschließlich der chemischen) seien zahlreich.¹⁰

Auf der Konferenz wurde Hauser neben den Sozialdemokraten Paul Kohlhöfer, Franz Klupsch und Hans Venedey (die alle inzwischen aus der SPD ausgeschlossen oder aus ihr ausgetreten waren) in die Leitung der Arbeitsgemeinschaft gewählt und als deren Mitglied in den Parteivorstand der SED aufgenommen.¹¹ Er wurde einer der Autoren des auf der Konferenz beschlossenen monatlichen „Mitteilungsblatts der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD“. In der Nr. 3 vom Januar 1948 erschien von ihm der Beitrag „SPD und AFL“ über das Auftreten Kurt Schumachers in den USA auf dem AFL-Kongress in San Francisco im Oktober 1947. Besonders wandte er sich gegen die Äußerung Schumachers, die Aufteilung Deutschlands sei bereits eine

9 Das Schreiben Karl Hausers aus Frankfurt am Main, Gutleutstraße 8/II, in: ebenda, BY 1/490, Bl. 59.

10 Die Politik der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD. Auszüge aus Berichten und Diskussionsreden der Delegiertenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD am 19. und 20. September 1947 im Haus der Einheit in Berlin, Berlin 1947, S.10-17.

11 Siehe SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1/28, Bl. 1f.

vollendete Tatsache. Er kritisierte die „plumpe antikommunistische Hetze“, die „Angriffe und Verleumdungen auf die Kommunisten und die SED, den Weltgewerkschaftsbund und die Sowjetunion, so daß die Auftraggeber und Hintermänner“ (die Finanzgewaltigen in den USA) „zufrieden sein können“.¹²

Als einheitswilliger Sozialdemokrat engagierte sich Karl Hauser in der von der SED seit Ende November 1947 organisierten Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden. Sein Name steht auf der „Vorschlagsliste Hessen“ zum 2. Deutschen Volkskongreß (17./18. März 1948), auf dem es um die Einheit Deutschlands gehen sollte.¹³ Die Einheit Deutschlands war für ihn wohl eine Herzensangelegenheit. Dafür stehen der zitierte Beitrag im „Mitteilungsblatt“ und ganz besonders sein Auftreten auf der 10. PV-Tagung der SED am 12./13. Mai 1948, auf deren Tagesordnung u. a. die Feierlichkeiten zum 100. Jahrestages der Revolution von 1848 standen. Hier polemisierte Hauser sehr nachdrücklich gegen den von Wilhelm Pieck begründeten und vom PV der SED gefaßten Beschluß, nicht an den Mitte Mai 1948 vorgesehenen Feierlichkeiten in Frankfurt am Main teilzunehmen, weil damit die Spaltungsabsichten der Westmächte unterstützt werden würden. Er sah darin „die ganze Tragik unseres Vaterlandes“ gezeichnet. Noch vor drei Monaten habe er sich am gleichen Platz „verzweifelt dagegen gewehrt, anzunehmen, daß jemals die Spaltung Deutschlands Wirklichkeit werden könnte“, habe aber nun, nach den Darlegungen Piecks, wenig Hoffnung und müsse jetzt „damit rechnen, daß wir auf Jahre hinaus in zwei Vaterländern deutsch denken und lesen müssen“. – „Neben den politischen Folgen (der staatlichen Spaltung, auf die sich die SED nach den Ausführungen Piecks einstellen müsse, - U. Pl.) dürften es vornehmlich die wirtschaftlichen, die arbeitsrechtlichen und sozialen Verhältnisse sein, die schwer auf den Arbeitern im Westen lasten, die uns niederdrücken werden“, „aber die Mächtigen im Westen wieder das Heft in die Hand bekommen...“ Es bliebe dann „nur die eine Hoffnung: die Hoffnung auf die Ostzone und Eure Solidarität“. Deshalb sollte von hier aus nichts unternommen werden, „was den Anschein erwecken könnte, als ob wir uns ins Unvermeidliche fügen“ würden. Die SED sei seit dem Vereinigungsparteitag „trotz aller Verleumdungen gewissermaßen zum Inbegriff des Kampfes um die deutsche Einheit geworden“, sie sollte es bleiben und durch ihre Teilnahme in Frankfurt a. M. dokumentieren. Im Zusammenhang mit den Wahlergebnissen bei Kommunalwahlen in der amerikanischen Zone ging Hauser auf das Wirken der KPD im Westen ein und mahnte, ihr Ton, ihre

12 Dokument in: Plener, Die SED-Führung, Kapitel II, Exkurs über Karl Hauser.

13 Siehe SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/11/114, Bl. 167: „Hauser Karl, Kronberg/Taunus, Ing., SED“. An anderer Stelle findet sich sein Name auf der Vorschlagsliste für den „Ausschuß für Justiz, amerikanische Zone“ (ebenda, Bl. 209). Als Parteizugehörigkeit (die auf den Namenslisten für die westlichen Länder zwischen SPD, KPD, SPD-SED, SED variiert) ist bei Hauser SED angegeben. Von wem die Vorschlagslisten stammen, ist aus der Akte, die zum Bestand „SED/ZK/Kaderabteilung“ gehört, nicht ersichtlich; nach Bl. 101 könnte es der Ständige Berliner Ausschuß für Einheit und gerechten Frieden sein.

„Uniformierung nach außen“ müßten anders werden, und: Der „politische Zickzackkurs in den letzten anderthalb Jahren (sei) ein bißchen zu scharf ausgeprägt“ gewesen. Auf den Zwischenruf von Franz Dahlem: „Was ist das?“ - antwortete er selbstbewußt: „Ich will gar nicht auf die Vergangenheit zurückgreifen, Genosse Dahlem, sonst wirst Du wieder sagen, ich vertrete hartnäckig einen falschen Standpunkt, und ich würde den Nachweis erbringen, wer den richtigen Standpunkt behalten hat... Dieser Beweis würde zu Deinen Ungunsten ausfallen.“ Als aktiver Teilnehmer an der europäischen Gewerkschaftsarbeit äußerte sich Hauser auf der Tagung kritisch zu sektiererischen bzw. dogmatischen Positionen der IG Metall im FDGB, die in einem Telegramm an das internationale Gewerkschaftssekretariat in Bern dieses als „Agentur des Dollar-Imperialismus“ u. ä. beschimpfte. Hauser forderte: „Unser Kampf, auch gegen unsere Gegner, muß sachlich und in anständigen Formen geführt werden.“¹⁴

Hausers Diskussionsbeiträge auf den PV-Tagungen der SED wiesen ihn als einen - im Unterschied zu seinen kommunistischen Partnern - eher nüchternen Beobachter aus. Offensichtlich war es sein Bestreben, alles für die Erhaltung der Einheit Deutschlands zu tun. Das mag ihn veranlaßt haben, sich auch für die Idee - von der SED direkt auf Empfehlung Stalins im April 1948 initiiert¹⁵ - der Sozialistischen Volkspartei Deutschlands (SVD) auf der Basis der KPD der Westzonen zu engagieren. Vermutlich folgte er da der ihm einleuchtenden Argumentation, die Einheit der Arbeiterbewegung werde die Einheit Deutschlands garantieren.

Neben Paul Kohlhöfer wurde er als Sozialdemokrat zur zentralen Figur in dem kurzen Zwischenspiel SVD, wie die KPD nun heißen sollte, unter Einschluß der aus der SPD stammenden „Freunde der sozialistischen Einheit“ als Einheitspartei in den Westzonen. Einen entsprechenden Beschluß hatte die erste seit 1945 gesamt-westdeutsche Konferenz der KPD am 27. April 1948 in Herne gefaßt. Allerdings erwartete Karl Hauser von der KPD, der beizutreten er bereit war, daß sie sich grundlegend demokratisiere. Er war auch nicht der Meinung, daß in dieser Partei, wie es im Herner Beschluß hieß, „jetzt Platz für alle (sei), die guten Willens sind, unbeschadet ihrer sozialen Herkunft, gleich, welcher Weltanschauung und Religion“. „Nein“, so Hauser auf der 10. Tagung des PV der SED im Mai 1948, „ich bin der Auffassung, nicht jede Weltanschauung hat bei uns Platz; es kommt darauf an, was man darunter versteht. Ich verstehe darunter immer etwas, was gegenüber unserer Weltanschauung des Sozialismus konträr ist. Ich kann doch keinen ausgeprägten Liberalisten oder sonst irgendeinen kapitalistisch eingestellten Mann in unseren Reihen brauchen. Hier müßte man nach meiner Auffassung etwas

14 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1/46, Bl. 112-120. Siehe auch Wilhelm Pieck im Schlußwort zu diesen Ausführungen Karl Hausers, dokumentiert in: Plener, Die SED-Führung, Dokument 16.

15 Dazu ausführlich in: Plener, Die SED-Führung, Kapitel 2. Siehe auch dies.: Zur Geschichte des Umgangs der SED-Führung mit der SPD-West: Das Stricken an deren „linker Opposition“, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, II/2004, S.29f.

konsequenter sein, damit nicht nach außen hin der Eindruck erweckt wird, als ob wir nicht wüßten, was wir wollen: heute so und morgen so!“¹⁶

Am 18. Juni 1948 sprach Karl Hauser über den Anschluß an die SVD auf der Delegiertenkonferenz der sozialistischen Einheitsfreunde Hessens in Frankfurt am Main. Dem Protokoll der Konferenz ist zu entnehmen: Anwesend waren 19 Delegierte. Karl Hauser eröffnete die Sitzung und referierte. Wörtlich heißt es im Protokoll:

„Hauser ging von dem letzten Parteitag der SPD in Berlin am 20.4.46 und vom Vereinigungsparteitag der SPD/KPD am 21.4.46 aus, auf denen die Gen. Hauser und Obst namens der hessischen Einheitsfreunde ein Bekenntnis zur Einheit der deutschen Arbeiterschaft und treuen Mitarbeit ablegten. Er erwähnte kurz die Gründe, die zur Austrittsbewegung aus der SPD im Frühjahr 1947 führten¹⁷. Dieser Schritt sei eine Notwendigkeit und ein erforderlicher Akt der persönlichen Anständigkeit gewesen. Der damit verbundene Aufruf habe vornehmlich in den Gewerkschaften Zustimmung gefunden; trotzdem hätten sich viele oppositionelle SPD-Genossen gescheut, die gleichen Konsequenzen zu ziehen. Es war ein Mangel, daß die damals entfachte Diskussion nicht durch eine forcierte Publikation und Versammlungen weiter getrieben werden konnte. Selbst die auf der Landeskonferenz der KPD abgegebene Erklärung am 19.4.47 sei nicht veröffentlicht worden. Die vielfach kritisierten Schwankungen und Änderungen in den taktischen Auffassungen hätten sich aus der allgemeinen politischen Lage ergeben.

Auf die vom Landesvorstand der KPD unterm 5. Mai 47 herausgegebenen ‚Richtlinien für die Vorbereitung der Schaffung der SED‘ hinweisend, stellte er fest, daß sich in Hessen rund 5.000 Personen in die Bereitschaftserklärungslisten eintrugen. Das Verbot der SED-Gründungsausschüsse durch die Militär-Regierung habe die Bewegung neutralisiert, so daß nur im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD gearbeitet werden konnte. Nach der am (27).4.48 in Herne beschlossenen Umbenennung der KPD in SVD habe der KPD-Vorstand die Absicht gehabt, die westlichen Einheitsfreunde durch einen Aufruf zum Eintritt in die Partei zu veranlassen. An dieser Absicht habe man auch festgehalten, nachdem die Namensänderung verboten wurde. Man hätte in den einzelnen Bezirken getrennt vorgehen wollen. Nun habe man sich mit dem Parteivorstand dahingehend geeinigt, daß zwar bezirkliche Konferenzen der Einheitsfreunde zur Vorbereitung zusammentreten, daß aber erst auf einer gesamt-westdeutschen Tagung der Einheitsfreunde am 25.7.48 in Herne über den Zusammenschluß mit der KPD entschieden werden soll. Die hessische Tagung am 17.6.48 habe zu Meinungsverschiedenheiten geführt, die in Berlin geklärt worden seien. Die

¹⁶ Siehe Plener, Die SED-Führung, Dokument 15.

¹⁷ Zur Austrittsbewegung aus der SPD im Frühjahr 1947 siehe u. a. Ulla Plener: Die Bestrebungen in der SPD für die Verständigung der deutschen Arbeiterparteien 1947/1948, in: Für die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse 1945-1964, Berlin 1965.

Stellungnahmen der einzelnen Diskussionsredner am 17.6. seien in Berlin sachlich gewürdigt worden, und Gen. Grotewohl habe erkannt, daß es sich dabei um keine politischen Gegensätze, sondern um taktische Bedenken handele.

Von den Bestrebungen gewisser Gruppen zur Gründung einer dritten Arbeiterpartei habe sich Hauser im Namen der hessischen Einheitsfreunde distanziert; dagegen habe er eine innere und äußere Umgestaltung der KPD in allen Instanzen gefordert. Die hessischen Einheitsfreunde hätten als oberstes Ziel die Einheit im Auge und würden die Grundsätze der SED vorbehaltlos anerkennen. In überzeugender Weise hätten die Gen. Pieck und Grotewohl den Nachweis erbracht, daß die politischen Erfordernisse gegenüber allen taktischen Erwägungen den Vorrang hätten.

Hauser schilderte dann die Entwicklung der letzten zwei Jahre und kritisierte die verhängnisvolle Rolle der SPD in der westdeutschen Politik, wodurch die Spaltung Deutschlands herbeigeführt worden sei. Auf die in ‚Neues Deutschland‘ veröffentlichte Schlußrede des Gen. Grotewohl auf der letzten SED-Vorstandssitzung eingehend, forderte Hauser eine klare Stellungnahme. Zugleich wandte er sich gegen die Kommunistenhetze. Nur im organisatorischen Rahmen der SVD und unter Rückendeckung der SED und der internationalen Freunde könnten die erstrebten Ziele erreicht werden.¹⁸

Laut Protokoll stimmten alle acht Diskussionsredner aus Darmstadt, Willingen, Oberursel und Frankfurt am Main Hauser zu (die aus finanziellen Gründen nicht anwesenden Kasseler Einheitsfreunde hatten der Konferenz eine zustimmende schriftliche Stellungnahme zum Anschluß an die SVD zugesandt). Für alle Redner war die innere Umgestaltung und Demokratisierung der kommunistischen Partei besonders wichtig. Damit habe Hauser einen „gangbaren Weg“ gezeigt. Weiter heißt es im Protokoll: „Hauser erwähnte in seinem Schlußwort Beratungsergebnisse der Einheitsfreunde aus den Bezirken Rheinland-Westfalen und Niedersachsen, die sich ebenfalls für den Zusammenschluß mit der SVD (KPD) entschieden hätten.“ Die der Tagung vorgelegte Entschließung über den Zusammenschluß in der SVD wurde einstimmig angenommen. Als Delegierte wurden gewählt: Lichtinger, Kohlhöfer, Hauser, Zirkelbach, Köhler, Kern, Densch, Schneider, Stückrath und Tilly Schäfer.

Vermutlich war es dieses Engagement Karl Hausers, das die Mitglieder des ZS veranlaßt hatte, ihm das Hauptreferat auf der Konferenz der Einheitsfreunde am 25. Juli 1948 in Herne zu übertragen. Ganz sicher war man sich aber wohl doch nicht, ob er die vorgegebene „Linie“ vertreten werde: Im ZS mußte er förmlich erklären, „daß er sich auf der Konferenz in Herne am 25.7.48 vorbehaltlos(!) für den Übertritt der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD in die SVD einsetzen“ werde.¹⁹

18 SAPMO-BArch, BY 1/247, Bl. 68f. Nach anderer Quelle fand die Konferenz am 18. Juli mit 29 Delegierten statt.

19 Siehe Anlage zum Protokoll Nr. 92 vom 2.7.48 des ZS, in: SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2.1/214, Bl.3, und ebenda, IV 2/2.1/219, Bl. 2.

Über die Konferenz und Hausers Referat berichtete „Neues Deutschland“, die „Delegierten der ‚Freunde der sozialistischen Einheit‘ aus allen drei Zonen Westdeutschlands“ hätten insgesamt „etwa 50.000 Sozialisten aus den Reihen der SPD, CDU und Parteilose“ vertreten und „den historischen Beschluß“, „sich mit der Sozialistischen Volkspartei, der KPD, zu verschmelzen“, gegen zwei Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Der Beschluß habe sich „auf entsprechende Entschließungen der Landesdelegiertenkonferenzen der ‚Freunde der sozialistischen Einheit‘“ gestützt. In den Hauptvorstand der KPD seien sieben Vertreter, u.a. Karl Hauser und Paul Kohlhöfer, gewählt worden.

In der Entschließung der Konferenz, die eine Zusammenfassung des Referats von Karl Hauser zum Thema „Der Weg der sozialistischen Einheitsfreunde“ darstellt, sei, so der Bericht im „Neuen Deutschland“ weiter, auf das Prager Manifest des sozialdemokratischen Parteivorstandes vom 28. Januar 1934 verwiesen worden, in dem hervorgehoben worden war, daß „die Einigung der Arbeiterklasse zum von der Geschichte auferlegten Zwang“ werde. Ferner sei auf die Brüsseler Konferenz der KPD vom Oktober 1935 verwiesen worden, „auf der nach einer selbstkritischen Stellungnahme und einer grundlegenden Analyse der veränderten Verhältnisse die Einheit der sozialistischen Bewegung gefordert wurde“. In der Ostzone sei 1946 „auf Grund dieser bindenden Verpflichtungen der Zusammenschluß der sozialistischen Parteien vollzogen“ worden. Die Herner Entschließung habe darauf hingewiesen, daß „der SPD-Vorstand im Westen Deutschlands die Vorschläge der KPD zur Einheit abgelehnt und sabotiert hat“. Wörtlich hieß es in der Entschließung: „Alle wirklichen Sozialdemokraten, alle Einheitsfreunde fühlen sich deshalb nicht mehr durch die Parteidisziplin gebunden und sind entschlossen, die Prager und Brüsseler Beschlüsse gegen den Willen des gegenwärtigen Parteivorstandes durchzuführen. Sie sehen in der KPD, der Sozialistischen Volkspartei, die mutige Vorkämpferin der Einheitsbewegung und haben deshalb am 25. Juli 1948 in Herne als die gewählten Vertreter der sozialdemokratischen Einheitsfreunde aller Zonen Deutschlands den Beschluß gefaßt, sich mit der KPD zu vereinigen. Die innere Umgestaltung der Kommunistischen Partei verbürgt das absolute demokratische Mitbestimmungsrecht in allen Instanzen, von den Orts- und Betriebsgruppen bis zum Parteivorstand. Die Konferenz fordert alle fortschrittlichen Demokraten und Sozialisten, Frauen, Männer und Jugendliche innerhalb und außerhalb der politischen Parteien auf, den Herner Beschluß durchzuführen und einzutreten für eine klare und eindeutige demokratische Politik. Vereint müssen die Sozialisten im Westen und Osten Deutschlands kämpfen für eine geeinte und unabhängige demokratische Republik, für eine demokratisch gewählte Volksvertretung, eine gesamtdeutsche Regierung, für den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages, für die schnellste Beendigung der militärischen Besetzung aller Zonen Deutschlands, für den Auf- und Ausbau einer demokratischen Friedenswirtschaft.“²⁰

20 Neues Deutschland, 28. 7. 1948.

Am 29. Juli 1948 nahm das ZS eine Information von Karl Hauser über die Konferenz und den „Anschluß der Freunde der sozialistischen Einheit an die SVD“ entgegen. Auf der 12. Tagung des PV der SED (28./29. Juli 1948) berichtete Paul Kohlhöfer als „Beauftragter der Einheitsfreunde“ über die Konferenz. Das Referat von Karl Hauser und die Aussprache seien vom gleichen Geist wie Grotewohls Ausführungen auf der PV-Tagung getragen gewesen; es habe sich „die vollkommen neue Einstellung zu den Problemen einer sozialistischen Partei“ gezeigt, und die Teilnehmer würden sich nicht mehr als Sozialdemokraten fühlen. Diejenigen, die in Herne den Schritt zur SVD mitgegangen seien, „waren die besten aus der Sozialdemokratie, die den Anfang gemacht haben mit der Vereinigung der Arbeiterschaft“. Weitere Sozialdemokraten würden dem Beispiel folgen, denn die SPD befände sich in einer schweren Krise. Den Beschluß von Herne nannte Kohlhöfer einen von historischer Bedeutung, weil damit in den Westzonen „die Einheit der Arbeiterbewegung de facto hergestellt worden“ sei.²¹

Die Bezeichnung SVD tauchte noch im Kurzprotokoll der ZS-Sitzung vom 14. September im „Bericht über die Sitzung des PV der SVD (Walter Fisch)“ auf und dann ein letztes Mal im Bericht des ZS an die 13. Tagung des PV der SED (15./16. September 1948), erstattet von Helmut Lehmann.²² Damit war das Zwischenspiel SVD beendet und die Idee einer westdeutschen, nach dem Bilde der SED und mit dieser verbundenen Einheitspartei aufgegeben worden.

Für die sozialdemokratischen Akteure der Einheit, jedenfalls für Karl Hauser, wurden die Vorgänge in der SED und in der KPD, seit Mai 1948 zu einem tiefen Einschnitt, der schließlich zum Bruch mit der von der SED ausgehenden Einheitsbewegung führte.

Mit der 10. und den folgenden Tagungen des PV wurde seit Mai 1948 die schon auf dem II. Parteitag (September 1947) sichtbar gewordene Stalinisierung der SED beschleunigt betrieben.²³ Ins Kreuzfeuer der Kritik und in die „Parteisäuberungen“ gerieten auch die ehemaligen Sozialdemokraten in der SED.²⁴

21 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1/50, Bl. 219-222.

22 Siehe ebenda, IV 2/2.1/231 sowie IV 2/1/052, Bl. 7.

23 Siehe dazu die Dokumentation von Thomas Friedrich u. a. (Hrsg.): Entscheidungen der SED 1948. Aus den stenographischen Niederschriften der 10. bis 15. Tagung des Parteivorstandes der SED, Berlin 1995. Für die Vorgänge in der SED: Thomas Klein/Wilfriede Otto/Peter Grieder: Repression und Opposition in der SED (1949-1989), Teil I, Frankfurt/Oder 1996; Volker Sieger: Die Entwicklung der SED zur „Partei neuen Typus“, in: BzG 1995, H.4, S.87-97; Andreas Malycha: Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946-1953, Paderborn u. a. 2000. Für die KPD: Herbert Mayer: Durchsetzt von Parteifeinden, Agenten, Verbrechern...? Zu den Parteisäuberungen in der KPD (1948-1952) und der Mitwirkung der SED, Berlin 1995.

24 Siehe dazu u. a. Friedrich u. a., Entscheidungen, S.27, 202, 371. Auf der 11. Tagung sprach Grotewohl vom „Krankheitskeim“ in der SED, getragen von Anhängern der Schumacher-Politik, die „ideologisch bis zur Vernichtung zu schlagen“ seien (ebenda, S.148). Siehe dazu Exkurs in Plener, Die SED-Führung, Kapitel II.2.

Karl Hauser hatte an der 10., 11., 12. und 13. PV-Tagungen der SED teilgenommen. Überliefert ist seine Reaktion auf die Ausführungen Grotewohls auf der 11. Tagung. Fritz Schreiber, ehemaliger Sekretär des ZA der SPD, dann paritätisch mit Richard Gyptner Leiter des Büros des ZS, berichtete 1949: „Auf dieser Tagung des Parteivorstandes sprach Grotewohl erstmals in Formulierungen derart probolschewistischen Charakters, daß man den eisigen Hauch, der durch den Tagungsraum ging, fast fühlte. Ich erinnere mich heute noch der geradezu fassungslosen Gesichter von Otto Meier, Karl Hauser und einiger andere(r).“²⁵

An den Beratungen des PV der SED nahm Hauser letztmalig auf der 13. Tagung im September 1948 teil, auf der die Thesen über „Die Novemberrevolution und ihre Lehren für die deutsche Arbeiterbewegung“, der Beschluß über „Die theoretische und praktische Bedeutung der Entschließung des Informationsbüros über die Lage in der KP Jugoslawiens und die Lehren für die SED“ und die „Ausführungsbestimmungen zum Beschluß der Parteivorstandes über die Schaffung der Partei-Kontrollkommission“ angenommen wurden²⁶. Zur Debatte stand hier auch der „Fall Böttge“, eines aus der SPD kommenden SED-Funktionärs, der mit dessen Ausschuß aus der SED endete.

Auf der Tagung der Einheitsfreunde am 25. Juli 1948 in Herne in den Parteivorstand der KPD/SVD gewählt, nahm Karl Hauser bis November 1948 auch an den Tagungen des PV der KPD teil. Die Protokolle dieser Tagungen weisen ihn als anwesend auf der 3. PV-Tagung am 10./11. August, auf der Sondersitzung des PV am 11. September, auf der 6. PV-Sitzung am 6./7. Oktober sowie auf der 7. PV-Tagung am 11./12. November 1948 aus.²⁷ Inhaltlich ging es auf diesen Tagungen besonders um die Stellungnahme zur Entschließung des Kominformbüros über die KP Jugoslawiens, um die Erklärung des PV der KPD zur politischen Lage in den Westzonen und das damit verbundene strategische Konzept der Partei²⁸, um innerparteiliche Debatten sowie um die Stellung zur SPD. Als Diskussionsredner trat Hauser - ganz anders als zuvor - nicht mehr in Erscheinung.

Unter dem Eindruck der Vorgänge und Diskussionen in der SED und in der KPD seit Sommer 1948 wird sich Karl Hauser im Herbst 1948 geistig und politisch von der SED und der KPD endgültig gelöst haben. Bald darauf folgte das Ende seines Engagements in beiden Parteien. Am 1. Dezember 1948 beschloß das Sekretariat des PV der KPD laut Kurzprotokoll seiner Sitzung: „7. Mit Karl Hauser erfolgt in den

25 Zit. nach Frank Moraw: Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie, Bonn 1990, S.226. Schreiber zog sich im Juni 1948 aus dem ZS zurück und ging im Herbst d. J. in den Westen.

26 Siehe Dokumente der SED, Bd. II, Berlin 1950, S.91-116.

27 Siehe SAPMO-BArch, BY 1/425 und 426. In der Anwesenheitsliste der 4. Tagung (25./26. August 1948) ist sein Name mit Bleistift gestrichen.

28 Die „Erklärung“ wurde laut Impressum „als Manuskript für die Mitglieder der KPD gedruckt. Herausgegeben vom Parteivorstand der KPD, Dortmund, 25.9.1948“ (siehe SAPMO-BArch, BY 1/426, Bl. 15). Später abgedruckt in: KPD 1945-1968. Dokumente, Bd. 1: 1945-1952, hrsg. und eingeleitet von Günter Judick, Josef Schleifstein und Kurt Steinhaus, Neuss 1989, S.209-252.

nächsten Tagen eine Aussprache. Diese wird durch den Genossen Reimann durchgeführt.“²⁹ Der Inhalt der Aussprache ist nicht dokumentiert. Es wird vermutlich hoch hergegangen sein. Die hier zitierte Akte enthält lediglich folgendes Schriftstück in DIN A 5 Format:

„Sekretariat
Herrn Karl Hauser, Kronberg/Taunus, Dettweilerstr. 16
Einschreiben
3.12.48

Anliegend ein Beschluß des Sekretariats des Parteivorstandes zur Kenntnisnahme. Bezugnehmend auf die Aussprache zwischen Ihnen und Herrn Reimann am 2. 12. 48 weisen wir darauf hin, daß Sie sofort die von Ihnen benutzten Räume Gutleutstr. 8-12 zu räumen haben.

Parteivorstand der KPD/Sekretariat, i. A.“³⁰

Die Unterschrift fehlt, ebenso der „anliegende“ Beschluß. Dabei wird es sich um den Ausschluß des (nunmehr als „Herr“ und mit „Sie“ angeredeten) Karl Hauser aus der KPD gehandelt haben.

In der SED gab es auf den Vorgang ein kommentarloses Echo: Das Kurzprotokoll der ZS-Sitzung vom 11. Dezember 1948 enthält: „8. Behandelt: Ausschluß von Karl Hauser, Frankfurt a. M., aus der KPD. Einführung Pieck. Beschlossen: Der Beschluß des PV der KPD, Karl Hauser aus der KPD auszuschließen, wird gebilligt. Die ZPKK wird ersucht, einen Beschluß für die nächste Tagung des PV in dieser Angelegenheit vorzubereiten.“³¹ Ein solcher Beschluß der ZPKK konnte in den durchgesehenen Beständen der SED und der KPD nicht ausfindig gemacht werden. Am 3. Januar 1949 fand die 9. Tagung des PV der KPD statt. Behandelt wurde die offizielle Auflösung der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD. Das Protokoll enthält die Passage: „Der Beschluß des Sekretariats auf Ausschluß des Karl Hauser wird bestätigt. Die Genossen Oskar Müller (Vorsitz), Albert Buchmann und Kern werden als Kommission die Unterlagen in Sache Hauser überprüfen und dem Parteivorstand einen abschließenden Bericht erstatten. Das Sekretariat des PV erhält zur Veröffentlichung des Beschlusses alle Vollmachten.“³² Ein solcher Bericht ist in den Akten nicht enthalten.

Den Schlußpunkt setzte bei der SED der „Beschluß des Parteivorstandes vom 24. Januar und der 1. Parteikonferenz vom 25.- 28. Januar 1949“, in dem es unter anderem um die „Trennung der KPD von der SED“ ging. Der Beschluß enthält den Satz: „Der Parteivorstand nimmt zur Kenntnis, daß das Mitglied des Parteivor-

29 SAPMO-BArch, BY 1/489 (KPD-Westzonen. Kurzprotokolle der Sekretariatssitzungen Juni-Dezember 1948), Bl. 46.

30 Ebenda, Bl. 50.

31 Ebenda, IV 2/2.1/256, Bl. 2. Hauser war nicht vom PV, sondern vom Sekretariat des PV der KPD ausgeschlossen worden. ZPKK - Zentrale Partei-Kontrollkommission.

32 SAPMO-BArch, I 11/301/3. Weder das Material der Kommission, noch eine Veröffentlichung zum „Fall Hauser“ konnten bisher ermittelt werden.

standes Karl Hauser vom Parteivorstand der KPD wegen parteischädigenden Verhaltens aus der KPD ausgeschlossen wurde.³³ Frank Moraw gibt (quellenmäßig nicht belegt) an, Hauser sei der „Zusammenarbeit mit Gniffke verdächtigt“ worden.³⁴

Danach verliert sich die Spur Karl Hausers in der archivalischen Hinterlassenschaft von SED und KPD. Der Auskunft des Stadtarchivs Kronberg/Taunus zufolge gehörte er von Oktober 1956 bis November 1961 für die SPD der Stadtverordnetenversammlung an, war dort Vorsitzender des Ältesten-Ausschusses und zuletzt Vorsitzender der SPD-Fraktion. Er starb vermutlich am 1. April 1971 in Kronberg/Taunus.³⁵

33 Dokumente der SED, Bd. II, S.202.

34 Siehe Moraw, Die Parole, S.226, Anmerkung 42.

35 Für diese Auskünfte danke ich Andreas Herbst, Berlin.

Erinnerungen

Otto Franke – Arbeiterfunktionär und Bibliothekar¹

Jürgen Stroeck

Im Juli 1952 lernte ich Otto Franke an dessen letztem Arbeitstag auf dem Gelände der Parteihochschule der SED in Kleinmachnow kennen, als ich für die Bibliothek des Marx-Engels-Lenin-Instituts beim ZK der SED eine von Otto Franke geleitete Bibliothek übernehmen sollte. Begleitet wurde ich von dem damaligen stellvertretenden Leiter der Bibliothek des ZK der SED Rudi Reimann. Die Übergabe der Bibliothek durch Otto Franke erfolgte dann am späten Nachmittag des gleichen Tages im Beisein von Fred Oelßner. Das Zusammentreffen mit Otto Franke und vor allem das, was er im Verlauf des Tages bis zum Eintreffen von Fred Oelßner über sein Leben berichtete, hat mich damals stark beeindruckt.

Wer war dieser Otto Franke, der uns in „seiner Bibliothek“ begrüßte? Otto Franke war von kleiner, etwas rundlicher Gestalt, etwa 1,50 bis 1,55 m groß. Sein Gesicht wurde von einer mit sehr starken Gläsern ausgestatteten Hornbrille eingenommen. Der Kopf war bis auf den kurzgeschorenen Haarkranz kahl. Imponierend aber war seine brillante Erzählweise, in der er über sein Leben berichtete.

Zu Beginn unseres Zusammentreffens erklärte er uns, daß er einige Jahre zuvor von Fred Oelßner beauftragt worden sei, in dieser Bibliothek Literatur, die auf der Grundlage des Befehls Nr. 4 des Alliierten Kontrollrates selektiert werden mußte,² zu sammeln und für Forschungszwecke sowie für die ideologische Auseinandersetzung mit Faschismus und Militarismus durch die SED nutzbar zu machen. Diese Arbeit habe er seitdem nach bestem Wissen und Gewissen geleistet. Er habe zahlreiche Bücher, Zeitschriften und Zeitungen mit faschistischem, militaristischem und parteifeindlichem Gedankengut übernommen, sie nach sachlichen Gesichtspunkten geordnet und aufgestellt. Die Parteiführung vertrete aber die Auffassung, daß er jetzt zu alt für diese Arbeit sei. Darum sei heute sein letzter Arbeitstag in der Bibliothek. Da er den Auftrag aber direkt von Fred Oelßner erhalten habe, wolle er die Übergabe nur in dessen Beisein vollziehen. Otto Franke erläuterte uns dann die Gesichtspunkte, nach denen er die Literatur geordnet und aufgestellt hatte. Die

1 Gekürztes und überarbeitetes Referat, gehalten am 18.9.2003 im Rahmen der gemeinsamen Vortragsreihe des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft und der Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv.

2 Siehe Befehl Nr. 4: Einziehung von Literatur und Werken nationalsozialistischen und militaristischen Charakters, in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nr. 7, 31.5.1946, S.151f.; Abänderung des Befehls Nr. 4, in: ebenda, Nr. 10, 31.8.1946, S.172.

Bibliothek umfaßte fünf große Räume, die mit bis zu 2,60 m hohen Regalen bestückt waren, insgesamt ca. 580 Regalmeter Stellfläche³, also Platz für wenigstens 20.000 Bücher, Broschüren, Zeitungen und Zeitschriften. Nur die Arbeitsplätze für Otto Franke und seine Frau Senta, seiner einzigen Mitarbeiterin, waren ausgespart. Nachdem wir die Bibliothek in Augenschein genommen hatten, berichtete Otto Franke über sein kampferfülltes Leben.

Im Mittelpunkt seiner Erinnerungen standen seine Kindheit und Jugend, die Zeit der Novemberrevolution sowie sein Kampf gegen den Faschismus.⁴ Kindheit und Jugend prägten sein gesamtes weiteres Leben bis zu seinem Tode, gaben ihm Sinn und Inhalt.

Otto Franke wurde am 15. September 1877 in Rixdorf, heute ein Stadtteil von Berlin-Neukölln, geboren. Sein Vater war der Maschinenbauer Karl Albert Ferdinand Franke. Er war Mitglied der Partei August Bebel's und Wilhelm Liebknecht's, und auch seine Frau Anna stand dieser Partei nahe. Als besonders aktiver Sozialist, der sich auch in der Gewerkschaft betätigte, wurde sein Vater auf Grund des Sozialistengesetzes 1880 aus Berlin, Preußen, Sachsen und anderen deutschen Staaten ausgewiesen. Er emigrierte zuerst nach Frankreich und lebte dann von 1882 bis 1890 als Emigrant in England, wo er 1883 auch der Beisetzung von Karl Marx beiwohnte.⁵

Otto Franke und seine Geschwister blieben mit ihrer Mutter in Rixdorf zurück. So mußte Anna Franke allein für ihren und ihrer Kinder Unterhalt aufkommen. Als Wäscherin für wohlhabende Bürger bemühte sie sich, ihre Kinder und sich durchzubringen, doch hätte ihr Einsatz oftmals nicht ausgereicht, wenn nicht die tatkräftige Hilfe und Unterstützung durch die Rixdorfer Freunde und Genossen gewesen wäre. Häufig war Schmalhans bei den Frankes Küchenmeister, so daß Otto schon frühzeitig Not und Hunger kennenlernte. Aber er lernte gleichzeitig auch die Solidarität der Arbeiter schätzen, die von dem wenigen, das ihnen zur Verfügung stand, immer noch etwas abgaben, um die Not im Hause Franke zu lindern.

Eine Folge der Armut der Familie Franke war, daß Otto bereits als Fünfjähriger Kinderarbeit und Ausbeutung erlebte. Für einen ganz geringen Lohn und freies Frühstücksgedäck mußte er für einen Bäckermeister Ware austragen. Dies tat er auch in seinen ersten Schuljahren.⁶ Verschiedentlich mußte er in der Schule ertragen, daß er von Lehrern und Mitschülern als Sohn eines „Roten“, eines ausgewiesenen „Vaterlandsverrätters“, der Frau und Kinder nicht einmal ernähren konnte, gehänselt wurde. Er begriff schnell, welchen Platz man ihm als armer Leute Kind in der Gesellschaft zuweisen wollte. Von seinem 9. bis zu seinem 13. Lebensjahr war Otto

3 Siehe Deutsche Werkstätten Hellerau an die Parteihochschule „Karl Marx“, 31.5.1949 (Kostenanschlag für Regale im Kellergeschoß Hakeburg). Das Dokument befindet sich im Besitz von Arno Gräf.

4 Zur Biographie Otto Frankes siehe auch Jakob Weber: Der Unbeugsame. Erinnerungen an Otto Franke, Berlin 1978; Gerd Witzorsky: Otto Franke. Biographische Studie. Diplomarbeit an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Sektion Geschichte, 1988.

5 Siehe Kurz gehaltener Lebenslauf für Otto Franke, 6.10.1946; Kurz gehaltener Lebenslauf für Otto Franke, (o.J., um 1948); Fragebogen zur Überprüfung der Mitglieder 30.1.1951 (Abschrift). (Die Dokumente befinden sich im Besitz von Arno Gräf.)

6 Siehe ebenda.

Franke von 13 ½ bis 24 Uhr bei einer Speditionsfirma als Rolljunge tätig. Trotz langer Arbeitszeit und oft schwerer körperlicher Arbeit erhielt er nur einen Monatslohn von etwa 8 Mark. Dieses Schicksal teilte er mit ca. 400 weiteren Rolljungen in Berlin.⁷ Da Otto Franke ein aufmerksamer Zuhörer bei den Gesprächen der Freunde der Familie war, wenn sie über ihren Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, über Lohnkämpfe und Streiks diskutierten, war er entschlossen, das Gehörte auch in seinem Bereich in die praktische Tat umzusetzen. So organisierte er als 12jähriger mit dem ersten Berliner Rolljungenstreik 1889 seine erste größere politische und gewerkschaftliche Aktion. An diesem Streik um höhere Löhne beteiligten sich die Rolljungen aus allen Berliner Speditionsfirmen. Der Streik wurde ein voller Erfolg. Otto Franke zog daraus die Lehre, daß auch Schwache durch gemeinsamen Kampf viel erreichen können. Doch in der Schule wurde er für die Lehrer endgültig ein „Sozi“, ein „Aufsässiger“ und der „Prügelknabe“ der Klasse. Auch den anderen am Streik beteiligten Rolljungen erging es in der Schule nicht anders, wie Otto Franke berichtete.⁸ Dennoch: Der Streik war für ihn eine Lehre für sein ganzes weiteres Leben, in dem er noch zahlreiche politische Aktionen und Streiks organisierte, erfolgreiche und auch solche, in denen er Niederlagen erlitt.

Als 1890 das Sozialistengesetz zu Fall gebracht worden war, kehrte sein Vater schwerkrank zurück. „Von dieser Zeit an hat mein Vater das Krankenbett nicht mehr verlassen können und starb am 19.11.1891“, schrieb Otto Franke später in seinem Lebenslauf. Für Otto Franke bedeutete dies, daß er noch stärker zum Unterhalt der Familie beitragen mußte. Auf Grund der Familiensituation wurde Otto Franke ein Jahr vor seiner ordentlichen Schulentlassung von der Schulpflicht befreit und nahm eine Tagesstelle als Hilfsarbeiter und Laufbursche an. Am 1. Oktober 1891 begann Otto Franke eine Lehre als Maschinenbauer in einer Firma am Engelufer 15 in Berlin. Auf Veranlassung seines Vormundes durfte er nicht mehr bei seiner Mutter wohnen, da er, wie er in seinem Lebenslauf schrieb, seine Geschwister mit seiner „sozialistischen Gesinnung in diesem Sinne beeinflussen könnte“.⁹ So mußte Otto Franke bei fremden Leuten Logis nehmen. Da sein Lehrlingslohn trotz 12stündiger Arbeitszeit nicht ausreichte, um Miete, Essen, Trinken und Kleidung zu bezahlen, verdiente er sich auf der Kegelbahn der Unionsbrauerei in der Hasenheide einige Mark im Monat hinzu.¹⁰

Die Konfrontation mit den harten Bedingungen seines Lebens, das frühzeitige Erkennen der Notwendigkeit, durch gemeinsames Handeln die ökonomischen und politischen Realitäten erträglicher zu gestalten, prägten zunehmend das Bewußtsein, den Verstand und die Haltung des jungen Otto Franke. Obwohl seine Freizeit äußerst knapp bemessen war, bemühte er sich, sein Wissen zu verbessern. So wie das Leben ihn lehrte, daß „kein Gott, kein Kaiser noch Tribun“ ihn aus seinem Elend erlösen würden, sondern er selbst tätig werden muß, um die Verhältnisse für sich und seinesgleichen zu verbessern, so verinnerlichte er die Forderung Wilhelm

7 Siehe ebenda.

8 Siehe ebenda.

9 Lebenslauf vom 6.10.1946.

10 Siehe Lebenslauf vom 6.10.1946; Lebenslauf um 1948; Fragebogen vom 30.1.1951.

Liebknachts „Wissen ist Macht“. Noch während seiner Lehrzeit besuchte er Veranstaltungen der Sozialdemokraten und Gewerkschaften, wie die Veranstaltung zum 1. Mai 1891 im Garten der „Neuen Welt“ in Neukölln, auf der er zum ersten Mal August Bebel sah und reden hörte, was einen bleibenden Eindruck bei ihm hinterließ. Er lernte in Abend- und Sonntagskursen bei den „Freien Studenten“, später in sozialdemokratischen Kursen bzw. der marxistischen Bildungsschule. Neben Fragen des Marxismus belegte er Fächer wie Mathematik, Geschichte, Geographie, Sprache und Literatur.¹¹

In dieser Zeit trat er als 15-jähriger am 2. Juli 1892 der SPD sowie dem Berliner Metallarbeiterverband bei. 1898 wechselte er in den Deutschen Transportarbeiterverband. In der SPD, besonders jedoch in den Gewerkschaften war er immer ein aktives Mitglied. So übte er in der Gewerkschaft zahlreiche ehrenamtliche Funktionen auf Betriebsebene aus. 1903 wurde er zum Sekretär im Transportarbeiterverband von Groß-Berlin gewählt. Durch seine Wahl zum stellvertretenden Gauleiter im Transportarbeiterverband, Bezirk Mittelrhein, erhielt er 1908 erstmalig eine hauptamtliche, d.h. besoldete Gewerkschaftsfunktion. Als Organisator zahlreicher großer Streikbewegungen der Transportarbeiter Deutschlands war er daran beteiligt, Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie soziale Einrichtungen im Transportgewerbe zu verbessern.¹²

Wie in der Gewerkschaft bekleidete er auch in der SPD mehrere ehrenamtliche Funktionen. So war er Mitglied der Leitung für den Wahlkreis Beeskow-Storkow-Charlottenburg sowie für diesen Wahlkreis Mitglied und zweiter Vorsitzender des Bildungsausschusses. Er trat in Groß-Berlin und in anderen Teilen Deutschlands als Redner der SPD auf, u.a. auf Wahlveranstaltungen.¹³

Auf den Internationalen Sozialistenkongressen 1907, 1910 und 1912 hatten die sozialistischen Parteien wichtige Beschlüsse zur Verhinderung eines Krieges gefaßt sowie Hinweise beschlossen, was seitens der sozialistischen Parteien zu tun sei, falls der Krieg dennoch ausbricht. Diese Beschlüsse fanden die volle Unterstützung Otto Frankes, waren es doch auch nach seiner festen Überzeugung vor allem die werktätigen Menschen, die die Last und die Leiden eines Krieges und seine Folgen zu tragen hatten. Deshalb war er bei Kriegsausbruch 1914 von der Haltung der Mehrheit des sozialdemokratischen Parteivorstandes sowie der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die den Kriegskurs der deutschen Regierung unterstützten, bitter enttäuscht. Doch er resignierte nicht, sondern begann die Opposition im Deutschen Transportarbeiterverband zu organisieren.

Auch innerhalb der SPD begann sich unmittelbar nach Kriegsausbruch eine Antikriegsopposition zu organisieren. Ein Zentrum dieser Opposition in Berlin-Brandenburg lag im Wahlkreis Beeskow-Storkow-Charlottenburg, in dessen Leitung Otto Franke tätig war. Er suchte Kontakt zu der oppositionellen sozialdemokratischen Gruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, fand Verbindung zu ihr und wurde einer ihrer Organisatoren für ihre Arbeit zur

¹¹ Siehe ebenda.

¹² Siehe ebenda.

¹³ Siehe ebenda.

Beendigung des Krieges. So war er in die Vorbereitung der Reichskonferenz führender linker Sozialdemokraten am 15. März 1915 in der Wohnung Wilhelm Piecks, in der u.a. die Herausgabe der Zeitschrift „Die Internationale“ beraten wurde, maßgeblich einbezogen. Er war an der Verbreitung von Flugblättern beteiligt, war Mitunterzeichner des „Offenen Briefes“ gegen die Burgfriedenspolitik der Mehrheit des Parteivorstandes und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der im Juni 1915 in mehr als 100.000 Exemplaren in Deutschland verbreitet wurde, und er vertrat auf zahlreichen Versammlungen der SPD die Auffassung der „Spartakusgruppe“. Er war an der Organisation der bekannten Erste-Mai-Demonstration 1916 auf dem Potsdamer Platz beteiligt und wurde wie Karl Liebknecht und andere Demonstranten im Zusammenhang mit dieser Kundgebung verhaftet, ins Militärgefängnis gesperrt und im Januar 1917 als Strafsoldat an die Ostfront geschickt. Hier beteiligte er sich an der Bildung erster Soldatenräte. Im August 1917 wurde er von Mitgliedern der Berliner Spartakusgruppe gebeten, zu versuchen, in die Stadt zurückzukehren. Es gelang ihm zu desertieren. Am 23. September 1917 traf er in Berlin ein, wo er die nächste Zeit illegal lebte.¹⁴

In Berlin hatte sich während seiner Abwesenheit manches verändert. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sowie viele andere Mitstreiter waren noch im Gefängnis, andere zum Militär einberufen. Die Spartakusgruppe hatte sich der im April 1917 gegründeten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) angeschlossen, bewahrte jedoch ihre politische Selbständigkeit und ihre organisatorischen Strukturen. Das Netz der revolutionären Arbeitervertreter, das Otto Franke und seine Gefährten besonders in Betrieben der Metallindustrie und des Transportgewerbes geknüpft hatten, bestand in dieser Form nicht mehr. Nach den Verhaftungen, die der Antikriegsdemonstration am 1. Mai 1916 folgten, hatten sich solche revolutionär eingestellten Funktionäre im Deutschen Metallarbeiterverband um den zur Opposition gehörenden und zur Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft (SAG) - einem Vorläufer der USPD - zählenden Richard Müller gesammelt, woraus sich die Organisation der revolutionären Obleute entwickelte. Nach seiner Rückkehr nach Berlin wirkte auch Otto Franke als Obmann im Sinne der Spartakusgruppe in dieser Organisation, die später in der Novemberrevolution eine Rolle spielte, und übernahm dort weitere verantwortungsvolle und leitende Aufgaben. Neue Kraft schöpften Otto Franke und andere revolutionäre Kräfte in Deutschland aus den Informationen über den Ausbruch der Revolution in Rußland.¹⁵

Der Januarstreik 1918, den die revolutionären Obleute unter aktiver Teilnahme Otto Frankes organisiert hatten, wurde zu einer Art Feuertaufe für den weiteren Aufschwung der revolutionären Bewegung gegen den Krieg, für eine deutsche Republik und ein besseres Leben der Werktätigen. Der Streik, bei dem allein in Berlin mehr als 500.000 Arbeiter vor allem aus der Rüstungsindustrie die Arbeit niederlegten, brachte die gesamte Kriegsindustrie in Berlin und zahlreichen anderen

¹⁴ Siehe ebenda.

¹⁵ Siehe ebenda; Berlin 1917-1918. Parteiveteranen berichten über die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf die Berliner Arbeiterbewegung, Berlin 1957, S.31f.

deutschen Städten für mehrere Tage zum Erliegen. Durch Verhängung des verschärften Belagerungszustandes, Konzentrierung von Truppen in die Nähe der revolutionären Zentren, Massenverhaftungen und Einberufungen zum Kriegsdienst gelang es der Regierung nochmals, den Streik zu beenden. Dennoch bedeutete der Streik einen Wendepunkt in der Stimmung des deutschen Proletariats.

Die Spartakusgruppe und die revolutionären Obleute in den Betrieben verstärkten die Agitation für den Frieden. Der Ruf nach Beendigung des Krieges und ausreichender Versorgung wurde lauter. In den Sommermonaten streikten die Belegschaften einer Vielzahl von Betrieben. Anfang Oktober sah sich die Monarchie genötigt, eine neue Regierung unter Reichskanzler Max von Baden zu bilden, in die auch die Sozialdemokraten Philipp Scheidemann und Gustav Bauer eintraten. Als Karl Liebknecht am 23. Oktober 1918 aus dem Zuchthaus Luckau entlassen wurde, wurde er von Tausenden Arbeitern, Frauen und Soldaten, die u.a. von Otto Franke und weiteren revolutionären Obleuten mobilisiert worden waren, vor dem Anhalter Bahnhof in Berlin jubelnd begrüßt.

Otto Franke war fortan aufs engste mit Karl Liebknecht verbunden. Er sorgte sich um Liebknechts Sicherheit, organisierte Versammlungen, auf denen Liebknecht zu den Arbeitern sprechen konnte. Er bereitete Treffpunkte für Beratungen der Leitung des Spartakusbundes vor u.a.m. Daneben trat er selbst als Agitator auf und nahm seine Aufgaben bei den revolutionären Obleuten wahr. Die revolutionäre Situation hatte sich unterdessen weiter zugespitzt, in vielen Städten kam es zu Massendemonstrationen gegen den Krieg. Die Beendigung des Krieges forderten auch die meuternden Matrosen der deutschen Hochseeflotte. Die revolutionäre Bewegung war nicht mehr aufzuhalten. Gemeinsam mit Liebknecht u.a. setzte sich Franke als einer der Vertreter der revolutionären Obleute dafür ein, für den 4. November 1918 den Generalstreik auszurufen. Der Antrag wurde jedoch vorerst von der USPD-Mehrheit im Vollzugsausschuß abgelehnt und die Entscheidung darüber auf den 6. November verschoben. Am 6. sowie am 7. November wurde ein erneutes Zusammentreffen des gesamten Vollzugsausschusses durch die Polizei verhindert. Bei einer Zusammenkunft mehrerer revolutionärer Obleute am 7. November, unter ihnen auch Otto Franke, wurde dann auf Drängen Liebknechts der Beschluß gefaßt, in die Betriebe zu gehen und die Arbeiter zu einer großen Demonstration am 9. November 9.00 Uhr zu mobilisieren. Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates entschloß sich schließlich ebenfalls, dem Drängen des Spartakusbundes und der revolutionierten Arbeiter nachzugeben und den Generalstreik und Aufstand für den 9. November auszulösen. Der entsprechende Aufruf des Vollzugsausschusses war auch von Otto Franke unterzeichnet.¹⁶

Während der Revolutionstage war Otto Franke an vielen Brennpunkten anzutreffen, meist in der Nähe Liebknechts, um für dessen Sicherheit zu sorgen. Er war unter den Demonstranten, war dabei, als Liebknecht vom Balkon des Berliner Schlosses die sozialistische Republik ausrief. Weiterhin trat er als Referent auf Massen-

16 Siehe *Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution*, Berlin 1929, S.203f.; *Illustrierte Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918/1919*, Berlin 1978, S.141; *Lebenslauf vom 6.10.1946*; *Lebenslauf um 1948*; *Fragebogen vom 30.1.1951*.

kundgebungen auf und rief u.a. während der Kundgebung am 8. Dezember 1918 im Treptower Park als einer der Redner zur Verteidigung der Revolution auf. Er war verantwortlich für die organisatorische Vorbereitung und die sichere Durchführung des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) sowie Teilnehmer des Parteitages. Nach eigener Aussage wurde er gemeinsam mit Wilhelm Pieck verantwortlich für die Arbeit der KPD in Groß-Berlin.¹⁷ Während der Januarkämpfe 1919 in Berlin fand man ihn bei den kämpfenden Revolutionären im Zeitungsviertel. Er wurde wie viele andere verhaftet und saß am Tage der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg noch in Haft.¹⁸ Nach seiner Freilassung bemühte er sich, die Organisation der KPD in Berlin zu festigen. Die Zeit der Vorbereitung und seine Tätigkeit während der Novemberrevolution bildeten wohl den Höhepunkt des politischen Wirkens im Leben Otto Frankes. Dies heißt jedoch nicht, daß sein weiteres Leben ruhiger, in etablierten Bahnen verlief. Einige wenigen Daten sollen dies verdeutlichen.

Bis 1924 war er Delegierter aller Parteitage der KPD. Nach der Vereinigung der KPD mit dem linken Flügel der USPD im November 1920 ging er im Auftrage der Partei nach Dresden und leitete von Januar bis Dezember 1921 den Bezirk Ostsachsen der KPD. Im Juni/Juli des gleichen Jahres nahm er als Delegierter am III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (KI) teil und war Teilnehmer des Gründungskongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI) im Juli 1921 in Moskau, der ihn in das westeuropäische Sekretariat der RGI berief. Diese Funktion übte er bis Frühjahr 1923 aus. Danach übernahm er im Auftrage der Zentrale der KPD deren Informationsabteilung. Am 24. Mai 1924 wurde Otto Franke verhaftet. Am 18. Oktober 1925 gelang es ihm, aus der Untersuchungshaft zu fliehen und in die UdSSR zu entkommen. In der Sowjetunion leitete er ein Archiv, vermutlich der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH). Nach Erlaß einer Amnestie im Juli 1928 kehrt er nach Deutschland zurück.¹⁹

Wieder in Deutschland, übertrug ihm das ZK der KPD die Aufgabe, die zentrale Bibliothek der KPD, die zugleich auch ihr Archiv war, wieder aufzubauen.

Die Bibliothek war zu einem Teil ein Geschenk von Mentona Moser und trug deren Namen. Sie befand sich in einem Bürogebäude in der Burgstraße in Berlin-Mitte in der Nähe des S-Bahnhofs Börse (heute: Hackescher Markt). Liesel Jende, die Otto Franke 1930 auf einer Veranstaltung der KPD kennengelernt hatte und ihm danach bis zur Beschlagnahme der Bibliothek durch die Nazis bei seiner Bibliotheksarbeit zweimal wöchentlich nach Feierabend half, berichtete in ihren Erinnerungen, daß die Bibliothek 1930 noch zu Teilen ungeordnet war, „einiges stand in Regalen, vieles wartete noch darauf, sortiert und katalogisiert zu werden.“ Sie berichtet dann weiter: „Ich bewunderte die Sachkenntnis unseres Genossen Franke.“ Beeindruckt war sie auch von seinem Arbeitsstil. „Konzentriert und systematisch ging er daran, die

17 Siehe Brief von Otto Franke an Wilhelm Pieck vom 5.4.1951. (Das Dokument befindet sich im Besitz von Arno Gräf.); Lebenslauf vom 6.10.1946; Lebenslauf um 1948; Fragebogen vom 30.1.1951.

18 Siehe Interview mit Otto Franke über Karl Liebknecht, 13.1.1949, SAPMO-BArch, EA 1112. (Die Dokumente befinden sich im Besitz von Arno Gräf.)

19 Siehe Lebenslauf vom 6.10.1946; Lebenslauf um 1948; Fragebogen vom 30.1.1951.

Bücher vorzubereiten, die wir dann katalogisieren wollten. Der Zeitplan wurde immer eingehalten.“ Begeistert war sie von dem „wunderbaren Erzähler“, dem geduldigen „Erklärer“ und glühenden „Agitator“.²⁰ Auch die Sponsorin dieser Bibliothek, Mentona Moser, beschreibt Otto Franke in ihren Erinnerungen ähnlich. Sie schrieb: „Anfang des Jahres 1932 kehrte ich wieder nach Berlin zurück ... Zu dieser Zeit lernte ich einen Genossen kennen, einen eigenartigen kleinen Mann, Mitte der Vierziger (in Wirklichkeit war O. F. zu dieser Zeit bereits 55 Jahre alt - J. Str.), etwas beleibt. Der Kopf war rund und kahlgeschoren, und er hatte schlaue, sehr kurzsichtige Augen“. An anderer Stelle heißt es: „Im Laufe der Jahre hatte er sich umfassende Kenntnisse auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet angeeignet und verwaltete jetzt eine Bibliothek in der Burgstraße, die eine Fundgrube für Funktionäre und Theoretiker der Partei und der Gewerkschaften war, besonders für Mitarbeiter des Karl-Liebknecht-Hauses. Mit leidenschaftlichem Eifer war er bemüht, die Bibliothek auszubauen. Obgleich asthmatisch und herzleidend, kam er fast täglich mit schweren Paketen unter den Armen und vollgepacktem Rucksack keuchend die schmale Treppe herauf und reihte strahlend die eroberten Schätze in die Regale ein. Er hatte eine leidenschaftliche, aufbrausende Natur, war halsstarrig und hatte die üble Gewohnheit, immer zu schimpfen. Die Arbeiter schätzten ihn, denn unter der rauhen Schale steckte ein warmes Herz.“ Den Lesern gegenüber war er aufgeschlossen, fand schnell die gewünschten Titel, beriet sie bei Recherchen und unterstützte sie mit Ratschlägen, wobei er auf seine reichen Erfahrungen vertrauen konnte. Soweit Mentona Moser, die 1932 zeitweilig Otto Franke bei der Katalogisierung der Bestände half. Über den Umfang und die Art der Bestände machte Mentona Moser folgende Angaben: „Über Tausend Bände enthielt die Bibliothek: politische Literatur, Jahrgänge von Fachschriften und Zeitungen, unzählige Mappen mit Protokollen der Landtags- und Reichstagssitzungen der letzten Jahre - unentbehrliches Nachschlagematerial.“²¹

Obwohl die Arbeit in der Bibliothek Otto Franke voll in Anspruch nahm und er in der Regel nur die Wochenenden bei seiner Familie in seinem kleinen Einfamilienhaus in Niederlehme bei Berlin verbrachte, widmete sich Otto Franke nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion weiterhin der Kommunalpolitik in seinem Heimatort. Er war dort als gewähltes Mitglied des Gemeinderates und Vorsitzender der Revisionskommission der Gemeindekasse tätig. Zur gleichen Zeit wurde er wieder in den Kreistag von Beeskow-Storkow gewählt, in dem er als Mitglied der kommunistischen Fraktion die Interessen seiner Wähler vertrat. Auch setzte er sich immer wieder auf Versammlungen in Städten und Gemeinden des Kreises mit der erstarkenden faschistischen Bewegung auseinander. Otto Franke gehörte zu denen, die im Auftrage der Parteiführung die KPD auf den Übergang in die Illegalität vorbereiten sollten, wobei auf seine Erfahrungen vertraut wurde.²² Als Reichspräsident von Hindenburg, der ja seitens der Sozialdemokratie bei seiner Wahl 1932 als Widerpart von Hitler angesehen wurde, am 30. Januar 1933

20 SAPMO-BArch, EA 2049.

21 Mentona Moser: Unter den Dächern von Morcote, Berlin 1985, S.218/219, 224.

22 Siehe Lebenslauf vom 6.10.1946; Lebenslauf um 1948; Fragebogen vom 30.1.1951.

denselben Hitler zum neuen Reichskanzler ernannte, bedeutete dies auch für Otto Franke einen neuerlichen Einschnitt in sein Leben. Unter Beachtung von Vorsichtsmaßnahmen setzte er noch einige Zeit seine Arbeit in der Bibliothek fort. Vor allem bemühte er sich, wichtige Literatur vor dem Zugriff der Nazis zu verstecken, u.a. in seinem Häuschen in Niederlehme. Tatsächlich wurde die Bibliothek beschlagnahmt und abtransportiert. Da er sich zu diesem Zeitpunkt nicht in der Bibliothek aufhielt, entging er diesmal noch der Verhaftung.

Kurz nach der Bildung der Hitlerregierung erhielt Otto Franke den Auftrag, eine illegale Funktionärskonferenz, auf der die neue Situation und die daraus erwachsenden nächsten Aufgaben für die KPD beraten werden sollten, mit vorzubereiten. Sein Vorschlag, die Sportgaststätte in Ziegenhals für diese geheime Tagung zu nutzen, wurde angenommen, und die organisatorischen Vorbereitungen begannen. Die Tagung fand bekanntlich am 7. Februar 1933 statt, mußte aber vorzeitig abgebrochen werden. Otto Franke konnte an dieser Versammlung nicht teilnehmen, da er einen Teil der Sicherungsaufgaben übernommen hatte.²³

Als nach dem Reichstagsbrand die Hexenjagd auf Kommunisten und andere Gegner des Hitlerregimes einsetzte und bereits mehrere seiner Parteifreunde - darunter sein Schwiegersohn - verhaftet worden waren, organisierte Otto Franke den illegalen Kampf gegen das faschistische Regime im Kreis Beeskow-Storkow. Am 27. Juli 1933 wurde er in Berlin verhaftet und in das berüchtigte KZ Oranienburg gebracht, wo er bestialisch mißhandelt wurde. Bei einer Hausdurchsuchung in seinem Häuschen in Niederlehme beschlagnahmten Polizei und SA etwa 87 Zentner Bücher. Sie stammten teilweise offensichtlich aus der Bibliothek der KPD, die er dort sicher bewahrt zu haben glaubte. Mehrere Jahre ertrug er als Häftling die täglichen Qualen, anfangs im KZ Oranienburg und danach in den KZ Sonnenburg und Lichtenburg.²⁴

Als er entlassen wurde, war er schwerkrank, suchte aber sogleich wieder Kontakt zu seiner Partei. So schrieb Wilhelm Firl, der nach zahlreichen Verhaftungen Mitte 1935 als Beauftragter des Politbüros der KPD die Parteimitglieder über die Beschlüsse des VII. Weltkongresses der KI und später der Brüsseler Konferenz der KPD informieren und die Parteiorganisationen in Berlin, Hannover, Magdeburg, Pommern und Ostpreußen festigen bzw. reorganisieren sollte, in seinem Bericht vom 30. November 1935: „Ferner ist jetzt wieder der Freund Ernst Krüger und Otto Franke da. Mit letzterem werde ich nächstens sprechen“.²⁵

Um seinen Lebensunterhalt bestreiten zu können, mußte Otto Franke nach seiner Entlassung aus dem KZ ungeachtet seiner Krankheit arbeiten. Er hatte für einige Zeit eine Anstellung in einem mechanischen Kesselreinigungsbetrieb. In dieser Zeit fand offensichtlich das Gespräch mit dem Beauftragten des Politbüros der KPD in Berlin statt, über das später in einem Brief vom 12. Juli 1937 an Wilhelm Pieck berichtet wurde und in dem Otto Franke darauf hinwies, daß er durch seine Arbeit

23 Siehe SAPMO-BArch, NY 4036/628.

24 Siehe Schreiben von Otto Franke an den Internationalen Kriegsvergerichtshof Nürnberg vom 18.8.1946 (Das Dokument befindet sich im Besitz von Arno Gräff); Lebenslauf vom 6.10.1946; Lebenslauf um 1948; Fragebogen vom 30.1.1951.

25 Siehe SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/270, Bl. 141.

in verschiedene Betriebe käme. Dieser Brief sagt auch aus, daß Otto Franke unter Beobachtung durch Polizei und Gestapo stand und er seit August 1936 deshalb zu keiner KPD-Gruppe direkte Verbindung hatte. Ungeachtet dessen betreute er aus eigener Initiative Angehörige inhaftierter Antifaschisten, die er auch in ihren Wohnungen aufsuchte.²⁶ Allerdings muß Otto Franke zum Zeitpunkt, als der Brief geschrieben wurde, bereits seine Arbeitsstelle verloren und notgedrungen als Schipper beim Autobahnbau gearbeitet haben. Er bemühte sich um Kontakte zu Gleichgesinnten. In seinem Lebenslauf schrieb er darüber: „Hier organisierte ich mit vielen anderen Freunden eine starke Bewegung der Autobahnarbeiter.“ Am 3. November 1937 wurde er deshalb erneut verhaftet, mehrere Tage in der Gestapo-Zentrale in der Prinz-Albrecht-Straße vernommen, dann freigelassen, da man ihm nichts nachweisen konnte. Von diesem Zeitpunkt an lebte er illegal in Berlin, konnte aber über seine Situation die KPD-Vertreter in Prag informieren, woraufhin er aufgefordert wurde zu emigrieren.²⁷

Am 20. Januar 1938 traf Otto Franke in der ČSR ein. Er arbeitete dort bis Oktober 1938 im Büro der Union für Recht und Freiheit als Archivar und Statistiker. Doch wurde besonders nach dem Münchener Abkommen die Lage für die aus Deutschland geflüchteten Antifaschisten immer unsicherer. Intensiv bemühten sich die Flüchtlingsorganisationen darum, Aufenthaltsgenehmigungen für die gefährdeten Antifaschisten in anderen Exilländern zu erhalten. Otto Franke hatte Glück und konnte am 4. März 1939 mit dem letzten Flüchtlingstransport vor der Okkupation Prags nach England emigrieren. Dort half er beim Aufbau der Freien Deutschen Jugend, arbeitete für den Freien Deutschen Kulturbund und versorgte die KPD-Mitglieder mit Literatur. Am 25. Juni 1940 wurde er wie zahlreiche andere Deutsche interniert und in einem Lager auf der Isle of Man gefangengehalten. Nach seiner Entlassung am 25. März 1941 betätigte er sich im Freien Deutschen Kulturbund und in der Freien Deutschen Bewegung. Er gehörte bis zu seiner Rückkehr nach Deutschland im September 1946 der Landesgruppe Deutscher Gewerkschaftler an. Außerdem pflegte er während seines Aufenthalts in London regelmäßig das Grab von Karl Marx.²⁸

Otto Franke kehrte - ermuntert durch Wilhelm Pieck²⁹ - voller Erwartung und mit großem Elan nach Deutschland zurück. Er hoffte doch, daß nun, da der Faschismus niedergedrungen war, eine neue antifaschistische, demokratische und sozialistische Gesellschaft errichtet würde, eine Gesellschaft, in der jeder nach seinen Kräften zum Gemeinwohl beizutragen hatte, aber auch niemand ausgebeutet, sozial unterdrückt

26 Siehe SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/287, Bl. 173.

27 Siehe Lebenslauf vom 6.10.1946; Lebenslauf um 1948; Fragebogen vom 30.1.1951.

28 Siehe ebenda.

29 So heißt es in einem Brief von Wilhelm Pieck an Otto Franke vom 30.3.1946 u.a.: „Da ich die Gelegenheit habe, auf Grund der Rückreise des Genossen Schmidt sofort zu antworten, will ich von vornherein den Wunsch ausdrücken, daß es Dir gelingen möge, recht bald nach Deutschland zurückzukehren, denn wir brauchen Dich hier dringend.“ In einem weiteren Brief an Franke vom 20.6.1946 schreibt Pieck: „Ich würde mich sehr freuen, wenn ich Dich recht bald begrüßen und Dir die Hand drücken könnte. Arbeit gibt es hier in Hülle und Fülle.“ (Die Briefe befinden sich im Besitz von Arno Gräf.)

oder wegen seiner Rasse, Weltanschauung oder seiner Religion verfolgt würde. An ihrem Aufbau wollte auch der nunmehr neunundsechzigjährige, sich noch rüstig führende Otto Franke teilnehmen, der sein Leben lang für eine neue, bessere Gesellschaft gekämpft und gelitten hatte. Doch jetzt, angekommen in seiner Heimat, erlebte er eine Enttäuschung. Zwar war er nach seiner Rückkehr nach Deutschland sofort wieder in den Gemeinderat von Niederlehme und in den Kreistag für Beeskow-Storkow gewählt worden³⁰, doch eine ihm versprochene Anstellung im Sozialversicherungsamt Beeskow-Storkow wurde mit der Begründung, er sei zu alt und auch keine Fachkraft für die Aufgabe, abgelehnt. Einen Brief zum Geburtstag seines Freundes und Kampfgefährten Wilhelm Pieck vom 29. Dezember 1946 nutzte er deshalb, um seiner Enttäuschung Ausdruck zu verleihen. Er schrieb u.a.: „Zur Zeit bin ich immer noch ohne Arbeit, welches mich persönlich sehr, sehr unglücklich stimmt. Ich bin doch aus der Emigration zurückgekehrt, um meine letzten Lebensjahre dem Aufbau zu widmen und nicht als Arbeitsloser Brot zu essen, welches nicht gegeben ist durch meine Arbeit. Meine Verwunderung muß ich noch aussprechen darüber, daß es so furchtbar schwer ist, einen alten, doch sicherlich bewährten Parteigenossen in Arbeit zu bringen.“³¹

Ob, wann und wie Pieck auf diese Klage antwortete, ist mir nicht bekannt. Bei der damaligen Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation war es sicherlich nicht leicht, einen dem Alter, Gesundheitszustand und der Eignung entsprechenden Arbeitsplatz für Otto Franke zu finden. So vergingen noch einige Monate, bis er am 1. November 1947 eine Arbeit als Bibliograph in der Parteihochschule „Karl Marx“ in Liebenwalde und später in Kleinmachnow aufnehmen konnte. Hier war er vor allem mit der Vorbereitung, dem Aufbau und der Betreuung einer Ausstellung zur Oktoberrevolution 1917 in Rußland und der Novemberrevolution in Deutschland beschäftigt, auf die Hermann Weber in seinen Erinnerungen Bezug nimmt. Dort blieben für das „politische Urgestein“, wie Hermann Weber im nachhinein Otto Franke charakterisierte,³² Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen mit der Hochschulleitung nicht aus, vor allem dann, wenn Geschichte anders dargestellt wurde, als er sie erlebt hatte. Im Mai 1948 übernahm er als Bibliothekar und Archivar dann den Aufbau der erwähnten Bibliothek aus sekretierter, vorwiegend faschistischer Literatur auf dem Gelände der Parteihochschule in Kleinmachnow. Aus einem Brief, den Otto Franke am 24. August 1948 an Liesel Güssefeld (geb. Jende), seine ehemalige freiwillige Helferin von 1930 bis 1933 in der Burgstraße, richtete, erfahren wir, daß diese Bibliothek für eine Größe bis zu 100.000 Bänden geplant sei. Sie verfüge über einen umfangreichen, ungeordneten Literaturbestand, den er, Otto Franke, mühsam auf dem Fußboden ordne, da er noch keine Regale für die Bücher habe.³³ Im Laufe der folgenden Jahre erhielt die neue Bibliothek umfangreiche weitere Bestände, so von der Parteihochschule 510 Bücher aus den

30 Siehe Fragebogen vom 30.1.1951.

31 SAPMO-BArch, NY 4036/43, Bl. 39.

32 Siehe Hermann Weber: Damals, als ich Wunderlich hieß, Berlin 2002, S.254-257.

33 Siehe Schreiben von Otto Franke an Frau Liesel Güssefeld (ehem. Jende) vom 24.8.1948. SAPMO-BArch, EA 2049, Bl. 6.

Beständen der NSDAP, von der Bibliothek des Zentralsekretariats der SED den „Völkischen Beobachter“ und den „Angriff“ (insgesamt 94 Bände) sowie 12.000 ausgesonderte Bände, die als Zweitexemplare am 28. März 1949 von der Deutschen Bücherei Leipzig abgegeben wurden. Umfangreiches Material erhielt die Bibliothek außerdem vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte Berlin-Friedrichsfelde, vom Präsidium der Volkspolizei Berlin (zwölf Kisten mit etwa 1.500 Büchern und Broschüren), aus Schwerin von der „Landes-Zeitung“ (eine LKW-Ladung vorwiegend Zeitungen).³⁴

Hier schließt sich nun der Kreis in der Biographie Otto Frankes, und wir kehren zurück zu seinem letzten Arbeitstag. Es dauerte ziemlich lange, bis Fred Oelßner eintraf. Er hatte nur wenig Zeit. Dennoch bestand Franke darauf, daß sich Fred Oelßner die Bibliothek ansah und seine Arbeit beurteilte. Schon im Vorfeld der Übergabe hatte Otto Franke in einem Brief an Oelßner kritisiert, daß dieser, obwohl er mehrmals in der Parteihochschule referiert habe, nie die Zeit gefunden habe zu kontrollieren, wie er - Franke - den ihm erteilten Auftrag realisiert habe. Weiter hatte er beanstandet, daß ihm, als er wegen eines Streites mit Hanna Wolf zu einem von ihm gewünschten klärenden Gespräch bei Otto Schön gewesen war, statt einer Klärung der Unstimmigkeiten bedeutet wurde, daß Genossen seines Alters aus dem Arbeitsverhältnis im Parteiapparat auszuschneiden haben, worauf er gekündigt habe.³⁵ Fred Oelßner ging meines Wissens weder während des Rundgangs durch die Bibliothek noch später auf diese Kritik ein. Die ordnungsgemäße Übergabe der Bibliothek wurde durch Unterschriften bestätigt. Fred Oelßner würdigte zum Abschluß kurz die Verdienste Otto Frankes im Dienste der Arbeiterbewegung sowie bei Aufbau und Verwaltung der Bibliothek.

Otto Franke verstarb etwa 1 ½ Jahre nach der Übergabe der Bibliothek am 12. Dezember 1953. Er war ein aufrechter, seinen sozialistischen Idealen treu ergebener, doch auch eigenwilliger Vertreter der berlin-brandenburgischen Arbeiterbewegung. Er war kein Theoretiker, aber ein guter Organisator und Praktiker. Er war keine Galionsfigur, aber er kannte die Stimmung der Werktätigen und hatte zu ihnen enge Beziehungen. Man mag heute nicht mit allem einverstanden sein, was er dachte und tat, doch haben sein konsequenter Kampf gegen den Faschismus, seine unbeugsame sozialistische Gesinnung und Haltung sowie sein Eintreten für den Frieden und ein besseres Leben der arbeitenden Menschen unsere Achtung verdient.

34 Der Präsident der Volkspolizei in Berlin an das SED-Zentralsekretariat - Bibliothek vom 28.4.1950. Betr.: Auszusondernde Literatur gem. Kontrollrats-Befehl Nr. 4; Schreiben von Deutsches Institut für Zeitgeschichte an Gen. Franz Dahlem vom 19.7.1950 einen Posten Nazi-Literatur betreffend mit Erledigungsvermerk von O. Franke; Quittung für von der Deutschen Bücherei übernommene Nazi-Literatur, abgezeichnet von O. Franke (Die Dokumente befinden sich im Besitz von Arno Gräf.)

35 Siehe Schreiben von Otto Franke an das ZK der SED, Sekretariat des Genossen Fred Oelßner, vom 28.6.1952. (Das Dokument befindet sich im Besitz von Arno Gräf.)

Freunde Otto Frankes

Arno Gräf

Unter den zahlreichen Bekannten und Freunden Otto Frankes (1877-1953) in der zweiten Hälfte seines Lebens nahmen die Familie Gräf – Herta und Hugo Gräf sowie ihr Sohn Arno – und Senta Cohn einen besonderen Platz ein. Während sich die Wege der Ersteren mit denen Otto Frankes immer wieder kreuzten und allmählich in eine tiefe, dauerhafte Freundschaft mündeten, führte die Bekanntschaft, die Otto Franke mit der Letzteren 1939 in London schloß, zu seiner zweiten Ehe. Anhand von Erinnerungsberichten, erhalten gebliebenen Briefen sowie persönlichen Erinnerungen des Verfassers soll im folgenden versucht werden, diese Freundschaften nachzuzeichnen.

Durchaus vorstellbar ist, daß die erste Begegnung zwischen Otto Franke und Hugo Gräf (1892-1958) bereits während des I. Weltkrieges stattfand. 1918 baute Otto Franke den Kurier- und Transportdienst der Spartakusgruppe auf, im Rahmen dessen Hugo Gräf „Spartacusbriefe“ und andere verbotene Flugschriften von Erfurt nach Naumburg transportierte,¹ wo sie im dortigen Artillerie-Depot von Frauen in Patronengurten u. ä. versteckt wurden, um so an die Front zu gelangen. Die ersten Begegnungen von Herta Gräf (geboren 1903) mit Otto Franke fanden sicherlich unbewußt statt: Als 15jähriges Proletarierkind aus dem „roten Wedding“ hatte Herta Kaule – so ihr Mädchenname – Karl Liebknecht in den Revolutionstagen von 1918 mehrmals sprechen hören.² So gut wie an allen Brennpunkten des Geschehens gleichzeitig wandte er sich an die Berliner Bevölkerung und an die Soldaten, oftmals vom Dach eines Automobils aus sprechend. Otto Franke, zu dieser Zeit Karl Liebknechts ständiger Begleiter, Sekretär und Personenschutz, war jedes Mal dabei.

Die erste belegte Begegnung zwischen Otto Franke und Hugo Gräf fand im Oktober 1919 statt, als beide am nacheinander in vier Orten illegal tagenden 2. (Heidelberger) Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands teilnahmen – Otto Franke als ordentlicher Delegierter (wahrscheinlich auch als umsichtiger Organisator des Treffens) und Hugo Gräf als Gastdelegierter aus Erfurt. Im Juni 1921 trafen sie erneut aufeinander, dieses Mal aber nicht in Deutschland, sondern

1 Hugo Gräf, der zu Ostern 1917 als Gast die Gründung der USPD mit der Gruppe „Internationale“ als Korporativmitglied verfolgt hatte, gehörte zu den Spartakusanhängern in Erfurt, deren Ortsgruppe am 1.10.1918 formell gegründet wurde. Gute Dienste beim Transport der illegalen Materialien leistete Hugo Gräf das Eiserne Kreuz I. Klasse, das ihm nach seiner Verwundung an der Marne-Front 1915 verliehen worden war und ihm gewisse Privilegien in öffentlichen Verkehrsmitteln einräumte.

2 Heimlich hatten sich Herta Kaule und ihre Schwester Johanna bereits am 9.11.1918 der aus dem Norden Berlins in die Innenstadt strömenden Menschenmenge angeschlossen, bis die Schüsse vor der „Maikäferkaserne“ in der Chausseestraße Arbeiter veranlaßten, die beiden Mädchen zur Umkehr zu bewegen. Das Gewehr, das Herta Kaules Vater, USPD-Mitglied, an diesem Tag trug, war möglicherweise eine jener Waffen, die zuvor von den „Schwarzen Katzen“ unter Otto Frankes Regie requiriert worden waren.

im fernen Moskau, wo sie Mitglieder der von Fritz Heckert geleiteten deutschen Delegation zum Gründungskongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale waren. Über eventuell weitere Begegnungen bis zu Otto Franke's Verhaftung im Jahre 1924 ist nichts bekannt. Dennoch mochten solche stattgefunden haben, bereiste doch Hugo Gräf als Organisationssekretär des KPD-nahen Kriegsoferbundes³ damals die deutschen Lande, um beim Aufbau schlagkräftiger Gauverbände des Bundes mitzuwirken und insbesondere die inflationsgebeutelten Verbände stabilisieren zu helfen. Dabei zählten die jeweiligen Bezirksorganisationen der Kommunistischen Partei Deutschlands zu seinen Anlauf- und Beratungspunkten.

Auch über Treffen mit Hugo Gräf oder Herta Kaule nach Otto Franke's Rückkehr in das politische Leben Deutschlands im Jahre 1928 liegen keine Belege vor. Dennoch haben sie mit Sicherheit stattgefunden, denn alle drei gingen im Karl-Liebknecht-Haus, der Zentrale der KPD, ein und aus. Während Herta Kaule dort als Stenotypistin arbeitete, waren Otto Franke, jetzt Leiter der ZK-Bibliothek sowie des KPD-Archivs, und Hugo Gräf, jetzt Vorsitzender des genannten Kriegsoferbundes sowie kommunistischer Reichstagsabgeordneter, häufige Besucher im Haus.

Als die Kommunistische Partei Deutschlands in Ziegenhals bei Berlin im Februar 1933 ihre erste und letzte Reichsfunktionärskonferenz im faschistischen Deutschland konspirativ abhielt, wirkte Herta Kaule, die fünf Monate zuvor ihren Sohn Arno zur Welt gebracht hatte, an ihr als Stenografin mit. Obgleich die Tagung von Otto Franke – gemeinsam mit Hermann Dünow – organisiert worden war, kam es zu keiner Begegnung, da Otto Franke von Niederlehme aus die Sicherung der Zusammenkunft übernommen hatte.

Erst fünf Jahre später trafen Otto Franke und die Gräfs – Herta Kaule hatte inzwischen Hugo Gräf geheiratet – wieder aufeinander. In mehreren deutschen Konzentrationslagern zum Invaliden geschlagen, traf Otto Franke im Januar 1938 in Prag ein, wo sich Hugo Gräf bereits seit 1935 und Herta Gräf seit 1936 gleichfalls als politische Flüchtlinge aufhielten. Der jetzt auf einen Gehstock angewiesene Otto Franke nahm bald darauf eine Tätigkeit in der Union für Recht und Freiheit⁴ auf, wo er die Statistiken und das sogenannte Terror-Archiv über alle bekannt werdenden Verbrechen der Nazis in Deutschland führte. Es liegt nahe, daß Hugo Gräf, der als 2. Sekretär in diesem Volksfrontorgan arbeitete, ihn für diese Tätigkeit gewann.

Als sich nach dem Münchener Diktat vom September 1938 neue Flüchtlingsströme aus den zwangsweise abgetretenen Sudetengebieten ins tschechische und slowakische Landesinnere ergossen, mußten die deutschen Emigranten immer enger zusammenrücken. So gab die dreiköpfige Familie Gräf ihr Domizil im Prager Vorort Libeň auf und zog in ein Zimmer der Wohnung von Emmi Grünberg, der Frau Paul

3 Es handelte sich um den 1919 gegründeten Internationalen Bund der Kriegsofer (ab 1923 Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit).

4 In dem Bestreben, die Öffentlichkeit ihres Landes über das tatsächliche Ausmaß an faschistischen Verbrechen in Deutschland aufzuklären und zugleich tätige Solidarität mit den Opfern dieser Verbrechen einzufordern, hatten links-demokratische tschechoslowakische Intellektuelle 1935 die Union für Recht und Freiheit gegründet. Mit der wohlwollenden Unterstützung des früheren SPD-Reichstagsabgeordneten Dr. Paul Hertz fungierte als deren 1. Sekretär der vormalige Sekretär der Sozialistischen Studenteninternationale Dr. Otto Friedländer.

Peschkes. Hier war in einem zweiten Zimmer bereits die Familie Siegfried Spielers untergebracht, während Emmi selbst in der Küche schlief. Hierher kam Otto Franke – mit seinen 61 Jahren der „Senior“ unter den deutsch-kommunistischen Emigranten – einmal in der Woche, um sich ausgiebig zu baden.

Nachdem Hugo Gräf im Dezember 1938 nach London weiteremigrieren konnte, sorgte er von dort aus dafür, daß Otto Franke die Einreise nach Großbritannien erhielt. Anfang März 1939 gelangte dieser über Polen und Schweden ebenfalls nach London. Hier wohnte Otto Franke zunächst zusammen mit Herta und Arno Gräf in deren Souterrain-Zimmer einer Stadtvilla im Londoner Nordwesten. Kurz zuvor war Hugo Gräf nach Schottland delegiert worden, um dort Quartiere für weitere Genossen zu beschaffen, eine konspirative KPD-Gruppe aufzubauen und neue Verbündete für die Rettung der noch in der Tschechoslowakei befindlichen Genossen sowie der in Spanien, Südfrankreich und Nordafrika festsitzenden ehemaligen Spanienkämpfer zu gewinnen.⁵ In der Folgezeit entspann sich zwischen beiden – Otto Franke und Hugo Gräf – ein intensiver Briefwechsel.

So informierte Hugo Gräf in seinem Begrüßungsbrief vom 9. März 1939 Otto Franke über die aktuelle politische Lage und faßte zusammen: „Ich rechne sehr bald mit dem Ausbruch des Krieges, wahrscheinlich ... im Hochsommer.“ Eindringlich forderte er Otto Franke auf, alle seine Erlebnisse und Erinnerungen zu Papier zu bringen: „Gerade Deine Erfahrungen bei den jungen Leuten in Prag, die zu Deinen Vorträgen die Ohren nicht weit genug aufbekamen,⁶ haben bewiesen, daß wir das unbedingt brauchen.“ Sich gegen die Schwerfälligkeit der Parteioberen wendend, setzte er hinzu: „Es gibt genug Freunde ..., die auch viel wissen. Das müssen nicht immer nur ein paar Leute aus dem ZK sein. Wir wollen ihnen beweisen, daß wir das auch können!“⁷

Bereits drei Tage nach seiner Ankunft in London suchte Otto Franke in Begleitung der sprachkundigen Friedel Stoecker, der Witwe Walter Stoeckers, das Grab von Karl Marx auf dem Londoner Friedhof Highgate Hill auf. Damit stillte er ein Bedürfnis, das sein Vater in ihm geweckt hatte, als er noch ein Kind war: 56 Jahre zuvor hatte der Vater – als Verfolgter des Bismarckschen Sozialistengesetzes selbst politischer Exilant in Großbritannien – an gleicher Stelle der Beisetzung von Karl Marx beigewohnt und seiner Familie darüber ausführlich berichtet.

Nach langem Suchen waren Otto Franke und Friedel Stoecker entsetzt, eine völlig von Brombeergesträuch überwucherte Grabstätte vorzufinden – neben Karl Marx sind im Gemeinschaftsgrab noch seine Ehefrau Jenny von Westphalen, beider Enkel

5 Die britischen Behörden hatten darauf bestanden, daß sich die eintreffenden Asylsuchenden auf das gesamte Land verteilen. Daraufhin wurde Hugo Gräf von der Leitung der KPD-Gruppe nach Glasgow geschickt, der zweitgrößten Stadt Britanniens und zugleich das größte Industriezentrum Schottlands, um dort entsprechende Voraussetzungen zu schaffen.

6 Nicht nur seines Alters wegen genoß Otto Franke unter den deutsch-kommunistischen Emigranten hohes Ansehen, sondern vor allem wegen seines Wirkens im früheren Spartakusbund sowie der Rolle, die er in der Novemberrevolution 1918 gespielt hatte. Die Abendveranstaltungen im Emigrantenheim „Solidarita“ in Prag-Strasnice, auf denen Otto Franke aus seinem Leben berichtete, fanden stets großen Zuspruch.

7 Dieser und die nachfolgend zitierten Briefe befinden sich im Besitz des Verfassers.

Harry Longuet und ihre treue Haushälterin Helene Demuth bestattet. Trotz seiner Gehbehinderung und Rückenschmerzen – potenziert durch das feuchte Inselklima – begab sich Otto Franke in der Folgezeit mindestens einmal wöchentlich auf den verkehrsmäßig schlecht erschlossenen Friedhof, richtete die Grabstätte und ihr Umfeld wieder her, schmirgelte Grabplatte und Einfassung ab, pflanzte einen Rosenstock sowie andere Blumen und pflegte alles liebevoll.

In einem weiteren Brief an Otto Franke vom 18. März 1939 äußerte sich Hugo Gräf äußerst besorgt über die Annexion Tschechiens durch die deutschen Truppen: „Dieser Schurkenstreich geht einem doch an die Nieren ... Durch den Hitlerstreich sind wir ein großes Stück näher an den Krieg herangekommen.“ Prophetisch fügte er hinzu: „Nur befürchte ich, daß in einem Krieg mit Deutschland eine Zerstückelung des Landes nur mit unserer größten Energie verhindert werden kann.“ Nicht wissend, daß sein Freund längst dort gewesen war, riet ihm Hugo Gräf, zusammen mit Herta und Arno das Grab von Karl Marx aufzusuchen.

Wegen seines Alters und wegen seines angeschlagenen Gesundheitszustandes hatte die (konspirativ agierende) Leitung der deutsch-kommunistischen Emigrantengruppe in London davon abgesehen, Otto Franke mit Funktionen zu betrauen – sehr zu seinem Verdruß. Daraufhin brachte Otto Franke sich auf eigene Initiative überall dort ein, wo es seine Kräfte zuließen. Neben der Pflege des Marx-Grabes wirkte er beispielsweise als Kassierer bei dem im März 1939 gegründeten Freien Deutschen Kulturbund in Großbritannien, beschaffte fortschrittliche Literatur in deutscher und englischer Sprache und bot diese bei Veranstaltungen des Kulturbundes zum Kauf an. Als im Frühjahr 1939 Herta Gräf plötzlich unter akuten Gallenbeschwerden litt, kümmerte sich Otto Franke um ihren Sohn: Sich der Zeichensprache bedienend, gingen der 62jährige und der 7jährige zusammen einkaufen, bereiteten gemeinsam Mahlzeiten – eine auf dem Fußboden stehende elektrische Kochplatte diente als „Küche“ – und erledigten die anfallenden Hausarbeiten, so gut es ging. Währenddessen grub Herta Gräf größere Mengen wilden Meerrettichs in dem völlig verwilderten Garten des Ehepaares Berta und Dr. René R. Kuczynski in London aus, mit dessen Hilfe sie ihre Koliken allmählich unter Kontrolle bekam.

Der Ausbruch des II. Weltkrieges ließ Otto Franke depressiv werden. Brieflich versuchte Hugo Gräf, ihn wieder aufzumuntern, beispielsweise am 11. Oktober 1939: „Ich persönlich hätte es besonders bitter und schmerzlich empfunden, wenn Du bei der Heimreise nicht mit in der Kolonne marschiert wärest ... Du gehörst in die Kolonne und nirgends anders hin. ... Man muß eben Adler sein und bleiben, wie es L[enin] einmal von Rosa sagte.“

Im Oktober 1939 erhielt Otto Franke zur Untermiete eine eigene Einzimmerwohnung, und Herta und Arno zogen in eine Dachkammer besagter Stadtvilla. So wurde Platz geschaffen für in London eintreffende ehemalige Interbrigadisten, darunter Felix Albin (d. i. Kurt Hager) und seine Frau Sabina, die in das Souterrain einzogen. Um diese Zeit war es auch, daß Otto Franke die jüdische Emigrantin Senta Cohn (geboren 1913) kennenlernte, deren Eltern ihr im Mai 1939

die Überfahrt nach England, wohin sie als Haushaltshilfe vermittelt worden war, ermöglicht hatten.

Senta Cohn verbrachte ihre Freizeit gerne im Londoner Klubhaus des Freien Deutschen Kulturbundes, das nicht nur ein abwechslungsreiches Veranstaltungsprogramm bot, eine deutschsprachige Bibliothek unterhielt und ein Restaurant mit deutscher Küche betrieb, sondern auch spezielle Nachmittage für Hausangestellte⁸ ausrichtete. Zwischen der 26jährigen und dem 62jährigen – beide in der fremden Stadt auf sich selbst gestellt – entwickelte sich so etwas wie ein Vater-Tochter-Verhältnis, und mit der zehn Jahre älteren Herta Gräf schloß Senta Cohn eine vertrauensvolle Freundschaft.

Infolge der Mobilisierung der männlichen Bevölkerung Großbritanniens nach Kriegsbeginn bestand ein akuter Arbeitskräftemangel, so daß die britische Regierung die für Ausländer geltenden Arbeitsbeschränkungen ab Ende 1939 sukzessive aufhob. Dies nutzend, gab Senta Cohn ihre mit Kost und Logis verbundene Tätigkeit als Hausangestellte auf und zog in das Haus, in dem auch Otto Franke wohnte. Während sie hier nach Kräften half, Otto Franke wieder gesund zu pflegen, war er hochofregt über die Schreibmaschine, die sie mitbrachte. Er berichtete ihr viel aus seinem bewegten Leben sowie dem Kampf der unterprivilegierten Klassen um Freiheit und soziale Gerechtigkeit. Sonntags gingen sie gemeinsam die Grabstätte von Karl Marx pflegen. Allmählich wurde so aus dem unpolitischen Fräulein Cohn eine bewußte Streiterin für die Sache der Arbeiterklasse.

Im Mai und Juni 1940 ließ die britische Regierung die Mehrzahl der männlichen Ausländer feindlicher Nationalität internieren, darunter Otto Franke und Hugo Gräf, die – aus unterschiedlicher Richtung kommend – sich im gleichen Lager wiederfanden. Anfang 1941 erhielt Herta Gräf die Erlaubnis, ihren Mann im Internierungslager auf der in der Irischen See gelegenen Insel Man zu besuchen. Dorthin reiste sie zusammen mit Rosa Kahn, die gleichfalls eine Besuchsgenehmigung für ihren Ehemann Siegbert Kahn erhalten hatte. Im Lager angekommen, konnte sie mit Hugo Gräf nur ein zeitlich begrenztes Gespräch unter Aufsicht eines britischen Offiziers in einem gesonderten Besucherraum führen. Da sich aber die Anwesenheit der beiden Frauen im Lager herumgesprochen hatte, hatten sie Gelegenheit, auf dem Rückweg zum Hafen noch mit einigen Internierten durch den Stacheldrahtzaun hindurch zu sprechen, darunter mit Otto Franke.

Als Hugo Gräf im Oktober 1941 entlassen wurde und zu Frau und Sohn nach Glasgow zurückkehrte, erhielt das Trio von Otto Franke, der bereits im März 1941 entlassen worden war, ein Begrüßungs- und zugleich Weihnachtspaket aus London. Neben einem Buch und einigen Naschereien befand sich darin ein Spiel für Arno. In ihrem Dankesbrief vom 15. Dezember 1941 sprach Herta Gräf von „so guten

⁸ In bürgerlich-englischen Haushalten gehörte es zum guten Ton, sich eine ausländische Hausangestellte zu halten. Landesweit galt der Mittwoch als freier Tag für diese Beschäftigtengruppe. Mit seinen Hausangestellten-Nachmittagen jeweils mittwochs führte der FDKB zahlreiche, vorwiegend jüngere jüdische Asylantinnen an die humanistischen deutschen Kulturtraditionen heran.

Nachrichten von der russischen Front“⁹ und fragte Otto Franke: „Was meinst Du wohl – wir werden nicht untergehen, nicht wahr? Und es wird wohl auch nicht mehr allzu lange dauern, bis wir alle zusammen wieder nach Hause gehen.“ Und Hugo Gräf fügte hinzu: „Wir hoffen, daß es die letzten Weihnachten in der kalten Fremde sind.“ Schließlich berichtete Herta Gräf: „Was sagst Du dazu: Ich auf meine ollen Tage lerne jetzt *Lorry driven*!“¹⁰

Anlaßlich seines 50jährigen Partei- und Gewerkschaftsjubiläums schenkten die Glasgower Freunde Otto Franke einen wollenen Schottenschal. In dem von Hugo Gräf dazu aufgesetzten Begleitschreiben vom 3. Juli 1942 heißt es u. a.: „Wir alle gratulieren Dir hiermit aufs innigste und herzlichste und wünschen Dir, daß der Tag nicht mehr fern sein möge, an dem Du und wir alle die große Stunde der Freiheit unseres Volkes und unserer Heimat erleben.“ Unterzeichner waren Kurt und Doris Flämig, Fritz Franz, Walter Gerhold, Sylvester Helias sowie Hugo, Herta und Arno Gräf.

In einer weiteren Korrespondenz an Otto Franke berichtete Hugo Gräf am 7. August 1942 über die politische Arbeit in Glasgow: Alle anderen Genossen hätten feste Arbeitsverhältnisse, so daß er alle organisatorischen Dinge erledigen müsse, die sich nur tagsüber durchführen ließen. Herta arbeite im Schichtbetrieb und in ihrer Freizeit als Sekretärin des Freien Deutschen Kulturbundes, und Arno sei jetzt in Nordwales, wo die Luft wesentlich besser wäre als im verrußten Glasgow. Erneut forderte er Otto Franke eindringlich auf, seine politischen Erinnerungen zu Papier zu bringen: „Du weißt so unendlich viel, daß es eine Schande ist, es ungenutzt zu lassen ... Es kommt nicht darauf an, daß alles so haargenau und stilistisch fein ist. Nur kommt es mehr auf die Tatsachen an.“¹¹

Im Verlaufe des Sommers 1942 gelang es, den Beschluß zu überwinden, der den ehemaligen RGO-Mitgliedern und Kommunisten die Mitgliedschaft in der Anfang 1941 gegründeten Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien (LdG) untersagte. Otto Franke wurde am 2. September 1942 als Mitglied Nr. 348 in die Landesgruppe aufgenommen. Herta und Hugo Gräf, die außerdem den schottischen Gewerkschaften angehörten, arbeiteten aktiv in der Glasgower LdG-Ortsgruppe mit. Gemeinsam mit anderen Gewerkschaftern wirkten sie beispielsweise an der Konzipierung der künftigen Gewerkschaftsarbeit in einem vom Faschismus befreiten Deutschland mit.

9 Mit ihrer am 5.12.1941 begonnenen machtvollen Gegenoffensive vor Moskau hatte die Rote Armee die deutsche Blitzkriegsstrategie zum Scheitern verurteilt.

10 Diese Wendung deutet an, wie das von den Exilanten gesprochene „Emigranto“ geklungen hat (*Lorry* = LKW; *to drive* = führen). Das Lenken von Rettungs- und Lastkraftwagen gehörte zur Ausbildung beim britischen Luftschutz, bei dem Herta jetzt arbeitete.

11 Hugo Gräf wollte erreichen, daß diejenigen, die nach dem Kriege Deutschland wieder aufbauen mußten, – vorwiegend jüngere Kräfte, die erst in jüngster Zeit, vor allem in den Internierungslagern, politisiert wurden – zuvor mit den positiven wie negativen Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung vertraut gemacht werden. Er selbst hatte begonnen, entsprechendes Material zusammenzutragen, aber gerade die Jahre des „Sozialistengesetzes“ sowie der Zeitraum 1892-1918, den Otto Franke aktiv miterlebt und mitgestaltet hatte, wiesen erhebliche Lücken auf.

Ein immer wiederkehrendes Thema in der Gräf-Frankeschen Korrespondenz ist die tiefe Sehnsucht nach der Heimat. So bedankte sich Hugo Gräf am 12. Oktober 1942 bei Otto Franke für die ihm übersandten Glückwünsche zu seinem 50. Geburtstag und schrieb u. a.: „... ich hoffe, in meinem zweiten halben Jahrhundert mit Dir gemeinsam die Heimreise in die befreite und glückliche Heimat anzutreten.“ Hinsichtlich seines Sohnes teilte er mit, daß Arno im Kinderheim der Zeichner für die Wandzeitung geworden sei und ihm zum Geburtstag ein selbstgebasteltes Raucherservice geschickt hätte. Ansonsten entschuldigte er sich für die Kürze dieses Briefes, „da wir jetzt mit den Vorarbeiten zur Ausstellung“¹² sehr viel Arbeit haben“. Und in ihrem Dankschreiben vom 3. Dezember 1942 für das zu Weihnachten erhaltene Päckchen fügte Herta Gräf hinzu: „Es sieht ja so aus, als wenn es nicht mehr zu lange dauert, bis wir nach Hause können.“

Anläßlich des 60. Todestages von Karl Marx am 14. März 1943 stellte Otto Franke im Auftrag der Genossen aus Glasgow einen Kranz auf dem Highgate-Friedhof auf, der so groß geraten war, daß er eine Staffelei erforderte. Die Schleife war von dem Bildhauer Heinz Worner gestaltet worden und trug die Aufschrift „To our great teacher. His work will live forever“. Tags darauf berichtete Otto Franke den Glasgower Freunden detailliert von der Ehrung und rechnete die ihm überwiesene Geldsumme minutiös ab.¹³ Die fehlende Geldmenge – mit dem Riesenkranz hatte es Otto Franke offenbar zu gut gemeint – erhielt er im April 1943.

In einem vom 6. Juni 1943 datierten Brief an Otto Franke entschuldigte sich Hugo Gräf, der der zentralen Parteileitung angehörte und am Wochenende zuvor zur Teilnahme an einer Sitzung in London gewelt hatte: Da er jetzt wieder als Werkzeugmacher arbeite und am Montag pünktlich zur Arbeit erscheinen mußte, habe er einfach nicht mehr bei Otto Franke vorbeischauchen können. Obwohl er seit 22 Jahren nicht mehr am Schraubstock gestanden hätte, bereite ihm die Arbeit viel Freude. Der Brief endet: „Nun ist schon bald wieder Dein 51. [Gewerkschafts- und Partei-] Jubiläum, aber hoffentlich das letzte in der Emigration ... Du siehst, wir leben noch und es fehlt uns nur die 2. Front,¹⁴ um endlich bald wieder in die Heimat reisen zu können.“

12 Es handelte sich um die in London und anderen Städten mit großem Erfolg bereits gezeigte Ausstellung „Allies Inside Germany“ (Verbündete innerhalb Deutschlands), die als Antwort auf den in Großbritannien grassierenden „Vansittartismus“ konzipiert war, wonach das deutsche Volk von Natur aus bösartig und zur Demokratie unfähig sei. Auf 27 Großtafeln legte sie Zeugnis ab von dem in Deutschland geführten Untergrundkampf gegen die Hitlerclique. Mit einem umfangreichen Begleitprogramm lief die Ausstellung in Glasgow vom 23.10. bis 30.11.1942. Den Aufsichtsdienst in der Ausstellung versahen Emigranten in ihrer Freizeit, darunter auch Herta Gräf.

13 An diesem Tag waren etwa 200 Londoner KPD-Genossen mit Kränzen – darunter jener von den Glasgowern bestellte – zum Friedhof demonstriert, wo ein britischer Parlamentsabgeordneter, ein britischer Gewerkschaftssekretär, ein britischer Arbeiterveteran, der Marx und Engels noch persönlich gekannt hatte, und Wilhelm Koenen vor rund 1000 Trauergästen Leben und Werk von Marx gedachten. Anstelle von 4 Pfund, die die Glasgower Genossen gesammelt hatten, hatten Kranz, Schleife, Staffelei und Sonstiges 5 Pfund, 7 Schillinge, 6 Pennies gekostet.

14 Mit der Landung westallierter Truppen in der Normandie wurde die Zweite Front ein Jahr später am 6.6.1944 eröffnet.

Im September 1943 gehörte Hugo Gräf zu den Gründungsmitgliedern der parteiübergreifenden Freien Deutschen Bewegung in Großbritannien (FDB), in deren Rahmen sich bald Ortsgruppen in elf britischen Städten bildeten – darunter in Glasgow zwei und in London neun. Wieder waren Hugo Gräf, der in das Leitorgan der FDB gewählt wurde, und Otto Franke, der die Mitgliedskarte Nr. 42 erhielt, in einer weiteren, dem Kampf gegen den Hitlerfaschismus in Deutschland gewidmeten Organisation vereint.¹⁵

1944 befand sich Herta Gräf wieder in London. Sie hatte sich 1943 von ihrem Mann getrennt und die Leitung des vom Freien Deutschen Kulturbund betriebenen Kinderheimes, in dem auch ihr Sohn Zögling war, übernommen. Wegen akuter Gefährdung durch deutsche V1-Flügelbomben mußte das Heim jedoch im Spätsommer 1944 geschlossen werden. Mit verschiedenen Gelegenheitsjobs hielt Herta Gräf sich und Sohn Arno über Wasser. Einem Brief an Otto Franke und Senta Cohn aus dieser Zeit ist zu entnehmen, daß sie auch wieder einmal auf Zimmersuche war, „denn unser Zimmer hat Wanzen und was ich auch tue, ich kriege sie nicht weg. Außerdem dürfen wir keine Besuche empfangen, was auch nicht gut ist.“ Bald darauf teilte sie mit, daß sie ein Zimmer gefunden hätte und am Sonntag dort einziehen würde, weshalb sie nicht, wie verabredet, zum Nachmittagskaffee, sondern erst zum Abendbrot bei Otto Franke und Senta Cohn erscheinen könne.

Auf Anraten von Senta Cohn bewarb sich Herta Gräf 1945 schließlich als Maschinennäherin in jenem Betrieb, in dem Senta Cohn selbst beschäftigt war. Ohne jegliche Vorkenntnisse wurde sie hier von ihrer Kameradin angelernt, die ihr (bei eigener Verdiensteinbuße) so lange half, die geforderte Stückzahl zu erfüllen, bis sich Herta Gräf selbst die nötigen Fertigkeiten angeeignet hatte, um ihr Mindestsoll zu erfüllen. So verhinderte Senta Cohn, daß Herta Gräf postwendend wieder entlassen wurde.

Als Otto Franke 1946 die Gelegenheit erhielt, nach Deutschland zurückzugehen, entschied sich seine Lebensgefährtin Senta Cohn, trotz des inzwischen bekanntgewordenen, alle Vorstellungskraft übersteigenden Ausmaßes deutscher Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ebenfalls nach Deutschland zurückzukehren. Da sie wußte, daß ihre Eltern und weitere Angehörige nicht mehr in ihrer niedersächsischen Heimatstadt lebten, entschloß sich die junge Frau, Otto Franke nach Niederlehme bei Berlin zu begleiten. An seiner Seite wollte sie am Aufbau eines neuen, antifaschistisch-humanistischen und demokratischen Deutschland mitwirken. Als beide zwei Tage vor Otto Frankes 69. Geburtstag aus London abreisten, übernahmen bis zu ihrer eigenen Rückkehr ein Jahr später Herta Gräf und ihr Sohn

15 Die Freie Deutsche Bewegung in Großbritannien umfaßte rund 500 Einzelm Mitglieder und sechs Korporativmitgliedschaften, darunter die des Freien Deutschen Kulturbundes, der Freien Deutschen Jugend in Großbritannien, der Freien Deutschen Hochschule, der Sektion ehemaliger Spanienkämpfer und der Gruppe deutscher Seeleute in Großbritannien. Obwohl sich die Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien dem FDB verschloß – dies hatte Wilhelm Sander mit Schreiben vom 24.9.1943 Dr. René R. Kuczynski wissen lassen – arbeiteten eine Reihe linker Sozialdemokraten in persönlicher Eigenschaft in der Bewegung mit.

Arno die Pflege des Marxschen Gemeinschaftsgrabes auf dem Londoner Highgate-Hill-Friedhof.¹⁶

In ihren Briefen nach Niederlehme, wo Otto Franke im Ortsteil Miersdorfer Werder ein Häuschen besaß, berichtete Herta Gräf regelmäßig über das Neueste vom Friedhof sowie vom Geschehen in der Firma, in der sie und Senta Cohn gearbeitet hatten und sie noch tätig war. Zunehmend beunruhigte sie die Tatsache, daß ihr die Genehmigung zur Rückkehr nach Deutschland noch immer verweigert wurde. So bat sie Otto Franke in einem Brief vom 21. Februar 1947, in Berlin nachzufragen, „warum ich noch hier bin. Ich glaube, nach 24 Jahren [Parteizugehörigkeit] habe ich wohl ein Recht, eine Antwort darauf zu erhalten ... Fast alle alten Bekannten sind schon weg und die ganze Geschichte kommt mir schon mystisch vor.“

Gleichzeitig schickte Herta Gräf Lebensmittelpakete nach Niederlehme. Am 16. März 1947 beispielsweise schrieb sie Otto Franke und Senta Cohn, daß ein Paket an sie unterwegs sei und sie zusätzlich der Paketkommission des Freien Deutschen Kulturbundes, die jetzt von Martin Lindner geleitet würde, empfohlen habe, Otto Franke wegen des Verlustes von 33 Pfund Körpergewicht in ihre Versandliste aufzunehmen – auch wenn er nicht in der britischen Besatzungszone lebe, wohin von Großbritannien aus derartige Sendungen ausschließlich geschickt werden durften.

Der Winter 1946/47 war auch in London extrem kalt – Kohlemangel, Stromsperrungen, Rohrbrüche, Arbeitsstillstand, Kürzungen der Lebensmittelrationen, Preissteigerungen usw. prägten das Leben. Ausführlich berichtete Herta Gräf über die Auswirkungen auf das Grab von Karl Marx, insonderheit auf die von Otto Franke angelegte Bepflanzung. Sorgenvoll endete ihr Brief vom 16. März 1947: „Ansonsten sitzen wir [Arno und ich] noch immer hier, voller Sehnsucht. Ich kann mir das nicht erklären und fürchte, da ist etwas nicht ganz kosher.“ Im Frühjahr 1947 führte Herta Gräf einen schriftlichen Meinungsaustausch mit Otto Franke über das Versagen der deutschen Arbeiterklasse unter der Nazi Herrschaft und die tatsächlich Stärke des deutschen Widerstandes. Resignierend schlußfolgerte sie am 18. Mai 1947, daß Heinz Schmidt und Wilhelm Koenen wohl doch recht behalten hätten, als sie zwei Jahre zuvor diese Frage mit Paul Merker in der Emigrantenpresse in Großbritannien und Mexiko diskutierten.

Zu persönlichen Begegnungen Otto Frankes mit Hugo Gräf ist es in dieser Zeit mit Sicherheit nicht gekommen, war doch Letzterer schon vier Wochen zuvor in Berlin eingetroffen und sofort im Zentralsekretariat der im April 1946 gegründeten Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands eingesetzt worden. Zu Treffen mit Herta

16 Vor seiner Abreise hatte Otto Franke der Kommunistischen Partei Großbritanniens (KPGB) geschildert, in welch desolatem Zustand er die Grabstätte 1939 vorfand (Brief vom 22.7.1946), worauf ihm der Generalsekretär der KPGB, Harry Pollit, versicherte, die Grabpflege nicht wieder zu vernachlässigen (Schreiben vom 3.9.1946). 1956 ließ die KPGB in einigen Metern Entfernung ein Marx-Monument errichten, in dessen Sockel, die von Otto Franke wieder lesbar gemachte Grabplatte eingelassen wurde. Zurück in Deutschland, verfaßte Otto Franke zwei Manuskripte über das Grab: „An der Grabstätte von Karl Marx“ und „Ein Gedenken zum Geburtstag von Karl Marx am 5. Mai 1818“, und von seiner Jugendfreundin Mentona Moser liegt ebenfalls ein solches vor („Das Grab von Karl Marx und Otto Franke“).

und Arno Gräf kam es erst nach deren Rückkehr nach Berlin im September 1947. Mit dem überfüllten Dampfzug (später mit der elektrifizierten S-Bahn) und dem Fährkahn reisend, besuchten sie Otto Franke und Senta Cohn des öfteren in ihrem Heim auf dem Miersdorfer Werder.

Für Senta Cohn wurde zur bitteren Gewißheit, was sie vorher noch nicht glauben wollte: Ihre Eltern und sämtliche Verwandte (insgesamt 16 Personen) waren von den Nazis ermordet worden. Herta Gräf suchte sie zu trösten, so gut es ging. Im September 1948 heirateten Otto Franke und Senta Cohn.¹⁷

Als Otto Franke – inzwischen mit dem Karl-Marx-Orden ausgezeichnet – Ende 1953 schwer erkrankte, versprach ihm Herta Gräf in die Hand, sich im Falle seines Ablebens um seine Frau zu kümmern, die dann ohne jegliche Angehörige zurückbleiben würde. Als Otto Franke kurz darauf verstarb, löste Herta Gräf ihr Versprechen nur zu gerne ein, konnte sie sich doch auf diese Weise erkenntlich zeigen für die solidarische Hilfe, die ihr die Kameradin 1945 in London erwiesen hatte. Bereits in ihrem Kondolenzschreiben vom 14. Dezember 1953 schlug sie Senta Franke vor, mit ihr zusammenzuziehen. Als am 19. Februar 1954 schließlich die Urne Otto Frankes in der Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Zentralfriedhof Berlin-Friedrichsfelde feierlich beigesetzt wurde, war Herta Gräf einer der drei Urnenträger.

Das Zusammenziehen der beiden Freundinnen klappte nicht auf Anhieb: Als Leiterin einer großen Betriebsbibliothek hatte Senta Franke eine für sie erfüllende Tätigkeit gefunden, die Erlangung einer Zuzugsgenehmigung für Berlin erforderte langwierige Auseinandersetzungen mit den Behörden, und schließlich lebten in Herta Gräfs 2½-Zimmer-Wohnung noch ihr Sohn mit seiner Frau und zwei Töchtern. Erst als die Familie Arno Gräf eine eigene Wohnung zugewiesen bekam und der inzwischen 50jährigen Senta Franke der tägliche, recht lange Weg per Fahrrad und Fähre zur Arbeitsstelle und zurück zu mühselig wurde, zog sie im Mai 1963 zu ihrer Freundin nach Berlin. Soweit das möglich war, bot ihr hier die später vier Generationen umfassende Großfamilie Gräf Ersatz für den Verlust ihrer eigenen Familie.

Berufstätig war Senta Franke in Berlin noch bis Ende 1982, während Herta Gräf bereits 1963 in Rente gegangen war. Nachdem beide Freundinnen seit 1985 je eine eigene Wohnung auf dem selben Flur eines altersgerechten Neubaus bewohnt hatten, zogen sie 1991 zusammen in eine dieser Wohnungen, wo sie sich in der Hauswirtschaft und dem täglichen Leben hervorragend ergänzten. Erst als Herta Gräf nicht mehr in der Lage war, sich umfassend um Senta Franke zu kümmern, ging diese Aufgabe auf das Ehepaar Heimgard und Arno Gräf über. Als Senta Franke 1997 auch noch das Augenlicht verlor, wurden Heimgard und Arno Gräf gerichtlich zu ihren Betreuern bestellt.¹⁸ Im Februar 2001 schließlich zogen Herta Gräf und

17 Otto Frankes erste Frau, die sich nach seiner Emigration aus Deutschland von ihm 1939 hatte scheiden lassen, war kurz zuvor verstorben. Beider Kinder – zwei Töchter und ein Sohn – waren bereits verheiratet und lebten in Berlin bzw. in Frankreich.

18 Tiefe seelische Beunruhigung löste bei Senta Franke ein späterer Beschluß des Vormundschaftsgerichtes aus, mit dem – entgegen ihrem ausdrücklichen Wunsch – dem Ehepaar Gräf die Verwaltung

Senta Franke in ein Seniorenheim, wo sie noch heute ein sogenanntes Schmetterlings-Appartement (je ein eigenes Zimmer mit einem gemeinsamen Vorraum und einer gemeinsamen Naßzelle) bewohnen. Fast täglich erhalten sie Besuch von Heimgard und Arno Gräf. So dauert diese von Otto Franke gestiftete Freundschaft bis zum heutigen Tage an.

ihrer Finanzen entzogen wurde. Da das dann damit beauftragte Betreuerbüro ihr jegliche Auskunft, geschweige denn Mitsprache über die Verwendung ihrer Einkünfte und Ersparnisse verweigert, fühlt sie sich ein weiteres Mal entmündigt und enteignet.

Marx, Keynes und der Realsozialismus oder: Um die reine Lehre ging es sowieso nicht

Jörg Roesler

Riedels Kritik der Marxschen Philosophie in Heft I/2004 läßt sich in ihrem Kern so zusammenfassen: Der reale Sozialismus sei keineswegs nur daran zugrunde gegangen, daß die sozialistischen Führer des 20. Jahrhunderts sich nicht an die Marxsche Lehre gehalten hätten. Selbst wenn sie keinen Deut von der reinen Lehre abgewichen wären, so Riedel, hätten sie den Untergang der nichtkapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht verhindern können, denn diese Lehre war bereits von Anfang an als Anleitung zum Handeln nicht brauchbar. Das Befolgen der Leitsätze von Marx und Engels, das künftige Gesellschaftssystem betreffend, hätte auf jeden Fall zur Niederlage geführt. Denn in der Marxschen Gesellschaftslehre wimmelte es nur so von „historischen Fehleinschätzungen und theoretischen Mängeln“. Diese seien in erster Linie darauf zurückzuführen, daß wissenschaftliche Analyseansätze „unlösbar gekoppelt und überlagert war(en) mit ideologisch-illusionären Vorurteilen, Wunschbildern und Selbsttäuschungen, die in teleologisch-spekulativem Sinne auf eine harmonische Lösung sozialer Konflikte zielten.“

Ich will und kann hier überhaupt nicht gegen Riedels Argumentation wider die Marxsche Gesellschaftstheorie, die den größten Teil seines Beitrages ausmacht, im einzelnen diskutieren. Aber ich habe doch meine Bedenken anzumelden hinsichtlich dessen, was das Verhältnis von Sinn und Unsinn in der Marxschen Gesellschaftstheorie betrifft, oder anders gesagt: Ich meine, der brauchbare Kern wird von Riedel unterschätzt. Denn der unzweifelhaft von den Grundsätzen der Marxschen Gesellschaftstheorie ausgehende reale Sozialismus hatte es geschafft, anders als der Sonnenstaat von Pergamon oder die Kommune von Münster, jahrzehntelang Wirklichkeit zu werden. Er hat - in weitaus stärkerem Maße als man heute denkt - das „kurze 20. Jahrhundert“ geprägt (Hobsbawm); um nicht zu sagen: Es ist *sein* Jahrhundert gewesen. Der reale Sozialismus war in der Lage, die Marxschen „Wunschbilder“ teilweise zu verwirklichen und die aus dieser Utopie resultierenden Triebkräfte zu einem Teil zu mobilisieren. Andererseits hat sich der reale Sozialismus soweit über die Marxschen Vorstellungen hinweggesetzt, daß er auf einem Drittel der Erde unangefochten Wirklichkeit werden konnte, durchaus zum Wohle eines großen Teiles der Beherrschten.

Auf militärischem Gebiet ist die „Wettbewerbsfähigkeit“ der neuen Gesellschaften wohl unbestritten. Die militärische Abschirmung nach außen war aber die Voraussetzung jeder inneren Entwicklung entsprechend den eigenen, d.h. nicht von

den kapitalistischen Metropolen diktierten Grundsätzen. Die militärischen Siege der Sowjetunion in den Interventions- und Bürgerkriegen, die Siege Stalins über Hitler und Maos über Tschangkaischek waren Voraussetzungen für eine antikapitalistische Entwicklung auf einem Sechstel bzw. Drittel der Erde, ebenso wie das „Gleichgewicht des Schreckens“ im Kalten Krieg.

Was militärisch gelang, das wissen wir alle, ist ökonomisch nicht gelungen: ein wirtschaftliches Gleichgewicht zu erreichen, erst recht nicht das angestrebte wirtschaftliche Übergewicht der sozialistischen Staaten zu schaffen. Da man nur ausgeben kann, was man produziert hat, mußten auch alle Versuche der sozialistischen Länder, ein „Wohlstandsgleichgewicht“ oder „-übergewicht“ zu schaffen, die einzige dauerhafte Grundlage der Sicherung ihrer Stabilität, scheitern.

Das Scheitern hatte zwei Gründe: Erstens schließt ökonomische Effektivitätssteigerung ab einem bestimmten Tempo zwingend auch den Gebrauch des Menschen vor allem als Produktionsfaktor (den Verzicht auf seinen Gebrauch eingeschlossen) ein und damit die Rücksichtnahme auf seine Selbstverwirklichung aus. Die Mehrzahl der Menschen zum „Workoholic“ bzw. Arbeitslosen zu degradieren, damit hat sich der Sozialismus - nach Abschluß der Phase der „sozialistischen Industrialisierung“, meinetwegen auch als Wirtschaftsstalinismus bezeichnet, sehr schwer getan. Mit Rücksicht auf die Marxsche Lehre und die von Marx geforderte „allseitige Entfaltung der Persönlichkeit“ des „assozierten Produzenten“ ebenso wie aus Menschlichkeit.

Zweitens war der Kapitalismus, als es seitens des Sozialismus ernsthaft ans wirtschaftliche Ein- und Überholen ging, nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr derselbe wie noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Das Zauberwort seiner wirtschaftlichen Wandlung hieß Keynesianismus. Die nach der Weltwirtschaftskrise von 1929-1933 alle größeren und kleineren kapitalistischen Staaten rasch erfassende „keynesianische Revolution“ war eine Antwort auf den Sozialismus durch Übernahme wesentlicher seiner wirtschaftlichen Elemente: Staatskontrolle, Wirtschaftsplanung, Sozialpolitik, Nationalwirtschaft statt weiterer Globalisierung, Verstaatlichung dort, wo die Beibehaltung der Privatwirtschaft volkswirtschaftlich als ineffizient, krisenfördernd und damit als existenzbedrohend galt. Aus dem Kapitalismus der Konkurrenz wurde ein geplanter Kapitalismus. Er blieb zwar Kapitalismus, wurde aber zu einem „Kapitalismus mit sozialistischen Vorzeichen“. Es gelang - zunächst unter Ausklammerung des „sozialistischen Lagers“ - weltweit ein Wirtschaftssystem zu entwickeln, daß existenzgefährdende Krisen und seine politischen Konsequenzen - bis hin zu den die kapitalistischen Staaten zerfleischenden Weltkriegen - verhindern konnte. Wenn Riedel schreibt, der reale Sozialismus habe „paradoxiert“ auf die bürgerliche Gesellschaft stabilisierend gewirkt (S.2f.), so hat er nicht begriffen, daß dies und nichts anderes die Absicht von Kenyes war und - nicht offen zugegebenes - Ziel all jener Politiker in den bürgerlichen Staaten Westeuropas und Nordamerikas, die sich den Keynesianismus auf ihre Fahnen schrieben.

Der Keynesianismus hatte seine Ursache gewiß in der Weltwirtschaftskrise, einem ökonomischen Desaster selbst in den Hauptländern des Kapitalismus und auch weltweit („dank“ Globalisierung). Er war auch ein soziales Desaster, das sich nach Auffassung der Keynesianer nicht wiederholen dürfe – weniger wegen der Bankrotte und Verluste der Konzerne und Betriebe, sondern aus Angst davor, daß eine Wiederholung des Wirtschaftsdebakels mit all seinem sozialen Elend und seiner politischen Radikalisierung den von der Weltwirtschaftskrise unberührt bleibenden realen Sozialismus (damals allein in der Sowjetunion) in den Augen der Massen so anziehend machen würde, daß die Gefahr bestand, diese würden zum anderen Gesellschaftssystem „überlaufen“. Gegen die weltweit seit Beginn der 50er Jahre wirksam werdende, vielfach nicht mehr „hinter dem Rücken der Menschen“ (Marx) wirkende „aufgeklärte Marktwirtschaft“ (BRD-Wirtschaftsminister Schiller in den 1960er Jahren) mußten die Realsozialisten antreten.

Eine einzige, aber aussagekräftige Kennziffer soll die Differenz zwischen der „eigentlichen“ und „aufgeklärten“ Marktwirtschaft, zwischen der – aus heutiger neoliberaler Sicht beurteilt – wahren und der „sozialistisch verseuchten“ Marktwirtschaft zeigen. Zwischen 1913 und 1950, als man im Osten gerne Lenin zitierend, vom sterbenden Kapitalismus sprach, stieg das Bruttosozialprodukt der westeuropäischen Staaten pro Kopf durchschnittlich jährlich um ein Dreiviertel Prozent (0,76 %). Zwischen 1950 und 1973, während der „goldenen Jahre“ (Hobsbawm) der kapitalistischen Weltwirtschaft, lag das wirtschaftliche Wachstum in Westereuropa durchschnittlich jährlich mehr als fünf Mal so hoch (4,08 %)¹. Osteuropas Wirtschaften (einschließlich der sowjetischen) konnten ihr Wachstumstempo, die Vorteile des Sozialismus nutzend und seine Nachteile (z.B. die nur begrenzte Beanspruchung der Beschäftigten) in Kauf nehmend, ihre wirtschaftlichen Zuwachsraten im gleichen Zeitraum verdoppeln. Damit lagen sie aber nur halb so hoch (2,07 %) wie die der keynesianistisch-kapitalistischen Industriestaaten und damit längst nicht hoch genug, um einzuholen, vom Überholen ganz zu schweigen.

Die ostmitteleuropäischen und die Balkanstaaten machten in ihrer Mehrzahl in den 60er Jahren den Versuch, ihrerseits vom Kapitalismus zu lernen und materielle Interessiertheit und marktwirtschaftliche Elemente (beides bei Marx so nicht vorgesehen) einzuführen. Die Periode der Wirtschaftsreformen während der 60er Jahre war zweifellos, wenn man beides, quantitatives wie qualitatives Wachstum, berücksichtigt, die erfolgreichste in den „kleinen“ RGW-Ländern und auch (seit Ende der 70er Jahre) in China. Der Versuch der RGW-Länder Anfang der 70er Jahre aber, statt weiterer innerwirtschaftlicher Reformen sich in den kapitalistischen Weltmarkt einzuklinken, und zwar zu einer Zeit, da dieser seiner erstaunlichen Nachkriegsstabilität gerade verlustig ging, führte die meisten sozialistischen Staaten zu äußerlicher Abhängigkeit und in innere Widersprüche, die schließlich zur

1 Alle statistischen Angaben aus Angus Maddison: *The World Economy: A Millennial Perspective*, hrsg. vom Development Centre of the Organisation for Economic co-Operation and Development (OECD), Paris 2001, S.126, 129.

Aufgabe des alternativen Gesellschaftskonzepts wesentlich beitrugen. Da ging es den sozialistischen Ländern nicht anders als den lateinamerikanischen Schwellenländern, die nach der Krise von 1929-1933 ihre Wirtschaften mit beträchtlichem Erfolg aus der Abhängigkeit der Metropolen herausgelöst hatten. Auch für sie wurden die 80er Jahre zum „verlorenen“ Jahrzehnt und bereiteten den Boden für die Reintegration in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem, aber nicht als gleichberechtigte Partner in der globalisierten Welt, sondern als Staaten der Peripherie.

Der Kapitalismus begann sein „sozialistisches Kleid“ in dem Moment abzustreifen, da der reale Sozialismus im Laufe der 70er Jahre aufhörte, eine existentielle Gefahr zu sein. Mit einem „Big Bang“ (USA, Großbritannien) oder auch „Schritt für Schritt“ (Bundesrepublik) wurde der Keynesianismus abgebaut, galten Staatsinterventionismus, staatliche Sozialpolitik und staatliches Eigentum in der Wirtschaft nicht mehr als Stabilisatoren, sondern als das, was sie tatsächlich waren, als „Verunreinigungen“ der klassischen Marktwirtschaft. Auf die glaubte man nun verzichten zu können, ja im Interesse der globalisierten Konkurrenz zwecks Wahrung des heimatlichen Wirtschaftsstandorts verzichten zu müssen. Der von nachdenklichen Ex-DDR-Bürgern immer wieder zu hörende Spruch, daß der alltägliche Kapitalismus, den sie seit der „Wende“ erleben, dem aus dem Parteilehrjahr bekannten immer ähnlicher werde, hat seinen realhistorischen Hintergrund in dem seit 1993 auch in der Bundesrepublik sich rascher vollziehenden Wechsel vom Keynesianismus zum Neoliberalismus, der in seinen Wirkungen immer mehr dem liberalen Kapitalismus, den Marx, Engels und Lenin beschrieben haben, ähnlich wird.

Wie zu erwarten war, ging in den kapitalistischen Staaten die Rückbesinnung auf die „reine Lehre“ einher mit einem Verlust an Wachstum, was den Abbau von „sozialem Speck“ aus der Zeit des Keynesianismus nicht nur wünschenswert, sondern realwirtschaftlich notwendig macht, da der Spielraum für die Verteilung, sofern man die „da oben“ unbehelligt läßt, bei marginalen Wachstumsraten schnell schrumpft. Nach dem Ende des „golden age“ verringerte sich das jährliche Wirtschaftswachstum pro Kopf in Westeuropa nach Maddison in der „neo-liberal order“ (1973 bis vorerst 1998) um mehr als die Hälfte (von 4,08 % auf 1,78 %) und liegt heute, die Weltwirtschaftsflaute von 2001/03 nicht einmal eingerechnet, nicht mehr allzu weit von dem für die „liberal order“ (1870-1913) charakteristischen Wachstumstempo von 1,32 Prozent. Die Entwicklung des vergangenen Vierteljahrhunderts hat gezeigt, daß der prominente britische Wirtschaftsjournalist Will Hutton Recht behalten hat, als er im „Guardian“ vom 7. März 1990 schrieb: „Am besten funktionieren diejenigen kapitalistischen Wirtschaften, die sich bei der Leitung der Wirtschaft am wenigsten an die kapitalistische Ideologie halten. Am schlechtesten funktionieren diejenigen Wirtschaften, in denen Leute das Sagen haben, die sich auf eine politische Philosophie stützen.“

Im Wettbewerb zwischen dem liberalen Kapitalismus und dem Sozialismus des 20. Jahrhunderts war es vermutlich die den Kapitalismus rettende Tat, daß er in den 1930er Jahren von Smith und Say gelassen und Keynes' Lehre zugelassen hat, den

Keynesianismus bis in die 1970er Jahre nicht mit der Planwirtschaftslehre sozialistischer Prägung gleichsetzte und so auch nicht zu verwerfen brauchte. (Während der Keynesianismus heute als eine Variante des „Staatsinterventionismus“ ebenso zum Feindbild der liberalen Ideologen gehört, wie dessen andere Variante, die sozialistische Planwirtschaft).

Vorwerfen kann man Marx die Selbststrettung des Kapitalismus vor einer Niederlage gegenüber dem realen Sozialismus nun auf keinen Fall. Denn Marx hatte ja auf die Weltrevolution gesetzt und damit von vornherein eine Konkurrenz der beiden Gesellschaftssysteme auf wirtschaftlichem und sozialen Gebiet ausgeschlossen. Auch Lenins Versuch, den Sozialismus (zunächst) in einem Land zu errichten, war zu seiner Zeit ein aussichtsreiches Unterfangen. Denn noch in den dreißiger Jahren ließ sich in Mittel- und Osteuropa nach Meinung der Herrschenden nur durch blutige Verfolgung der Kommunisten sicherstellen, daß diese Staaten bei der (kapitalistischen) Stange blieben. Nach dem Kriege war es zunächst die Militärmacht der USA, die Westeuropa wie auch Ost- und Südostasien „vor dem Kommunismus rettete“, bevor mit der Entfaltung der keynesianischen Wirtschaftspolitik dort das ökonomische Wachstum und sozialer Wohlstand ein im Vergleich zu den regionalen sozialistischen Nachbarstaaten deutlich höheres Niveau erreichen konnten, wodurch der Anziehungskraft der Planwirtschaften für die Massen in diesen Staaten ein Ende gesetzt war.

Fehler und Versäumnisse der Sozialisten liegen nicht bei den „Klassikern“, sondern bei den führenden Kommunisten der sozialistischen Länder. Sie hatten die Veränderungen, die sich in der kapitalistischen Wirtschaft seit der Weltwirtschaftskrise vollzogen hatten, recht spät erkannt. Selbst die besten Ökonomen der östlichen Welt lauerten bis Anfang der 60er Jahre noch auf die „große Nachkriegskrise“, die nach den „Gesetzmäßigkeiten“ des liberalen Kapitalismus „doch kommen mußte“. Sämtliche Einhol- und Überholpläne Chruschtschows und des frühen Ulbricht rechneten Krise und Stagnation in den einzuholenden kapitalistischen Staaten ein. Die Mehrzahl der sozialistischen Führer erkannte spät, daß sich, da sich der Kapitalismus geändert hatte, auch der Sozialismus ändern müsse. Sie betrieben den „umgekehrten Keynesianismus“, d.h. die teilweise Vermarktwirtschaftlichung der Planwirtschaft. Allerdings geschah das nicht mit der gleichen Konsequenz, wie die kapitalistischen Staaten sich planwirtschaftlicher Elemente bedienten. Vor allem hielten die Sozialisten - im Unterschied zu ihren Wettbewerbern im Westen - nicht durch und stellten die „reine Lehre“ wieder her, ehe (mit Ausnahme Ungarns und Chinas) die Früchte der Reform reiften. Sie gaben die systemstabilisierende Konvergenz als erste auf. Die als Ersatzstrategie in Osteuropa mehr heimlich als offen betriebene Weltmarktintegration erfolgte, im Unterschied zu den Wirtschaftsreformen der 1960er Jahre, bereits zu kapitalistischen Bedingungen.

Die kapitalistischen Staaten ihrerseits konvertierten erst wieder zur reinen Lehre, als vom konkurrierenden System für sie keine Existenzgefährdung mehr ausgehen konnte.

Ob der zu seinen liberalistischen Wurzeln und Mechanismen auch in den Metropolen zurückkehrende Kapitalismus die wirtschaftlichen (Krisen), sozialen (Verelendung) und politischen (Kriege) Widersprüche, die ihn in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts so angreifbar gemacht hatten, wieder gebiert, wissen wir noch nicht so genau, wenn auch manches bereits heute dafür spricht.

In dieser Hinsicht möchte ich mir Zurückhaltung auflegen. Denn, wenn Riedels Analyse der Marxschen Lehre eines eindrucksvoll bestätigt, dann dies: Wir sollten bei der Ableitung von Zukunftsvoraussagen aus Theorien sehr vorsichtig vorgehen. Einer der m. E. durchaus berechtigten Vorwürfe Riedels an Marx und Engels ist, daß sie, die sie so hervorragend mit historischen Vergleichen arbeiten konnten, auf diese Erkenntnismethode bei der Vorherbestimmung des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus fast vollständig verzichteten und einen - historisch nicht belegten - Übergang *suis generis* proklamierten.

Andererseits lehrt uns der historische Vergleich der Gesellschaftsepochen einschließlich des „Kapitalismus der freien Konkurrenz“: Auch das Ende des „neo-liberal age“ ist nicht auszuschließen. Die Globalisierung dürfte seine historische Begrenztheit nicht in Frage stellen können, genau wie sie den „liberalen Kapitalismus“ nicht retten konnte.

Für die nächste Veränderung, ob nun eine erneute Mutation des Kapitalismus oder die Entstehung einer neuen Art Sozialismus, gilt es, geistig gewappnet zu sein. Zunächst einmal nicht so sehr durch die Verkündung neuer Theorien, sondern durch die Aufarbeitung der gesellschaftlichen, vor allem wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen des vergangenen Jahrhunderts. Das ist bisher weder bezüglich des Plan- und Marktsozialismus, noch für den Keynesianismus ernsthaft in Angriff genommen worden. Das sollte aber von vornherein geschehen in Erwartung von Veränderungen, die auch in Zukunft nicht ausbleiben werden. Riedels Kritik an der Marxschen Gesellschaftstheorie ist insofern ein Baustein dieser Analyse, als sie deutlich macht, daß es für die heutigen Sozialisten wesentliche Erkenntnisse aus eigener Kraft erst noch zu gewinnen gilt.

Einige Bemerkungen zu Mario Niemanns Beitrag zu den polnischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern

(Heft 2004/I, S. 38-57)

Erika Sophie Schwarz

Mit großem Interesse habe ich oben angeführten Beitrag gelesen, weil er mich und meine Familie direkt betrifft. Meine Eltern hatten einen 12 ha großen Bauernhof in Vorpommern. Der dritte Mann meiner Mutter war das jüngste Kind einer kinderreichen polnischen Schnitterfamilie. Er war in Vorpommern geboren und lernte neben seiner Muttersprache Polnisch auch gleich noch von den Dorfkindern Plattdeutsch, was er zeitlebens besser beherrschte als Hochdeutsch. Als er 14 Jahre alt war, wurde er das, was schon sein Vater gewesen war, Landarbeiter bei einem Großbauern. Dabei war er sehr musikalisch, lernte ohne Unterricht und Notenkenntnis Akkordeon und Geige spielen und wäre für sein Leben gern Musiker geworden. Seine Eltern konnten ihm aber die Ausbildung nicht bezahlen. Die Instrumente hatte ihm seine älteste Schwester geschenkt, die einen dänischen Seemann geheiratet hatte. Meine Mutter lernte den Landarbeiter erst nach dem Zweiten Weltkrieg kennen, als er aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrte. Ihr erster Mann, mein Vater, war 1938 bei dem Versuch, einem Kinde das Leben zu retten, in der Ostsee ertrunken. Da war sie 26 Jahre alt. Ihr zweiter Mann war vom Anfang des Krieges an Soldat, bei der Trauung trug er schon Wehrmachtsuniform und „Knobelbecher“.

Die Arbeit auf so einem kleinen Bauernhof wurde in der Regel ohne fremde Arbeitskräfte bewältigt. Da aber der Bauer Soldat war, bekam meine Mutter einen polnischen Arbeiter zugewiesen. Der war sechzehn Jahre alt und stammte aus Thorn. Er sprach kein Wort Deutsch, obwohl seine Mutter eine Deutsche war; zuhause wurde die Sprache seines Vaters gesprochen. Er hatte zuerst schreckliches Heimweh, so daß meine Mutter den heimwehkranken Jungen trösten mußte. Sie mußte aber auch auf ihn aufpassen. Als sie ihn eines Tages in ziemlich eindeutiger Situation mit unserem deutschen Mädchen in der Scheune überraschte, nahm sie beide ernsthaft ins Gebet. Nicht um ihnen Moral zu predigen, sondern um ihnen die Gefahr vor Augen zu führen, die damals mit solch einer sexuellen Beziehung verbunden war. 1944, als die Nazis immer mehr Kanonenfutter brauchten, wurde Johann plötzlich „eingedeutscht“, trotz seines polnischen Vaters. Als „Volksdeutscher“ aber wurde er zur Wehrmacht eingezogen.

1945 hat meine Mutter ihm das Leben gerettet. Er lag mit einem Kopfschuß in Stralsund im Lazarett. Als sich die russischen Truppen näherten, wurden alle Verwundeten, die noch allein gehen konnten, entlassen. So kam er in deutscher Soldatenuniform - nach 25 km Fußmarsch von Stralsund aus - bei uns an. Die Rote Armee war aber schon in der Kreisstadt Grimmen, nur 4 km entfernt. Meine Mutter erkannte sofort die Gefahr und gab ihm einen Anzug ihres zweiten Mannes, den

dieser nie mehr brauchen würde, weil er kurz vor Ende des Krieges gefallen war. Es war keine Minute zu früh, denn die russischen Soldaten kamen in jedes Haus auf der Suche nach deutschen Soldaten. Hätten sie ihn in Uniform gefunden, wäre er in Kriegsgefangenschaft geraten oder gar erschossen worden, wenn nicht als deutscher Soldat, so als Kollaborateur. Die Kriegsgefangenschaft hätte er mit seiner schweren Verwundung wohl kaum überstanden.

Johann hat später noch an meine Mutter geschrieben. Er wollte wissen, wie es ihr geht und er brauchte Nachweise über seine Arbeit auf unserem Hof für seine Rente. Und er wünschte sich für seinen Sohn die westdeutsche Jugendzeitschrift „Bravo“. Diesen Wunsch konnte sie ihm leider nicht erfüllen.

Information

Fünf Jahre Archiv der sozialen Bewegungen Bremen¹

Bernd Hüttner/Bernd Vennebusch

Im Dezember 2004 jährt sich der Gründungsbeschluß des „Archivs der sozialen Bewegungen“ Bremen² das fünfte Mal. Das überwiegend von ehrenamtlicher Arbeit getragene Archiv wurde im Dezember 1999 gegründet, als sich der Infoladen der „Bremer BürgerInneninitiative gegen Atomanlagen“ (BBA) und der Infoladen „Umschlagplatz“ zusammenschlossen. Ihre seit Mitte der 1970er Jahre gesammelten Dokumente bildeten den Anfangsbestand, hinzu kamen einige Privatsammlungen. Seit 2001 wird kontinuierlich Material von anderen Bewegungsarchiven, von Bremer politischen Gruppen und von Privatpersonen aufgenommen. Unter dem Motto „Von der Bewegung – für die Bewegung“ wird in diesem selbstverwalteten Archiv Material aus den vielfältigen Widerstands- und Protestbewegungen der letzten Jahrzehnte bis zur Gegenwart zusammengetragen und aufbewahrt.³ Das Archiv versteht sich als „Gedächtnis für die Linke“ und stellt Material für Geschichtsarbeit zur Verfügung.

Sammelgebiete

Das Archiv sammelt vor allem zu folgenden Themen: Geschichte Bremens; kritische Geschichtsarbeit und Methoden (Alltagsgeschichte etc.); Zeitgeschichte Deutschlands; Nationalsozialismus; APO/SDS/StudentInnenbewegung; Frauen- und Lesbenbewegung; ArbeiterInnen/Gewerkschaften; kommunistische Gruppen; Bildung/Pädagogik/SchülerInnen; bewaffneter Kampf; Justiz/Polizei; Häuserkampf/Stadtentwicklung; Friedensbewegung/Antimilitarismus; Radikale Linke; Autonome; Anti-Atom-Bewegung; Internationalismus/Antiimperialismus; Soziales/Gesundheit; Männer/Schwule; Bevölkerungspolitik/Gen- und Reproduktionstechnologien; Flüchtlinge/Migration/Rassismus/Antisemitismus; traditionelle Linke/Demokratischer Sozialismus; Grüne Partei; PDS; Neue Technologien; Ökologie/Alternativbewegung.

1 Archiv der sozialen Bewegungen Bremen, St. Pauli Str. 10/12, 28203 Bremen, Öffnungszeiten: Mittwoch 16.30 bis 19.00 Uhr und nach Absprache, Fax: 0421/75682; Mail: archivbremen@niatu.net; Internet: <http://www.archivbremen.de>

2 Siehe die Gründungserklärung in: Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte, 2000, H. 6, S. 67f.

3 Einen Überblick bietet zuletzt Bernd Hüttner: Archive der sozialen Bewegungen, in: Forum Wissenschaft, 2002, H. 2, S.62-65. Ältere Fassung online unter: <http://www.copyriot.com/unefarce/no4/archiv.html>.

Bestand

Dank zahlreicher Zugänge, u. a. von (ehemaligen) AktivistInnen konnte der Gründungsbestand des „Archivs der sozialen Bewegungen“ von ca. 150 Regalmetern mehr als verdoppelt werden. Der Bestand ist breit angelegt, geht vom heterogenen Material der heterogenen Bewegungen aus und orientiert sich eher an den selbst entwickelten Strukturen der Bewegungen als an wissenschaftlicher Einteilung.

Das Archiv gliedert sich in:

- **Bücher:** Vorhanden sind etwa 2000 Bände, vor allem aus den 1970er und 1980er Jahren. Weitere ca. 1000 Bände sind momentan noch privat untergebracht. Die Bücher sind thematisch sortiert, aber nicht katalogisiert.
- **Zeitungen und Zeitschriften:** Die nach Titeln gegliederte Zeitungs- und Zeitschriftensammlung ist das Herz des Archivs und umfaßt über 750 Titel (ca. 700 Archivboxen). Hinzu kommen geschätzt über 1000 weitere Titel als Einzel- oder in sehr wenigen Exemplaren. Viele überregionale Periodika seit den 1980er Jahren sowie ausländische Titel sind zu finden. Knapp zehn Prozent der Titel sind aus Bremen und Umgebung. Über 120 Titel werden laufend bezogen. Seit Sommer 2003 ist eine BISMAS-Datenbank für die Zeitschriften in Arbeit (<http://www.bestand.archivbremen.de>).
- **Broschüren, graue Literatur, Flugblätter, Zeitungsartikel:** Sie sind in ca. 200 Stehsammlern und Archivboxen aus dem Zeitraum seit den 1960er Jahren zusammengefaßt, wobei zwei Drittel des Materials sortiert sind. Die Erfassung erfolgt nach Themen, innerhalb dieser ggf. auch nach Eingang bzw. chronologisch. Ca. 15 laufende Regalmeter harren der weiteren Sortierung.
- **Plakate:** Das Archiv verfügt über eine umfangreiche, jedoch noch nicht sortierte oder erschlossene Plakatsammlung.
- **Sondersammlung Landwirtschaft und Provinz:** Sie enthält Material zu den Themen Regionalentwicklung, Bio-Landbau, Landwirtschaft, Provinzarbeit und ländliche Sozialgeschichte mit einem Umfang von ca. 20 Regalmetern.
- **Sondersammlung Grafties gegen rechts:** Sie besteht aus dem Archiv übergebenem Material über die Arbeit der Initiative „Grafties gegen rechts“, die von 1998 bis 2003 in Bremen und bundesweit agierte.

Das Archiv sucht alle Dokumente (Broschüren Plakate, Flugblätter, Zeitungen etc.) zu Protest und Widerstand, linker Theorie und Praxis in den letzten Jahrzehnten. Besonderes Interesse besteht an Büchern aus den letzten zehn bis 15 Jahren, an Zeitschriften aus den 1960er und 1970er Jahren, an Stadt- und Regionalzeitungen sowie Dokumenten aller Art aus Bremen.

Das „Archiv der sozialen Bewegungen“ bietet Führungen durch das Archiv, Hilfe bei der Suche nach Material für die politische Arbeit, bei Recherchen und Referaten sowie Informationen zu kritischer Geschichtsarbeit und Bewegungsarchiven.

Vernetzung, Bewertung und Ausblick

Das Archiv ist in Bremen Mitglied im „Netzwerk Selbsthilfe Bremen/Nordniedersachsen“, bei „Anares. Verein zur Förderung der Lesekultur und unterrepräsentierter Kultur“, im Verein „Erinnern für die Zukunft“ und in der „Historischen Gesell-

schaft Bremen“. Es arbeitet seit der Gründung im Kreis Bremer Archive (www.bremer-archive.de) mit und nahm an den beiden Bremer Tagen der Archive 2001 und 2003 teil. Überregional gehört es dem „Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.“ an.

Die beiden wichtigsten lokalen Kooperationspartner sind der Infoladen Bremen, der die Räumlichkeiten kostenlos zur Verfügung stellt, sowie der Verein „Erinnern für die Zukunft“, der bei der Konservierung der Dokumente und der Erstellung einer Datenbank half. Überregional arbeitet das „Archiv“ mit vergleichbaren Archiven und Bibliotheken u.a. in Oldenburg, Hamburg, Berlin, Köln, Bonn, Jena, Wien, Großhennersdorf und Gera zusammen. Materialaustausch gibt es ferner mit der Bibliothek des „Instituts für Regional- und Sozialgeschichte“ an der Universität Bremen, dem „ECO-Archiv Arbeiterkultur und Ökologie“ in Hofgeismar und der „Dokumentationsstelle für unkonventionelle Literatur“ der „Bibliothek für Zeitgeschichte“ in Stuttgart. Auch im wissenschaftlichen Umfeld der Bewegungsforschung wurde das Archiv bekanntgemacht. Seit der Gründung des „Archivs“ wurden über 1500 kg Dubletten an andere Archive abgegeben.

Im Herbst 2003 erschien im Ergebnis eines durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderten Forschungsprojekts das Buch „Archive von unten“⁴. Es gibt – erstmals wieder seit 13 Jahren – einen Überblick über Bewegungsarchive und -bibliotheken und enthält neben den Adressen eine Befragung zur deren Situation und ihrem Selbstverständnis. Wünschenswert wäre, neue Nutzergruppen anzusprechen, z. B. indem Kontakt mit geeigneten Museen aufgenommen wird oder an interessierte LehrerInnen Angebote gemacht werden.

Finanzielle Unterstützung kommt immer wieder vom Netzwerk Selbsthilfe Bremen/Nordniedersachsen. Von der Stiftung Mitarbeit (Bonn) erhielt das Archiv im Jahre 2000 einen kleinen Starthilfeszuschuß. Allerdings müssen verstärkt Möglichkeiten des Fundraising ausgelotet werden, da ohne größere finanzielle Zuwendungen nur die Bestandssicherung und der Materialeingang gewährleistet werden können. Eine öffentlichkeitswirksame Arbeit bildet die Voraussetzung (und weitergehend ein Ergebnis), um kommunale Zuschüsse zu erreichen. Finanzielle Spielräume müßten auch für neue, adäquate Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden, denn etwa zwei Drittel der Räumlichkeiten sind aus archivarischer Sicht völlig ungenügend, um eine mittelfristige Sicherung des Materials zu erreichen⁵.

4 Siehe Bernd Hüttner: *Archive von unten. Archive und Bibliotheken der neuen sozialen Bewegungen und ihre Bestände*, Neu-Ulm 2003.

5 Weitergehende Überlegungen zur Situation und Zukunft von Bewegungsarchiven liefert die Abschlußarbeit im Rahmen der Ausbildung zum wissenschaftlichen Dokumentar an der Fachhochschule Potsdam von Bernd Vennebusch (2003), Bezug als elektronische Kopie über die Archivadresse.

Rezensionen

Heinrich August Winkler (Hrsg.): Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland, Wallstein Verlag, Göttingen 2004, 267 S.

In der von W. verfaßten Einleitung ist zu lesen: "Alle Geschichte ist eine Geschichte von Kämpfen um die Deutung von Geschichte. So könnte man frei nach Marx und Engels sagen. Wer über historische Deutungsmacht verfügt, übt mittelbar auch politischen Einfluß aus. Je stärker eine Richtung ihre Sicht von Geschichte durchsetzt, desto näher kommt sie dem Zustand der kulturellen Hegemonie. Dahin zu gelangen ist ein Ziel *aller* politischen Richtungen" (S.7). Dem ist allerdings noch hinzuzufügen, daß für Deutungsmacht nicht nur Wortgewandtheit, Argumentationsgeschick und Gespür für Massenstimmungen nötig ist, sondern auch wirtschaftliche Kapazitäten und Zugang zu den jeweils modernsten Kommunikationsmitteln.

Die thematischen Beiträge des Bd.es verdeutlichen an konkreten Beispielen die Inanspruchnahme von Geschichte für politische Zwecke in verschiedenen Geschichtsperioden von 1848 bis in die Gegenwart. H. Sack behandelt die Bezugnahme auf den Dreißigjährigen Krieg in der Revolution von 1848/49; B. Effner beschäftigt sich mit dem Umgang mit dem Erbe der 48er Revolution im Bismarck-Reich; K. Wenzel analysiert die Darstellung der Befreiungskriege 1812/13 von 1913 bis 1923; D. Bussenius hat sich Platz und Bedeutung der 48er Revolution in der Weimarer Republik vorgenommen; R. Gerwarth nimmt die Auseinandersetzungen um die Bis-

marcksche Reichgründung in der Weimarer Republik aufs Korn; F. Schubart geht dem historischen Selbstverständnis der Weimarer Republik nach; J. Hacke diskutiert die Deutung der Hitlerschen Macht-ergreifung als "Revolution"; S. Ullrich wendet sich der Bilanz der Weimarer Republik beim Neubeginn in den Westzonen 1945-49 zu; C. Roth untersucht die gegensätzliche Deutung der 48er Revolution in den beiden deutschen Staaten und S. Schubart fragt nach der Deutung der Reichsgründung von 1871 in Ost und West von 1965 bis 1974. Den Autoren muß man bescheinigen, daß sie bemüht sind, die unterschiedlichsten Sichtweisen und ihre Funktion im politischen Kräftespiel herauszuarbeiten. Sie weisen dabei auch nach, daß sich aus dem Umgang mit Geschichte vieles über ihre Ziele und ihren Charakter von Politik ableiten läßt. Das ist zweifellos ein anerkennenswertes Unterfangen, weshalb die Lektüre des Sammelbd.es durchaus empfohlen werden kann.

Allerdings ist unverkennbar, daß auch die Draufsicht der Autoren nicht überparteilich ist. Ihre Wertungsmaßstäbe sind unverkennbar die traditionell westdeutschen. Das wird in den unterschiedlichen Beiträgen nicht gleichermaßen sichtbar. Besonders spürbar wird es dort, wo es um die Gegenüberstellung von BRD- und DDR-Deutung geht. Aber auch in den historischen Beiträgen ist der Standort der Autoren nicht zu übersehen. So haben für sie Rückgriffe auf Geschichte vom Boden der heutigen bürgerlich-kapitalistischen Ordnung eine höhere Berechtigung gegenüber revolutionären und klassenmäßigen Traditionen. Das wird schon in der Wortwahl deutlich. Da ist von "rituellem" Umgang, einem "proletarischen Totenkult" und "tra-

ditionellen marxistischen Positionen" die Rede. Insofern bleiben trotz vieler interessanter Details, durch die unsere Kenntnisse bereichert werden, doch Einwände bestehen. Daß ideologische Aufladung von Ereignissen und Handlungen von Persönlichkeiten der Unterordnung unter aktuelle politische Ziele dient, ist die eine Seite. Die andere Seite besteht darin, daß das in der Regel nicht ohne Berücksichtigung realer geschichtlicher Sachverhalte geschehen kann und geschieht. Es erfolgt gewiß eine einseitige Überhöhung bestimmter, ausgewählter Aspekte, die zudem kurzschlüssig aktualisiert werden, aber die Bezugnahme ist deswegen nicht völlig abwegig. Die Autoren machen es sich also ein wenig zu einfach, wenn sie die historiographischen Aktivitäten von sozialdemokratischer, kommunistischer und DDR-Seite als politisch motiviert und damit letztlich als historisch unbegründet hinstellen. Das ließe sich an mehreren Stellen aufzeigen. Der Kürze halber sei auf die Bezüge zur 48er und zur Novemberrevolution verwiesen. Gewiß wurden aus kommunistischer und DDR-Sicht in den Revolutionen von 1848/49 und 1918/19 die bewaffneten Aktionen der Aufständischen in ihrer Bedeutung stark überhöht und die parlamentarischen Bemühungen unzulässig an den Rand gedrängt. Das ist eine kritikwürdige Betrachtungsweise. Zu beanstanden wäre aber dann ebenso jene einseitige Sicht, die die Paulskirche und ihre parlamentarischen Debatten als entscheidende Kennzeichen der Revolution hinzustellen bemüht ist. Eine sachgerechte Kritik mußte also darin bestehen, nach einem rechten Maß dafür zu suchen, wie alle Aspekte des revolutionären Geschehens zu einem Gesamtbild zusammengefügt werden können, das der

historischen Realität nahe kommt. Ansonsten muß man sich den Vorwurf gefallen lassen, daß einer generellen Abwertung der revolutionärem Handeln in der Geschichte das Wort geredet wird; denn unverkennbar gehören die Sympathien der meisten Autoren jenen, die bewaffnete, oder allgemein gesagt, revolutionäre Aktionen für nicht legitim bzw. überflüssig halten.

So verwundert es denn auch nicht, daß die konservative Geschichtssicht zwar zu Recht als republikfeindlich und anti-parlamentarisch gekennzeichnet, aber ansonsten ziemlich nachsichtig mit ihr umgegangen wird. Diejenigen, die da in den Befreiungskriegen nur auf den Sieg im Krieg gegen Napoleon setzten und damit Opferbereitschaft bis zum Tode zu erzeugen suchten, die die Bismarckschen Reichsgründung als Resultat erfolgreicher Kriegspolitik feierten oder das Langemarck-Sterben heroisierten, haben Geschichte nicht nur einseitig interpretiert, sie haben sie benutzt, um die Fortdauer reaktionärer Machtstrukturen und den Gebrauch von militärischer Gewalt als Mittel zur Lösung politischer Probleme zu legitimieren. Dem gebührt doch wohl eine schärfere Zurückweisung - als gemeinhin geschehen.

Das führt zu einer letzten Anmerkung. Nur sehr zurückhaltend wird auf die Rolle der führenden deutschen Historiker bei der politisch-ideologischen Instrumentalisierung von Geschichte hingewiesen. Der mit der Geschichte nur wenig vertraute Leser könnte zu der Ansicht gelangen, daß es lediglich Parteipolitiker und Zeitungsmacher waren, die in dieser Weise aktiv wurden. Wenn es aber um Deutungsmacht geht, dann kann man daran nicht vorbeigehen, daß die akademische deutsche Historikergunft, von wenigen rühmlichen Ausnah-

men abgesehen, der Geschichtspolitik herrschender konservativer, ja, reaktionärer Kräfte in der deutschen Geschichte durch ihre wissenschaftliche Autorität getreulich gedient hat. Dabei ist keineswegs nur an Namen wie Treitschke und Sybel, Marcks und Schäfer zu denken, sondern auch an Ritter von Srbik, Gerhard Ritter und Theodor Schieder. Das gebietet die wissenschaftliche Seriosität und Gerechtigkeit, übrigens auch deswegen, weil gegenüber der DDR-Historikerschaft diese Zurückhaltung nicht geübt wird.

Helmut Meier

Herbert Borghoff: Die Bürde des Menschen ist antastbar. Ein Arbeits- und Lesebuch über 200 Jahre Geschichte der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Mit einem Vorwort von Arno Klönne, PapyRossa Verlag, Köln 2002, 526 S.

Dorothea Müller/Holger Menzel/Jörg Wollenberg (Hrsg.): Das Wunder von Hörste. Vom Bergheim Hörste über das Heinrich-Hansen-Haus zum Institut für Bildung, Medien und Kunst (IMK) der Bildungsstätte der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in Lage-Hörste. 50 Jahre Arbeitnehmerbildung. Ein Lese-Bilder-Buch, VSA Verlag Hamburg 2004, 237 S.

Das Buch von B. erhebt nicht den Anspruch, an der wissenschaftlichen Diskussion über gewerkschaftshistorische Fragen teilzunehmen. Vielmehr legt hier ein Gewerkschafter eine umfangreiche Sammlung von Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiter-, speziell aber der deutschen Gewerkschaftsbewegung vor, die dazu gedacht und dafür auch vorzüglich geeignet ist, historische Themen innerhalb der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit zu behan-

deln. Allein dieser Umstand verdient Respekt, denn leider sind die Zeiten offenbar vorbei, als die bundesdeutschen Gewerkschaften z. B. unter Heinz Oskar Vetter oder Ernst Breit "aus der Geschichte lernend die Zukunft gestalten wollten" und gewerkschaftliche Seminare ohne eine angemessene Behandlung der historischen Dimension des behandelten Gegenstandes undenkbar gewesen waren.

Das Buch ist in acht chronologische Abschnitte gegliedert: I. Feudalsysteme am Ende des 18. Jh. (S.18-24), II. Industrialisierung - Anfänge einer Arbeiterbewegung (S.25-73); III. 1870-1918. Arbeiterbewegung im Kaiserreich (S.74-153); IV. 1918-1933. Weimarer Republik (S.154-220); V. 1933-1945. Faschismus und Zweiter Weltkrieg (S.221-309); VI. Neubeginn - Gewerkschaften unter Besatzungsmacht (S.310-337); VII. Gewerkschaften in der Bundesrepublik (S.338-486); VIII. 1990-1999. Gewerkschaften nach der Wiedervereinigung (S.487-505). Innerhalb jedes der einzelnen Abschnitte findet der Nutzer eine Zeittafel der wichtigsten politischen Ereignisse, vor allem aber zahlreiche (nicht nur gewerkschaftliche) Dokumente (z.T. als Faksimile), Tabellen und anderes Material, wodurch er sich in die Lage versetzt sieht, sich selbständig ein fundiertes Bild über einen bestimmten Zeitabschnitt zu erarbeiten. Dieser für ein Arbeitsbuch vorbildliche und zudem vorbildlich in allen Abschnitten durchgehaltene methodische Ansatz macht den Bd. sowohl für Lehrende, besonders aber für Teilnehmer an gewerkschaftlichen Bildungsveranstaltungen unverzichtbar. Natürlich vermißt der Rezensent einen speziellen Abschnitt über "Gewerkschaften in der DDR". Dies könnte bei einer wünschenswerten Neuauflage

nachgeholt werden. Im Anhang befinden sich neben einigen Tabellen, die durchaus auch im Abschnitt sieben ihren Platz gehabt hätten, Kurzbiographien der Vorsitzenden der gewerkschaftlichen Dachverbände seit Carl Legien sowie führender Gewerkschafter aus den Einzelverbänden des DGB und ein hilfreiches Verzeichnis über weiterführende Literatur.

Am 17. Juli 1954 wurde das "Bergheim Hörste" zunächst als Jugend-, Wander- und Ferienheim der Industriegewerkschaft Druck und Papier offiziell eingeweiht. Der etwas reißerische Titel des zweiten hier zu besprechenden Buches nimmt Bezug auf dieses Datum, denn "kurz vor der Eröffnung des Heimes geschah das ‚Wunder von Bern‘, mit dem die ‚Wunden der Niederlage‘ von 1945 verdrängt und der politisch-kulturelle Restaurationsprozeß in der BRD abgesichert werden konnte" (S.27). Aus der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in der Bundesrepublik in den letzten 40 Jahren ist dieses Haus nicht wegzudenken. Es stand, hebt der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske in seinem Vorwort mit Recht hervor, "immer auch für gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Innovation ... im besten Sinne des Wortes und weit über einen eng gefaßten Bildungsauftrag hinaus" (S.8). Um so erfreulicher ist es, daß anläßlich des 50jährigen Jubiläums in diesem Bd. 29 Beteiligte - vom Vorstandsfunktionär über den Teamer und den Seminarteilnehmer bis zum Mitglied des Personals der Einrichtung - in acht thematischen Kapiteln ihre Erlebnisse und Erfahrungen aus diesem halben Jahrhundert vorlegen. Dem Leser entfaltet sich ein facettenreiches Bild, das sowohl mit berechtigtem Stolz auf bundesweit Furore machende Aktivitäten verweist, z. B. auf die

Gründung der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosenarbeit und auf einen dieses Problem behandelnden Plakatwettbewerb (Uwe Kantelhardt, S.179-190), das aber auch die zweifellos vorhandenen Entwicklungsprobleme als gewerkschafts*eigene* Bildungsstätte nicht ausspart. Für den Rezensenten waren darüber hinaus die Schilderungen über Konzeption, Durchführung und Erfahrungen bei der Schulung von Gewerkschaftsfunktionären aus der DDR und später aus den neuen Bundesländern 1989/90 (Henrik Müller, S.195-199) aufschlußreich. Das Buch ist großzügig illustriert. Als ein Beitrag der "Geschichtsschreibung von unten" wird es seine Leser finden, sollte allerdings auch von der akademischen Gewerkschaftshistoriographie nicht ignoriert werden.

Wolfgang Heyn

Judenfeindschaft als Paradigma. Studien zur Vorurteilsforschung. Hrg. von Wolfgang Benz und Angelika Königseder im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung, Metropolis Verlag, Berlin 2002, 365 S.

Der 20. Jahrestag des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin unter Leitung von Wolfgang Benz ist Anlaß für eine komplexe Übersichtspublikation, die den Arbeitsfeldern und -resultaten dieser Einrichtung gewidmet ist. Dieser interdisziplinär angelegten Forschungseinrichtung liegt, so B. im Einleitungsteil, ein weiter Antisemitismusbegriff zugrunde, der "die Gesamtheit jüdenfeindlicher Äußerungen, Tendenzen, Ressentiments, Haltungen und Handlungen unabhängig von ihren religiösen, rassistischen, sozialen und sonstige Motiven

(meint). Nach der Erfahrung nationalsozialistischer Ideologie und Herrschaft wird Antisemitismus als ein gesellschaftliches Phänomen verstanden, das als Paradigma für die Bildung von Vorurteilen und die politische Instrumentalisierung daraus konstruierter Feindbilder dient" (S.15).

In 46 Beiträgen resümieren die Autoren, Sozial- und Geisteswissenschaftler unterschiedlichster Disziplinen die Arbeit dieser einmaligen Einrichtung in Deutschland, stellen in knapper Form Forschungsprojekte vor und bieten in einigen Fällen interessante historische Miniaturen an. Da ist die entlarvende Zusammenfassung der vielfältigen Konstrukte über vorgebliche jüdische Weltverschwörungen, deren spektakulärste jene Fälschung des Berichts über die "Weisen von Zion" war, vorgelegt von Johannes Hell. Karsten Krieger beleuchtet den Berliner Antisemitismusstreit 1879-1881, in dem Treitschke eine der wesentlichen neuzeitlichen Antisemitismusthesen intellektuell untermauerte. In einer biographischen Skizze erinnert Christhard Hoffmann an die jüdische Historikerin Selma Stern, die angesichts der nationalsozialistischen Judenverfolgung, der sie sich noch durch Emigration entziehen konnte, ihre Emanzipationsforschung zu den Juden besonders des 18. Jh. jahrzehntelang nicht mehr fortzusetzen vermochte. Die Grundlagen für diese Geschichtsschreibung schienen dauerhaft entzogen. Und da ist der knappe Bericht von Maria-Luise Kreuter zum fast unbekannten Exilland Ecuador.

Sicher ist die Tücke eines solchen Resümeebandes immer die relative Willkürlichkeit seiner Zusammenstellung. Den Beteiligten ist der Nachweis der eigenen Arbeit wichtig, dem zu ehrenden Jubilar eine möglichst

umfassende Beachtung seiner vielfältigen Forschungsaktivitäten. Dem interessierten, aber nicht involvierten Leser bleibt das wohlige Staunen über den Fleiß und die Akribie der Forscher, aber auch das Wissen, daß eine gründlichere Beschäftigung mit der Thematik ohne weitergehende Lektüre unmöglich ist, da sonst nur ein sehr vordergründiger Flickenteppich an Informationen bleibt. Das schmälert die vorliegende Arbeit nicht, macht aber deutlich, daß der Nutzerkreis sich genau überlegen muß, was er damit anstellen kann. Anregungen werden allerdings reichlich geboten. In sechs inhaltlichen Abschnitten werden die Arbeitsergebnisse vorgelegt: Antisemitismus, NS-Zeit und Holocaust, Jüdische Geschichte, Emigration, Minderheiten und Rechtsextremismus. In einem Epilog werden Bibliothek und Archiv des Zentrums ebenso vorgestellt wie die Gastprofessuren an dieser Einrichtung. Besonders hervorzuheben ist die Information zur Datenbank zur Judenrettung, über die Dennis Riffel referiert. Sie will bislang einmalig die Fülle von Rettungsaktivitäten in ihrer ganzen Vielfalt und oft auch im Zwiespalt der Motive der Beteiligten zusammenstellen und soll sowohl statistisch wie konkret versuchte und erfolgreiche Wege der Rettung von Juden in Deutschland nachvollziehbar machen. Sie geht damit konzeptionell über die Ansätze der israelischen Datensammlungen in Yad Vachem hinaus. Nicht zuletzt verdeutlicht sie, wie auch die Beiträge von Juliane Wetzel/Wolfgang Benz und Claudia Schoppmann, die Möglichkeit und Realität von Zivilcourage in Gestalt der Unterstützung der verfolgten Juden in Deutschland bei einem vorhandenen, aber nach Ansicht der Autoren keineswegs immer tödlichen Risiko für die

deutschen Helfer. Diese Unterstützung bei Fluchten, beim Untertauchen und Überleben in einer feindlichen Umgebung war eine ebenso spezifische wie menschliche Form des Widerstands.

Trotzdem kann die Fülle des präsentierten Materials nicht über die methodisch-theoretischen Problematik eines Konzepts hinwegtäuschen, das sich dem Antisemitismus zunächst unter dem Aspekt der Vorurteilsforschung und der nachdrücklich sozial- und gruppenpsychologischen Analyse nähert. Diese hat bereits der erste Direktor des Zentrums, Herbert A. Strauss, in seiner hier wieder abgedruckten Antrittsvorlesung 1982 zu einer Leitlinie der Forschung erklärt. Obwohl er, noch mehr B., den multidimensionalen Ansatz für ein vielschichtiges Phänomen herausstellt, bleibt die Gefahr einer fatalen Verkürzung der Sichtweise. Verweise auf die religiös-christlichen Wurzeln des Antisemitismus und die Katalysatorrolle der Modernisierungskrise des 19. Jh. sind zweifellos berechtigt. Wenn es um Haltungen und Meinungen geht, die als antisemitisch zu definieren sind, bleiben jedoch bei einer zu starken Einschränkung auf die sozialpsychologischen Fragestellungen folgerichtig die in der Regel handfesten politischen und wirtschaftlichen Faktoren nachrangig. Gerade sie ermöglichten es aber interessierten Kreisen immer wieder, mit antisemitischen Parolen und Handlungen eigene Interessen durchzusetzen, oft genug sehr rational, zumindest im Gesamtkontext ihrer Handlungen. Typisch für solche verkürzten Sichtweisen ist der Beitrag von Stefan Rohrbacher. Er untersucht die jüdenfeindlichen Pogrome und Übergriffe 1819 (die von Süddeutschland ausgehenden "Hepp-Hepp-Krawalle"), aber auch diejenigen in den Revolu-

tionen von 1830 und 1848/49. Er verweist sich nachdrücklich gegen deren Erklärungen als "Sozialprotest", weil er glaubt, daß solche Erklärungen dann ja ohne die Kategorie Antisemitismus auskommen würden. Für ihn sind sie letztlich zuallererst antijüdischen Ressentiments geschuldet. Vor allem sei "die Ablehnung der Emanzipation der Juden die wesentlichste Motivation für die antijüdischen Ausschreitungen des Jahres 1819" (S.54).

Einen unschätzbaren Vorteil bieten jedoch der weite Forschungsansatz des Zentrums und die Fixierung auf den Vorurteilsbegriff. Er ermöglicht es, auch andere, letztlich ähnlich gelagerte Phänomene massenhaften Denkens und Verhaltens genauer zu erfassen: "die Phänomene der Verfolgung der Sinti und Roma, die Diskriminierung von Minderheiten wie z.B. 'Asoziale' ..., ausgrenzende Ideologien, die mit biologistischem Determinismus, Sozialdarwinismus, rassistischen antiegalitären Bestrebungen und ähnlichen Theoremen agieren" (S.20). So werden auch Jugendgewalt, Rechtsextremismus und Ausländerhaß zu notwendigen Themenfeldern. In den Beiträgen z.B. von Yara-Colette Lemke/Muniz de Faria zur "Auslandsverschickung", d.h. der faktischen Abschiebung afrodeutscher "Besatzungskinder" Anfang der 50er Jahre, von Peter Widmann zu den Vorurteilen sozial Schwacher und Behinderter oder von Michael Kohlstruck zu fremdenfeindlicher Jugendgewalt wird dies nachdrücklich unterstrichen.

In einem knappen, aber ebenso polemischen wie überzeugenden Beitrag gibt Daniel Gerson am Beispiel der Wiederbelebung des Stereotyps vom "Juden als Bolschewist" den Nachweis des engen, aber wirkungsmächtigen Zusammenhangs von

Vorurteilen mit ihrer politischen Ausnutzung. Ob die antisemitischen Diffamierungen Gregor Gysis als SED-PDS-Vorsitzender Anfang 1990 oder die Rufmord-Kampagnen gegen den Juden Marcel Reich-Ranicki nach der Enthüllung seiner kommunistischen und geheimdienstlichen Verangagenheit zu Zeiten der Auseinandersetzung mit dem Faschismus und seinen Nachwehen und erst recht der von Ernst Nolte provozierte "Historiker-Streit" mit seiner Relativierung des Holocaust und dessen indirekten Rechtfertigung als Reaktion auf die bolschewistische Terrorherrschaft lassen nicht nur ahnen, daß auch die demokratische Fassade nicht immer stark genug ist, um aus Vorurteilen bei geeigneter politischer Interessenlage wieder Bedrohungen und Schlimmeres werden zu lassen.

Stefan Bollinger

Eva Weissweiler: Tussy Marx. Das Drama der Vätertochter. Eine Biographie, Kiepenheuer & Witsch, Köln 2002, 396 S.

Im Klappentext wird die Autorin, die Musikwissenschaft und Germanistik studierte, als freie Schriftstellerin, Filmautorin und Pressesprecherin des Verbandes Deutscher Schriftsteller vorgestellt. Nicht weniger als 699 Quellenverweise zeugen davon, wie tief sie sich in die Materialfülle eingearbeitet hat, die Auskunft über das Leben von Eleanor Marx und ihr Umfeld zu geben vermag. Dem Buch liegen die inzwischen zahlreichen "Tussy"-Biographien bzw. Editionen (u. a. Yvonne Kapp 1972, Edmund Silberner 1977, Olga Meier 1981, Chushichi Tsuzuki 1981, Olga Worobjowa 1988) zugrunde. Darüber hinaus sichtete die Autorin Quellen im British Museum, Originale des Marx-Engels-Nach-

lasses im Internationalen Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam, im Archiv der Sozialen Demokratie, Bonn, und des Nachlasses Eleonor Marx aus dem Rußländischen Staatlichen Archiv für Sozial- und Politikgeschichte, die wohl vor allem durch Kopien im Archiv der Sozialen Demokratie erreichbar waren. Neben dem Familien-Briefwechsel (Eltern, Schwestern) wurde Tussys Korrespondenz u. a. mit Friedrich Engels, Eduard Bernstein, August Bebel, Karl Kautsky, Wilhelm Liebknecht, Bernhard Shaw herangezogen, ebenso Artikel, Broschüren (oft gemeinsam mit Edward Aveling, wie *The Woman Question*, 1886) und Übersetzungen (darunter Flauberts *Madame Bovary*) von "Tussy" sowie von ihr besorgte Editionen aus dem Marx-Nachlaß (darunter 1898 *Value, Price and Profit* und 1896 Engels' *Revolution and Counter-Revolution in Germany*, als deren Autor sie noch Marx ansah).

Es handelt sich, wie schon der Quellenfundus belegt, um ein literarisch-biographisch und forschungsmäßig ernst zu nehmendes Buch. Das "forschungsmäßig" bezieht sich nicht nur auf neue Fakten zu Einzelproblemen, sondern darüber hinaus in einem bestimmten Sinne auf eine das Konzept der MEGA ergänzende Gesamtsicht: Der epochemachende Marx erhält - in familiärer Annäherung - Farbe und Plastizität, und zudem werden dabei Fragen aufgeworfen, die sozusagen im Umfeld des "Kapitals" Probleme gesellschaftlicher Konstellationen sichtbar machen, die nicht so sehr in den mehr oder weniger abstrakten Analysen gesellschaftlicher Zustände oder in den Höhen der Philosophie, sondern mehr in den durch Einzelschicksale erfaßbaren Urtiefen sozialer Verhältnisse zu finden sind. Und eines dieser Einzelschicksale,

die einen Knotenpunkt von Herkunft, Erziehung, Begabung, Liebeserleben, Gesundheit, Engagement, Bewährung, Scheitern usw. darstellen, stellt das dramatische Leben von Eleonor Marx dar.

Gleich einem Puzzle entsteht ein Bild, ein Lebens- und Charakterbild von Eleonor Marx, das sich allmählich in 14 chronologisch angelegten Kapiteln aufbaut, die von 1. "Kindbett und Cholera" (1854-1856) und 2. "Kapitän Tussy" (1857-1869) über 4. "Von der Pflicht, für andere zu leben" (1873-1877), 6. "Das Geheimnis des Todes" (1881-1883) und 8. "Liebe, Wahnsinn und Dynamit" (1884-1885) bis 12. "Arbeitskämpfe" (1891-1893), 13. "Das lange Sterben des Generals" (1893-1895) und 14. "Sie ist bereit zu gehen" (1895-1898) reichen. Wie zu erkennen, verbindet sich die "Draufsicht" auf "Tussys" Entwicklung in ihrem Umfeld mit mitempfindenden Hineinversetzen in ihre oft qualvoll-widersprüchliche Lebenssituation, die durch zuspitzende Dramatisierung einprägsam nahe gebracht wird, jedoch auch - nicht selten - mit verzerrender Überspitzung gepaart ist. Insider werden auf viele Stolpersteine stoßen. Dazu gehören z. B. "Friedrich-Anton Sorge" (S.366) oder das - allerdings nicht existente - "geordnete Elternhaus" von Ernestine Liebknecht (S.102), die "sklavische Ergebenheit" Wilhelm Liebknechts gegenüber Marx (S.102) - wie wäre damit die Vereinigung von 1875 zu werten? - oder die für 1881 flugs behauptete politische Konkurrenz der Mostschen "Freiheit" zum "Volksstaat" (S. 135), der bereits 1876, also ein halbes Jahrzehnt zuvor, durch das gemeinsame (1878 durch das Sozialistengesetz unterdrückte) Zentralorgan "Vorwärts" ersetzt worden war. Über die Agitationsreise von Tussy und Edward Aveling

durch die USA (Herbst 1886) heißt es: "Liebknecht, der eigentlich mit ihnen reisen wollte, geht auf Extra-Tour. Das Trio erwies sich als inkompatibel" (S.239). Mag sein. Doch fast die erste Hälfte der dreimonatigen Tour erfolgte gemeinsam, wovon ja auch das bekannte Foto von Tussy mit Liebknecht am Niagarafall spricht. Ebenso stimmt es nicht, daß "der Alte aus Deutschland ... von den amerikanischen Arbeitern weder akzeptiert noch verstanden" wurde (S.239). Hält man sich den vielgestaltigen Kampf gegen das System des Sozialistengesetzes vor Augen, wundert man sich über die Abwertung der "altväterlichen Genossen in Deutschland" (S.191), als ob die Wahlerfolge bei den Reichstagswahlen und insbesondere der Triumph über das Sozialistengesetz der internationalen Arbeiterbewegung nicht wesentliche Impulse gegeben hätten. Analog die Sicht auf den Hallenser Parteitag 1890, unmittelbar nachdem "die Sozialistengesetze (!) ... ersatzlos abgeschafft" worden waren: Als Gast eingeladen, "wagt sie [Tussy] es nicht, auch nur einmal den Mund aufzumachen, bringt keine Anträge ein, beteiligt sich nicht an den Diskussionen. Was ist los? Hat sie die Courage verloren? Nein, sie fühlt sich hier einfach nicht wohl. In Paris ... flogen die Fetzen. Hier aber herrscht der berühmte deutsche Ernst,... ,die Tagesordnung'" (S.275). Aus der Problemverschiebung wird eine Behauptung. Umgekehrt ist ("wie üblich") Tussy engagiert als Simultanübersetzerin auf dem Züricher Kongreß der II. Internationale 1893, "auf dem, wie üblich, viel geredet und wenig erreicht wird" (S.313). Derartige Schnoddrigkeiten offenbaren die subjektive Einstellung, mit der sich die Autorin über die sozialistische Arbeiterbewegung zu erheben sucht. Das

trifft nicht minder auf die Behauptung zu, daß "Engels ... wie Marx sein Leben lang ein Antisemit gewesen ist" (S.278). Engels freilich "korrigiert sein Verhältnis zum Judentum" - anno 1890 ausgerechnet durch einen Brief an irgendeinen österreichischen Bankangestellten namens Isidor Ehrenfreund. Die Autorin setzt hinzu: "Von jetzt ab keine antisemitischen Hetztiraden mehr, nicht einmal gegen den verbliebenen Todfeind, Ferdinand Lassalle." (S.279).

Mit Recht spricht die Autorin in Bezug auf das Tauziehen um den Marx-Engels-Nachlaß von einem "Loyalitätskonflikt" Engels', der sich sowohl den Marx-Töchtern als auch der deutschen Partei verpflichtete fühlte (S.328), jedoch dem psychologischen Einfluß seiner Vertrauten Louise Kautsky-Freyberger und August Bebel's ausgesetzt war. "So kam es zu einer der katastrophalsten Fehlentscheidungen in der Geschichte des Marxismus. Denn hätte man Tussy, Bernstein und Kautsky die Edition übergeben, die Welt hätte wahrscheinlich nicht bis heute auf eine zuverlässige Gesamtausgabe der Schriften von Marx und Engels warten müssen, wie es de facto der Fall ist" (S.312). Als Beleg führt Anmerkung 587 an: "Die von einem russisch-deutsch-holländischen Editorenteam herausgegebene neue kritische Gesamtausgabe, die sogenannte MEGA, ist noch nicht vollständig erschienen" (S.375). Bei derartiger Nonchalance ist es nicht verwunderlich, daß keiner der MEGA-Bände im Literaturverzeichnis aufgeführt wird.

Wer das Buch zur Hand nimmt, dem steht eine mitreißend-spannende Lektüre mit konfliktgeladenen Problemstellungen bevor, die vielfach zu Widerspruch zwingt. Dennoch würden wir gerade den "Insidern" den Bd. anempfehlen, denn er bietet

eine Sicht, die in Plus oder Minus selbst für die MEGA keineswegs unnütz sein dürfte.

Wolfgang Schröder

John Conelly, Michael Grüttner (Hrsg.): Zwischen Autonomie und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2003, 285 S.

Das Buch faßt neun Fallstudien zusammen, die sich mit den Universitäten in Rußland vor und nach 1917, in Italien während der Diktatur Mussolinis, in Deutschland unter dem Hakenkreuz, in Spanien während der Franco-Diktatur, mit der kommunistischen Idee der Universität in Ungarn, mit den polnischen Universitäten im Staatssozialismus (1944-1968), mit dem Widerstand gegen die Sowjetisierung der Universitäten in China (1949-1952) und mit den Universitäten in der SBZ/DDR befassen. Dazu gab es eine Konferenz im Mai 2000 an der University of California, veranstaltet von den Hrsg. Im Vorwort heben sie den "Wert einer komparativen Geschichtsschreibung", hervor, "die es ermöglicht, über Ländergrenzen hinweg ähnliche Strukturen und Verhaltensmuster zu sezieren", um gleichzeitig Aussagen über Besonderheiten machen zu können (S.7). C. erläutert in der Einführung als Bindeglieder "Diktatur" als unbegrenzte Entschlossenheit der Regime, "das gesellschaftliche Leben einer totalen Kontrolle zu unterwerfen" (S.9) und "Universität" als Ausdruck der Freiheit von Forschung und Lehre mit der These: Diktaturen zerstören die Freiheit der Wissenschaft, Universitäten brauchen sie. Das führe zum Paradox: "Regime, welche die Autonomie der Institutionen unterdrückten, konnten nicht über-

leben ohne eine Institution, die nach allgemeiner Überzeugung Autonomie braucht, um ihren elementarsten Aufgaben gerecht zu werden" (S.10). Die Frage, ob Universitäten die Autonomie der Hochschulen verteidigten oder Vorkämpfer der Diktatur waren, tritt in den Mittelpunkt. Das macht die Buchkonzeption problematisch, da interessante Einblicke in die Entwicklung der Universitäten auf Grund von Archivstudien mit ihr einem bestimmten Schema untergeordnet werden.

Die vom antikomunistischen Zeitgeist bereitgestellten Schablonen von der Gemeinsamkeit faschistischer und kommunistischer Diktaturen blockieren die kritische, differenzierte Analyse des Materials. Vergleiche zur Entwicklung der Universitäten in liberalen Demokratien mit ihren, der Kapitaldiktatur gemäßen, bürokratisch-rechtlichen und monetären Eingriffen in die Freiheit der Universität fehlen. War Kommunismus einst das Ideal der Lösung kapitalistischer Widersprüche in einer klassenlosen Gesellschaft als einer Assoziation freier Individuen, in der die Freiheit des Einzelnen die Voraussetzung für die Freiheit Aller ist, so wird er nun zum Kampfbegriff gegen Kritik an der liberalen Demokratie, der Erfahrungen mit stalinistischen Repressalien, mit der Unterdrückung von Freiheit, mit Indoktrination usw. zusammenfassen soll. Differenzierende Untersuchungen zu den Etappen des Sozialismus sind vergessen. Zwar konstatiert G. in den "Schlußüberlegungen: Universität und Diktatur" (S.265-276) Unterschiede zwischen kommunistischen und faschistischen Diktaturen, stellt sie jedoch auf die gleiche Stufe, wie Differenzen zwischen kommunistischen oder faschistischen Ländern untereinander (S.269). Das kommunistische

Universitätsmodell bestehe in der Teilung von Aufgaben zwischen Hochschule und Akademie, in der Bildung von Arbeiter- und Bauern-Fakultäten, in der Forschungsplanung und in der Einführung des marxistisch-leninistischen Grundstudiums (S.270). Gerade der Glaube an die Trennung von akademischer Forschung und universitärer Lehre in der DDR führte 1990 zu groben Fehleinschätzungen der Evaluierer, deren Korrekturen den politisch gewollten Elitewechsel nicht verhindert hätten, die jedoch nachträglich nicht weiter kolportiert werden sollten. Über die Rolle des Grundlagenstudiums im Sinne eines *studium generale* wäre zu diskutieren, um Indoktrination und Aufklärung zu trennen.

Ein "faschistisches" Universitätsmodell gäbe es nicht, so G. (S.271). Doch die Studien zeigen, wie, differenziert zwar, das Führerprinzip, die Ausschaltung der Opposition, der Antisemitismus, die Rassenideologie, die Kriegsertüchtigung und die Einschränkung der Autonomie erfolgte.

Die Gleichbehandlung der Diktaturen führt zu problematischen Vergleichen. So hätten die Verteidiger professioneller Interessen in der Sowjetunion und in Nazi-Deutschland als Gegner Nikolai W. Lyssenkos und der "deutschen Physik ...nachdrücklich auf die militärische Bedeutung ihres Fachs hingewiesen, um bei den politischen Machthabern Gehör zu finden" (S.272). Das ist sicher richtig. Darf jedoch ein über Diktaturen arbeitender Historiker den Zweiten Weltkrieg mit dem Kampf der Alliierten gegen den Faschismus vergessen, in dem die Rote Armee die Hauptlast trug? G. nennt Wege, die jede Diktatur einschlägt, um die Universität zu kontrollieren. Dazu gehöre die politische

Kontrolle des Zugangs zum Studium, bei der kommunistische Staaten versuchten, "eine neue staats- und parteitragende Studentenschaft zu rekrutieren, die überwiegend aus bislang unterprivilegierten Schichten stammte" (S.266). Die Überwindung von Bildungsprivilegien, die Arbeiter und Bauern von universitärer Bildung fast ausschloß, Forderung humanistischer Reformer, wird negativ bewertet. So meint Ralph Jessen zur SBZ/DDR: "Mit der einsetzen- den Bevorzugung von Unterschichten- kindern begann eine Politik diktatorischer Gegenprivilegierung ... Die Verlierer dieser Selektionspolitik waren die Kinder aus den mittleren und oberen Schichten, deren Bildungschancen sich deutlich verschlechterten ... Vor allem aber zog die Partei systematisch und mit bemerkenswerter Konsequenz eine Schicht von Unterschichtaufsteigern heran, die ihre unerwartete Karriere politischer Protektion verdankte" (241f.).

Györgi Péteri warnt davor, von axiomatischen Begriffen "Universität" und "Diktatur" auszugehen. Ihre Entwicklung sei zu analysieren. Nach ihm tragen "jene Interpretationen, welche die Universitäten nur als Objekt einer totalitären Diktatur sehen, mit ihrem dualistischen Schema von Tätern und Opfern, Unterdrückern und Unterdrückten, Schurken und Märtyrern wenig zum Verständnis staatssozialistischer Gesellschaften bei". (S.155). Hoffen wir darauf, daß Historiker diese Warnung beherzigen.

Herbert Hörz

Eric Hobsbawm: Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert. Aus dem Englischen von Udo Rennert, Carl Hanser Verlag, München/Wien 2003, 499 S.

"Das Zeitalter der Extreme" des marxistischen Historikers Eric Hobsbawm umfaßt als eine "Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts" dessen dramatische Entwicklung vom Ausbruch des Ersten Weltkriegs bis zum Ende der UdSSR. Die englische Erstausgabe von 1994 hatte bereits 2002 Übersetzungen in 37 andere Sprachen erzielt. Seine Autobiographie, die ihm als die "B-Seite" dieses Werkes gilt, ist mit diesem eine wesentliche Orientierungshilfe für all jene, deren Denken, Fühlen und Agieren sich im Spannungsfeld zwischen den erinnerten optimistischen Aufbrüchen von 1917 und 1945, der kritisch-selbstkritischen Suche nach den Ursachen ihres Scheiterns sowie der Kritik an verheerenden Ergebnissen ungehemmter raubtierkapitalistischer Restauration seit 1990/1991 und der Erkundung neuer Wege zur Rettung einer Weltkatastrophe bewegt.

Im Mai 1917 als Sohn jüdischer Eltern großbritannischer Staatsbürgerschaft in Alexandria geboren, führten ihn seine Lebenswege über Wien, Berlin und London in alle Kontinente. Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre begannen in ihm Überzeugungen zu reifen, die ihn nach eigenem Bekenntnis zu einem "lebenslangen Kommunisten" werden ließen. So nahm er bereits als Schüler 1932/33 in Berlin an Massendemonstrationen der KPD und an deren Reichstagswahlkämpfen teil, und 1936 wurde er als Student im "Roten Cambridge" Mitglied der KP Großbritanniens. In dieser übernahm er später die Leitung ihrer Historikergruppe, die sich aber angesichts der Haltung der Parteiführung zum 20. Parteitag der KPdSU durch Parteiaustritte und -ausschlüsse beträchtlich reduzierte. H. teilte die Kritik seiner Genossen, gab aber das Parteibuch nicht zurück.

Sein Kommunismus weist jedoch eine Entwicklung auf: 1932-1956 war es der von Lenin geprägte; dann wurde er die von der KP Italiens vertretene Konzeption; mit dem Zusammenbruch der Staaten im RGW-Bereich blieb er jenes "politische Projekt", mit dessen Preisgabe er "seinen Charakter und seine Bedeutung verlieren würde". Auch H.'s Haltung gegenüber der Oktoberrevolution wandelte sich. Ihre Faszination als Realität und weltrevolutionäre Perspektive wurde zu einem Traum, der gleich "gelöschten Dateien" darauf warte, "von Experten wiederhergestellt zu werden". Harte Tatsache bleibt für ihn, daß die faschistische Wehrmacht ohne die Rote Armee nicht zu besiegen gewesen wäre, und eine "Ironie" der Geschichte erblickt er darin, daß die UdSSR die liberalen kapitalistischen Demokratien gerettet und diese aus Angst vor ihr zu Reformen genötigt hätte. "Die Reichen und die Herrscher der Erde" waren so eingeschüchtert worden, daß sie "die Bedürfnisse der Armen wenigstens ein bißchen zur Kenntnis" nahmen. Mit dem Untergang der UdSSR hatten sie aber diese Angst verloren. Und die Verlierer sind "die Armen der Welt".

Schon diese Feststellungen können zu einer Antwort auf die H. häufig gestellte Frage führen, weshalb er bis zur Selbstauflösung der KPG 1991 deren Mitglied blieb. Indem er auf die Gründe eingeht, "weshalb der Kommunismus so viele der Besten meiner Generation angezogen... hat", führt er weitere Gründe an: Neben der nachwirkenden Faszination der "Leninschen Partei" nennt er die bedeutenden Persönlichkeiten, die - wie Dimitroff und Marek - von der kommunistischen Bewegung hervorgebracht worden waren. Andererseits habe ihn die Vorstellung ab-

gestoßen, sich "in Gesellschaft von Ex-Kommunisten zu befinden, die zu fanatischen Antikommunisten wurden". Auch ein trotziger "Stolz" habe ihn motiviert. Im Kalten Krieg wollte er gerade als "bekannter Kommunist" auf Grund seiner wissenschaftlichen Leistung und nicht als Renegat Anerkennung finden.

Sein kommunistisches Bekenntnis, das er mit scharfer Kritik an Entartungen und Verbrechen in der UdSSR und in anderen realsozialistischen Ländern verbindet, findet für ihn in Brechts Gedicht "An die Nachgeborenen" Ausdruck. Er erkennt ihm eine "großartige Elegie auf die Berufsrevolutionäre der Komintern". Seine "eigentliche Aussage" sah er darin, "daß die Härte den Revolutionären aufgezwungen" wurde: "die wir den Boden bereiten wollten für Freundlichkeit, konnten selber nicht freundlich sein." In diesem Zusammenhang steht die Frage der Machtausübung, wobei zwischen Kommunisten an der Macht und außerhalb der Macht unterschieden wird. Indem H. feststellt, daß diese es "leichter" hatten, konzentriert er sich - da er infolge Kontaktmangels über die UdSSR wenig sagen könne sowie aus sprachlichen Gründen - nach kürzeren mehr lobenden Betrachtungen über Ungarn und die CSSR mehr kritisch auf die DDR. Für deren Charakteristik stützt er sich auf das Buch des Harvard-Historikers Charles S. Maier: "Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus" (1999) sowie auf seine Verbindungen zu Historikern der DDR. Von Maier übernimmt er vor allem positive Wertungen ihrer sozialen und kulturellen Seiten. Andererseits werden die demokratischen und ökonomischen Grundmängel sowie die verhärteten bürokratischen Strukturen,

die auch von Historikern der Ex-DDR dargestellt worden sind, betont. Er ist aber auch um Verständnis bemüht, daß diese angesichts der Konfrontation ihres Staates mit der größeren kapitalistischen und ökonomisch stärkeren NATO-Macht BRD Maßnahmen hinnahmen, die zur Sicherung und Selbstbehauptung der DDR ergriffen wurden. Es kommt hinzu, daß sie beim Streben nach demokratischen Reformen keine substantielle Schwächung der DDR riskieren wollten, da sie jene erfolgte Restauration eines angstfreien Raubtierkapitalismus befürchteten, den H. so treffend charakterisiert.

Dessen Bestimmung von drei kommunistischen Generationen an der Macht seit 1917 bedarf gewiß einer Präzisierung. Es erregt zudem Verwunderung, daß das Programm der KPG von 1951 "Der britische Weg zum Sozialismus" keine Erwähnung findet, obwohl es für den Weg an die Macht und für ihre Ausübung bedeutsam ist und unter Mitgliedern der SED lebhaft diskutiert wurde.

Ein besonderes Kapitel ist der Geschichtswissenschaft gewidmet. Die marxistischen Historiker orientiert er "gerade heute" auf den Marxismus. Und im "Kommunistischen Manifest" sieht er eine "knappe Beschreibung des Kapitalismus unserer Tage". Die optimistische Prognose seiner Verfasser vermag er allerdings nicht mehr zu teilen. Vielmehr mutmaßt er, die künftige Menschheit werde es bedauern, daß sie sich angesichts der Alternative Rosa Luxemburgs "Sozialismus oder Barbarei" gegen den Sozialismus entschieden habe. Doch ein anderes Kapitel schließt mit dem Marx-Wort: "Es kommt drauf an, sie zu verändern."

Werner Berthold

Elke Reuter u.a. (Hrsg.): Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg. Karl Dietz Verlag, Berlin 2003, 296 S. und CD-ROM.

Die Publikationen neuerer Forschungsergebnisse namhafter Kommunismusforscher aus dem Umfeld der PDS leisten einen wichtigen Beitrag für das Verständnis der Geschichte der Arbeiterbewegung. Bereits der Titel der hier zu besprechenden Arbeit verspricht zu Recht wissenschaftlichen Neuwert zur "Geschichte des Kommunismus". Von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert, konnten die Hrsg. bislang nicht oder nur schwer zugängliches Archivmaterial, welches die Irrwege und vor allem die Stalinisierung der KPD dokumentiert, für Geschichtsinteressierte und für die weitere Forschung offen legen. Auf ca. 300 S. kommentieren sie Dokumente und ergänzen diese mit einer umfassenden Quellenpräsentation auf einer beigelegten CD-ROM. Die Hrsg. sehen ihr Buch in der marxistischen Forschungstradition verwurzelt und bekennen sich zur wissenschaftlichen Nähe von Hermann Weber, der als Kommunismusforscher bereits wichtige Pionierarbeit leistete. Die kommentierende Druckfassung, so die Autoren, bietet einen Lesetext an, "der die Mühe des Studiums der oft umfangreichen und zum Teil redundanten Originalquellen erspart, aber die Überprüfung der zwangsläufig subjektiven Auswahl und Kommentierung" anhand einer CD-ROM-Edition erleichtert. Ebenso hilfreich sind das Glossar, mit dem wichtige Ereignisse und Themen in Erinnerung gebracht werden, sowie das kommentierte Personenregister. Die kommentierten Dokumente über Alternativen in der Arbeiterbewegung erhellen nicht nur die

ganze menschliche Tragik des sowjetischen Gesellschaftsmodells, sondern auch die tieferen Zusammenhänge des sich im Schaltjahr 1928 zuspitzenden Antagonismus zwischen dem Parteikommunismus stalinistischer Prägung und der demokratischen Arbeiterbewegung. Zehn Jahre nach dem Oktoberumsturz der Russischen Revolution, so die Autoren, habe die KPD vor einer Entscheidungssituation gestanden, die eine Wahl zwischen "zwei alternativen Entwicklungswegen dringlich einforderte: dem Weg genuiner proletarischer Emanzipation eines demokratischen Sozialismus in der Folge Rosa Luxemburgs oder dem Weg der Verabsolutierung der durch Stalin auf den Umsturz verkürzten Russischen Revolution". Luxemburg stehe als theoretische Begründerin eines eigenständigen deutschen Kommunismus in der Geschichte. Die hier angebotene hypothetische Sicht auf das links in der Sozialdemokratie verwurzelte theoretische Denken Luxemburgs verdient zweifellos tiefer ausgelotet zu werden, so auch der definitive Unterschied von "deutschem" (wahrscheinlich *radikaldemokratischem*) Kommunismus und Linkssozialismus. Zu den noch genauer zu fixierenden Kriterien ergeben sich letztlich viele Fragen, die mit der wirklichen Geschichte des Kommunismus nach Marx zusammenhängen. Es ist auch zu bedenken, daß Luxemburgs Gesellschaftsideen gerade auf Grund der von ihr sehr früh wahrgenommenen Fehlentwicklungen der russischen Revolution, insbesondere des Gegensatzes von Diktatur und Demokratie und ihrer kritischen Solidarität mit dem Bolschewismus sowie ihres frühen Todes, auf linkssozialistischem Mutterboden blieben und eher ins internationale geistige Umfeld des so genannten "dritten Weges" (Austromarxismus) passen.

Im Weiteren belegen die Dokumente aus dem Zeitraum von 1923 bis 1929 eindringlich die mißlichen inneren und äußeren Wirkungsbedingungen der KPD, die als "Suche nach einer revolutionären Politik in nichtrevolutionärer Zeit" charakterisiert werden. War der Kurs von ultralinken Politik, insbesondere die Illusion, in Deutschland einen dem russischen ähnlichen Oktoberaufstand 1923 inszenieren zu können, gescheitert, so blieb, wie die Autoren akribisch belegen, die Auseinandersetzung mit dem Revolutionarismus eines der ungelösten Probleme. "Die Kritik am Kurs der Fischer-Maslow-Führung" sei "inkonsequent geblieben, ehemalige Parteigänger dieser Gruppierung wie Ernst Thälmann und Heinz Neumann bekleideten entscheidende Führungspositionen". Die ideologischen Irrungen werden u. a. mit Dokumenten des Essener Parteitages der KPD im März 1927 belegt. Zu dieser Zeit habe die Haltung zur Niederlage im Herbst 1923, d.h. zum Ausbleiben des "Roten Oktobers" in Deutschland, noch immer die verschiedenen Gruppierungen in der Partei polarisiert. Aus der Sicht der Hrsg. sei es jedoch primär um das Selbst- und um das Parteiverständnis der KPD gegangen. Mit der Suche nach den Ursachen des Scheiterns der KPD-Politik sei die These vom so genannten Luxemburgismus geboren worden, mit der Rosa Luxemburg fehlerhafte theoretische Auffassungen unterstellt wurden, die für den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse schädlich gewesen seien. Die von den Autoren vorgelegte Arbeit belegt die Distanz Rosa Luxemburgs zum Bolschewismus. Der so genannte Luxemburgismus wird treffend als Inkarnation der Feindschaft zur Sozialdemokratie charakterisiert. Die vorgestellten Zeitdokumen-

te der KPD lenken im Weiteren prononciert die Aufmerksamkeit auf die parteischädlichen ultralinken Auffassungen Thälmanns. Dessen Negativrolle in der KPD-Führung, insbesondere dessen Unterwerfung unter Stalin, die in Bezug auf Luxemburg kaum denkbar ist, wird auch am Beispiel der in der Geschichtsschreibung oft besprochenen Affäre um John Wittorf verdeutlicht. Thälmann habe seit Mai 1928 der Parteiführung einen schwerwiegenden Korruptionsfall des Hamburger KPD-Bezirksekretärs verschwiegen und so mit seinem Fehlverhalten das Vertrauen der Parteiführung verloren. Seine Funktionsenthebung sei nur durch Intervention Stalins verhindert worden. Mit diesen Vorgängen habe man eine weitere Differenzierung und Polarisierung innerhalb der Partei nach dem Schema "Linke, Versöhnler und Rechte" betrieben. Damit sei die Ausschaltung aller Kräfte, die sich der Thälmann-Führung entgegenstellten, einhergegangen. In diesem Zusammenhang habe die Partei das von Rosa Luxemburg angedachte politische Profil immer mehr verloren. Nicht nur dies: "Alle Theoretiker und Funktionäre der KPD, die sich für die Pflege, die Aufarbeitung und schöpferische Nutzung des Erbes der deutschen Linken und insbesondere Rosa Luxemburgs eingesetzt hatten, wurden verfeimt. Zu den in Konfrontation zur damaligen KPD-Führung Stehenden gehörte auch Clara Zetkin, die sich jedoch nicht durchsetzen konnte. Indessen habe die Thälmann-Linie zur Gleichschaltung der KPD mit der KPdSU(B) geführt. Der 29. Februar 1928 sei ein schwarzer Tag in der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung gewesen. An diesem Tag schlossen die Delegationen von KPdSU(B) und

KPD "am Rande des IX. Plenums der Exekutive der Komintern ein Geheimabkommen, das einen neuen 'Links'-Kurs einleitete und die Auffassung, wonach die Sozialdemokratie der Hauptfeind sei, bekräftigte. Die neue abrupte Wendung erwies sich als irreversible Entscheidung für die Unterordnung der Komintern unter die Außenpolitik Sowjetrußlands, für die Stalinisierung der KPD (...). Die KPD der Jahre 1927 bis 1929 - zehn Jahre nach dem Oktoberumsturz der Russischen Revolution - stand vor der genannten Entscheidungssituation."

Die Dokumente vermitteln einen tiefen Einblick in die militante Argumentationsweise Thälmanns und der KPD-Führung generell gegen die Sozialdemokratie, insbesondere gegen die Linkssozialisten in der SPD, die als die gefährlichsten Feinde denunziert wurden. Ebenso kritisch werden die kommunistische Imperialismustheorie sowie die daraus abgeleiteten politischen Schlußfolgerungen aufgehehlt. Die vorliegende Arbeit ist zweifellos eine sehr produktive Bereicherung des von den Herausgebern zum Forschungskomplex "stalinistischer Parteikommunismus" eingebrachten Geschichtsbildes und darüber hinaus für die weitere Forschung. *Horst Klein*

Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944-1949. Hrsg.: Stefan Creuzberger, Manfred Görtemaker, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn u.a. 2002, 468 S.

In ihrer Einleitung geben die beiden Hrsg. den Grundtenor zu dem Sammelbd. vor, mit dem 14 deutsche und ausländische Autoren in 13 Beiträgen ihre Sicht auf die Entwicklung von Parteien, Bündnissen

und Spaltungen in Parteien wie ihrer Transformation in Nationalen Fronten im Gefolge des zweiten Weltkrieges in den osteuropäischen Ländern vorstellen. "Die 'Gleichschaltung' der Parteien und die 'Sowjetisierung' der staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen in den Gebieten, die im Verlauf des Zweiten Weltkrieges von der Roten Armee besetzt worden waren, trugen maßgeblich zur Expansion des sowjetischen Einflußbereiches und zur Konsolidierung des Kommunismus bei. Zugleich bewirkten sie aber auch eine Intensivierung der Ost-West-Spannungen und führten zur Entstehung des Kalten Krieges, der erst mit dem Zerfall des Kommunismus und dem Niedergang der Sowjetmacht im Zuge der 'Wende' von 1989/90 zu Ende ging" (S.7).

Die Autoren, zumeist Absolventen westlicher Universitäten oder Graduierte anglo-amerikanischer "Fellow-Studies" stammen nur im Ausnahmefällen aus den osteuropäischen Ländern selbst oder haben sich nach 1990 dort etabliert. Demgemäß schöpfen sie vorrangig aus westlichen Quellen, aber auch aus jüngsten russischen Dokumenteneditionen, z.B. des Moskauer Akademie-Instituts "Slavjanovedenija"¹, die jedoch nur partiell ausgeschöpft werden. Namentlich folgen sie mehrheitlich nicht dem durch diese russischen Quellenpublikationen geführten Nachweis, daß die sowjetische Osteuropapolitik zwei durch

einen außenpolitischen Paradigmenwechsel deutlich unterschiedene Etappen kennt, deren *erste* durch einen Kurs auf eine sowjetfreundliche Sicherheitszone volksdemokratischer Nationale-Front-Regimes, die innenpolitisch auf Konsensdemokratie orientiert waren, und deren *zweite* - erst im Zusammenhang mit dem Übergang zum Kalten Krieg - nunmehr auf prosowjetische Blockbildung, Disziplinierung und Übernahme des Sowjetsystems charakterisiert wurde.

Diese Aussage bezieht sich - trotz aller Differenzierung im Einzelnen - sowohl auf den quasi resümierenden Beitrag der Hrsg. über die "Gleichschaltung der osteuropäischen Parteien" (S.419-434) als auch auf die profilprägenden Beiträge von Gerhard Wettig ("Stalins Deutschlandpolitik vor dem Hintergrund seines Vorgehens im Osten Europas", S.15-44) sowie von Donal O'Sullivan ("Wer immer ein Gebiet besetzt ...". Sowjetische Osteuropapolitik 1943-1947/48", S.45-83).

In dem vergleichenden Schlußbeitrag der beiden Hrsg. wird die auf der Totalitarismus-Konzeption fußende Betrachtung der Nachkriegsentwicklung in den osteuropäischen Ländern besonders deutlich. C./G. gehen davon aus, daß Osteuropa die einzige Region des Kontinents sei, die als "Versuchsobjekt für alle drei großen ideologischen Elemente des 20. Jahrhunderts diene": das "liberaldemokratische Intermezzo" der Siegermächte von 1918, die mit der Expansionspolitik Hitlerdeutschlands verbundenen "nationalsozialistischen Ordnungsvorstellungen" und die mit dem Vormarsch der Roten Armee eingeleitete "Unterwerfung unter den diktatorischen Kommunismus sowjetischer Prägung". Dabei erscheinen die "nationalsozialisti-

1 Sovetskij faktor v Vostočnoj Evrope 1944-1953 gg. Tom 1 (1944-1948), Tom 2 (1949-1953). Dokumenty. Red.-Kollegija T.V. Volokitina (otv. red.) u.a. Moskau 1999, 2002; Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov 1944-1953 gg. Tom 1 (1944-1948), Tom 2 (1949-1953). Dokumenty. Red.-Kollegija G.P. Murasko (otv. red.) u.a. Moskau 1997/1998.

schen Ordnungsvorstellungen" einer kriegserischen Expansion und Okkupation in Osteuropa insofern offenbar weniger kritikwürdig als die nach dem Sieg über den Faschismus mit "der Übertragung des sowjetischen Modells verbundenen Veränderungen", als erstere das traditionelle nationale Parteiensystem tolerierten, während letztere "zu einer grundlegenden Transformation des jeweiligen nationalen Parteiensystems" führten (S. 419). Fraglos eine Problem der sozialpolitischen und sozialökonomischen Grundlagen der beiden diametralen, aber gleichgesetzten "totalitären Systeme". Ohne die Übertragung sowjetischer Machtstrukturen auf Osteuropa generell relativieren zu wollen, räumen die Autoren indessen ein, daß inzwischen erschlossene östliche Archivalien dazu zwingen, Korrekturen vorzunehmen, "wenn es darum geht, den Weg dieser Staaten in die ‚Volksdemokratie‘ zu beschreiben" (S.421). Wettig, der von Land zu Land - je nach ihrem geopolitischen Stellenwert auf einer von Moskau anvisierten Ost-West-Magistrale - differenzierte Methoden sowjetischer Osteuropapolitik einräumt, folgert zugleich generalisierend, "daß im Osten Europas genau so wie im eigenen Lande der Sozialismus einzuführen war. Bezüglich des Zieles war somit von vornherein kein Kompromiß vorgesehen. Die Entwicklung der ‚Volksdemokratien‘ sollte sich von den Vorgängen in der Sowjetunion seit 1917/18 nur durch den Wegfall des Bürgerkriegs und des damit einhergehenden Gewaltgebrauchs unterscheiden, den Lenin zur Durchsetzung seines Regimes benötigt hatte. Das allein war gemeint, wenn von ‚nationalen Wegen zum Sozialismus‘ die Rede war." (S.25)

Die angekündigte "Deutschlandpolitik"

der Sowjetunion steht in dem Beitrag nur insofern im Vordergrund, als W. ihre Zielstellung vor dem generellen Hintergrund sowjetischer Osteuropapolitik in "Moskaus Willen" erblickt, "das sowjetische Herrschaftssystem auf Deutschland" - gemeint ist ganz Deutschland - "auszudehnen. Mit Rücksicht auf die zu erwartenden Hindernisse durfte dies nicht in einem einzigen Anlauf versucht werden. Erst im Laufe eines längeren Prozesses würde es möglich sein, zum Ziel zu gelangen" (S.29). Da Moskau eines einheitlichen deutschen Zentralstaates bedürfe, der den Entscheidungen in Berlin unterlegen hätte, ging man gemäß zentralistischen Staatsmodell-Denkens und sowjetischer Herrschaftspraxis davon aus, daß "die Macht im administrativ-politischen Zentrum Berlin entscheidend" war, und man "von dort aus die Vorgänge in den Westzonen steuern könne" (S.30). In dieser Sicht folgt dann eine Beschreibung sowjetischer Deutschland-Politik, deren Mittel, "mit denen der Kreml die Herrschaft über ganz Deutschland anstrebte, ... sich trotz teilweiser Wirksamkeit als insgesamt kontraproduktiv" erwiesen (S.41).

Hier kann keine Besprechung der sowjetischen Deutschlandpolitik erfolgen, die nur im Kontext mit der Deutschlandpolitik der Westmächte möglich wäre. Freilich sind Einwände gegen die recht zeitferne Sicht auf die *Ausgangslage* in Deutschland gerechtfertigt, wonach "von vornherein" zu bezweifeln sei, daß Stalin, der "Härte beim Verfolgen seiner Herrschafts- und Systemziele in geopolitisch zentralen Gebieten" verfolgte, "in einem so bedeutsamen Land wie Deutschland Kompromisse zulassen könnte, die dort eine demokratische Ordnung erlaubten. Dort setzte sich jene ent-

scheidende europäische Ost-West-Magistrale fort, die ... ihm in Polen die Errichtung eines kommunistischen Regimes als oberste Priorität erscheinen ließ" (S.26). Mir scheint dies ein merkwürdig verkürztes Geschichtsverständnis für eine Zeit, in der die Sowjetunion selbst noch 1944 auf eine zweite Front im Westen drängte, als sie Hitlerdeutschland bereits allein hätte besiegen können, als der antifaschistische Konsens der Anti-Hitler-Koalition noch lebendig war.

O'Sullivan schließlich, durch sein aktuelles Buch "Challenge und Response" über die sowjetische Osteuropapolitik 1939-1949 bekannt geworden, spricht kurzerhand von einem sowjetischen "Reichsbildungsprozeß", mit dem die UdSSR Ende der 40er Jahre "ein eigenes System von abhängigen Staaten geschaffen" habe. "Die nach außen hin vertretene Zielsetzung hob indes nicht den Zugewinn von Territorium zugunsten der UdSSR, sondern die Niederschlagung des 'Hitlerfaschismus' und den gemeinsamen Sieg mit den westlichen Verbündeten ... hervor" (S.45).

Gleichsam Antifaschismus als Mimikry für sowjetische Expansionspolitik und geplante Blockbildung - unter Beschwörung des "Schreckensbildes des deutschen Revanchismus" (S.80). Dieses Szenario geht indessen völlig an damaligen politischen Realitäten wie am historischen Zeitgeist vorbei. Immerhin räumt O'S. angesichts der neuen Dokumente aus russischen Archiven ein, daß die sowjetische Nachkriegs- und Osteuropapolitik unterschiedliche Phasen kennt, deren erste "im Jahre 1947 mit der Verkündung der Truman-Doktrin, der Verabschiedung des Marshall-Planes und der Gründung des Kommunistischen Informationsbüros" endete, d.h. "mit poli-

tischen Ereignissen, die den institutionellen Rahmen des Kalten Krieges markierten und eine Neuorientierung der sowjetischen Osteuropapolitik hin zu einer forcierten Übernahme des sowjetischen 'Modells' einleiteten" (S. 45f.).

Dem soll nicht widersprochen werden, wohl aber der Behauptung, daß die sowjetische Osteuropastrategie, eine "Strategie des vorsichtigen Opportunismus" mit Rücksicht auf die Westmächte, die sich "zwischen Plan und Zufall" bewegt habe, a priori dem "Konzept sukzessiver Expansion" folgte (S.47). Damit wird die Aussage über den *zäsurbildenden Einschnitt* des Kalten Krieges in der sowjetischen Osteuropapolitik entwertet. Diese Politik folgte zunächst einer Strategie, die auf die Schaffung einer nationalen Sicherheitszone, eines loyalen cordon sanitaire, hinauslief, und wurde erst mit dem Umschwung in der internationalen Großwetterlage durch eine Strategie sowjetischer Blockbildung und Disziplinierung der Anrainerstaaten ersetzt. Dieser außenpolitische Paradigmenwechsel löste nunmehr innenpolitische Konsequenzen einer Sowjetisierung der Volksdemokratien aus.

Nicht einer solchen differenzierten Sicht, sondern der oben benannten Linie der erwähnten zentralen Beiträge folgen in mehr oder weniger deutlichem Gleichklang die nachfolgenden Studien über "Parteienentwicklung" und gesellschaftliche "Gleichschaltung" der einzelnen Länder Osteuropas. Dabei ist anzumerken, daß umfangreiches Quellenmaterial vermittelt und unsere Detailkenntnisse über den historischen Prozeß bereichert werden.

Indessen folgen alle Beiträge einer antikomunistischen Diktion in der Beurteilung der nationalen kommunistischen Parteien,

die - ungeachtet ihres gravierenden Beitrags im antifaschistischen Widerstand - lediglich als Helfershelfer sowjetischer Politik erscheinen, während bürgerliche und sog. "historische Parteien" - unbeschadet ihrer vielfach zwiespältigen Rolle zwischen Opposition, Attentismus und Kollaboration in den faschistisch okkupierten und Satellitenländern - als Hüter demokratischer Traditionen vorgestellt werden, welche in Osteuropa ohnehin rar gesät waren.

Da eine Besprechung der Länderbeiträge aus Platzgründen hier nicht möglich ist, seien zumindest die Autoren mit den von ihnen behandelten Themen genannt, die alle den Zeitraum von 1943/44-1948/49 betreffen:

Harald Moldenhauer (Hamburg) untersucht facettenreich "Kommunistische Blockpolitik und Gleichschaltung der Parteien in Polen" (S.85-122), Ulrich Burger (z.Zt. Bistrita) referiert "die Strategie der Kommunisten in Rumänien zur Gleichschaltung des Parteiensystems" (S.123-165), Marietta Stankova (z.Zt. London) stellt "das parteipolitische System in Bulgarien" vor, Jerca Staric (Maribor) handelt von "Stalinismus und Selbst-Sowjetisierung in Jugoslawien" (S.219-237), Peter Danylow (Köln) beschreibt "die Sowjetisierung der Kommunistischen Partei in Albanien", Monika Kaiser (Berlin) reflektiert über "Moskau und die Gleichschaltung des Parteiensystems in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands" (S.265-299), Jiri Kocian (Prag) verfolgt "die Entwicklung der politischen Parteien in der Tschechoslowakei" (S.301-317) und Janos Rainer (Budapest) beleuchtet "das Mehrparteiensystem und seine Beseitigung" auf dem "Weg der ungarischen Volksdemokratie" (S.319-352).

Quasi als untypische Gegenpole zur angeblich unumgänglichen Sowjetisierung von Ländern im sowjetischen Einflußbereich beschäftigen sich Oliver Rathkolb (Wien) mit dem "Sonderfall Österreich?" (S.353-373) und Ruth Büttner (Hamburg, z.Zt. Tartu) mit dem "Sonderfall Finnland" (S.375-418), ersterer als "Neutralisierungsfall", letzterer als angeblich geplatzter sowjetischer "Versuchsballon".

Keineswegs soll bestritten werden, daß die Sowjetunion seit dem Scheitern früher messianischer Illusionen von einer Weltrevolution schon seit den 30er Jahren einen außenpolitischen Paradigmenwechsel zur Großmachtpolitik gemäß ihrer Staatsraison nach nationalen Interessen vollzog, die sich in der Politik der kollektiven Sicherheit 1933/34, dem strittigen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt 1939 nach dem Appeasement-Debakel von München 1938, der Politik der Antihitlerkoalition seit 1941, der Politik eines nationalen Sicherheitsgürtels seit 1943/44 und der politischen Blocklogik des Lagerdenkens seit dem Übergang zum Kalten Krieg 1947/48 offenbarte. Welche Alternative aber hätte angesichts der Realitäten wechselnder Kräftekonstellationen als Großmacht unter konträren bzw. konkurrierenden Großmächten bestanden?

Unter diesem Aspekt sollte man auch die außenpolitischen Dokumente der Sowjetunion als Ausdruck realer Interessen lesen, die unter wechselnden historischen Bedingungen entstanden, nicht nach moralischen Maßstäben einer angeblich ewigen politischen Ethik. Das in unserem Zusammenhang viel zitierte Maiski-Memorandum vom Januar 1945 über die sowjetischen Nachkriegsziele war Reflektion realer sowjetischer Staatsraison, nicht virtuelle Vorspie-

gelung vermeintlich hintergründig anderer Absichten.²

Ernstgert Kalbe

Peter Joachim Lapp: General bei Hitler und Ulbricht. Vincenz Müller - Eine deutsche Karriere, Ch. Links Verlag, Berlin 2003, 286 S., XVI Bildseiten.

Anlässlich des Todes von Vincenz Müller bemerkte sein Freund, der damals führende NDPD-Politiker Heinrich Homann, in Müllers Leben würde sich in besonders sinnfälliger Weise Irrweg, Besinnung und Wandlung einer ganzen Generation verkörpern. Wie sehr L. sich diesen Gedankengang zum Leitmotiv der von ihm verfaßten Biographie gemacht hat, unterstreicht er mit seiner Bemerkung im Vorwort, Müllers Leben nachzugehen, biete die Chance, deutsche Geschichte des 20. Jh.s aus einem besonderen Blickwinkel und in ihren markantesten Brüchen zu verfolgen. Da Müllers Biographie erhebliche Widersprüche aufweise, besonders was seine Rolle in der Wehrmacht angeht, gab es in der DDR kein Interesse, sie wissenschaftlich zu untersuchen. Die Geschichtsschreibung der SED und auch die der NVA überdeckten das Leben und Wirken jenes Mannes, der den Aufbau der Streitkräfte der DDR (KVP/NVA) zeitweilig als 1. Stellvertreter des Ministers und als Chef des Hauptstabes maßgeblich mitgestaltet hatte, mit dem Mantel des Schweigens.

Es war folglich längst an der Zeit, diesen Zustand zu beenden. Gestützt auf eine

sorgfältige Auswertung des verfügbaren Archivmaterials unterschiedlicher Provenienz und auf die Befragung zahlreicher Zeitzeugen, die teilweise erstmals bereit gewesen sind, über ihre Erlebnisse mit Vincenz Müller zu sprechen, ist es L. weitgehend gelungen, jenen Ansprüchen gerecht zu werden, die er im Vorwort selbst benennt. Es sind dies die Fragen nach Widersprüchen, Gewissensnöten und Gesinnungswandel, nach der Kollision von militärischer Karriere und Professionalität mit ethischen Grundsätzen klassischer Bildungsideale und der Verführbarkeit durch Intelligenz und Ehrgeiz.

Die militärische Laufbahn Müllers, angefangen von seinem Weg zum Offizier über die Bewährung im Fronteinsatz während des Ersten Weltkrieges und die Generalstabsausbildung in der Reichswehr bis zu seinem Einsatz in der von Kurt von Schleicher geleiteten politischen Abteilung des Truppenamtes, verlief relativ geradlinig und komplikationslos. Doch erst mit dem Einsatz als Adjutant und "Bürooffizier" Schleichers begann die eigentliche militärische Karriere Müllers. Im Unterschied zu manch anderen Offizieren der Reichswehr war er kein "Kommißkopp" (S.37). Neben seiner dienstlichen militärischen Tätigkeit ging er vielen geistigen und künstlerischen Interessen nach. Nach dem Urteil von L. sei er "Anhänger der Republik" gewesen. Er habe den "Pluralismus des politischen Systems" befürwortet und dessen "bürgerlich-demokratische und künstlerische Freiheiten" (S.48) geschätzt.

Nach dem Scheitern der Republik von Weimar stellte Müller sein militärisches Wissen und Können dem "Dritten Reich" zur Verfügung, jedoch ohne ein Verfechter der nationalsozialistischen Ideologie und

² Siehe das vollständige russischsprachige Dokument mit einer Einführung von Eckart Mehls in: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher, hrsg. von Ernstgert Kalbe/Wolfgang Geier/Holger Politt, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Bd. 5, Leipzig 2003, S.163ff., 169ff.

aktiver Anhänger des "Führers" zu sein. L. hat Müllers militärischer Planungs- und Führungstätigkeit in der Wehrmacht völlig zu recht breiten Raum gewidmet, wobei seine Rolle als Chef des Generalstabes der 17. Armee während ihres Feldzuges in der Ukraine im Mittelpunkt steht. Hierbei wird erstmals eindeutig nachgewiesen, daß Müller für Kriegsverbrechen mitverantwortlich gewesen ist. Näher geschildert werden auch die Umstände, die Generalleutnant Müller schließlich im Juli 1944 veranlaßten, sich dem Durchhaltebefehl Hitlers zu widersetzen und den Resten der ihm unterstellten Truppen den Befehl zur Einstellung der Kampfhandlungen zu erteilen, womit er Zehntausenden Soldaten das Leben rettete.

Müllers sofortiges Bekenntnis zum Nationalkomitee "Freies Deutschland" hat zweifellos überrascht. Doch bei der Beantwortung damit verbundener Fragen wird nicht immer genügend berücksichtigt, daß die Mitarbeit im NKFD weder an weltanschauliche Bindungen noch an Bekenntnisse zum sowjetischen Gesellschaftssystem geknüpft war. Da Müller kein bekennender Nationalsozialist war, mußte er folglich auch keine radikale weltanschauliche Wende vollziehen. Sein Denken und Handeln beruhte eher auf einem Willensakt aus politischer Berechnung, "der ihm unter den gegebenen Umständen die Chance gab, im Leben noch etwas auszurichten" (S.149) oder auch bestimmte Vorteile zu erlangen. Aus diesen Gründen hat er sich wohl auch mit dem sowjetischen Geheimdienst eingelassen, wobei Erpressung nicht auszuschließen ist.

Das waren sicher auch seine hauptsächlichsten Beweggründe, als er sich dem Regime in der DDR zur Verfügung stellte.

Wieder mußte Müller seine Arbeit als Chef des Hauptstabes der KVP/NVA (von L. fälschlich als "Generalstab" bezeichnet) unter widrigen Umständen verrichten, denn er wurde von altkommunistischen Kadern im Generalsrang argwöhnisch beobachtet und war von einem Netz von Spitzeln umstellt, die ständig über Müllers "Vorbehalte", die KVP und NVA ausschließlich nach sowjetischen Vorschriften und Regeln zu formieren und auszurichten, informierten. Die Stabsarbeit war deshalb von Kompetenzgerangel und Eifersüchteleien leitender Generale und Offiziere geprägt. Doch L. beschreibt nicht nur Müllers militärische Tätigkeit, er schildert zugleich seine Rolle im Parteivorstand der NDPD sowie seine gesamtdeutschen Aktivitäten, bei denen er sich Illusionen über die aktuelle Politik und über seine eigenen Möglichkeiten hingab. "Müller war überzeugt davon, noch eine wichtige politische Rolle in Deutschland zu spielen, spielen zu müssen; er glaubte an sich. Und überschätzte sich dabei permanent" (S.250). Das gilt sowohl für seine zahlreichen Kontakte, die er zu früheren hohen Offizieren der Wehrmacht in der Bundesrepublik unterhielt, wie auch für zwei Begegnungen mit Bundesminister Fritz Schäffer.

Auch nach seiner Pensionierung Anfang des Jahres 1958 wurde Müller weiterhin beobachtet. "Er begriff, daß man ihn nicht mehr brauchte, daß er zur Unperson geworden war" (S.252). Er verfiel in tiefe Resignation und Depression und litt unter Wahnvorstellungen. All das hat ihn in seinem Entschluß bestärkt, seinem Leben selbst ein Ende zu setzen.

Auch wenn zu manchen Fragen, wie etwa sein Verhältnis zu sowjetischen Geheimdiensten oder zum Inhalt der deutsch-deut-

schen Kontakte letzte Klarheit nicht gewonnen werden konnte, beeindruckt die von L. vorgelegte, gut lesbare Biographie über das ungewöhnliche Leben eines deutschen Generals und Patrioten. *Paul Heider*

Rainer Karlsch/Jochen Laufer (Hrsg.): Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944-1949. Hintergründe, Ziele und Wirkungen, Verlag Duncker & Humblot, Berlin 2002.

Die Hrsg. (und Mitautoren) dieses Sammelbd.es haben sich auf dem Gebiet der Reparationsforschung und der sowjetischen Wirtschaftspolitik gegenüber Ostdeutschland in der Nachkriegszeit bereits in den 90er Jahren einen Namen gemacht. Wenn die Historiker, die sich heute mit der SBZ und frühen DDR beschäftigen, dank jener Forschungen in großen Zügen über Umfang, Verlauf und Auswirkungen der Reparationsleistungen informiert sind, so waren doch manche und durchaus wesentliche Fragen bis heute offen geblieben bzw. sind manche gewonnenen Erkenntnisse noch umstritten. Hier setzen die Autoren des Buches an und widmen sich Fragen wie: Worauf zielte die Demontagepolitik und welchen Wandlungen unterlagen die sowjetischen Reparationspolitik in den Jahren 1943 bis 1948? Wie wurden die Demontagen in der SBZ gesteuert und erfaßt? Welche politischen und sozialen Effekte gingen von den Demontagen aus? Welche Wirkungen erzielte der Einsatz deutscher Technik und Technologie in der militärischen und zivilen Produktion der UdSSR? Kann von einem Demontagechaos gesprochen werden? Wurde die sowjetische Demontagepolitik mehr oder weniger widerstandslos hingenommen?

Antworten werden - nach einer einführenden Betrachtung der Hrsg., die u.a. noch einmal die jüngste Geschichte der Reparationsforschung Revue passieren läßt und einer Studie von L., die eine überzeugende Antwort auf die Ursachen des "Demontagechaos" zu geben weiß - von deutschen und russischen Historikern in weiteren elf Studien gegeben. Diese Aufsätze zeichnen sich durchweg durch Detailkenntnisse, Materialreichtum (das betrifft auch Statistiken) und Konzentration auf die jeweilige Fragestellung aus.

Zu den m. E. interessantesten Aufsätzen gehören der von Adrej Minjuk über die Verwendung deutscher Betriebsanlagen und Technologien in der sowjetischen Automobilindustrie 1945- 1950 und die Studie von Burghard Ciesla, Christoph Mick und Matthias Uhl über die Nutzung deutscher Flugzeug- und Raketenentwicklung für die Aufrüstung in der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg und des Nutzens der Reparationsleistungen für die sowjetische Industrie. Die Aussagen beider Artikel sind sehr unterschiedlich: Während die demontierten Anlagen der Flugzeug- und Raketenentwicklung für die sowjetische Aufrüstung eine wesentliche Rolle spielten und erst Mitte der 50er Jahre die sowjetische Volkswirtschaft in der Lage war, die Raketenindustrie des Landes mit Fertigungsanlagen aus eigener Produktion zu versorgen, haben sich die Technologie-Transfer- Effekte im Automobilbau in sehr engen Grenzen gehalten. Das gilt selbst für den 1946 erstmals vom Band rollenden Moskwitsch, für den Unterlagen des Opel Kadett genutzt wurden. Beide Artikel sind interessant über das jeweilige Branchenthema hinaus, denn sie lassen erahnen, warum sich die Industrie im sowjetischen militä-

risch-industriellen Komplex generell anders - nämlich schneller und effektiver - entwickeln konnte als im zivilen Bereich.

Mit den Auswirkungen der Demontagen nicht im Ziel- sondern im Ausgangsland, also in der SBZ, befassen die übrigen neun Beiträge. Meistens handelt sich um die Untersuchung der regionalen Wirkungen - so in Brandenburg (Friederike Sattler), Sachsen-Anhalt (Rainer Karlsch), Sachsen (Winfried Halder) und in den Städten Brandenburg (Uwe Müller) und Leipzig (Frank Uwe Schulz). Zwei Beiträge untersuchen die Demontagen in Industriezweigen. Dag Krienen und Stefan Prott haben sich den 1945 im Osten vorhandenen Flugzeugbau vorgenommen und dessen Konversion in den Jahren 1945-1950 beschrieben. Matthias Uhl hat die Demontage der Carl Zeiss Werke in Jena untersucht.

Von den regional orientierten Beiträgen geht vor allem die Studie über Sachsen der Frage nach, inwieweit sich die KPD bzw. SED schützend vor die zu demontierenden Werke stellten und in wieweit führenden Vertreter der KPD/SED wie z.B. der sächsische Wirtschaftsminister Fritz Selbmann mit ihren diesbezüglichen Anliegen bei den sowjetischen Militärs Erfolg hatten. Halders Bilanz: Ein wirksames "Schutzverhalten" gegen die rigorose Umsetzung der Demontagen konnten die "führenden Genossen" zu keinem Zeitpunkt entwickeln. "Dies führte in der Partei nach innen offenkundig zu einem hohen Maß an Frustration" (S.471).

Den Langzeitfolgen der Demontagen hat sich Rüdiger Kühn am Beispiel der Deutschen Reichsbahn zugewandt. Wohl in keinem anderen Wirtschaftsbereich sind die Demontagen - als "Wegnahme des zweiten Gleises" - von der ostdeutschen Bevölke-

rung in der Nachkriegszeit stärker wahrgenommen worden als bei der Eisenbahn. Kühn weist nach, daß die Wirkungen der Reparationen im Bereich der Bahn aus zwei Gründen so verheerend waren, daß erst im Jahre 1966 die Zugkilometerleistung von 1936 wieder erreicht werden konnte. Neben dem Umfang der Entnahmen von Gleisen, Lokomotiven und Dienstgüterwagen war dies der Tatsache geschuldet, daß der Verkehr - im Unterschied etwa zur Schwerindustrie - in den 50er Jahren niemals Investitionsschwerpunkt war. Deshalb mußten höhere Leistungen bei geringerem Kapitaleinsatz erreicht werden. Dies konnte kaum durch Rationalisierungseffekte geschehen, sondern mußte durch vermehrte Substitution von Kapital durch Arbeit, durch den Einsatz überalterter Kapazitäten mit hoher Störanfälligkeit und Unfallträchtigkeit sowie durch die Rückstellung von Unterhaltungs- und Erneuerungsmaßnahmen erkaufte werden.

Insgesamt gesehen ein bemerkenswertes Buch. Die Autoren haben an sich beim Verfassen ihrer Studien hohe Ansprüche gestellt und gehalten, was sie versprochen.

Jörg Roesler

Klaus von Schilling: Scheitern an der Vergangenheit. Das deutsche Selbstverständnis zwischen Re-Education und Berliner Republik, Philo Verlagsgesellschaft mbH, Berlin/Wien 2002, 533 S.

Vergegenwärtigung, individuelle wie kollektive "Bewältigung" deutscher Vergangenheit haben als Fixpunkt jenes historischen Datum, für das Dan Diner den Begriff "Zivilisationsbruch" geprägt hat, der auch im vorliegenden Buch als Leitbegriff fungiert. Damit ist die politische Katastro-

phe des Nationalsozialismus ebenso wie der Holocaust als ihr Kern bezeichnet. Die implizite Trennung beider bzw. die Sonderstellung, die der Holocaust hier einnimmt, geschieht nicht nur zu analytischen Zwecken, sie folgt vielmehr dem Verlauf und einem Stereotyp der Vergangenheitsbewältigung in der deutschen Nachkriegsgeschichte: Während Auschwitz in seiner verbrecherischen Dimension unbegreifbar und singular bleiben soll, Mahnung und Eingedenken dessen, was sich nicht wiederholen dürfe, hat sich die Nazidiktatur auch im öffentlichen Bewußtsein fortschreitend historisiert. Der Germanist Sch. liefert keine Historiographie im herkömmlichen Sinne, er fügt den zahlreichen moralphilosophischen oder politideologischen Betrachtungen des Nationalsozialismus auch keine weitere hinzu. Er wagt den Versuch einer Metareflexion, hinterfragt die verschiedenen Postulate der Aufarbeitung, untersucht deren Implikationen, Vorgaben und welcher Logik sie jeweils folgen. Diskursanalytisch orientiert, rekonstruiert er die Deutungsmuster und Sinnrahmen der Debatte(n).

Der Vf. macht es sich und seinen Lesern nicht leicht. Das voluminöse Werk gliedert sich in drei große Abschnitte, die jeder für sich stehen und kaum aufeinander verweisen. Sie beleuchten 1. die Phasen und Deutungsmuster der politisch-kulturellen Auseinandersetzung, 2. die moralische Reflexion und psychische Bewältigung, um schließlich 3. aus der Reflexion des Zivilisationsbruchs eine "Kultur nach Auschwitz" zu perspektivieren.

Im ersten, an der Realhistorie orientierten Teil wird eine Periodisierung vorgenommen. Sch. umreißt zunächst die von Schock, Lethargie und eilfertigen Bekenntnissen

zur Demokratie geprägten Diskurse unter dem unmittelbaren Diktat der Siegermächte, die Politik der Entnazifizierung und der Persilscheine, den Streit um den Begriff der Kollektivschuld, aber auch das Ringen um ein neues politisches Selbstverständnis, das vom Verdrängen und einer Rückkehr zum status quo ante bis zu einer - unter intellektuellen durchaus mehrheitsfähigen - Orientierung an Idealen eines demokratischen Sozialismus reichte: Eine Agenda, die schließlich am Kalten Krieg und an einer forcierten Entpolitisierung während der Adenauer-Ära scheiterte. Der kulturelle Umbruch der "68er" antwortete nicht zuletzt auf die Verweigerung der historischen Auseinandersetzung. Die sich entfaltende ökonomische und sozialpsychologische Kritik hat es gleichwohl nicht vermocht, die alten bürgerlichen Institutionen zu delegitimieren. Die antiautoritäre Protestbewegung habe, so Sch., die bürgerliche Konsumgesellschaft in die postmoderne "Erlebnisgesellschaft" (G. Schulze) transformiert, während in der DDR der planmäßige Aufbau der "arbeiterlichen Gesellschaft" (W. Engler) eher bruchlos, weil administratorisch verfügt, vonstatten ging. Beide Wege - die Verbannung des Sozialismus nach Utopia wie seine Parodie als "Staatssozialismus" - zeugten vom Unvermögen, Vergangenheit zu bewältigen. Beide deutsche Staaten stehen hier spiegelbildlich zueinander. Worin dieses Unvermögen gründet, ist Gegenstand der diskursanalytischen Untersuchung des Vf.s, wobei er sich dabei ausnahmslos auf die intellektuellen Debatten in der alten Bundesrepublik stützt.

Ausgehend von der Überlegung, daß sich das politische Bekenntnis zur Demokratie in Deutschland erst Auschwitz verdankt,

ist immer wieder kritisch das Fehlen einer "kulturellen Identität" der Deutschen hinterfragt worden. Zwar gebe es eine politisch-soziale Konzeption des Kollektivsubjekts, aber dieses äußere sich im bloßen Bekenntnis zu einer demokratisch verfaßten Gesellschaft. Weggebrochen und bislang nicht wirklich wiedergewonnen sei "der Verständigungsraum gemeinsamer Wertungen, Normen, Sinnrahmen und Deutungsmuster, der die Gesellschaft als Gemeinschaft trägt" - eine Folge des Zivilisationsbruchs bzw. der Außerkraftsetzung der Kultur durch die Nazis. Der einzelne bedarf aber der Relation auf die Kultur, die den kollektiven Teil seiner selbst verkörpert, als Voraussetzung für seine Identitätsbildung. Diese Zugehörigkeit dürfe nicht als Abhängigkeit, sondern müsse als Spannung, die bis zur Negation gehen kann, gedacht werden; in diesem Sinne sei "Kultur als Ganzes", als Referenz für Sinnkonstitution und Identitätskonstruktion, unhintergebar. Damit folgt Sch. nicht nur einem Axiom der kritischen Theorie von Adorno bis Habermas, sondern auch noch einer Grundüberzeugung der Theoretiker der Postmoderne.

Sch. lehrreiche Streifzüge durch exemplarische Schriften der (west-)deutschen Geisteswissenschaft haben den Impetus der Unnachgiebigkeit, sowohl was den Stand der kollektiven Vergangenheitsbewältigung anbelangt, als auch was das Fehlen einer hermeneutisch ausgerichteten Kulturtheorie betrifft. Die diesbezüglichen Bemühungen von Adorno, Habermas, Ulrich Beck oder Wolfgang Iser etwa seien einseitig oder inkonsequent. Er konstatiert ein faktisches Mißlingen der Vergangenheitsbewältigung in einer Gesellschaft, in der sich Kultur zum Erlebnispark verflüchtigt

habe. Die Umkehrung der These, daß nämlich die Brüche der Erlebnisgesellschaft aus der unzureichenden Aufarbeitung des Holocaust resultieren, bleibt jedoch fragwürdig, zumal die politischen und kulturellen Verhältnisse der Berliner Republik denen anderer westlicher Industriegesellschaften vergleichbar sind, und die Geschichte des Nationalsozialismus und besonders der Holocaust in Deutschland ja keineswegs nur "subkutan präsent" sind. Der Forderung Sch.s, der Ritualisierung des Gedenkens im politischen Geschäft - hinzuzufügen wäre: der Simulation von Identität und Einverständnis in expertokratischen "Konsensrunden" - durch permanente Selbstreflexion entgegenzuwirken, ist sicher unbedingt zuzustimmen.

Die These vom individuellen und kollektiven Scheitern an deutscher Vergangenheit hätte zu ihrer Untermauerung und Perspektivierung nicht nur der Analyse großer Textkorpi bedurft, sondern auch der Untersuchung "diskursiver Praktiken": wie die Denk- und Deutungsschemata des Holocaust mit spezifischen Handlungsmustern verknüpft sind, beleuchtet Sch. nur am Rande. Eine Analyse der zahllosen meinungsbildenden Kontroversen, politischen Stellungnahmen und künstlerischen Reflexionen *en detail* hätte nicht nur den Wandel der Deutungen des Zivilisationsbruchs prägnanter vor Augen führen können. Sie hätte auch das spezifische Gewicht der Deuter und Akteure, die ungleiche Verteilung der Diskursmacht und die Rezeption berücksichtigen müssen. Ansonsten wird die "Kultur als Ganzes" auf den Verständigungsraum akademischer Hochkultur reduziert, die sich nur noch reflexiv, nicht auch wirkmächtig verhält. Davon ist Sch.s These der unbewältigten Vergangen-

heit - als Vorwurf an die Erlebnisgesellschaft - zumindest affiziert.

“Was für die Eliten Geschichte, ist für die Massen noch immer Arbeit gewesen”, dieser Satz Heiner Müllers behält eine Kontinuität im Blick, die sich der kulturellen Antinomien nicht durch die moralische Diskreditierung des erlebnishungrigen, geschichts- und selbstvergessenen Subjekts der Berliner Republik entledigt: Die Erlebnisgesellschaft gewinnt Kontur erst vor dem Hintergrund *massenhafter Arbeitslosigkeit* - sie ist eher kultureller Effekt, als genuine Neuschöpfung. Den Niedergang des Kollektivsubjekts als unbewußten Reflex auf Auschwitz zu beschreiben, bleibt spekulativ. Vielmehr erklärt sich dessen Deformation aus den dysfunktional gewordenen Werten und Orientierungsmustern der bürgerlichen Konsumgesellschaft, die auch in der Erlebnisgesellschaft, in die sie angeblich transformiert worden ist, hartnäckig verteidigt werden. So wenig tröstlich es für die Notwendigkeit einer tiefgründig-breitenwirksamen Reflexion des Zivilisationsbruchs klingen mag, exemplarische Vergangenheitsbewältigung ist immer auch ein Frage des Vermögens, d.h. der Deutungsmacht, die in einer funktional differenzierten Gesellschaft an den Expertenstatus gekoppelt bleibt.

Denis Heyn

Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer 1946 bis 1963. Sitzungsprotokolle der Spitzengremien. Hrsg. und bearb. von Willy Albrecht. Bd. 1: 1946 bis 1948; Bd. 2: 1948 bis 1950, Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn 2000 u. 2003, 553 u. 471 S.

Kürzlich erschien der zweite der auf neun

Bd.e angelegten Gesamtedition der Protokolle der Sitzungen des Parteivorstandes und der obersten Parteigremien der SPD im Zeitraum Mai 1946 bis 1963. Diese für die weitere Erforschung der Parteigeschichte sehr vorteilhafte Edition bietet Einblicke in dokumentierte Nachkriegsgeschichte der SPD, die sehr wesentlich von den beiden Vorsitzenden Kurt Schumacher (1895-1952) und Erich Ollenhauer (1901-1963) geprägt wurde. Jeder Bd. soll zwei Jahre bzw. die jeweilige Amtsperiode eines Parteivorstandes umfassen. Mit den nun vorliegenden ersten beiden Bd.en werden die Zeit des Wiederaufbaus der SPD, der Gründungsprozess der Bundesrepublik, d. h. die Beratungen des Parlamentarischen Rates und die sozialdemokratische Problemsicht auf die Ausarbeitung und Verabschiedung des Grundgesetzes im Mai 1949 sowie die Entwicklung eines demokratischen Staatswesens dokumentiert. Während es im ersten Bd. vorwiegend um die Probleme des Wiederaufbaus der SPD in den drei westlichen Besatzungszonen und um die Bemühungen um die Aufrechterhaltung der Kontakte mit den Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) nach erfolgter Zwangsvereinigung von SPD und KPD sowie um die Rückgewinnung des Vertrauens sozialdemokratischer Parteien ging, steht im zweiten Bd. die politische Auseinandersetzung um die Staatsgründung, das Verhältnis zu den Besatzungsmächten und die Auseinandersetzung mit den anderen Parteien und Organisationen im Mittelpunkt.

Die Edition gibt, wie der Hrsg. schreibt, die erhalten gebliebenen Verlaufsprotokolle, die im Archiv der sozialen Demokratie gesammelt vorliegen, im Wortlaut wieder. Dabei handle es sich in der Regel um kurze

Verlaufsprotokolle, die durch Parallelüberlieferungen bzw. schriftliche und mündliche Äußerungen der Beteiligten ergänzt werden konnten. Beschlüsse, Resolutionen und wichtige Vorlagen werden ebenfalls wiedergegeben. Der in beiden Bänden vorgestellte Zeitabschnitt lebt vor allem durch das Wirken Kurt Schumachers. Dem wissenschaftlichen Bearbeiter der Dokumente ist nicht nur schlechthin eine sehr akribische Arbeit zu bescheinigen, sondern auch für die sehr hilfreiche Einleitung zu danken, mit der er als profunder Kenner der Parteigeschichte die historischen Hintergründe und Zusammenhänge erläutert und so das Verständnis der Dokumente erleichtert. Es geht um authentische Parteigeschichte, die vom Leser wie kaum in einem anderen Werk in ihren Hauptrichtungen und Schwerpunkten im Detail leicht nachzuvollziehen ist. Dies wird ebenso durch ein ausführliches Registerteil unterstützt. Auf einige Probleme der von A. gesetzten Schwerpunkte kann hier mit gebotener Kürze aufmerksam gemacht werden. Die Wiedergründung der SPD für die drei Westzonen: "Die auf dem ersten Nachkriegsparteitag in Hannover neu konstituierte SPD" sei "nicht identisch mit der im Juni 1933 durch die Nationalsozialisten aufgelösten SPD. Sie umfasste sowohl die Reste der alten SPD als auch Teile der sozialistischen Gruppen, die sich während der Weimarer Republik oder während der Emigrationszeit von der SPD getrennt hatten, so der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) und der Gruppe Neu Beginnen (NB). Von vornherein ausgeschlossen von dieser Sammlungspartei war dagegen die KPD wegen ihrer Abhängigkeit von der Kpdsu und der Sowjetunion

sowie wegen ihrer undemokratischen Strukturen." Die Entwicklung in der SBZ, insbesondere die Zwangsvereinigung von KPD und SPD habe notwendig die Neugründung einer überzonalen SPD in den drei westlichen Besatzungszonen beschleunigt. Mit der Gründung eines "Ostsekretariats" als "Hilfsstelle für Ostflüchtlinge" sei die Verbindung mit den Sozialdemokraten in der SBZ gesichert worden. Das so ins Leben gerufene "Ostsekretariat" der SPD wurde letztlich unter dem Namen "Ostbüro" bekannt und habe die Aufgabe gehabt, die Ost-Flüchtlinge auf ihre wirkliche politische Motivation hin zu überprüfen und im Weiteren vor allem ein Netz von sozialdemokratischen Vertrauensleuten in allen Bezirken der SBZ zu unterhalten. Bemerkenswert sei, daß selbst in den Vorstandssitzungen inhaltliche Probleme der Tätigkeit des "Ostbüros" kaum behandelt wurden und so die Protokolle zu diesem oft von Spekulationen begleiteten Thema für die Forschung wenig aussagen. Im Abschnitt "Beziehungen der SPD zu den sozialdemokratischen Parteien des Auslandes" macht A. auf die Ambivalenz der von Kurt Schumacher eingebrachten militanten antikommunistischen Haltung der SPD-Führung aufmerksam, die den Zugang der SPD zur internationalen Gemeinschaft der sozialistischen Parteien zunächst erschwert habe. Es seien vor allem die sozialistischen Parteien Osteuropas gewesen, die mit Rücksicht auf ihre Wirkungsbedingungen den Antikommunismus mit Vorsicht sahen. In der Einleitung und in den Dokumenten kann Schumachers Auseinandersetzung mit dem Parteikommunismus bis hin zu seiner Position der Unvereinbarkeit jeglicher Zusammenarbeit mit kommunistischen bzw. so

beeinflussten Organisationen in den konkreten historischen Zusammenhängen nachvollzogen werden. Es wird auch deutlich belegt, daß Schumachers Antikommunismus nicht etwa auf die von Marx begründete humanistische Vision der Errichtung einer *neuen Gesellschaft*, in der an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassegegensätzen eine Assoziation trete, "worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist", sondern ausschließlich auf den vom Bolschewismus/Stalinismus geprägten Parteikommunismus und die von diesem errichteten Diktaturen bezogen war. Insofern sah er auch zu Recht eine Unvereinbarkeit bzw. Unversöhnlichkeit von Parteikommunismus und Sozialdemokratie als objektiv gegeben an. Dies erklärt auch Schumachers in den Dokumenten nachlesbare Haltung zur KPD und gegenüber den von ihr beeinflussten und geführten Organisationen. In diesem Zusammenhang ist gerade im Verstehen der historischen Rolle Kurt Schumachers und der kritischen Distanz der SPD zur KPD auf die Ambivalenz bzw. wissenschaftliche Unschärfe des Begriffes "Antikommunismus" aufmerksam zu machen. Ein weiterer interessanter Themenbereich ist die in beiden Bd.en nachzuvollziehende theoretische Arbeit des Parteivorstandes für die Ausarbeitung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und die damit zu sichernde "radikale Reform des Sozial- und Wirtschaftssystems", die nicht ohne Wirkung blieb. Beispielsweise habe das Wahlprogramm für die erste Bundestagswahl eine Wirtschaftsplanung gefordert, "die Vollbeschäftigung, die Erhöhung des Lebensstandards, einen sozialen Lastenausgleich, eine ,Sozialisierung und Bodenre-

form" einschloss. Die Sozialisierungsforderung sei auf "eine Überführung der Großindustrie, Kredit- und Geldinstitute ins Eigentum des deutschen Volkes und ihre Demokratisierung und keineswegs ein ,Antasten des privaten persönlichen Eigentums oder des mittleren und kleineren Eigentums an Produktionsmitteln" orientiert gewesen. Wenig später habe man auf den Begriff der Bodenreform verzichtet und dafür von der "Bodenbesitzreform" gesprochen. Indessen lassen die dazu veröffentlichten Dokumente auf eine relativ umfassende wirtschaftsdemokratische Ausrichtung des konzeptionellen Denkens in der Parteispitze schließen. Ebenso interessant zu lesen sind Schumachers Vorstellungen über ein sozialistisches Deutschland in der europäischen Gemeinschaft, dies ist eine Idee, die er gerade im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des Grundgesetzes vehement vertrat. So beinhalten die von A. inzwischen bearbeiteten und zugänglich gemachten Dokumente wichtige und für die weitere Forschung zur SPD-Parteigeschichte und zur Nachkriegsgeschichte sichere und zeitsparende Einblicke. *Horst Klein*

Gilbert Achcar (Hrsg.): Gerechtigkeit und Solidarität. Ernest Mandels Beitrag zum Marxismus, Neuer ISP Verlag, Köln 2002, 287 S.

Dieser Sammelbd. beruht auf den Beiträgen eines Symposiums, das bereits im Juli 1996 am Institut für Forschung und Bildung (IIRF) in Amsterdam stattgefunden hatte. Die Veranstaltung war dem 73jährig am 20. Juli 1995 verstorbenen Ernest Mandel gewidmet. Der international herausragende belgische Wirtschaftswissenschaftler, nach langer Außenseiterposition

seit 1982 Professor an der (flämischen) Freien Universität Brüssel, war auch *Spiritus rector* der trotzkistischen Vierten Internationale, genauer: des Vereinigten Sekretariats gewesen.

Die acht Autoren und eine Autorin sind im akademischen Bereich tätig, kommen aus Frankreich, Spanien, Portugal, England sowie den USA und sehen sich in der Tradition Ernest Mandels, mit dem einige von ihnen befreundet waren. Deutsche und italienische Autoren fehlen, obgleich gerade in diesen beiden Ländern der akademische Marxismus eine längere Tradition hat. Doch mit dem allgemeinen Schwund an Liberalität wurden deutsche und italienische Marxisten in den 90er Jahren aus dem Hochschulbereich entfernt bzw. können es kaum noch riskieren, sich an einer derartigen Publikation zu beteiligen, wollen sie ihre Stellen behalten. Noch düsterer ist das Bild in den fälschlicherweise als "Reformländern" bezeichneten Staaten Mittel- und Osteuropas. Vor 1989 war dort ein Bekenntnis zu Ernest Mandel beinahe lebensgefährdend; heute ist ein positiver Bezug auf Mandel "nur" mit gesellschaftlicher Ächtung verbunden, und dies nicht nur wegen Mandels politischer Haltung, sondern auch seiner jüdischen Herkunft wegen.

Die Lektüre des Bd.es macht den Grund dieser bizarren Situation deutlich. Mandels Vorstellungen standen konträr zu allem, was die beiden Großsysteme des 20. Jh.s, der industrielle Kapitalismus und sein pseudosozialistisches Gegenbild, an politischen Entwürfen anzubieten hatten. Als Wirtschaftswissenschaftler wurde Mandel zum Analytiker des *Spätkapitalismus*, so der Titel seines 1972 erschienenen Hauptwerkes. Zehn Jahre vorher war seine *Marxisti-*

sche Wirtschaftstheorie erschienen und hatte ihn international ebenso bekannt wie umstritten gemacht. Beide Werke sind Ausgangspunkt der Analyse von *Jesús Albarra-cin* und *Pedro Montes*, die eine zeitgemäße Interpretation von Mandels Kapitalismusanalysen bieten. Die Theorie der langen Wellen, der sich *Michel Husson* und *Francisco Louza* in ihren Aufsätzen zuwenden, war zwar kein originärer Beitrag Mandels zur aktuellen Diskussion - diesen hatte lange vor ihm der von Stalin ermordete Ökonom Nikolaj Kondratjew geleistet. Aber Mandel wandte diese Theorie auf den zeitgemäßen Kontext an und wies nach, daß jede revolutionäre Strategie auf Sand gebaut ist, stellt sie nicht den Zusammenhang von wirtschaftlicher Innovation, neuen Möglichkeiten der kapitalistischen Profitmaximierung, Umschichtung der sozialen Klassen und Prozessen der kollektiven Bewußtseinsbildung in Rechnung. In einer Vielzahl von Aufsätzen und Aufsatzsammlungen, die dankenswerterweise in der Bibliographie am Ende des Buches genannt sind, verdichtete Mandel empirisch diese Interdependenzen, die hier nur skizzenhaft genannt sind.

Charles Post und *Cathérine Samary* wenden sich je einem weiteren bedeutenden Problembereich des Schaffens von Mandel zu: der Bürokratietheorie sowie der Problematik einer Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Eine marxistische Theorie der Bürokratie, deren Wegbereiter natürlich Trotzki ist, kann nach den Erfahrungen von 1989 nicht schlichtweg die Tatsache ignorieren, daß sich im Schoße der Übergangsgesellschaft (als die Mandel die Sowjetunion sah) eine neue Klasse konstituierte, die schließlich auch ökonomisch zur herrschenden Klasse wur-

de und den Kapitalismus restaurierte. Hier war Mandel, worauf im Buch hingewiesen wird, in der Illusion befangen, ein sogenannter "linker" Flügel des Parteiapparats sei imstande, die politische Revolution in Richtung hin zu einem demokratischen Sozialismus zu führen. Es war ausgerechnet Boris Jelzin, den Mandel als den wichtigsten Vertreter des (so nie existierenden) linken Flügels sah. Während Mandel diese wohl gravierendste politische Fehldiagnose in seinen letzten Lebensjahren klar als solche benannte und sich der Kritik seiner Genossen stellte, hielt er an einer anderen Prämisse seiner politischen Analyse fest, an der potentiell revolutionären Rolle des Industrieproletariats. Es fiel ihm schwer, den Integrationsprozeß der Arbeiterklasse in die bürgerliche Gesellschaft und das Erlöschen ihres revolutionären Potentials zu akzeptieren.

Die riesige Enttäuschung über das Scheitern des kommunistischen Projektes im 20. Jh. hat ganz sicher das Leben eines der entschiedensten marxistischen Kritiker der Sowjetgesellschaft verkürzt. Aber, so schreibt *Gilbert Achcar*, Mandel blieb bis zuletzt theoretisch wie praktisch, als politischer Schriftsteller wie als führender Repräsentant des Vereinigten Sekretariats aktiv. Von seinen zahlreichen Veröffentlichungen der letzten Lebensjahre hebt A. besonders *Oktober 1917. Staatsstreich oder soziale Revolution?* sowie *Trotzki als Alternative* hervor. Im erstgenannten Werk setzte sich Mandel 1992 mit all denen auseinander, die zwischen Lenin und Stalin ein Gleichheitszeichen setzten oder beide innerhalb einer bruchlosen Traditionslinie sahen. Mandel betonte, daß unter Stalin die wesentlichen Errungenschaften der Oktoberrevolution *beseitigt*, nicht fort-

entwickelt wurden. Als Alternative zu Stalins Terrorherrschaft porträtierte er Leo Trotzki. In seiner systematischen Einführung in Denken und Handeln Trotzkis räumte Mandel mit dem Mythos auf, Trotzki sei ein Einpeitscher der Weltrevolution gewesen. Vielmehr zeigte Mandel Trotzkis oftmals bestechend nüchterne Beurteilung der Weltpolitik, so auf dem 3. Komintern-Kongreß 1921, als Trotzki eine neue Konsolidierung der kapitalistischen Welt heranreifen sah, während die Mehrheit der Delegierten noch in Visionen des baldigen Zusammenbruchs der alten Ordnung schwelgte. Wie Mandel befaßte sich auch Trotzki eingehend mit den langen Wellen im kapitalistischen Reproduktionsprozeß. Von all seinen Weggefährten kommt *Michael Löwy* in der Weite der Interessen und Arbeitsgegenstände, dem internationalen Hintergrund und der Gedankentiefe Mandel vielleicht am nächsten. Der in Frankreich lebende Brasilianer österreichischer Herkunft wendet sich Mandels revolutionärem Humanismus zu. Unter anderem zeigt er Verbindungslinien zwischen dem Denken von Ernest Mandel und Ernst Bloch auf. Mandel berief sich in seinem Werk oft auf Bloch. Die Wissenschaft könne die Existenz des Klassenkampfes nachweisen, aber nicht seinen Ausgang vorherbestimmen. Das Streben nach Emanzipation sei anthropologisch begründbar, so Mandel. L. merkt jedoch zu Recht an, daß Mandel manchmal zu einer Idealisierung vorkapitalistischer Gesellschaften geneigt habe, in denen (angeblich) der *homo faber* und der *homo ludens* eine Einheit gebildet hätten.

Norman Geras vergleicht Mandels Aussagen zum Holocaust mit denen von Leo Trotzki und von Isaac Deutscher. Trotzki

sah Ende 1938 ein klares Schreckbild, in dem die Entwicklung der Weltreaktion mit oder ohne Krieg in nächster Zukunft zur physischen Ausrottung der Juden führen werde. Anders als Trotzki überlebten Deutscher und Mandel die Barbarei; Mandel nur durch Flucht vom Transport in die Vernichtung. Deutscher wie Mandel wußten, der Holocaust werde immer mit ihnen sein, und gerade deshalb brauchte es Zeit, sich dem schrecklichsten aller Themen auf der Ebene wissenschaftlicher Reflexion zu nähern. G. zeigt, wie Mandels Eingreifen in den westdeutschen Historikerstreit um die Einzigartigkeit der nazistischen Judenvernichtung zu seiner intensiveren Auseinandersetzung mit dem Holocaust beitrug. Mandels entsprechender Text ist im Anhang des Buches abgedruckt. Doch es war der im Gefolge der *demokratischen Revolution* 1989 ausbrechende Antisemitismus - von Leipzig und Budapest bis Riga - mitsamt der antisozialistischen Hetze, die ihm klarmachten, wie wenig der Staatssozialismus auch hier gewirkt hatte, wie wenig wählerisch jedoch auch der demokratische Mob (von Eliten zu sprechen, verbietet sich) war, wenn es galt, den Marxismus zu verteufeln.

Schließlich kommt Ernest Mandel selbst zu Wort. In einem Beitrag zur Lage und Zukunft des Sozialismus benennt er die vier apokalyptischen Reiter, angesichts derer die Alternative nicht mehr laute: Sozialismus oder Barbarei, sondern: Sozialismus oder Tod. "Sie heißen drohende Vernichtung durch den Krieg, drohende Zerstörung der zum Überleben des Menschen unerläßlichen natürlichen Umwelt, drohende Massenhungersnot in der Dritten Welt und drohende Entstehung einer ‚dualen‘ Gesellschaft mit massivem Wiederaufleben

der Armut und dem Abbröckeln der demokratischen Freiheiten in den imperialistischen Metropolen" (S.252). Seitdem dieser Text 1990 erstmals erschienen ist, haben nicht nur das Auftauchen des internationalen Terrorismus und die allmählich deutlich werdende Unfähigkeit der USA, die Welt nach ihrem Bilde zu gestalten, Mandels Worte bestätigt. Die Apokalypse hat ein neues Roß mit einem neuen Reiter losgeschickt: die Entwicklung der modernen Gentechnologie beginnt sich jeder Art von Kontrolle, sei diese demokratisch oder diktatorisch, zu entziehen. Der kapitalistische Markt schreit geradezu nach dem geklonten Menschen. Aldous L. Huxleys *Anti-Utopie* muß endlich Wirklichkeit werden. Dies verweist uns in der Tat auf die anthropologische Seite gesellschaftlicher Entwicklung zurück: Wird es gelingen, einer Gesellschaft, die sich jeder Moral entledigt und nur dem Gesetz des Marktes folgt, rechtzeitig Einhalt zu gebieten? Und welche Alternative soll an ihre Stelle treten? Abermals die Diktatur einer Einheitspartei, sei sie auch weniger brutal und stupide als beim vorherigen Versuch?

"Sozialismus oder Tod - was ist der Unterschied?", wurde der Rezensent in Havanna von kubanischen Dissidenten bitter gefragt. Das offizielle Kuba malt, und wohl nicht zu Unrecht, das Schreckbild eines Systemwechsels an die Wand, bei dem, natürlich im Namen von Freiheit und Demokratie, wirkliche oder angebliche Kommunisten verfolgt und repressiert werden. Doch von den wenigen Gegnern Fidel Castros, die der Verfasser dieser Zeilen sprechen konnte, wollte *nicht einer* die Wiederverkehr der 1959 abgeschafften Ordnung, die Kuba zum Hinterhof der USA gemacht hatte. Die Suche nach einer Gesellschaft

jenseits der Diktatur von Markt, Partei oder Ideologie ist also nicht beendet - ganz wie Ernest Mandel zuversichtlich hoffte. Doch die Uhr läuft, und sie läuft ab. Vierzig Jahre hielt der Kalte Krieg die Gesellschaften im Osten, weniger als im Westen, von notwendigen inneren Wandlungen ab. Seit der Weltenwende von 1989 sind 15 Jahre vergangen. Die Prognose sei gewagt, daß es vielleicht noch einmal 15, gewiß aber keine 40 Jahre mehr dauern mag, bevor die Frage beantwortet werden wird, ob eine freie und gerechte Gesellschaft möglich ist oder ob die apokalyptischen Reiter den Todesritt siegreich beenden. *Mario Kessler*

Genosse General! Die Militärelite der DDR in biographischen Skizzen. Herausgegeben von Hans Ehlert und Armin Wagner. Militärgeschichte der DDR, Bd.7, Ch. Links Verlag, Berlin 2003, 632 S.

Biographien gehören derzeit neben Erinnerungen zu den meistgelesenen historischen Publikationen. Im vorliegenden Bd. werden 19 Persönlichkeiten porträtiert. Sie gehörten zur militärischen Führungs- und Funktionselite der Nationalen Volksarmee. Dieser Schicht sind insgesamt 377 Generale und Admirale zuzurechnen. Deren Kurzbiographien, Länge jeweils 10 bis 25 Druckzeilen, sind samt zahlreicher Tabellen und weiterer Übersichten sowie ausgewählter Dokumente bereits im Jahre 2000 und ebenfalls vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr (MGFA) der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt worden. Mit bisher fünf Auflagen ist es die meistverkaufte Schrift des 1998 eingerichteten speziellen Forschungsbereichs des MGFA, der mit der Militärgeschichte der DDR befaßt ist.

Der biographische Ansatz für die 19 Skizzen ist erklärtermaßen gewählt worden, um einem größeren Leserkreis über das Interesse an Biographischem, die kritische Auseinandersetzung mit wichtigen Persönlichkeiten der militärischen Führungselite, einmal mehr die Geschichte der DDR aus der Sicht der Bundeswehr nahe zu bringen. Damit setzt die Bundeswehr ihre generelle Forschungsstrategie fort, die die Geschichte der DDR vornehmlich als Herrschaftsgeschichte schreibt. Die Militärpolitik und die Militärdoktrin der DDR werden dabei bisher, ebenso wie der militärische Auf- und Ausbau der NVA und deren militärisches Führungspersonal, gesondert sowohl von den zeitlich vorhergehenden deutschen Streitkräften als auch vom zeitlich parallel verlaufenden Auf- und Ausbau der Bundeswehr untersucht und dargestellt. Weiterführende Arbeiten in diesen Richtungen sind allerdings ins Auge gefaßt (S.19). Die in der Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit vorhandenen vielschichtigen und vielfältigen Parallelitäten und Gegenläufigkeiten bleiben bisher bei dieser Betrachtungsweise weitgehend unberücksichtigt. Ausgeblendet bleibt beispielsweise, daß in der Bundeswehr 12000 bis 15000 Offiziere, darunter annähernd 50 Generale und Admirale, ihre militärische Karriere fortsetzten, die in der Wehrmacht, z.T. bereits in der Reichswehr und vereinzelt sogar in der kaiserlichen Armee begonnen hatte, die somit in einem historisch kurzen Zeitraum mehrere einander ausschließende Eide abgelegt hatten. In der Aufbauphase der NVA versahen sieben Wehrmachtsgenerale Dienst bis Ende der 50er Jahre. Nicht dargestellt wird, daß und warum die Zahl der früheren Wehrmachtsoffiziere in der Bundeswehr bei 12000 bis

15000 und in der NVA 1956 bei 500 lag (das waren weniger als 3% des Offizierskorps). 1964 dienten lediglich noch 64 ehemalige Wehrmachtsoffiziere in der NVA.¹ Karrieredenken bei jenen Militärs, die sich für einen Dienst in der NVA entschieden, kann schwerlich der Grund für ihre Entscheidung gewesen sein. Eine militärische Karriere hätte ihnen in der anderen deutschen Armee, der Bundeswehr, offengestanden.

Bisher kein wissenschaftlich erforschtes Thema ist es, daß und warum diese ehemaligen Wehrmachtsangehörigen, sowohl die Generale als auch die Offiziere, sich für einen grundlegenden politischen wie militärischen Neuanfang in ihrem Leben und dabei auch für die NVA entschieden hatten. Unterstelltes Karrieredenken, im vorliegenden Bd. u.a. Rudolf Bamler und Bernhard Bechler, (Bamler wird nachgesagt: "größere Gewissenskonflikte schien es aber bei Bamler nicht gegeben zu haben", S.39) läßt nachfragen, welche Art "Gewissensforschung" betrieben worden ist, um zu derartigen Wertungen zu gelangen. Der Riß zwischen Forschung und Vermutung würde noch offensichtlicher, wenn man im Vergleich zu biographischen Darstellungen der Funktions- oder Führungselite der NVA die biographischen Darstellungen der gleichen Schichten der Bundeswehr heranzöge. Wie sollten etwa die Gewissenskonflikte der annähernd 300 Generale und Generalstabsoffiziere der Wehrmacht, die im Lager Allendorf über Jahre im Dien-

ste der US-Army standen, "erforscht" werden, die erklärtermaßen sich nicht am Widerstand beteiligten, weil sie sich durch ihren Eid auf Hitler gebunden fühlten, jedoch stande pede und für Jahre fremden Streitkräften dienten.

Die fehlende authentische Gesamtsicht bei der *alle* relevanten Schichten *nach gleichen wissenschaftlichen Kriterien* bewertet werden, wirft derartige Fragen auf. Eine authentische Gesamtsicht steht leider noch aus.

Der vorliegende Bd. gruppiert in seinen beiden ersten Abschnitten fünf Lebensläufe unter der Dachzeile "Gründergeneration: Wehrmachtoffiziere" und sechs weitere Lebensläufe unter der Dachzeile "Gründergeneration: Altkommunisten". Ein dritter Abschnitt steht unter dem Oberbegriff "Aufbaugeneration". Die Fixierung auf Biographisches und bei den vorliegenden lebensgeschichtlichen Abrissen auf vordergründig Individuelles, tippt soziale, politische, internationale wie nationale Prozesse, gegenläufige wie kontinuierliche, zumeist nur an, setzt punktuell an deren Stelle z.T. einseitige moralisch-ethische Bewertungen bzw. sogar zumindest partielle Stigmatisierungen.

W., einer der Hrsg. des Bd.es, hob in seinem Vortrag während der Veranstaltung am 1. März 2004 in Potsdam hervor, daß "die eigentliche NVA-Generalität", die die NVA ab 1956 geprägt habe, im Bd. "nicht repräsentativ vertreten sei.". Die Ausgewählten sind zudem, wie die Hrsg. zu Recht betonen, nicht *die* militärische Elite der NVA, sondern "ein exemplarischer Teil von ihr" (S.16). Einschränkend ist anzumerken, daß die im Vergleich zum tatsächlichen Anteil dieser Schicht überproportionierte Darstellung der Lebensläufe jener

1 Zahlenangaben nach Die Generale und Admirale der NVA. Ein biographisches Handbuch, Berlin, 2000, S.216f. und nach Vorträgen während einer Podiumsdiskussion am 1. März 2004 in Potsdam zum Thema "Deutsche Militäreliten im 20. Jahrhundert".

ausgewählten Generale der NVA mit Wehrmachtsvergangenheit suggeriert, daß diese "einen exemplarischen Teil" der NVA-Generalität darstellen. Dem war mitnichten so.

Ausgewählt wurden für den vorliegenden Bd. überwiegend führende Vertreter der Land-, Luft- und der Seestreitkräfte, des Ministeriums für Nationale Verteidigung einschließlich der Politischen Verwaltung bzw. Hauptverwaltung und des Hauptstabes, der Grenztruppen und der Zivilverteidigung in Schlüsselstellungen. Deren lebensgeschichtliche Darstellungen stammen von Autoren, die ihr Handwerk verstehen. Die Lebensbilder des vorliegenden Bd.es stützen sich vor allem auf veröffentlichte Zeitzeugnisse, z.T. auf bereits erschienene Autobiographien sowie auf biographische Forschungsergebnisse und vor allem auf Angaben zur Person in den überlieferten Personalunterlagen des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR bzw. Materialien unterschiedlicher Provenienz des MfS. Einige der Porträtierten standen darüber hinaus dem jeweiligen Autor Rede und Antwort in Gesprächen unter vier Augen. All diese Quellen sind sorgfältig ausgewertet worden und darin liegt der wissenschaftliche Wert des Bd.es. Ein wesentlicher Nachteil besteht jedoch darin, daß das überlieferte Schriftgut, in dem sich die z.T. jahrzehntelange militärische Tätigkeit der Porträtierten niedergeschlagen hat, z.B. die grundlegenden operativen Planungen der Chefs des Hauptstabes, weitgehend unberücksichtigt geblieben ist.

Der Aufbau der biographischen Skizzen folgt einem für einen biographischen Sammelbd. zu akzeptierenden Grundmuster, das sich an wichtigen Lebensdaten der jeweiligen Persönlichkeit orientiert.

Damit erfährt der Leser Wichtiges zum beruflichen Lebenslauf, zu politischen Bindungen, das eine oder andere auch zur familiären Situation, punktuell auch Nebensächliches, allerdings wenig oder nichts von Belang über das Eingebundensein der Porträtierten in zeitgeschichtliche Entwicklungsprozesse. Historische Kontinuitäten und Brüche bleiben bei dieser individualisierten Betrachtungsweise in ihren Wechselwirkungen mit den Lebenswegen schwach konturiert. So entstanden allenfalls Teilstücke, Facetten. Die Hrsg. vertreten den Standpunkt, daß erst minutiöse Klein- und Vorarbeit geleistet werden solle, ehe man zu Vergleichen zwischen den militärischen Funktionseliten u.a. von Wehrmacht, Bundeswehr und NVA kommen könne (S.19; Hans Ehlert auch im Gespräch mit dem Rezensenten).

Jedem Porträt nachgestellt sind eine knappe Übersicht zu Quellen und Literatur sowie ein Literaturverzeichnis. Die Quellen nachweise sind detailliert. Lobenswert ist die zumeist strenge Orientierung der Vf. der einzelnen Biographien an den schriftlichen und mündlichen Quellen. Nicht alle entgingen jedoch der offensichtlichen Versuchung, mit gängigen politischen Worthülsen, Etikettierungen und psychologisierenden Ausdeutungen zu arbeiten. So handelte es sich bei den sehr unterschiedlichen Lebensläufen, die unter dem Dachbegriff "Altkommunisten" zusammengefaßt worden sind, um Militärs, die sich bereits als sehr junge Männer schon in den 20er Jahren - und im offen erklärten Gegensatz zu den in Deutschland und insbesondere auch von dessen Militärs gelebten nationalkonservativen bis nationalistischen und punktuell bereits nationalsozialistischen Vorstellungen - für eindeutig inter-

nationalistische und antifaschistische, für kommunistische Positionen entschieden hatten. Als "Gründergeneration" (der Wort-hülse Altkommunisten vorangestellt), waren sie Mitte der 50er Jahre keineswegs "Alt" kommunisten. Wie bereits der Blick auf ihre Geburtsjahre ausweist, waren die meisten von ihnen Mittvierziger.

Das nachgestellte chronologische "Daten-gerüst" von Hans-Joachim Beth zur Genesis und Entwicklung der Streitkräfte in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR ist hilfreich, gewänne jedoch neue Qualitäten, wenn es nicht nur "eingleisig" DDR-Eckdaten, sondern parallele Entwicklungen in allen Westzonen und der BRD dokumentieren würde. *Gerd Kaiser*

Annotationen

Harald Weber: Burgstädt. Aus alter und neuer Zeit. 1454 - 1993, Verlag für sächsische Regionalgeschichte, o. O. 2001, 184 S.

Der ehemalige Geschichtslehrer und jetzige Verleger W. legt nach jahrzehntelangen Forschungen und zahlreichen Veröffentlichungen zur lokalen und regionalen Geschichte im eigenen Verlag die Geschichte seiner Heimatstadt in der Nähe von Chemnitz vor. Übersichtlich gegliedert, vermittelt das Buch ein überzeugendes Bild von der Lebens- und Produktionsweise der Bewohner des Ortes von der Gründung eines Marktfleckens im bäuerlichen Umfeld im 13. Jh. über die Entstehung einer von Handwerkern geprägten Kleinstadt bis zu einer sich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelnden mittleren Industriestadt. Besonders aussagekräftig sind dafür die

Kapitel über die Bedeutung der Leinewebe- und Kattundruckerei, der Strumpfwirkei und der Spinnerei für das Wachstum der Stadt und die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten ihrer Bürger vom 17. bis zum 20. Jh. Dem Entstehen und dem Wirken der Arbeiterbewegung in Burgstädt wird dabei gebührende Aufmerksamkeit geschenkt. In dem Abschnitt "Burgstädt als Industriestadt" muß der Autor allerdings das bittere Fazit ziehen, daß dem Industriestandort Burgstädt in den 90er Jahren des 20. Jh. die Industrie fast vollständig abhanden gekommen ist: "Die ehemals für unsere Region bedeutenden Burgstädter Großbetriebe haben leider die Wendezeit nicht überlebt" (S.158).

W. beschränkt sich bei seiner Stadtgeschichte nicht auf Burgstädt allein. Er bezieht die Umgebung mit ein. Das hat seinen Vorteil, weil damit anfangs die feudalen Herrschaftsverhältnisse derer von Schönburg über das Gebiet um Burgstädt und später die ökonomischen und politischen Beziehungen zwischen Stadt und umliegenden Ortschaften besser erfaßt werden konnten. Allerdings geht das manchmal auf Kosten der konkreten Darstellung der Stadtgeschichte. Es fällt auf, daß relativ oft Zahlen, Fakten und Beispiele nicht die Geschichte Burgstädts illustrieren, sondern aus umliegenden Ortschaften stammen (u.a. S.114/115, 118, 143). Offenbar fehlte es hier und da an konkretem Material der Stadt, zumal beim Verzeichnis der benutzten Archive kein Burgstädter Archiv zu finden ist.

Über die Umgebung hinaus wird die Stadtgeschichte auch in ihrer Abhängigkeit von der Geschichte Sachsens und Deutschlands behandelt. Dieses begrüßenswerte Herangehen leidet allerdings etwas unter

einigen Fehleinschätzungen der allgemeinen Geschichte. So ist es nicht gelungen, die komplizierte Sachlage im Schmalkaldischen Krieg 1547 überzeugend darzustellen (S.22/23), die durch die gleichzeitige Existenz sowohl eines Kurfürstentums Sachsen als auch eines Herzogtums Sachsen gekennzeichnet war. Der Abschnitt über den Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 wird eingeleitet mit dem Satz, daß Napoleon III. "einziger Gegner der notwendigen Einigung von oben durch Preußen war" (S.76). Aber abgesehen von Österreich war auch die junge Arbeiterbewegung ein erbitterter Gegner der Reichseinigung von oben durch Preußen. Bei der Entstehung der Weimarer Republik 1919 stellt der Autor das bekannte Schlagwort von einer "Demokratie ohne Demokraten" (S. 99) in den Mittelpunkt. Eine Seite weiter wird der Generalstreik, der den Kapp-Putsch hinwegfegte, gewürdigt, an dem sich 12 Millionen Arbeiter und Angestellte beteiligten. Sollte man sie nicht als Demokraten betrachten? Als letztes Beispiel sei auf die Darstellung des 17. Juni 1953 verwiesen. Es trifft nicht zu, daß die Bauarbeiter der Stalinallee am 16. Juni wegen der Normerhöhung zum Generalstreik aufgerufen haben (S.147).

Bedauerlich sind auch die Flüchtigkeiten, die durch eine aufmerksame Endredaktion des Manuskripts leicht hätten vermieden werden können: auf S.35 wird z.B. der Preußenkönig Friedrich II. als Friedrich I. geführt; auf S.49 erscheinen die Kriegskosten der Stadt 1813 zweimal; auf S.64 heißt es, "Tetzner beschäftigte in seinen Betrieben ... mehr Kinder als Erwachsene", fünf Seiten weiter "Tetzner beschäftigte in seinen Betrieben ... 20 Arbeiter und 12 Kinder" (was schlimm genug ist); abgese-

hen von der so nicht ganz zutreffenden Unterscheidung von Typ 1, 2 oder 3 der LPGs der DDR auf S.149, gibt es widersprüchliche Aussagen über die Eigentumsverhältnisse in der LPG. Dem richtigen Satz, daß in der LPG der Boden Privateigentum blieb, steht ein anderer entgegen, daß alles Genossenschaftseigentum, kollektiver Besitz wurde; schließlich stimmt auch das Umtauschverhältnis von 2:1 bei der Einführung der D-Mark im Osten am 1. Juli 1990 nur teilweise. Für die ersten 4000 Mark der DDR galt das Verhältnis 1:1. Trotz der genannten Unvollkommenheiten, die bei einer zweiten Auflage leicht auszumergen wären, ist das flüssig geschriebene Buch gut geeignet, den Bürgern von Burgstädt und Umgebung die Geschichte ihrer Heimat nahezubringen. *Fritz Zimmermann*

Christian Demuth: Ein schwieriger Beginn. Die frühe Arbeiterbewegung in Augsburg 1848 - 1875, Wißner-Verlag, Augsburg 2003, 190 S.

Das vorliegende Buch reiht sich ein in die seit Jahrzehnten erfreulich wachsende Zahl von Untersuchungen zur Entwicklung der lokalen oder regionalen jungen Arbeiterschaft und ihrer Klassenorganisationen. Das vom Vf. gewählte Beispiel Augsburg ist besonders aussagekräftig, da Augsburg Mitte des 19. Jh.s die größte Industriestadt Bayerns (Textil- und Maschinenbauindustrie) war und zudem die Arbeiter dort ihre Emanzipation gegen äußerst starken sowohl liberalen wie klerikalen Widerstand durchsetzen mußten.

Auf einer enorm breiten Quellen- und Literaturbasis zeichnet der Vf. diese Entwicklung nach, indem er - seinem Vorsatz gemäß - bisherige Forschungsergebnisse

zusammenfaßt, sie ergänzt - besonders hinsichtlich der Revolutionsjahre 1848/49, die er als die erste "Geburtsstunde" (S.9) der politischen Arbeiterbewegung in Augsburg untersucht - und sodann den Emanzipationskampf des Augsburger Proletariats vielseitig, ausführlich und überzeugend in das gesellschaftliche Umfeld der Stadt - und gelegentlich darüber hinaus - einordnet.

Nach einer Zeit heftiger politischer Unterdrückung aller Organisationsbestrebungen der Arbeiter ab Ende 1849 setzte - wie der Autor zeigt (S.97-100) - mit der Konstituierung der ersten Mitgliedschaft (Gemeinde) des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins (ADAV) am 29. März 1864 (S.104), der ersten in Bayern überhaupt, dann die zweite "Geburtsstunde", eine neue Phase der zunächst lassalleanisch orientierten Vereins- und Gewerkschaftsentwicklung in Augsburg ein. D. würdigt gebührend die Leistungen von Persönlichkeiten wie Leonhard Tauscher, Ignaz Auer, Johann Most, die später in der gesamtdeutschen Bewegung - zumindest zeitweise - eine herausragende, wenn auch im Falle von Most widersprüchliche Rolle spielten (S.110ff.), und macht den Leser mit den in Augsburg herausgegebenen Arbeiterzeitungen "Der Proletarier" (1869-1871), "Volksvertreter" (1874) und "Volkswille" (1875-1878) vertraut (S.115-120).

Bekanntlich schloß sich die Augsburger Organisation des ADAV - trotz kritischer Haltung zu ihrer Berliner Zentrale - nicht sogleich der 1869 in Eisenach gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) an, sondern vereinigte sich mit ihr erst auf deren Stuttgarter Kongreß 1870. In der gründlichen Analyse der politisch-ideologischen Auseinandersetzungen unter den Augsburger Sozialdemokraten in den

Folgejahren bis 1875 besteht nach Meinung des Rezensenten der wohl wichtigste wissenschaftliche Zugewinn der vorliegenden Studie. Eine besser durchdachte, stärker chronologische Gliederung des gesamten Stoffes sowie ein Namensregister hätten dem Buch gut getan, das gleichwohl warm zu empfehlen ist. *Heinrich Gemkow*

Mareike König (Hrsg): Deutsche Handwerker, Arbeiter und Dienstmädchen in Paris. Eine vergessene Migration im 19. Jahrhundert, Pariser Historische Studien, hrsg. vom Deutschen Historischen Institut Paris, R. Oldenbourg Verlag, München 2003, 205 S.

Jeder Vorstoß auf wenig bekannte oder bisher vernachlässigte Forschungsfelder ist verdienstvoll und begrüßenswert. Wenn auch die vorliegenden Ergebnisse erst einen Anfang darstellen, liefern sie doch, wie die Hrsg.in einleitend vermerkt, "vor allem Anregungen für weitere Forschungen" (S.7).

Die Publikation ist in mehrfacher Hinsicht interessant. Sie betritt ein Gebiet, über das, zumindest bezüglich der zweiten Hälfte des 19. Jh.s, noch recht wenig bekannt ist. Aufgespürt wird die Geschichte von Menschen, die ihre Heimat verließen, um sich für längere oder kürzere Zeit in Paris anzusiedeln. Doch es sind keine Künstler, Intellektuelle, politisch Verfolgte, die ja nicht unbekannt geblieben sind, sondern, wie auch der Titel der Publikation erwarten läßt, "Straßenkehrer, Lumpensammler und Kanalarbeiter, Fabrik- und Erdarbeiter ..., Dienstmägde" und Handwerksgesellen aus den verschiedensten Branchen (S.9). Dem Umfang dieser Migration, Motiven und Lebensschicksalen einer beträchtlich großen

Gruppe von Menschen, für die sich die Historiographie bislang kaum interessierte, wird nachgegangen. Neue Quellen werden erschlossen und, was hervorzuheben ist, ihre Aussagequalität stets abwägend, Zuverlässigkeit prüfend, bei ihrer Verwendung berücksichtigt. So bleiben auch Fragen offen, die indes gleichsam Anregungen für weitere Forschungen bieten. Bemerkenswert ist weiter, daß an diesem Sammelbd. deutsche und französische Wissenschaftler, sieben Autoren insgesamt, mitgearbeitet haben. Den deutschen Texten ist eine französische, den französischen entsprechend eine deutsche Zusammenfassung der wesentlichsten Inhalte und Gedanken beigegeben.

Die einzelnen Aufsätze beleuchten unterschiedliche Teilaspekte des Themas. Sven Steffens untersucht die Arbeitsbedingungen deutscher Handwerker in Paris, deren Motivation für ihre dortige Arbeit wesentlich in der "Erweiterung der beruflichen Kenntnisse" bestand (S. 32), obwohl, wie Sigrid Wadauer ergänzt, das Bildungsanliegen wiederum nicht der einzige Grund war, auf Wanderschaft zu gehen. Beide Aufsätze haben sich der Vormärzzeit gewidmet, die folgenden der zweiten Hälfte des 19. Jh.s, wobei gelegentlich auch die Jahre bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs einbezogen werden. Sehr lebendig schildert Mareike König die Lebensverhältnisse, die Schicksale und oft genug Drangsale der deutschen Dienstmädchen in Paris, der in vielen französischen Familien begehrten "bonnes à tout faire" (S.91). Sie stellten gegen Ende des Jh.s "mit 7600 ... 43% des ausländischen weiblichen Dienstpersonals ... und lagen damit weit vor allen anderen ausländischen Gruppen" (S.72). Michael G. Esch untersucht den Anteil, den

Migranten aus osteuropäischen Ländern bildeten. Pierre-Jacques Derainne hat Divergenzen zwischen den Arbeitern verschiedener Nationalitäten festgestellt, erstaunlich für einen Zeitabschnitt, in dem sich eine Bewegung herausbildete, die den proletarischen Internationalismus auf ihre Fahnen schrieb. Gewerkschaftlichen Aktivitäten deutscher Arbeiter in Paris hat sich Gaël Cheptou zugewandt und Marie-Louise Goergen behandelt Beziehungen zwischen deutschen und französischen Sozialisten, speziell in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg. Allerdings befremdet ihre Behauptung, daß hier persönliche Kontakte vor politisch motivierten standen, vor allem wenn in diesem Zusammenhang Persönlichkeiten wie Clara Zetkin, Wilhelm Liebknecht, Rosa Luxemburg und andere benannt werden. Gerade in diesem Beitrag hätte man umfangreichere politische Aussagen und Wertungen erwartet, die andere Themenstellungen, begründet wohl vorwiegend durch die gegebene Quellenlage, nicht geboten haben.

Den Texten ist eine umfangreiche Auswahlbibliographie beigegeben. Sie bestätigt abermals die Gründlichkeit, die die Forschungsarbeit der Autoren generell auszeichnet.

Wolfgang Büttner

Robert Arsenschek: Der Kampf um die Wahlfreiheit im Kaiserreich. Zur parlamentarischen Wahlprüfung und politischen Realität der Reichstagswahlen 1871 – 1914 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 136), Droste Verlag, Düsseldorf 2003, 419 S.

Guido Gerstgarbe: Reichstagswahlen und Parteien im Wahlkreis Kassel 4 (Eschwege-Schmalkalden-Witzenhausen) im Kaiser-

reich. Eine historisch-analytische Längsschnittstudie, Tectum Verlag, Marburg 2002, 526 S.

Die Monografie von A., die auf einer von Gerhard A. Ritter betreuten Münchener Dissertation beruht, besteht aus zwei verschiedenartigen Teilen. Der erste Teil gilt der Wahlprüfung durch den Reichstag, der zweite der politischen Realität der Reichstagswahlen. Seit 1876 bestand die Wahlprüfungskommission des Reichstags. Ihr gehörten Politiker aller Fraktionen an, darunter Ernst Lieber, Peter Spahn, Ludolf Parisius, Wilhelm Liebknecht und Georg von Vollmar. Die Kommission ging Wahlprotesten nach und hat in 63 Fällen Mandate kassiert und Nachwahlen ansetzen lassen. In 26 Fällen legten Abgeordnete nach abgeschlossener Beweiserhebung selbst ihr Mandat nieder. In der Wahlprüfungskommission bildeten die Vertreter des Zentrums das Zünglein an der Waage. Je regierungsfreundlicher das Zentrum seit dem Ende der 1890er Jahre wurde, so zeigt A., desto mehr orientierten sich seine Vertreter in der Wahlprüfungskommission auch bei der Mandatsprüfung an den Interessen der Reichsregierung.

Reiches Material unterbreitet A. über die Wahlbeeinflussung durch Regierung, Behörden, die Geistlichkeit der beiden großen Kirchen, Gutsbesitzer und Unternehmer. Gegenüber all dieser massiven Wahlbeeinflussung nehmen sich die "Mogeleien der SPD", auf die A. auch hinweist (S.287ff.), denn doch sehr bescheiden aus. Der Autor geht auch auf das Wahlgeheimnis ein, das in der Praxis des öfteren umgangen wurde. Noch für das Jahr 1910 bemerkt er treffend: "Die Aufhebung des Wahlgeheimnisses spielte im Kalkül der

konservativen Wahlmacher nach wie vor eine eminente Rolle" (S.365). Ergänzend zu den Ausführungen A.s über die Verwendung normierter Wahlurnen sei vermerkt: Erstmalig wurden solche Urnen (anstelle der bis dahin beliebten offenen Zigarrenkisten) im Juni 1913 bei der Nachwahl im Wahlkreis Waldeck-Pyrmont (die der Linksliberale Friedrich Naumann gewann) verwendet.

Die Arbeit von G., die auf einer Marburger Dissertation basiert, bietet eine fundierte Übersicht sowohl über die Entwicklung der politischen Parteien als auch über Verlauf und Ergebnisse der Reichstagswahlen im Wahlkreis Kassel 4 (Eschwege-Schmalkalden-Witzenhausen) zwischen 1867 und 1912. Der Vf. zeigt, wie sich im Zuge der Industrialisierung das parteipolitische Spektrum im Wahlkreis veränderte (dieser Aspekt fehlt bei A.). Dominierten bis 1878 im Wahlkreis die Nationalliberalen, so rangen in den 1880er Jahren Konservative und Linksliberale um die Vorherrschaft. Seit 1893 bildete sich ein "Vierparteiensystem" heraus: Antisemiten, Konservative, Linksliberale und Sozialdemokratie. Dabei verbreiterte der wirtschaftliche und soziale Wandel die Wählerbasis der SPD. Gleichwohl erlitten die Sozialdemokraten bei den "Hottentottenwahlen" von 1907 ihre "bisher schwerste Niederlage in einer Stichwahl" (S.386). Sogar die freisinnigen Wähler votierten überwiegend für den antisemitischen Kandidaten. Doch 1912 gewann dann die SPD zum ersten Male das Reichstagsmandat.

Gerd Fesser

Johanna Gehmacher/Maria Mesner (Hrsg.): Frauen- und Geschlechtergeschichte. Positionen - Perspektiven (Quer-

schnitte Bd. 14), StudienVerlag, Innsbruck u.a. 2003, 236 S.

Die zunehmende Institutionalisierung und von Frauen- und Geschlechterforschung im Wissenschaftsfeld - ablesbar an der Einrichtung von entsprechenden Professuren bzw. Studiengängen - ist auch in der Geschichtswissenschaft zu beobachten. Der vorliegende Bd. legt Zeugnis davon ab. Er ist konzipiert als eine Textsammlung, die "das Wissens- und Diskussionsfeld der Frauen- und Geschlechtergeschichte" strukturiert und die "wichtigsten Debatten" (S.11) nachzeichnet. Verfaßt und herausgegeben von österreichischen WissenschaftlerInnen, hat er einen geographischen Fokus und ist in den Beiträgen auf das 19. und 20. Jh. konzentriert. Beides erweist sich aber nicht unbedingt als eine Beschränkung - der Bd. vermittelt insgesamt einen guten Einblick in wesentliche theoretische und methodologische Zugänge der internationalen Frauen- und Geschlechtergeschichte sowie in entscheidende Themenfelder der Disziplin. Die Beiträge sind zudem so geschrieben, daß sie nicht nur für Studierende, sondern auch für ein interessiertes (außeruniversitäres) Publikum rezipierbar sind.

Die Edition ist in drei Themenblöcke gegliedert. In einem historiographischen Block werden "gesellschaftliche und wissenschaftsgeschichtliche Kontexte der Entwicklung der Frauen- und Geschlechtergeschichte" (S.12) rekonstruiert. Hier vermittelt insbesondere der Beitrag von Andrea Griesebner einen instruktiven Einblick in die Debatten der letzten drei Jahrzehnte um "Geschlecht" als eine soziale und mehrfach relationale Kategorie. Im zweiten Block sind Beiträge versammelt, die die Debatten um Theorie und (spezielle) Methoden der

Frauen- und Geschlechtergeschichte, um Standpunktanhängigkeit und Objektivität der Forschung in ihrer Entwicklung bis zum aktuellen Stand nachvollziehen. Während die Artikel von Mona Singer bzw. Eva Blimlinger und Ela Hornung in eher "klassischer" Weise einzelne Etappen dieser Debatten bzw. Konzepte nachzeichnen, regt der Artikel von Brigitte Kossek, indem er die Brücke schlägt zu postkolonialen Diskursen und die Sexuierung bzw. Rassisierung von Körpern/Identitäten als Politik des Visuellen erkennbar macht, die LeserInnen dazu an, die von Andrea Griesebner entwickelte Konzeptualisierung von "Geschlecht" als mehrfach relationaler Kategorie aufzunehmen und weiterzudenken.

Im dritten Teil des Buches werden an einigen Beispielen, die exemplarisch wesentliche Themenfelder der Frauen- und Geschlechtergeschichte abstecken, deren theoretische und methodische Zugänge in ihrer Analysefähigkeit demonstriert. Anna Schober zeigt, wie mit der Entwicklung der Medien im 20. Jh. auch Veränderungen in der Repräsentation von Geschlecht einhergehen, an denen sich vorführen läßt, wie Repräsentation in der Moderne "zu einem Mittel der Überwachung und Kontrolle wie auch der Verführung und Vermarktung geworden ist" (S.150). Auf vergeschlechtlichte bzw. vergeschlechtlichende Aspekte der Vermarktung machen auf ihre Weise auch Andrea Ellmeier bzw. Franz X. Eder aufmerksam, wenn sie die Konstruktion der "Konsumentin" bzw. die Sexualitätsdiskurse im 20. Jh. rekonstruieren. Birgitta Bader-Zaar und Johanna Gehmacher entwerfen eine Geschlechtergeschichte des Politischen, indem sie aufzeigen, wie Geschlecht bei der Konstituierung des politischen Raumes der Moderne

wirksam wurde und wie feministische Diskurse vorherrschende Begriffe des Politischen verschoben haben. Maria Mesner und Verena Pawlowsky runden die beispielhaften Zugriffe der Frauen- und Geschlechtergeschichte ab, indem sie Generativität als ein historisches Thema sichtbar machen, an dem Bevölkerungspolitik im besonderen (hier am Beispiel des Wiener Findelhauses) bzw. moderne Machtformen im allgemeinen (hier an den Auseinandersetzungen um den Schwangerschaftsabbruch) als Einheit von Disziplinierung/Kontrolle und "Selbstbestimmung" studiert werden können. Gerade die Beiträge dieses Teils zeigen, daß mit der Frauen- und Geschlechtergeschichte nicht einfach ein zusätzlicher Gegenstandsbereich der historischen Forschung eröffnet wurde, sondern daß mit der theoretischen Konzeptualisierung von "Geschlecht" als einer mehrfach dimensionierten und relationalen Kategorie und ihrem methodischen Einsatz als analytisches Erkenntnismittel "traditionelle" Gegenstände und Themenfelder selbst komplexer gesehen und damit angemessener (und in diesem Sinne "objektiver") erforscht werden können.

Irene Dölling

Daniela Rütter: Der Widerstand des 20. Juli auf dem Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der bürgerlichen Opposition gegen Hitler, Ferdinand Schöningh, Paderborn u.a. 2002, XII + 491 S.

Über die "Männer des 20. Juli 1944" ist bereits viel geschrieben worden. Im Vordergrund standen dabei vielfach die Handlungen der Verschwörer und die Niedererschlagung ihres Versuchs, das Deutsche

Reich von Hitler zu befreien. Das trifft (bisher) auch auf die mediale Verarbeitung des 60. Jahrestages des Ereignisses in diesem Jahr zu.

Weniger die Medien als die Historiker haben die *politischen* Vorstellungen der Widerständler untersucht und in ihrer Mehrheit festgestellt, daß die von der Mehrheit und den einflußreichsten Köpfen der Widerständler entwickelten Vorstellungen für das politische Nachkriegsdeutschland weit eher autoritär als demokratisch geprägt waren. Das Verfassungsdenken des Widerstandes konnte sich in der Nachkriegszeit deshalb auch im Westen in allen grundsätzlichen Fragen nicht durchsetzen. Weniger beachtet wurden bisher die *wirtschaftspolitischen* Vorstellungen des Widerstandes. Ihnen hat die Historikerin, Politologin und Journalistin R. dieses Buch gewidmet. Bis ins Detail ist sie, die Entwicklung ökonomischen Denkens der konservativen Opposition seit 1933 verfolgend, den politökonomischen Vorstellungen der einzelnen Gruppierungen nachgegangen und stellt fest: Allen gemeinsam war, daß diese sowohl den Liberalismus, dessen Scheitern in der Weltwirtschaftskrise offensichtlich geworden war, als auch die Planwirtschaft, die in der Sowjetunion seit Beginn der 30er Jahre verwirklicht wurde, ablehnten. Vertreten wurde eine ökonomische Politik des "dritten Weges" auf der Grundlage neokonservativen (politischen) Denkens.

R.s Verdienst ist es, nachgewiesen zu haben, daß die wichtigste unter den von den verschiedenen Gruppen des Widerstandes akzeptierten ökonomischen Zukunftsvorstellungen die "Leistungswettbewerbsordnung" war, wie sie von einer Reihe von Wirtschaftswissenschaftlern, darunter Walter

Eucken, entwickelt wurde, die sich 1933 an der Freiburger Universität zu einer Forschungs- und Lehrgemeinschaft formierten. Mit ihren Vorstellungen glaubten diese Wirtschaftswissenschaftler zunächst bei den Nationalsozialisten auf positive Resonanz stoßen zu können. Nach jahrelangem Bemühen mußten sie ihren Irrtum einsehen. Ihre nachfolgende Hinwendung zum Widerstand war insofern verständlich und Ausdruck von Konsequenz. Mit ihrer 1942/43 entstandenen "Volkswirtschaftsfibel" gaben die Freiburger wichtige Anstöße für die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Vorstellungen im Widerstand, wenn ihre Vorstellungen auch nicht direkt übernommen wurden. Die ökonomischen Entwürfe der einzelnen Gruppierungen des Widerstandes wurden aber schließlich, wenn auch in unterschiedlich großem Maße, durch die Inhalte der Leistungswettbewerbstheorie geprägt. Jedoch hat keine Gruppierung innerhalb der Widerstandsbewegung des 20. Juli so weitgehend das Leistungswettbewerbskonzept adaptiert, wie der Kreisauer Kreis.

"Der Einfluß der Freiburger Nationalökonomien auf die Entwicklung der Entwürfe zur kommenden Wirtschaftsordnung innerhalb der Widerstandsbewegung des 20. Juli," so die Autorin zur wichtigsten Erkenntnis ihrer akribisch bis detailversessen durchgeführten Untersuchungen "ist weit höher zu veranschlagen, als bislang angenommen" (S.461). Auch als sich mit dem zunehmenden Einfluß Claus Graf Schenk von Stauffenbergs und Vertreter der Arbeiterbewegung politisch eine sukzessive Wende der nationalkonservativen Opposition nach links vollzog, sei es auf ökonomischen Gebiet bei der Leistungswettbewerbsordnung geblieben. Im Gegensatz zu

den politischen Vorstellungen hätten die ökonomischen Konzepte des Widerstandes Einfluß auf die Nachkriegszeit genommen. Die Anhänger der Leistungswettbewerbsordnung, insbesondere Eucken und seine Schule, gelten heute als "Väter der Sozialen Marktwirtschaft". Sie übten auf Erhards Wirtschaftspolitik eine nachhaltige Wirkung aus. Herausragende Vertreter der nunmehr, nach dem von ihnen herausgegebenen Jahrbuch "Ordo", als Ordoliberalen bezeichneten Vertreter der Leistungswettbewerbsordnung waren ab 1948 im "Wissenschaftlichen Beirat", in der "Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes" und später im Bundesministerium für Wirtschaft tätig. *Jörg Roesler*

Jürgen Elvert/Friederike Krüger (Hrsg.): Deutschland 1949-1989. Von der Zweistaatlichkeit zur Einheit (Historische Mitteilungen. Im Auftrage der Ranke-Gesellschaft, Bd. 49), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2003, 238 S.

Mit erheblicher Verspätung werden in diesem Bd. die Erträge einer in der Evangelischen Akademie Tutzing durchgeführten Konferenz der Ranke-Gesellschaft, Vereinigung für Geschichte im öffentlichen Leben e.V., vorgestellt. Diese Tagung hatte vor dem Hintergrund des 50. Jahrestages der Gründung beider deutscher Staaten bereits 1999 stattgefunden. Vom Buchtitel abweichend hatte damals der Untertitel "Zweierlei Anfang" gelaute. Doch weder der Titel des Buches noch das Thema der Konferenz entsprechen so richtig dem Dargebotenen. Weder ist dessen Zeitrahmen zutreffend benannt noch stehen die "Anfänge" im Zentrum der Betrachtung. Zudem haben nicht alle Tagungsreferenten

ihre Vorträge zum Druck gegeben, dafür wurden Autoren gewonnen, die so entstandene Lücken schließen sollen, was aber nur teilweise gelungen ist. Als Protokoll einer Konferenz läßt sich diese Veröffentlichung also nicht einordnen. Gleichwohl haben die Hrsg. eine gewisse Geschlossenheit der Darstellung erreicht. Das ist vor allem der Tatsache zu danken, daß verwandte Themen mit doppeltem Bezug (zum einen zur BRD, zum anderen zur DDR) untersucht werden, wobei auch einige Autoren mit DDR-Provenienz zu Worte kommen.

Den Einstieg in die Problematik liefert Wolf D. Gruner, der die deutsche Frage als Thema der europäischen Geschichte im 19. und 20. Jh. in einem weitgefächerten Spektrum ausleuchtet. Bei diesem viele anregende Überlegungen enthaltenden und mit Abstand ausführlichsten Exkurs fällt allerdings auf, daß ausgerechnet die Anfänge nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus und die damals real oder auch nur vermeintlich existierenden Alternativen für die Lösung der deutschen Frage nicht ausgelotet werden. Das wird auch nicht durch spezielle Beiträge kompensiert, denn anschließend werden sofort die beiden Staatsgründungen unter verfassungspolitischen und verfassungsrechtlichen Aspekten behandelt, durch Hans Boldt für die BRD und durch Monika Kaiser für die DDR, wobei nicht ganz einsehbar in den Überschriften von der "Verfassung der Westzone" und der "Verfassung der Ostzone" die Rede ist. Die beiden nächsten Autoren wenden sich den außen- und sicherheitspolitischen Bedingungen und Erfordernissen der beiden Staatsgründungen und ihrer konstituierenden Schritte zu. Stefan Fröhlich begründet die Entscheidung für die Westintegration der

BRD. Wilfried Loth wiederholt seine Thesen von der DDR als "Stalins ungeliebtes Kind", für die er nun auch aus sowjetischen Quellen stammende überzeugende Belege anführen kann. Die ökonomischen Startbedingungen bilden den Gegenstand der Analysen von Friedrich-Wilhelm Henning, der den Weg in die "soziale Marktwirtschaft" skizziert, und von André Steiner, der sich mit der Etablierung der Planwirtschaft in der SBZ/DDR befaßt, und dabei bemüht ist, objektive und subjektive Schwierigkeiten ausgewogen zu behandeln. Dann sieht sich der Leser in einem großen Sprung in die Zeit des Beitritts der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik versetzt, womit die Jahresgrenze 1989 in weiten Teilen des Buches überschritten ist. Während Manfred Willms darlegt, mit welchen ernstzunehmenden ökonomischen Problemen die Bundesrepublik nun fertig werden mußte, weist Christa Luft nach, daß trotz der ökonomischen Misere der DDR von Ostdeutschland viele materielle und ideelle Werte und nicht zuletzt menschliche Potentiale in das vereinigte Deutschland eingebracht wurden und wie arrogant und ökonomisch unvernünftig damit umgegangen worden ist. Als weitere Bereiche tauchen dann nur noch die Kirchen auf, was sicher mit dem *genius loci* von Tutzing zusammenhängt. Mit der Stellung der Kirchen zur Gründung der BRD befaßt sich Harry Oelke (hier fehlt das sonst übliche Ost-Pendant). Positionen und Verhalten der mit Vereinigungsproblemen konfrontierten Kirchen thematisieren für Deutschland-West Heinz Hürten, für Deutschland-Ost Gottfried Braasch. Abschließend referieren Anthony Nicholls die britische und Valérie Guérin-Sendel-

bach die französische Haltung zum wiedervereinigten Deutschland.

Wer nicht alle Einzelheiten, Argumentationslinien und Beweisführungen der 14 Autoren nachvollziehen will, dem bietet Jürgen Elvert in seiner Einführung eine instruktive Zusammenfassung ihrer Hauptthesen.

Günter Benser

Helmut Bock: Wir haben erst den Anfang gesehen. Selbstdokumentation eines DDR-Historikers 1983 bis 2000 (Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung; 8), Karl Dietz Verlag, Berlin 2002, 384 S.

Zu den besonderen Schönheiten eines jeden politischen Umsturzes gehören jene braven Zeitgenossen, bei denen für solche Gelegenheiten das Ritual "Der König ist tot, es lebe der König" schon in den Genen angelegt zu sein scheint. Übertroffen werden sie nur noch von jenen Mitmenschen, die sich auf die Kunst verstehen, ihre Biographien dem jeweiligen Zeitgeist anzupassen. Einem Schüler Albert Schreiners und langjährigen Kollegen Helmut Bocks gelang es allerdings nicht, dieses eigenwillige Glück voll auszukosten, war es ihm doch verwehrt, das Erscheinen seiner ins Parawiderstandshafte retuschierten Autobiographie zu erleben. Andere Helden hingegen wesen noch vor sich hin, etwa ein Widerständler mit Gedächtnislücken für seine zwischenzeitlichen Anpassungsleistungen an die DDR-Diktatur, der es bis heute wissenschaftlich übrigens nicht übers Entlarvungsfach hinaus gebracht hat und glaubt, alle hätten vergessen, daß er im Frühjahr 1989 nur mit sanfter Gewalt von (ihm damals noch gutgesonnenen) SED-Mitgliedern vom Eintritt in die Staatspartei abgehalten werden konnte. Den hier in Rede

stehenden Bd. von B. hat er natürlich unterdessen pflichtbewußt schon zeitgeistgerecht denunziert.

Doch nicht dieser Typus des ewig ungeliebten Mitläufers, sondern die von staatstreu auf neu-staatstreu umgefönte Autobiographie des Schreiner-Schülers trieb B. seinerzeit dazu, sich selbst nachlesbar zu machen. Er kann sich das leisten, denn er war - für die Jahre 1983 bis 2000 ist es durch diesen Sammelbd. belegt - mehr sich selbst als dem jeweiligen Staate treu.

B. biedert sich nicht an. In der Tradition der französischen Revolution ragt dieser Sozialist aus dem Rheinland, den die Restauration in den westdeutschen Zonen schon vor dem Studium in den Osten vertrieben hatte, wie ein Relikt des untergegangenen Bildungsbürgertums in dieses noch unentschiedene Jahrhundert. B. versammelt in dem überraschend frisch wirkenden Bd. Interviews, (im besten Sinne) populärwissenschaftliche Artikel, Rundfunkskripte sowie betont wissenschaftliche Arbeiten und hält streng auf Chronologie: vor der "Wende", in der "Wende", nach der "Wende", an der Jahrhundertwende. So werden seine Gedanken in ihrer Entwicklung sichtbar; nichts wird verwischt. Damit nicht genug, wird jeder Text im Anhang in die Zusammenhänge seiner Entstehung gestellt - so viel Seriosität ist selten.

Krieg-Frieden, Stalinismus (vor der "Wende" verhalten und nicht unter diesem Begriff, aber trotzdem deutlicher gefaßt als bei vielen seiner Kollegen), Revolution und immer wieder Revolution mit all ihren Abgründen und Doppeldeutigkeiten sind die Themen, um die sein Denken kreist. B. ist mehr das, was in der neuen italienischen Linken (in Abgrenzung von Kautskys Mar-

xismus und Stalins Marxismus-Leninismus) "Marxianer" genannt wird, denn ein "Marxist".

Doch das allein macht die Lektüre noch nicht zum Erlebnis. Denn in seiner Sprache ist B. gar kein "richtiger Historiker" - spätestens in ihr verrät sich nicht nur seine Liebe zur schönen Literatur, sondern auch, daß er dieselbe einst neben der Geschichtswissenschaft studierte. Viele dieser Zunft-egal, welche Schule sie präferieren - fühlen sich erst dann auf dem Olymp der Weisheit angelangt, wenn sie das Deutsche in ein Kauderwelsch umgemarkert haben, das ihnen als Ausweis der eigenen Befähigung dient und dem es zumeist eignet, von der Kargheit ihrer Gedankenfülle erfolgreich abzulenken. Dem Börne-Biographen und Heine-Spezialisten B. ist es nicht gegeben, sich "richtig wissenschaftlich" auszudrücken - dafür liebt er die deutsche Sprache viel zu sehr. Wissenschaftliche Wissenschaftler seien vor diesem Buch also ausdrücklich gewarnt.

Georgi Z. Maier

NachSatz

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Autorinnen und Autoren, das vorliegende Heft konzentriert sich auf die Zeit vor 1945 und auf Biographisches, Erinnerungen eingeschlossen. Wir freuen uns, daß wieder ausländische Autoren im JahrBuch zu Wort kommen und Probleme der internationalen Arbeiterbewegung den Gegenstand mehrerer Beiträge bilden. Die Redaktion plant, im kommenden Jahr das Ende des Zweiten Weltkrieges und dessen Folgen für die deutsche, europäische und außereuropäische Arbeiterbewegung gebührend zu berücksichtigen. Wir wenden uns deshalb an Forscherinnen und Forscher, die sich mit dieser Problematik befassen, dazu Beiträge einzusenden. Wir sind interessiert sowohl an Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung als auch an Erinnerungen, Berichten, Dokumenten u. ä. m., wobei auch Beiträge zu Sozial-, Betriebs-, Alltagsgeschichte sehr erwünscht sind. "Alte" und neue Autoren sind gleichermaßen willkommen, auch aus Studenten- und Doktorandenkreisen.

An dieser Stelle seien eine Auslassung und die Berichtigung eines Druckfehlers in Heft 2004/II nachgetragen. Im Beitrag von Dr. ing. (diese Angabe fehlt im Autorenverzeichnis) Martin Creutzburg muß es auf S. 96 in der 5. Zeile von oben heißen: Gefängnis Saratow.

Abschließend wieder unser Appell an alle, das weitere Erscheinen des JahrBuchs durch ein Jahresabonnement zu unterstützen. Diesem Heft liegt die Rechnung für das Jahr 2005 bei. Wir hoffen, daß alle bis-

herigen Abonnenten ihr Abonnement aufrechterhalten - und die Säumigen auch noch die Rechnung für 2004 begleichen. Neue Abonnenten sind unbedingt willkommen...

Nach wie vor beträgt das Jahresabonnement, einschließlich Porto, 25 Euro im Inland bzw. 35 Euro im Ausland, einzuzahlen auf das JahrBuch-Konto

Nr. 57 44 56 10 10 der NDZ GmbH bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00; für unsere ausländischen Abonnenten: BIC: BEVODEBB; IBAN: DE 75 1009 5744 5610 10.

Die Typowerkstätten des Giambattista Bodoni-Museums e. V. bieten Sonderdrucke der im JahrBuch veröffentlichten Beiträge - mit und ohne Umschlag - an. Die Konditionen sind zu erfragen unter der Telefonnummer 030-282 51 37.

Die Redaktion

Autorenverzeichnis

Günter Benser, Prof. Dr., Berlin
Werner Berthold, Prof. Dr., Leipzig
Stefan Bollinger, Dr. sc. phil., Berlin
Wolfgang Büttner, Dr. sc., Petershagen
Irene Dölling, Prof. Dr., Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Potsdam
Gerd Fesser, Dr., Jena
Heinrich Gemkow, Prof. Dr., Berlin
Arno Gräf, Berlin
Paul Heider, Prof. Dr., Dresden

Denis Heyn, Student, Humboldt-Universität zu Berlin

Wolfgang Heyn, Dr. sc. phil. Bernau

Jürgen Hofmann, Prof. Dr., Berlin

Herbert Hörz, Prof. Dr., Berlin

Bernd Hüttner, Dipl. Politologe, Archiv der sozialen Bewegungen, Bremen

Gerd Kaiser, Dr., Berlin

Ernstgert Kalbe, Prof. Dr., Leipzig

Aleksander Kan, Prof. Dr., Universität Uppsala

Mario Keffler, Dr., Privatdozent, Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam

Horst Klein, Dr. sc. phil., Strausberg

August Lešnik, Prof. Dr., Philosophische Fakultät der Universität Ljubljana

Georgi Z. Maier, Berlin

Helmut Meier, Prof. Dr., Leipzig

Gisela Notz, Dr. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Hartmut Rüdiger Peter, Dr., Institut für Geschichte, Universität Halle-Wittenberg

Ulla Plener, Dr. sc. phil., Berlin

Jörg Roesler, Prof. Dr., Berlin

Wolfgang Schröder, Prof. Dr., Taucha

Erika Sophie Schwarz, Erfurt

Jürgen Stroech, Dr., Berlin

Reiner Tossorff, Dr. habil., Johannes Gutenberg Universität, Mainz

Bernd Vennebusch, wissenschaftlicher Dokumentarist, Archiv des NDR, Hamburg

Fritz Zimmermann, Prof. Dr., Berlin

Jahresinhaltsverzeichnis 2004

Artikel

Rolf Badstübner: Zu einigen Problemen der Zeitgeschichtsschreibung I/60

Günter Benser/Jürgen Hofmann: Die langen Wellen der Globalisierung und die Arbeiterbewegung III/4

Wolfgang Beutin: "Nicht zählen wir den Feind, Nicht die Gefahren all" – Die unter dem Sozialistengesetz verbotene und verfolgte Literatur II/51

Michael P. Hensle: Zwangsarbeiter als "Feindhörer" I/20

Aleksander Kan: Die Skandinavische Kommission der Komintern 1919-1921 III/51

Olaf Klenke: Betriebliche Konflikte in der DDR 1970/71 und der Machtwechsel von Ulbricht auf Honecker II/18

Avzug Lešnik: Die sozialdemokratische Bewegung am Kreuzweg zwischen 1914 und 1923 III/31

Matthias Loeding: Politischer Neubeginn unter sowjetischer Besatzung: Die Konstituierung des Zentralaussschusses (ZA) der SPD in Berlin im Mai/Juni 1945 II/38

Mario Niemann: Polnische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in der mecklenburgischen Landwirtschaft im zweiten Weltkrieg 1939-1945 I/38

Dmitrij Owetschkin: Zwischen Integration und revolutionärem Bewußtsein. Kulturorganisationen, "Verbürgerlichung" und das "Akademikerproblem" im Kontext der theoretischen Auseinandersetzungen in der SPD vor 1914 I/4

Hartmut Rüdiger Peter: "Hallenser" Sozialrevolutionäre. Eine gruppenbiographische Studie über rußländische Studenten in Deutschland 1901-1905 III/17

Ulla Plener: Zur Geschichte des Umgangs der SED-Führung mit der SPD-West: Das Stricken an deren "linker Opposition" (1948-1953) I/28

Jörg Roesler: "Akkord ist Mord, Normenerhöhung ist das Gleiche". Eine Tradition des ökonomischen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse und der 17. Juni 1953 II/4

Beverly J. Silver: Arbeiterbewegung, Globalisierung und Weltpolitik: Dynamik der Gegenwart in welthistorischer Sicht I/81

Reiner Tösstorff: Leuschner gegen Ley. Die Abfuhr für die Nazis auf der Internationalen Arbeitskonferenz 1933 in Genf III/70

Berichte

Rolf Apel: Über den schwierigen Umgang mit dem Begriff "Verrat" und "Verräter" I/172

Günter Benser: Zur 39. Linzer Konferenz: Arbeit, Arbeiterbewegung und neue soziale Bewegungen im globalisierten Welt-system. 39. Linzer Konferenz der ITH I/74

Jochen Černý: Neuerscheinungen zum 50. Jahrestag des Aufstands vom 17. Juni (Erster Teil) II/155

Peter Hübner: "Arbeiter im Staatssozialismus" I/178

Peter Hübner: Die Gewerkschaftselite der Nachkriegszeit – Prägungen, Funktion, Leitbilder II/169

Bernd Huettner: "Making History". Eine Tagung des "Arbeitskreises Kritische Geschichte" in München vom 10. bis 12. Oktober 2003 I/194

Gerd Kaiser: Rosa Luxemburg und ihre politischen Freunde II/173

Horst Klein: Zur juristischen Aufarbeitung

von Nazi-Verbrechen und DDR-Geschichte I/188

Renate Merkel-Melis: Die Inkraftsetzung des Sozialistengesetzes vor 125 Jahren. Presse und Publizistik unter den Bedingungen des Ausnahmegesetzes II/177

Elke Scherstjanoi: Kolloquium: "DDR-Zeitgeschichtsforschung vor und nach der Wende" I/185

Biographisches

Martin Creutzburg: August Otto Creutzburg (1892-1941). Der Lebensweg eines deutschen Kommunisten II/78

Gerhard Kaiser: Familiengeschichten - Erinnerungen an die Geschichte der polnischen Arbeiterbewegung I/142

Gerhard Kaiser: "Laßt nicht locker." Antifaschistischer Widerstand im Thüringer Wald (II) III/105

Gisela Notz: "Ganz im Dienst für andere aufgegangen" - Clara Sahlberg (1890-1977) III/91

Ulla Plener: Karl Hauser: von der SPD zur SED/KPD - und zurück (1945-1948) III/112

Ruth Weihe: Hamburger Hafenarbeiter und Seeleute - Opfer des Naziterrors I/153

Diskussion

Günter Benser: Die Parteigeschichtsschreibung der SED auf dem Seziertisch II/142

Günther Glaser: Zu einigen Problemen der Neubefragung der DDR-Militärsgeschichte I/132

Jürgen John: Herrschaftsdiskurs- und Leittextforschung am oder ohne Ende? II/132

Steffen Kachel: Entscheidung für die SED 1946 - ein Verrat an sozialdemokratischen

Idealen? I/127

Volker Riedel: Zur Kritik der Marxschen Philosophie I/105

Dokumente

Mirjam Sachse: Clara Zetkins "Märzentag" - Der erste internationale Frauentag 1911 I/168

Irmtraud Schubert: Lenin und Roshkow II/120

Erinnerungen

Arno Gräf: Freunde Otto Frankes III/138

Jürgen Stroech: Otto Franke - Arbeiterfunktionär und Bibliothekar III/126

Informationen

Gerd Schulze: Das Finnische Arbeiterarchiv I/199

Bernd Hüttner/Bernd Vennebusch: Fünf Jahre Archiv der sozialen Bewegungen Bremen III/157

Ottokar Luban: Zum 85. Jahrestag der Ermordung Rosa Luxemburgs. Neuere internationale Publikationen zum Leben und Werk I/96

Leserzuschriften

Anneliese Gries: Zum Aufsatz von Volker Riedel (JBzG 2004/I) II/154

Jörg Roesler: Marx, Keynes und der Realsozialismus oder: Um die reine Lehre ging es sowieso nicht III/149

Erich Rübensam: Zu Elke Scherstjanoi "Zur 'Sowjetisierung' in Agrarwissenschaft und Agrarwirtschaft der DDR" I/140

Erika Sophie Schwarz: Einige Bemerkungen zu Mario Niemanns Beitrag zu den polnischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern III/155

Miszellen

Heidi Beutin: Das Sozialistengesetz im Briefwechsel von August und Julie Bebel II/62

Sandor Vadasz: Die Rolle Bernsteins bei der Gründung der USPD II/71

Alfred Wesselmann: Otto Lüning, das Westphälische Dampfboot und die sozialkritischen Tendenzen der zeitgenössischen Malerei I/97

Regionales

Günter Gerdesius: Der Geschichtsverein Maximilianshütte/Maxhütte Unterwellenborn e.V. II/115

Dagmar Semmelmann: Zu den Juni-Ereignissen von 1953 in Stalinstadt/Fürstenberg II/99

Rezensionen

Gilbert Achcar (Hrsg.): Gerechtigkeit und Solidarität. Ernest Mandels Beitrag zum Marxismus (*Mario Kefler*) III/187

Lew Besymenski: Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren; Wladimir K. Wolkow: Stalin wollte ein anderes Europa (*Stefan Doernberg*) I/221

Helmut Bleiber/Walter Schmidt/Susanne Schötz (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49 (*Erhard Kiehnbaum*) I/206

Herbert Borghoff: Die Bürde des Menschen ist antastbar. Ein Arbeits- und Lesebuch

über 200 Jahre Geschichte der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung (*Wolfgang Heyn*) III/162

Wal Buchenberg: Was Marx am Sowjetsystem kritisiert hätte. Politische Ökonomie der Sowjetunion (*Walter Rösler*) II/190

John Conelly/Michael Grüttner (Hrsg.): Zwischen Autonomie und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts (*Herbert Hörz*) III/168

Torsten Diedrich: Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni 1953 in der DDR (*Paul Heider*) II/217

Hans Ehlert unter Mitarbeit von Hans-Joachim Beth: Armee ohne Zukunft. Das Ende der NVA und die deutsche Einheit (*Stefan Bollinger*) I/226

Thomas Etzemüller: Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 (*Wolfgang Heyn*) II/219

Petra Galle: RIAS Berlin und Berliner Rundfunk 1945-1949 (*Christoph Classen*) II/205

Gegen Faschismus und Krieg. Auseinandersetzung, Opposition und Widerstand im Raum Jena vom September 1929 bis Mai 1945. Dokumente. Auswahl und Zusammenstellung: Heinz Grün, Teil 1; Teil 2 (*Horst Benneckenstein*) II/194

Heinrich Gemkow: Sigismund Ludwig Borkheim: Vom königlich-preußischen Kanonier zum Rußland-Experten an der Seite von Marx und Engels (*Rolf Dlubek*) I/203

Genosse General! Die Militärelite der DDR in biographischen Skizzen, hrsg. von Hans Ehlert und Armin Wagner (*Gerd Kaiser*) III/191

Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944-1949, hrsg. von Stefan Kreuzberger, Man-

- fred Görtemaker (*Ernstgert Kalbe*) III/174
- Wladislaw Hedeler: Chronik der Moskauer Schauprozesse 1936, 1937 und 1938. Planung, Inszenierung und Wirkung. Mit einem Essay von Steffen Dietzsch (*Horst Klein*) II/198
- Eric Hobsbawm: Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert (*Werner Berthold*) III/170
- Jürgen Hofmann/Annette Neumann (Hrsg.): Die Klasse im Aufruhr. Der 17. Juni 1953 in Berliner Betrieben. Dokumente (*Günter Benser*) II/213
- Joachim Höppner/Waltraud Seidel-Höppner: Etienne Cabet und seine Ikarische Kolonie. Sein Weg vom Linksliberalen zum Kommunisten und seine Kolonie in Darstellung und Dokumentation (*Wolfgang Büttner*) I/200
- Judenfeindschaft als Paradigma. Studien zur Vorurteilsforschung, hrsg. von Wolfgang Benz und Angelika Königseder (*Stefan Bollinger*) III/163
- Rainer Karlsch/Jochen Laufer (Hrsg.): Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944-1949 (*Jörg Roesler*) III/181
- Ruth Kibelka: Ostpreußens Schicksalsjahre 1944-1948; Ruth Kibelka: Memelland. Fünf Jahrzehnte Nachkriegsgeschichte (*Kurt Wernicke*) II/200
- Otilie Knepper-Babilon/Hanneli Kaiser-Löffler: Widerstand gegen die Nationalsozialisten im Sauerland. Eine Untersuchung zum Verhalten der sauerländischen Bevölkerung während der NS-Zeit (*Jürgen Stroeck*) I/219
- Alexandra Kollontai: Mein Leben in der Diplomatie. Aufzeichnungen aus den Jahren 1922 bis 1945 (*Horst Schützler*) II/185
- Martin Kukowski: Die Chemnitzer Auto Union AG und die "Demokratisierung" der Wirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone von 1945 bis 1948 (*Wolfgang Uhlmann*) II/203
- Peter Joachim Lapp: General bei Hitler und Ulbricht. Vincenz Müller (*Paul Heider*) III/179
- Werner Lesanowsky: Den Menschen der Zukunft erziehen. Dokumente zur Bildungspolitik, Pädagogik und zum Schulkampf der deutschen Arbeiterbewegung 1870-1900 (*Christa Uhlig*) I / 210
- Angelika Limmroth: Jenny von Westphalen - Die Frau von Karl Marx. Mit einer historischen Einführung von Raban Graf von Westphalen (*Heinrich Gemkow*) I I / 183
- Karl Marx/Friedrich Engels, Gesamtausgabe (MEGA). Dritte Abteilung, Bd. 13: Karl Marx/Friedrich Engels, Briefwechsel Oktober 1864 bis Dezember 1865, bearbeitet von Svetlana Gavril'ëenko/Inna Osobova /Ol'ga Koroleva und Rolf Dlubek (*Walter Schmidt*) II/180
- Åsa Linderborg: Socialdemokraterna skriver historia. Historieskrivning som ideologisk maktresurs 1892-1900 (*Alexksander Kan*) I/211
- Reinhard Mocek: Biologie und soziale Befreiung. Zur Geschichte des Biologismus und der "Rassenhygiene" in der Arbeiterbewegung (*Christa Uhlig*) I/214
- Dorothea Müller/Holger Menzel/Jörg Wollenberg (Hrsg.): Das Wunder von Hörste (*Wolfgang Heyn*) III/162
- Mario Niemann: Mecklenburgischer Großgrundbesitz im Dritten Reich. Soziale Struktur, wirtschaftliche Stellung und politische Bedeutung (*Siegfried Kuntsche*) I/215
- Gisela Notz: Frauen in der Mannschaft. Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948/

49-1957 (*Hanna Behrend*) II/207
 Wilfriede Otto: Die SED im Juni 1953. Interne Dokumente (*Günter Benser*) I I / 213
 Ingelore Pilwousek (Hrsg.): Otto und Wolfgang Graf. Leben in bewegter Zeit 1900-2000 (*Nikolaus Brauns*) II/187
 Siegfried Prokop: Intellektuelle im Krisenjahr 1953. Enquête über die Lage der Intelligenz der DDR. Analyse und Dokumente (*Eberhart Schulz*) II/210
 Elke Reuter u.a. (Hrsg.): Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg (*Horst Klein*) III/172
 Wolfgang Ruge: Berlin – Moskau – Sossowa. Stationen einer Emigration (*Paul Heider*) II/196
 Klaus von Schilling: Scheitern an der Vergangenheit. Das deutsche Selbstverständnis zwischen Re-Education und Berliner Republik (*Denis Heyn*) III/182
 Michael Schäfer: Die Vereinigungsdebatte. Deutsche Intellektuelle und deutsches Selbstverständnis 1989-1996 (*Siegfried Prokop*) I/228
 Mike Schmeitzner: Alfred Fellisch 1884-1973. Eine politische Biographie (*Detlef Ziegs*) II/192
 Heinz-Jürgen Schneider/Erika Schwarz/Josef Schwarz: Die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands. Politische Strafverteidiger in der Weimarer Republik (*Peter Mönnikes*) II/189
 Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer 1946 bis 1963. Sitzungsprotokolle der Spitzengremien, hrsg. und bearb. von Willy Albrecht, Bd. 1, Bd. 2 (*Horst Klein*) III/185
 Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen (*Stefan Doernberg*) I/223

Eva Weissweiler: Tussy Marx (*Wolfgang Schröder*) III/166
 Heinrich August Winkler (Hrsg.): Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland (*Helmut Meier*) III/160

Annotationen

Robert Arsenschek: Der Kampf um die Wahlfreiheit im Kaiserreich (*Gerd Fesser*) III/197
 Helmut Bock: Wir haben erst den Anfang gesehen. Selbstdokumentation eines DDR-Historikers 1983 bis 2000 (*Georgi Z. Maier*) III/201
 Christian Demuth: Ein schwieriger Beginn. Die frühe Arbeiterbewegung in Augsburg 1848 – 1875 (*Heinrich Gemkow*) III/195
 Jürgen Elvert/Friederike Krüger (Hrsg.): Deutschland 1949-1989 (*Günter Benser*) III/200
 Johanna Gehmacher/Maria Mesner (Hrsg.): Frauen- und Geschlechtergeschichte (*Irene Dölling*) III/198
 Rudolf Forberger: Die industrielle Revolution in Sachsen 1800-1861, Bd. 2, zweiter Halbband: Die Revolution der Produktivkräfte in Sachsen 1831-1861 (*Wolfgang Uhlmann*) I/230
 Guido Gerstgarbe: Reichstagswahlen und Parteien im Wahlkreis Kassel 4 (*Gerd Fesser*) III/197
 Mareike König (Hrsg.): Deutsche Handwerker, Arbeiter und Dienstmädchen in Paris. Eine vergessene Migration im 19. Jahrhundert (*Wolfgang Büttner*) III/196
 Sibylle Küttner: Farbige Seeleute im Kaiserreich. Asiaten und Afrikaner im Dienste

der deutschen Handelsmarine (*Rainer Holze*) I/230

Leben ist Streben. Das erste Auguste-Schmidt-Buch, hrsg. von Johanna Ludwig/Ilse Nagelschmidt/Susanne Schötz unter Mitarb. v. Sandra Berndt (*Ursula Herrmann*) II/222

Abel Paz: Durruti. Leben und Tode des spanischen Anarchisten (*Fred Wilm*) I/232
Daniela Rütter: Der Widerstand des 20. Juli auf dem Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der bürgerlichen Opposition gegen Hitler (*Jörg Roesler*) III/199

Spurensicherung V. Die DDR wird zum "Beitrittsgebiet". Erlebtes, Erlittenes, Probleme, Aktivitäten (*Fritz Zimmermann*) I/233

Lotte Ulbricht: Mein Leben. Selbstzeugnisse, Briefe und Dokumente (*Joachim Eichler*) II/226

Unbeirrbar rot. Zeugen und Zeugnisse einer Familie, erzählt und ausgewählt von Stefan und Witold Leder, hrsg. von Gerd Kaiser (*Heinrich Gemkow*) II/224

Vademekum der Geschichtswissenschaften (*Wolfgang Heyn*) II/221

Verbrannt, geraubt, gerettet! Bücherverbrennung in Deutschland. Eine Ausstellung der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung anlässlich des 70. Jahrestages (*Jürgen Stroeck*) I/231

Harald Weber: Burgstädt. Aus alter und neuer Zeit. 1454 – 1993 (*Fritz Zimmermann*) III/194

Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland, hrsg. von Heinrich August Winkler (*Wolf G. Angmeyer*) II/226

Alexander K. Woronski: Die Kunst, die Welt zu sehen. Ausgewählte Schriften 1911-1936 (*Manfred Behrend*) II/223

Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber: Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion: Helga Brangsch, Ursel Herschel, Dr. Wolfgang Heyn, Dr. Christa Hübner, Dr. Herbert Mayer (Verantwortlicher Redakteur), Dr. Ulla Plener, Dr. Elke Scherstjanoi, Dr. Carola Tischler

Postadresse der Redaktion:

Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin
e-mail-Adresse: mayer.berlin.pb@t-online.de

Erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai, September) in der NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin

In der Zeitschrift können nur Beiträge veröffentlicht werden, die nicht bereits anderswo erschienen sind.

Manuskripte können per e-mail oder auf Diskette, vorzugsweise als word- oder rtf-Datei, eingesandt werden. Beiträge sollen

40.000, Berichte 10.000, Rezensionen 6.000 und Annotationen 2.000 Zeichen nicht überschreiten. Bitte reichen Sie stets die letzte Fassung des Beitrages ein und beachten Sie die im Jahrbuch übliche äußere Manuskriptgestaltung. Die Redaktionsrichtlinien senden wir Ihnen gern zu.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Veröffentlichung gem. Paragraph 7a Berliner Pressegesetz: Gesellschafter der NDZ GmbH: Förderative Verlags-, Consulting- und Handelsgesellschaft mbH - FEVAC, Gesellschafter der FEVAC GmbH: Uwe Hobler, Diplomagraringenieur, Berlin (40%); Dr. Ruth Kampa, Rechtsanwältin, Berlin (30%); Dr. Joachim Philipp, Rechtsanwalt, Berlin (30%).

Satz: Joanna Boegendorff
Realisiert in den Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums e.V.
info@bodonimuseum.com

Redaktionsschluß: 14. August 2004